

Stenographisches Protokoll

74. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VIII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 11. Dezember 1958

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1959

Spezialdebatte

Gruppe IX: Handel und Wiederaufbau

Gruppe X: Verkehr und Elektrizitätswirtschaft

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 3565)

Entschuldigungen (S. 3565)

Regierungsvorlagen

569: Bedeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1959 — Finanz- und Budgetausschuß (S. 3565)

570: Privatbahnunterstützungsgesetz 1959 — Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft (S. 3565)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (520 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1959 (546 d. B.)

Spezialdebatte

Gruppe IX: Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, und Kapitel 21: Bauten

Spezialberichterstatter: Wallner (S. 3566)

Redner: Ernst Fischer (S. 3568), Mitterer (S. 3574), Marchner (S. 3582), Dr. Kandutsch (S. 3587), Prinke (S. 3595), Kostroun (S. 3604), Franz Mayr (S. 3609), Enge (S. 3612), Haberl (S. 3614), Seibinger (S. 3616), Holoubek (S. 3617), Dr. Schwer (S. 3623), Wührer (S. 3624), Zeillinger (S. 3625), Dr. Josef Fink (S. 3631) und Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. Bock (S. 3635)

Ausschußentschließung, betreffend Erhebung über die Unterbringung von Altmietern (S. 3568)

Gruppe X: Kapitel 24: Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, Kapitel 28 Titel 1: Post- und Telegraphenanstalt, und Kapitel 29: Eisenbahnen

Spezialberichterstatter: Rom (S. 3638)

Redner: Dr. Zechmann (S. 3639), Suchanek (S. 3645), Koplenig (S. 3654), Dr. Dipl.-Ing. Weiß (S. 3658), Freund (S. 3666), Nedwal (S. 3671), Holzfeind (S. 3672), Bandion (S. 3677) und Pölzer (S. 3679)

Ausschußentschließung, betreffend Ausbau beziehungsweise Verlängerung der Mühlkreisbahn (S. 3639)

Eingebracht wurde

Anfrage der Abgeordneten

Dr. Hetzenauer, Dr. Hofeneder und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, betreffend den Zugzusammenstoß bei Krummnußbaum am 10. Dezember 1958 (340/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. **Hurdes**, Zweiter Präsident **Böhm**, Dritter Präsident Doktor **Gorbach**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das stenographische Protokoll der 68. Sitzung vom 2. Dezember 1958 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Hans Roth, Dr. Rupert Roth, Krammer, Walla, Dr. Leopold Weismann, Wunder und Dwořak.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Dr. Kranzlmayr, Dr. Kummer, Dr. Tončić, Eichinger, Czernetz und Strasser.

Ich ersuche den Schriftführer, Frau Abgeordnete Jochmann, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführerin Rosa **Jochmann:** Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Bundesgesetz, betreffend die Bedeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1959 (569 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Unterstützung nicht bundeseigener Unternehmen, die Haupt- oder Nebenbahnen betreiben (Privatbahnunterstützungsgesetz 1959) (570 der Beilagen).

Es werden zugewiesen:

569 dem Finanz- und Budgetausschuß;

570 dem Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft.

3566

Nationalrat VIII. GP. — 74. Sitzung am 11. Dezember 1958

**Bericht des Finanz- und Budgetausschusses
über die Regierungsvorlage (546 der Beilagen):
Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1959 (546 der
Beilagen)**

Spezialdebatte

Gruppe IX

Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie

Kapitel 21: Bauten

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein. Wir fahren in der Spezialdebatte fort und kommen nunmehr zur Beratung über die Gruppe IX.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Wallner. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Wallner:** Hohes Haus! Ich habe die Aufgabe, den Bericht zu Gruppe IX: Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, und Kapitel 21: Bauten, zu erstatten.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat in seiner Sitzung vom 13. November 1958 die Gruppe IX des Bundesvoranschlags für das Jahr 1959 vorberaten. In dieser Gruppe sind die Kapitel 20 und 21 zusammengefaßt. Der Sitzung wohnten auch Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. Bock und Staatssekretär im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau Weikhart sowie beamtete Vertreter des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau und des Bundesministeriums für Finanzen bei.

Im einzelnen ist zu den finanzgesetzlichen Ansätzen dieser Budgetgruppe folgendes zu bemerken:

Im Bundesvoranschlag für das Jahr 1959 sind bei den vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau verwalteten Kapiteln folgende Ausgabensätze vorgesehen: In der ordentlichen Gebarung

bei Kapitel 20 247,805.000 S

bei Kapitel 21 1.633,285.000 S,

zusammen... 1.881,090.000 S.

In der außerordentlichen Gebarung

bei Kapitel 21, Bauten ... 812,499.000 S,

sodaß sich eine Gesamtsumme

von 2.693,589.000 S

ergibt.

Vergleichsweise sah der Voranschlag für das Jahr 1958 für beide Kapitel in der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung eine Gesamtsumme (einschließlich des Eventualbudgets in der Höhe von 64,000.000 S) von.....

2.767,891.000 S

vor, sodaß im Jahre 1959 insgesamt 74,302.000 S weniger zur Verfügung stehen werden.

Ohne Berücksichtigung des Eventualbudgets 1958, das ja nicht zur Verwirklichung kam, beträgt das Mindererfordernis allerdings nur 10,302.000 S. Somit kann praktisch von einem gegenüber dem Vorjahr unveränderten Volumen gesprochen werden, wenn man beide Kapitel zusammenrechnet.

Der Anteil des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau an der Gesamtsumme des Voranschlags 1959 — Kapitel 1 bis 30, ordentliche und außerordentliche Gebarung — beträgt 6,7 Prozent, während die entsprechende Vergleichsziffer im Jahre 1958 7,1 Prozent, 1957 6,1 Prozent und 1956 5,6 Prozent betrug.

Bezogen auf den Gesamtvoranschlag hat das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau innerhalb der Gebarungsgruppen folgende Anteile — hier bringe ich immer an erster Stelle die Zahl für 1959 und an zweiter Stelle als Vergleichsbasis die Zahlen für 1958 in Prozenten:

	Im Jahre	
	1959	1958
An dem Verwaltungsaufwand		
persönliche Ausgaben	4,79	4,89
sachliche Ausgaben	4,10	4,46
an den Anlagen (ordentliche und außerordentliche Gebarung)	40,29	39,31
an den Förderungsausgaben .	6,88	7,75
an den Aufwandskrediten (Sachaufwand)	2,44	3,23.

Mit Ausnahme des Anteils der Anlagenkredite, der eine Steigerung aufweist, sind alle anderen Anteile etwas geringer. Die Erhöhung des Anteils an den Anlagenkrediten — hervorgerufen durch bessere Dotierung der Kredite für Kulturbauten — wird nahezu wettgemacht durch Verminderung des Anteiles an den Aufwandskrediten.

Die Senkung beim Anteil an den persönlichen Ausgaben beruht auf einer Verringerung der der Veranschlagung zugrunde gelegten Dienstposten — insgesamt 162 —, wovon auf Kapitel 20 26 Posten und Kapitel 21 136 Posten entfallen.

Die für das Kapitel 20, Handel, Gewerbe, Industrie, veranschlagten Ausgaben betragen insgesamt 247,805.000 S, wovon auf den Personalaufwand 139,110.000 S und auf den Sachaufwand... 108,695.000 S entfallen.

Gegenüber 1958 ergibt sich ein Mindererfordernis von insgesamt 24,937.000 S, das aus einem Mehraufwand für Personal von 1,459.000 S und einem Minderaufwand für sachliche Ausgaben von ... 26,396.000 S resultiert.

Die Einnahmen sind mit .. 290,839.000 S veranschlagt. Sie sind gegenüber 1958 um 43,856.000 S höher geschätzt.

Diese Erhöhung ist fast ausschließlich auf eine erwartete Steigerung der Förder-, Flächen- und Feldzinse zurückzuführen, die von der Österreichischen Mineralölverwaltung aufzubringen sind. Bei den übrigen Einnahmeansätzen ergeben sich gegenüber dem Vorjahr nur unwesentliche Veränderungen.

Dem Personalaufwand liegen zugrunde die Bezüge von insgesamt 1853 Beamten, 1377 Vertragsbediensteten des Entlohnungsschemas I — davon 4 saison- oder teilbeschäftigt —, 374 Vertragsbediensteten des Entlohnungsschemas II — davon 37 saison- oder teilbeschäftigt — sowie 30 Lehrlingen. Die Gesamtanzahl der Bediensteten — 3634 — ist um 26 Personen geringer als im Vorjahr, in dem der Berechnung des Personalaufwandes 3660 Dienstposten unterstellt wurden.

Daß trotz vermindertem Personalstand ein gegenüber dem Vorjahr um 1,459.000 S erhöhter Personalaufwand zu verzeichnen ist, beruht zum Teil darauf, daß erhöhte Vorsorge für Gratifikationen anlässlich von Dienstjubiläen getroffen wurde; ferner fallen durch verbesserte Anrechnung von Vordienstzeiten und wegen der allgemeinen jährlichen Vorrückungen höhere Zahlungen an.

Der Verwaltungsaufwand konnte gegenüber dem Vorjahr um rund 1 Prozent gesenkt werden. Gering erhöht — um rund 5 Prozent — sind die Aufwandskredite veranschlagt; diese Notwendigkeit ergab sich aus der Durchführung des Handelsstatistischen Gesetzes, BGBl. Nr. 137/1958.

Eine beträchtliche Senkung erfuhren die Anlagenkredite — um rund 22,3 Prozent —, welcher Umstand sich allerdings wegen ihres an sich geringen Ausmaßes auf die Höhe der Gesamtsumme nur wenig auswirkt. Rechnungsmäßig resultiert das Mindererfordernis gegenüber 1958 fast zur Gänze aus der Senkung der Förderungskredite, die rund 32,7 Prozent beträgt.

Die bei Kapitel 21, Bauten, präliminierten Ausgabenansätze betragen insgesamt 2.445,784.000 S.

Davon entfallen auf die ordentliche Gebarung 1.633,285.000 S und auf die außerordentliche Gebarung 812,499.000 S. Der Personalaufwand ist mit 121,577.000 S und der Sachaufwand mit 2.324,207.000 S veranschlagt.

Gegenüber 1958 ist ein Mehrerfordernis von 14,635.000 S zu verzeichnen.

Der Personalaufwand ist um 772.000 S geringer und der Sachaufwand um 15,407.000 S höher angesetzt.

Die Einnahmen sind mit .. 82,054.000 S veranschlagt. Sie sind gegenüber 1958 um 394.000 S höher angenommen.

Beim Personalaufwand sind die Bezüge von 815 Beamten, 742 Vertragsbediensteten des Entlohnungsschemas I, 2377 Vertragsbediensteten des Entlohnungsschemas II und 48 nach sonstigen Rechtsvorschriften entlohten Bediensteten enthalten. Der Stand — insgesamt 3982 — ist um 136 Posten niedriger als der für das Jahr 1958. Damals war die Zahl 4118.

Zu bemerken wäre, daß der Ersatz für den Personalaufwand von Landesvertragsbediensteten — 177 Vertragsbediensteten des Entlohnungsschemas I, 1821 Vertragsbediensteten des Entlohnungsschemas II, 386 Angestellten und 1299 Arbeitern, die nach sonstigen Rechtsvorschriften entlohnt werden, — bei den Zweckkrediten veranschlagt ist. Der Gesamtstand dieser Landesbediensteten — insgesamt 3683 — ist um 630 niedriger angenommen als im Jahre 1958.

Der Verwaltungsaufwand ist gegenüber 1958 praktisch unverändert geblieben — Senkung 0,8 Prozent. Nahezu die gleiche verhältnismäßige Senkung ist bei den Förderungskrediten festzustellen, die sich somit gegenüber dem Vorjahr ebenfalls fast auf gleicher Höhe halten, wenn man die Ansätze bei der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung zusammen betrachtet. Die Anlagen — ordentliche und außerordentliche Gebarung — erfuhren eine Erhöhung um rund 7,5 Prozent, während die Aufwandskredite um rund 21 Prozent gesenkt wurden.

Bei nahezu unverändertem Gesamtvolumen dieses Kapitels entfällt also auf die Anlagen der größte Anteil — rund sieben Zehntel, im Vorjahr ungefähr zwei Drittel. Zu erwähnen wäre, daß bei fast gleichbleibenden Ansätzen für Straßen- und Wasserbauten die Kredite für die Neuerrichtung von Kulturbauten erheblich gesteigert werden konnten.

An der Debatte in der damaligen Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses beteiligte sich eine größere Anzahl von Abgeordneten.

Es wurde der Antrag gestellt, das Hohe Haus möge dem Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, und dem Kapitel 21: Bauten, des Bundesvoranschlags für das Jahr 1959 in der Fassung der Regierungsvorlage (520 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Es wurde auch eine Entschliebung gefaßt, die ich zur Verlesung bringe:

Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau wird aufgefordert, eine amtliche Zählung beziehungsweise Erhebung über die Unterbringung von solchen Altmietern, die in kriegsbeschädigten oder kriegszerstörten Wohnhäusern vor deren Beschädigung oder Zerstörung Wohnungen besaßen, ehestens durchzuführen. Der Bericht möge dem Nationalrat vorgelegt werden. Die erforderlichen Kosten sind vom Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zu tragen.

Ich stelle somit den Antrag, das Hohe Haus möge auch die dem Ausschußbericht beige-druckte Entschliebung annehmen.

Ich bitte das Hohe Haus, in die Spezial-debatte einzutreten.

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist, und zwar als Gegenredner, der Herr Abgeordnete Ernst Fischer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Ernst Fischer:** Meine Damen und Herren! Der österreichische Außenhandel ist in eine schwierige Situation geraten. Unsere Zahlungsbilanz mit den Ländern der kapitalistischen Welt wird nur durch den Fremdenverkehr ausgeglichen. So erfreulich sein Ausmaß ist, darf man doch nicht übersehen, wie konjunkturrempfindlich gerade der Fremdenverkehr ist und wie leicht man ihn zu politischen Erpressungen mißbrauchen kann.

Wir haben nicht vergessen, daß Hitler-Deutschland seinerzeit dadurch auf Österreich einen massiven Druck ausübte, und wir halten es leider für möglich, daß sich Ähnliches wiederholt, wenn es zu Konjunkturrück-schlägen kommen sollte. Niemand kann heute mit Sicherheit voraussagen, wohin die wirtschaftliche Entwicklung geht, ob es gelingen wird, die Konjunktur aufrechtzuerhalten, oder ob mit krisenhaften Erscheinungen zu rechnen ist.

Die Industriellen wissen selber am besten, daß das vielgepriesene „Wirtschaftswunder“ auf nicht allzu festem Boden steht, daß manches höchst labil ist, was heute noch solid erscheint.

Unsere zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit von Westdeutschland ist in jeder Hinsicht beunruhigend und birgt nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Gefahren in sich. Und da auch der Fremdenverkehr vor allem aus Westdeutschland kommt, könnten wir eines Tages unangenehme Überraschungen erleben. Hinter den Waren und Touristen steht das expansive und herrsch-süchtige deutsche Kapital.

Man hat in dieser Budgetdebatte sehr viel von europäischer Integration, von gemeinsamem Markt, von der etwas sagenhaft gewordenen Freihandelszone gesprochen. In der letzten Budgetdebatte, genau vor einem Jahr, habe ich mich mit der Problematik der Freihandelszone auseinandergesetzt und auf die Unvereinbarkeit unserer Neutralität mit dem gemeinsamen europäischen Markt hingewiesen. Ich kann nur wiederholen, was ich damals gesagt habe: „Die Staaten der Montanunion, die den Gemeinsamen Markt bilden... sind zugleich die wichtigsten europäischen NATO-Staaten, also die Träger eines Militärpaktes. Ihre wirtschaftlichen Abmachungen sind aufs engste mit ihren militärischen Zielen verflochten, die Integration ist nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische und militärische. Es ist klar, daß Neutralität mit Montanunion, Gemeinsamen Markt und NATO-Bündnis unvereinbar ist.“

Ich habe damals versucht, mit sachlichen Argumenten darzulegen, welche Nachteile, ja welche Gefahren sich aus der Freihandelszone für Österreich ergeben würden: die übermächtige Konkurrenz der über moderne Anlagen und stärkeres Kapital verfügenden Länder, die zunehmende Konzentration der Industrie in hochindustrialisierten Gebieten, vor allem längs des Rheins, die verkehrstechnisch sehr ungünstige Lage Österreichs, die drohende Verkümmern der östlichen Teile unseres Landes, die schon heute zurückgeblieben sind, der Zusammenbruch mittlerer und kleinerer Betriebe, die den Wettkampf nicht zu bestehen vermögen, die Eroberung des Marktes durch ausländische, vor allem westdeutsche Monopole, die unvermeidliche Abwanderung von Arbeitskräften, die immer größer werdende Abhängigkeit von ausländischem Kapital. Zu all dem kommt, daß schon bisher viele Unternehmer unter dem Vorwand, man müsse sich auf die Freihandelszone und ihre harte Konkurrenz vorbereiten, den Arbeitern neue Opfer auferlegten, einen massiven Druck auf die Arbeiterschaft ausübten. Die Orientierung auf die Freihandelszone ist für die östlichen Bundesländer und vor allem für Niederösterreich geradezu katastrophal. Die schon heute bestehenden Notstandsgebiete werden dadurch noch ärgerer Not preisgegeben.

Wiener Neustadt zum Beispiel bemüht sich um die Errichtung neuer Betriebe und ist bereit, sie auf jede Weise zu begünstigen. Doch kein Unternehmer denkt daran, an der äußersten Peripherie der geplanten Freihandelszone Kapital zu investieren. Ja noch mehr: Ein Teil der alten niederösterreichischen Industrie, besonders die Textilindustrie, droht zusammenzuberechnen, und der Notstand greift immer weiter um sich. Da hält man patriotische Reden, da läßt man Plakate drucken: „Kauft österreichische Waren!“ Und zu gleicher Zeit betreibt man eine Handelspolitik, als deren Ergebnis Österreich mit ausländischen Waren überschwemmt und die eigene Warenproduktion unterbunden wird.

Diese schwerwiegenden Argumente gegen die Freihandelszone sind kaum zu widerlegen und werden auch von Kreisen anerkannt, die nichts mit uns Kommunisten zu tun haben. Trotzdem hat man die österreichische Wirtschaft auf die Freihandelszone eingestellt, einseitig auf den kapitalistischen Westen mit seinen Konjunkturschwankungen orientiert.

Inzwischen hat sich allerdings gezeigt — was ich auch schon vor einem Jahr zu bedenken gegeben habe —, daß manche Gruppen des europäischen Großkapitals auf die Freihandelszone weit weniger versessen sind als kurz-sichtige Politiker in Österreich. Sogar innerhalb der Staaten des Gemeinsamen Marktes gibt es schon mancherlei Mißmut, und der ursprüngliche Eifer ist in Verdrossenheit übergegangen. Die kapitalistische Wirtschaft widerstrebt ihrem Wesen nach harmonischer Zusammenarbeit. Die unerbittliche Konkurrenz ist ihr Grundgesetz. Der Stärkere frißt den Schwächeren auf, der ökonomische Egoismus triumphiert. Und ich muß sagen, ich wundere mich manchmal, wenn Sozialisten wie auch in dieser Budgetdebatte geradezu Fanfaren für die Freihandelszone blasen, ohne dabei zu bedenken, daß es sich um einen Zusammenschluß kapitalistischer Wirtschaften handelt, daß also durch keinerlei Freihandelszone das Gesetz der kapitalistischen Konkurrenz aufgehoben würde, daß notwendigerweise durch die Erweiterung des Raumes nur eine Erweiterung der Expansion des großen, des stärksten Kapitals gegeben wird. Man schwelgt in großen Worten wie Integration, doch wenn man nicht mehr pathetisch redet, sondern nüchtern rechnet, ist es eine Differential- und keine Integralrechnung, und hinter dem Werbeplakat für ein geeinigtes kapitalistisches Europa erhebt sich mehr und mehr der grelle Streit der kapitalistischen Sonderinteressen. Die Freihandelszone verflüchtigt sich ins Unge-wisse, und die österreichischen Wirtschaftsleute fragen betroffen: Was nun?

Man sollte sich endlich darauf besinnen, daß Österreich für eine einseitige handelspolitische Orientierung auf den Westen sehr schlecht gelegen ist, daß jedoch sowohl seine geographische Lage wie seine Neutralität die günstigsten Voraussetzungen für eine Erweiterung des Osthandels bieten. Man möge nicht immer wieder mit törichten Schlagworten entgegnen: Wir befürworten keineswegs einen einseitigen Osthandel, wir unterschätzen keineswegs die Notwendigkeit des Handels mit dem Westen, wir sind für eine wohl-erwogene Streuung des Außenhandels, die es möglich macht, jeweilige Schwankungen auszubalancieren. Wir sind aber vor allem dagegen, nach ideologischen Gesichtspunkten Handel zu betreiben. Man kann eine Ware nicht danach beurteilen, ob sie aus einem kapitalistischen oder sozialistischen Betrieb stammt, sondern nur danach, ob sie gut oder schlecht, teuer oder preiswert ist. Und den Handel muß man so organisieren, daß man nach Möglichkeit konjunkturellen Unsicherheitsfaktoren entgegenwirkt, daß man nach Möglichkeit den Arbeitsplatz aller arbeitenden Menschen sichert.

Wenn Österreich gegen den Handel mit den sozialistischen Ländern immer neue faden-scheinige Bedenken vorbringt, werden uns andere zuvorkommen, unter ihnen auch jene Mächte, die Österreich zurückhalten, doch selber resolut in das Geschäft mit dem Osten einsteigen. Die dumme Behauptung, der Osten könne nichts liefern als Powidl und Knoblauch, ist seit längerer Zeit verstummt, doch immer noch wird behauptet, er habe uns im Warenaustausch zuwenig zu bieten. Ja, meine Damen und Herren, wenn man von Übersee Waren bezieht, die man vernünftigerweise und billiger aus dem Osten beziehen sollte, wenn man sich aus politischen Gründen so einseitig nach dem Westen orientiert, wird man gewiß nicht imstande sein, die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Osthandels auszuschöpfen. Der Handelsvertrag mit der Sowjetunion beweist aufs neue, und jede objektive Untersuchung wird ergeben, daß die sozialistischen Länder uns sehr viel Brauchbares liefern können, daß der Osthandel beträchtlich auszuweiten wäre und daß wir dadurch imstande wären, vielen unserer Betriebe, die ins Schwanken geraten, notwendige Aufträge herinzubringen.

Die Forderung des Handelsministers Bock, die sozialistischen Länder mögen einen Teil unserer Exporte in Devisen bezahlen, geht ins Leere. Gegen Devisen können die sozialistischen Länder überall kaufen, zum Teil besser als in Österreich. Allerdings müssen sie zuerst für ihre Exportwaren Devisen

hereinbringen. Übrigens hat Dollfuß im Jahre 1932 dasselbe gefordert wie jetzt der Handelsminister Bock. Das Ergebnis war, daß der Handelsverkehr mit der Sowjetunion zum Schaden Österreichs wesentlich zurückging. Man darf doch nicht übersehen, daß das Interesse Österreichs, seine Exportwaren abzusetzen, größer ist als das Interesse der sozialistischen Länder, unbedingt bei uns, und zwar gegen Devisen, einzukaufen.

Unsere Exportindustrie ist in Schwierigkeiten geraten, und wenn wir diese Schwierigkeiten beheben wollen, müssen wir den Import aus jenen Ländern steigern, die bereit sind, uns unsere Waren abzunehmen. Amerika ist dazu nicht bereit. Die sozialistischen Länder sind es. Wenn unsere Handelspolitiker das ignorieren, wenn sie im Handelsverkehr mit den sozialistischen Ländern an einem höchst kompliziertem und außerdem kleinlich gehandhabten Bewilligungsverfahren festhalten, werden sie dadurch zwar den Aufbau des Sozialismus nicht hemmen, wohl aber die Schwierigkeiten unserer, der österreichischen Exportindustrie vermehren. Wir werden von Waren aus dem Westen überschwemmt. Wir können nicht genügend Waren nach dem Westen exportieren. Die Vernunft gebietet also, den Handel mit dem Osten intensiver zu gestalten. Die dröhnende Reklame für europäische Integration und Freihandelszone kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Österreich gemäß seiner Lage und seiner Struktur eine Erweiterung des Osthandels braucht. Wenn Sie reale Interessen einer politischen Fata Morgana opfern wollen, dann jagen Sie weiter nach Integration, jagen Sie weiter der Freihandelszone nach! Eines Tages werden stillgelegte Betriebe und erbitterte Arbeitslose Sie aus dem europäischen Traum in die österreichische Wirklichkeit zurückrufen.

Dem Handelsminister untersteht auch der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds. Es ist daher von einem Problem zu sprechen, das unser Volk mit Recht beunruhigt und leidenschaftliche Diskussionen heraufbeschwört. Ich spreche von der Wohnungsnot, die von keiner Partei, von keinem Abgeordneten bestritten wird.

Der Mieterschutzverband hat allen Parteien ein Schreiben übermittelt, in dem er eindringlich auf diesen Notstand hinweist und eine Reihe berechtigter Forderungen stellt, um diesem Notstand entgegenzuwirken. Die Methoden, die bisher angewandt wurden, um der Wohnungsnot Herr zu werden, haben im wesentlichen versagt. Das Ergebnis läßt erkennen, daß es mit ihnen nicht möglich ist, diesen Notstand in absehbarer Zeit zu überwinden. Ja noch mehr: wenn man auf dem alten Weg weitergeht, wenn man sich

nicht zu einer radikalen Wendung entschließt, werden die Konsequenzen katastrophal sein. Was in Jahren der Hochkonjunktur nicht gelungen ist, müßte in Zeiten wirtschaftlicher Rückschläge zu einem Debakel werden. Das düstere Vermächtnis eines längst vergangenen Zeitalters, die Zinskasernen mit ihren Elendsquartieren mahnen Regierung und Parlament an ihre gesellschaftliche Verpflichtung.

In Österreich fehlt es an ungefähr 200.000 Wohnungen. Der Aufbau neuer Wohnungen hat bisher kaum den Verfall der alten überholt. Mehr als 34 Prozent aller Wohnhäuser in unserem Lande wurden vor 1880 erbaut, in Wien mehr als 40 Prozent. Sie stammen also aus Jahrzehnten, in denen für den Wohnhausbau keinerlei soziale oder kulturelle Gesichtspunkte, sondern nur brutale Profitinteressen galten. Der Verfall dieser Häuser ist zum größten Teil unaufhaltsam, und viele von ihnen sind eigentlich schon heute abbruchreif, sollten eigentlich niedergerissen und durch neue ersetzt werden.

Aus der Statistik ergibt sich ein äußerst trübes Bild. Mehr als 34 Prozent des österreichischen Volkes leben in Wohnungen, die nur aus einem Kabinett oder einem Zimmer bestehen, 19 Prozent in Zimmer-Kabinett-Wohnungen, 16 Prozent in Zwei-Zimmer-Wohnungen, und nur 14 Prozent verfügen über Wohnungen mit mehr als drei Zimmern. Tausende Familien sind immer noch in verwahrlosten Baracken untergebracht oder in anderen Behausungen, vor denen man zürückschaudert. Zehntausende sind in winzigen, schlecht ausgestatteten Wohnungen zusammengepfercht, in die heimzukehren keine Erholung, sondern fast eine Strafe ist. Hunderttausende hausen in Zinskasernen der „guten alten Zeit“, in die kein Licht der Sonne, kein frischer Lufthauch dringt, mit finsternen Hinterhöfen und feuchten Gängen, an denen sich Wasserleitung und Abort befinden. Da spricht man von Schutz und Förderung der Familie, von Familienpolitik — doch wenn es an Wohnraum fehlt, wenn einer dem anderen dadurch zur Last wird, kann die Familie schlecht gedeihen, und das Familienleben ist den bleichen Pflanzen vergleichbar, die im dunklen Keller heranwachsen.

Das Wohnungsproblem ist, wie man objektiv feststellen muß, durchaus nicht ein spezifisch österreichisches, sondern ein Problem vieler Länder. Die Zerstörungen des Krieges, das Wachstum der Bevölkerung, die Tendenz, in jungen Jahren zu heiraten, die gesteigerten kulturellen Ansprüche, die miserablen Wohnungen aus einem Zeitalter, in dem der Proletarier ein Außenseiter der Gesellschaft war — das alles zusammen hat das bedrückende Wohnungsproblem ergeben.

Es geht jedoch nicht an, sich damit abzufinden oder mit unzulänglichen Maßnahmen das Übel nur minimal, im Tempo eines Leichenkondukts, abzuschwächen. Wenn man zum Beispiel aus der Statistik erfährt — und allerletzte Statistiken liegen leider nicht vor —, daß Wien im Jahre 1951 einen Fehlbestand von 65.000 Wohnungen, 1955 immer noch fast von 63.000 Wohnungen hatte, obwohl jährlich 5000 Wohnungen gebaut wurden, Linz im Jahre 1951 einen Fehlbestand von mehr als 21.000, im Jahre 1955 von mehr als 20.000, Graz im Jahre 1951 einen Fehlbestand von 13.000, im Jahre 1955 von mehr als 12.000, wenn man diese Statistik vor Augen hat, dann muß man sagen, daß nicht genügend getan wird, um die Wohnungsnot zu überwinden. Offenkundig mangelt es nicht nur an der notwendigen Entschlossenheit, mit einem andauernden Notstand fertig zu werden, sondern auch die Methoden entsprechen nicht den Erfordernissen.

Im Gesamtkomplex des Wohnungsproblems gibt es zwei Sektoren, die zwar eng miteinander zusammenhängen, aber doch gesondert betrachtet werden müssen. Auf der einen Seite stehen die Mieter, die eine mehr oder minder brauchbare Wohnung haben, auf der anderen Seite die Wohnungsuchenden, die Bombenopfer, die Insassen von Obdachlosenheimen, Baracken, Elendsquartieren sowie die jungen Ehepaare, für die neue Wohnungen gebaut werden müssen. Für jene, die eine Wohnung haben, ist der Mieterschutz, die Sicherung gegen Zinswucher, Kündigung und Delogierung, von entscheidender Bedeutung.

Die Volkspartei bemüht sich hartnäckig und leider nicht ohne Erfolg, den Mieterschutz Schritt für Schritt zu beseitigen, den Profit und die Willkür des Hausherrn wiederherzustellen. Wenn sie mit sentimentalem Ton von den „armen Hausherrn“ spricht, denen man die wohlverdiente Rente vorenthalte, muß man auf zweierlei hinweisen: erstens, daß die Hausherrn, die ja zum größten Teil Besitzer von alten Häusern sind, nicht nur die Amortisation, sondern auch zusätzlichen Gewinn längst hereingebracht haben, und zweitens, daß der kleine Hausherr kaum mehr existiert, daß die modernen Hausherrn zumeist Banken und andere Geldinstitute sind, daß es also um Fragen des Großkapitals geht.

Diesen Forderungen muß man entschieden entgegenreten. Vor ihnen darf man nicht zurückweichen wie die Sozialistische Partei, die schon allzuviel vom ursprünglichen Mieterschutz preisgegeben hat.

Nicht einmal die Fachleute der Volkspartei behaupten, daß Zinserhöhungen zum Bau neuer Wohnungen beitragen. Sie dienen ledig-

lich dem Profit der Hausherrn, nicht aber der notwendigen Wohnbautätigkeit. Wohl aber ist jede Zinserhöhung, sei es in alten oder in neuen Häusern, eine Gefahr für alle nicht zahlungskräftigen Mieter und kann nur dazu führen, daß die Wohnungsnot gerade der Armen nicht abnimmt, sondern zunimmt. Aus diesen sozialen Erwägungen heraus muß man jede Zinserhöhung ablehnen, unter welchem Vorwand immer sie vollzogen wird.

Ein arger Mißstand ergibt sich aus dem § 7 des Mietengesetzes, der es den Hausherrn gestattet, Reparaturkosten auf die Mieter zu überwälzen. Viele Häuser des privaten Hausbesitzes wurden seit Jahren, oft seit Jahrzehnten nicht repariert und sind in einem Zustand, der nicht geduldet werden kann. In diesen alten, zum Teil verfallenen Häusern wohnen zumeist Menschen, deren Einkommen sehr gering ist. Nun aber werden gerade diesen armen Mietern große Reparaturkosten aufgebürdet. Die Folge ist, daß man heute für die schlechtesten Wohnungen den höchsten Zins bezahlen muß und daß es die finanziell Schwachen sind, denen man diese unerträgliche Belastung zumutet.

Um diese erbitternde Ungerechtigkeit zu beseitigen, ist es notwendig, einen Reparaturausgleichsfonds mit zureichenden staatlichen Zuschüssen einzurichten, um die Kosten gleichmäßig zu verteilen. Wir Kommunisten fordern dies seit Jahren. Die Sozialisten haben die Forderung aufgegriffen. Man muß die Volkspartei nötigen, endlich ihren Widerstand gegen diese gerechte und vernünftige Forderung aufzugeben.

Ein weiteres Übel, das mit Recht alle Wohnungsuchenden empört, ist der Wohnungswucher, die illegale Ablöse von 20.000 bis 80.000 S, ohne die man keine Wohnung in einem Haus bekommt, das Privatbesitz ist. Wenn eine solche Ablöse nicht bezahlt wird, lassen die Hausherrn Wohnungen einfach leerstehen und warten, bis sich ein zahlungskräftiger Wohnungswerber findet. Es ist daher notwendig, gegen den Wohnungswucher schärfste Strafbestimmungen zu erlassen und sie auch wirklich anzuwenden, nicht aber, wie dies heute der Fall ist, beide Augen zuzudrücken. Außerdem muß es das Recht der Gemeinden sein, jede freistehende Wohnung anzufordern und sie den Wohnungsbedürftigen zuzuweisen. Solange es Wohnungsnot gibt, kann man auf ein solches Wohnungsanforderungsgesetz nicht verzichten. Leider ist die Sozialistische Partei in dieser Frage vor der Volkspartei zurückgewichen und hat es hingenommen, daß sowohl das Wohnungsanforderungsgesetz wie sein notdürftiger Ersatz, das Wohnungsvermietungsgesetz, nicht aufrecht blieb und daß

daher der Wohnungsmarkt von Willkür und Anarchie beherrscht wird. Ich muß feststellen, wir Kommunisten waren damals im Parlament die einzigen, die auf die drohende Konsequenz hingewiesen haben. (*Zwischenrufe des Abg. Dengler.*) Leider haben die Abgeordneten der Sozialistischen Partei geschwiegen und erst jetzt vor den Wahlen sich daran erinnert welche Konsequenzen das hat, und nun einen neuen Gesetzentwurf eingebracht.

Mit dem Steigen der Zinse und der zunehmenden Verfügungsgewalt der Hausherren nehmen auch die Delogierungen zu. Das ist nicht nur für die unmittelbar Betroffenen katastrophal, sondern das führt auch dazu, daß zu den alten immer neue Wohnungssuchende hinzukommen und daß auch ein Wohnhausbau in größeren Dimensionen als bisher nicht ausreicht, um die Wohnungsnot zu beheben oder doch fühlbar einzuschränken. Der Notstand erfordert, daß der Kündigungsschutz des Mietengesetzes durch einen Räumungsschutz ergänzt wird, daß der Gesetzgeber keine Delogierung gestattet, wenn man dem Delogierten nicht eine eigene Ersatzwohnung zuweist. Alle die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen — Zinsstop, Wohnungsanforderungsgesetz, Räumungsschutz, Unterbindung des Wohnungswuchers — sind nicht nur aus sozialen Gründen notwendig, sondern ohne sie wird auch der Neubau von Wohnungen in seiner Wirkung beeinträchtigt sein. Man muß das Vorhandene sichern, um das Neue erfolgreich in Angriff zu nehmen.

Ich wende mich nun der entscheidenden Frage zu, was man tun soll, um den Wohnhausbau maximal zu fördern und die Wohnungsnot, wenn auch nicht in ein paar Jahren — diese Illusion haben wir nicht —, so doch in absehbarer Zeit zu überwinden. Die Wohnbautätigkeit wird nicht nur dadurch gehemmt, daß der Staat unzureichende finanzielle Mittel zur Verfügung stellt und daß die Zersplitterung dieser Mittel durch den Proporz, durch das unübersichtliche Durcheinander der Instanzen jeder Planmäßigkeit und Konzentration entgegenwirkt, sondern auch dadurch, daß der Begriff des sozialen Wohnungsbaus in zunehmender Verschwommenheit untergeht.

Der Ausgangspunkt unserer Forderungen ist, daß der arbeitende Mensch in unserem Zeitalter das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung hat, daß eine solche Wohnung nicht ein Privileg der Wohlhabenden sein darf. In der modernen Gesellschaft gibt es größere gesellschaftliche Verpflichtungen als in vergangenen Systemen, und die Gesamtheit muß den Schutz des sozial Schwächeren übernehmen.

Es gilt uns heute als selbstverständlich, daß die Gesamtheit den einzelnen mit Wasser und Kanalisation versorgt, mit Schulen und Spitälern, mit brauchbaren Straßen und Wegen, mit den erforderlichen Massenverkehrsmitteln, mit Gas und elektrischem Strom, mit sozialem Schutz für die Kranken und für die Alten. Ebenso selbstverständlich muß es sein, daß die Gesamtheit dem einzelnen eine Wohnung sichert, die den hygienischen und kulturellen Bedürfnissen unseres Zeitalters entspricht, daß die Wohnung nicht ein Objekt des Profits, sondern ein gesellschaftliches Recht ist.

Wenn es eine Wohnungsnot gibt, leiden unter ihr nicht die Wohlhabenden, sondern die Menschen mit geringem Einkommen. Für sie muß die Gesamtheit die notwendigen Mittel aufbringen! Ihnen hat der soziale Wohnungsbau zu dienen! Sozialer Wohnungsbau heißt nicht, daß man mit öffentlichen Mitteln Häuser mit Luxuswohnungen und Luxusbüros errichtet, daß man den Zahlungskräftigen Steuer Gelder zur Verfügung stellt, um Villen zu bauen oder in Fünf-Zimmer-Wohnungen einzuziehen, sondern sozialer Wohnungsbau heißt, daß anständige Wohnungen für jene gebaut werden, die sich aus eigenen Mitteln eine solche Wohnung nicht leisten können.

Das Prinzip des sozialen Wohnungsbaues muß sein, daß die Gesamtheit der Steuerzahler die gesamten Baukosten trägt, daß kein höherer Zins bezahlt wird, als zur Erhaltung und Verwaltung des Hauses nötig ist.

Nach kapitalistischem Denken sind also die Kosten für den sozialen Wohnungsbau „verlorenes Kapital“. Vom Standpunkt der Gesellschaft aus ist dieses „verlorene Kapital“ gewonnene Volksgesundheit, gewonnene Arbeitsfähigkeit und Lebenskultur. Wir fordern ja auch nicht, daß die Schule nach kapitalistischem Denken rentabel sei, sondern wir wissen, daß es für das gesamte Volk ein unermesslicher Gewinn ist, wenn gebildete Menschen heranwachsen. Für die Bundestheater nimmt man ein großes Defizit in Kauf — ein zu großes vielleicht! —, weil man überzeugt ist, dadurch kulturellen Aufgaben zu dienen. Für die Kultur und für die gesunde Entwicklung eines Volkes sind jedoch menschenwürdige Wohnungen nicht weniger wichtig als allgemeinbildende Schulen und wichtiger als kostspielige Opernbühnen!

Ausreichende Mittel für den sozialen Wohnungsbau sind eine soziale und nationale Notwendigkeit. Und hier zu sparen, ist unverzeihliche Kurzsichtigkeit! Solange es Wohnungsnot gibt, sollte man lieber am Bundesheer sparen, sollte man dem Kapital weniger Begünstigungen gewähren, sollte man Gewinne der verstaatlichten Banken heranziehen

und ebenso Gewinnanteile der verstaatlichten Betriebe, soweit sie nicht zu Investitionen erforderlich sind. Außerdem sollte man endlich das sogenannte Bundespräzipium beseitigen und den Gemeinden durch größere Steueranteile eine intensivere Bautätigkeit ermöglichen.

Sozialer Wohnungsbau, das ist der Bau von Volkswohnungen für die Bedürftigen, die keine Wohnung kaufen, keinen hohen Zins zahlen können. Wenn wir Volkswohnungen fordern, meinen wir damit nicht Arme-Leut-Wohnungen, sondern moderne Klein- und Mittelwohnungen mit Badezimmer und solider Ausstattung. Auf solche Wohnungen haben alle ein Recht, nicht nur die Zahlungskräftigen!

Wir hören den Einwand: Wer eine menschenwürdige Wohnung wünscht, soll selber dazu beitragen, soll dafür sparen und Opfer bringen. Die Arbeiter und Angestellten, so sagt man vorwurfsvoll, kaufen Automobile, Motorräder, Kühlschränke. Sie sollten das Geld lieber für eine Wohnung zurücklegen. Ich muß sagen, das ist eine geradezu unanständige Agitation. Wie viele Arbeiter und Angestellte gibt es denn, die durch Anspannung aller Kräfte imstande sind, ein Automobil, ein Motorrad zu kaufen? Die übergroße Mehrheit der arbeitenden Menschen in Österreich ist dazu in keiner Weise imstande — leider nicht imstande! Die meisten können mit ihren niederen Löhnen und Gehältern notdürftig durchkommen, gar nicht zu reden von den Massen der Rentner, denen Ersparnisse zuzumuten geradezu eine Verhöhnung ist.

Und wenn man uns erwidert: Dennoch sind viele Menschen bereit, auf irgendeine Weise Geld aufzubringen, einen höheren Zins zu bezahlen, die größten Entbehrungen auf sich zu nehmen, wenn sie nur zu einer Wohnung gelangen!, so ist das richtig. Doch welche unsoziale Gesinnung drückt sich darin aus, daß man sich damit abfindet, daß man von Wohnungsuchenden ein solches Ausmaß von Opfern fordert, einen solchen Verzicht auf alles, was sonst das Leben lebenswert macht, damit sie erreichen, was ihr selbstverständliches Recht ist: eine Wohnung.

Und dann, meine Damen und Herren: Viele von diesen zu jedem Opfer bereiten Wohnungsuchenden fragen nicht, ob es ihnen auf die Dauer möglich sein wird, den hohen Zins, die monatliche Abzahlung zu leisten. Und wenn die Konjunktur zu Ende geht, wenn nicht mehr Mann und Frau in Arbeit stehen, wenn das Einkommen der Familie zusammenschrumpft, dann werden alle diese Opfer umsonst gewesen sein. Dann ist die teure Wohnung nicht mehr zu halten. Aus all diesen Gründen fordern wir echten sozialen

Wohnungsbau, fordern wir den Bau von Volkswohnungen auf Kosten der Gesamtheit.

Wir haben gegen andere Methoden des Wohnungsbaues, zum Beispiel gegen Eigentumswohnungen, nichts einzuwenden. Allerdings darf man nicht übersehen, daß heute mit den Eigentumswohnungen sehr viel Mißbrauch getrieben wird. Es ist nicht nur so, daß eine Eigentumswohnung alles in allem ein Eigenkapital von durchschnittlich 30.000 S und mehr erfordert, daß also große Massen der Wohnungsuchenden sich eine solche Wohnung nicht leisten können, sondern außerdem gibt es auf diesem Gebiet durch die Möglichkeit des Rücktritts einen ausgedehnten und widerlichen Wohnungsschacher, der den Gedanken des sozialen Wohnungsbaues zur Karikatur macht.

Trotzdem sollte man auch diese Form des Wohnungsbaues fördern und jenen, die in der Lage sind, eine Eigentumswohnung zu errichten, Erleichterungen gewähren. Wenn die staatlichen Budgetmittel, die vor allem dem eigentlichen sozialen Wohnungsbau dienen sollen, nicht ausreichen, kann man zu diesem Zweck Bankkredite zu einem billigen Zinsfuß aufnehmen. Die österreichischen Banken strotzen heute von Geld, verfügen über enorme flüssige Geldmittel, sodaß es ihnen nicht schwerfiele, solche Baukredite zu gewähren. Der Kreditnehmer sollte nur in einem Zeitraum von 70 bis 75 Jahren den Kredit zurückzahlen, die Zinsen aber hätte der Staat zu übernehmen. Auf diese Weise wäre auch der Bau von Eigenwohnungen begünstigt, ohne mit dem eigentlichen sozialen Wohnungsbau durcheinandergebracht zu werden.

Bei den bisher angewandten Methoden sind die Bombengeschädigten und andere unbemittelte Wohnungsuchende leer ausgegangen, und bevorzugt waren Leute mit vollen Brieftaschen und guten Beziehungen.

In diesem Zusammenhang muß man feststellen, daß leider auch die Gemeinde Wien mehr und mehr vom Grundsatz des echten sozialen Wohnungsbaues abweicht. Die neue Wohnpolitik, die der sozialistische Stadtrat Slavik angekündigt hat, kommt ebenfalls den Zahlungskräftigen und nicht den Menschen zugute, für die der soziale Wohnungsbau unentbehrlich ist. Ich möchte nicht wiederholen, was mein Freund Lauscher in einer ausgezeichneten Rede im Wiener Gemeinderat dargelegt hat, sondern nur an das ironische Lob erinnern, das die Volkspartei dem Stadtrat Slavik spendete. Mit Recht kann der Abgeordnete Prinke sagen, daß die Sozialisten sich weitgehend seinen Grundsätzen angepaßt haben, Grundsätzen also, die von der Idee des echten sozialen Wohnungsbaues weit entfernt sind.

Diese neue Wohnpolitik führt dazu, daß zunächst die Zahlungskraftigen zu schönen Wohnungen gelangen, daß die kompliziertesten Wohntauschtransaktionen zustandekommen und daß schließlich die Bedürftigen wieder die Geprellten sind. Das widerspricht dem Prinzip, daß es Pflicht der Gesellschaft ist, zunächst und vor allem dem Schwächsten zu helfen.

Auf die Zersplitterung der Budgetmittel habe ich schon hingewiesen. Da gibt es den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds beim Handelsministerium, den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds beim Sozialministerium und den Fonds für Wohnbauförderung 1954 beim Finanzministerium und Sozialministerium. Mit größter Sorgfalt ist der Proporz gewahrt, allerdings geht dabei jede einheitliche Planung, jede zweckmäßige Konzentration und jede nötige Kontrolle verloren.

Wir würden es für richtig halten, diese zersplitterten Mittel zusammenzufassen, ihre Verteilung öffentlich zu kontrollieren, ihre Verwendung für den echten sozialen Wohnungsbau zu sichern. Es müßte gesetzlich festgelegt werden, daß öffentliche Mittel nur für den Bau von Klein- und Mittelwohnungen verwendet werden dürfen und daß solche Wohnungen nur an Personen zu vergeben sind, deren Bedürftigkeit erwiesen ist und die nicht das Geld haben, selber zu bauen oder einen Beitrag zu den Kosten eines Neubaus zu leisten.

Eine Konzentration der Mittel würde auch den Übergang zu modernen, rationellen Baumethoden erleichtern. Wir müssen aus der kostspieligen Handwerkelei herauskommen, Großbaustellen errichten, zur Montage fertiger Bauteile, zur Normierung von Einzelteilen übergehen, ohne dadurch die Häuser einförmig zu gestalten.

Um für solche großzügige Anlagen den Baugrund zu gewinnen, muß man den Wohnungsspekulation gesetzlich unterbinden. Es durchkreuzt jede moderne Städteplanung und widerspricht jeder Vernunft und Gerechtigkeit, wenn ein Grundstück plötzlich das Zehnfache kostet, weil es für den Bau von Wohnhäusern gebraucht wird. Man muß sich im Interesse des Städtebaues zu Enteignungsmaßnahmen entschließen, man muß ein Grundbeschaffungsgesetz für Wohnungsbauten ausarbeiten, man muß das Vorkaufrecht an allen Baugründen für die Gemeinden sichern, um endlich aus dem Winkelwerk eines habgierigen Egoismus zu der Erfüllung großer gemeinsamer Aufgaben durchzubrechen.

Die notwendige Konzentration der Mittel und der Planung darf natürlich nicht in der Hand eines Ministers zustandekommen, der in Wahrheit ein Gegner des sozialen Wohnungs-

baues ist. Man darf hier nicht den Bock zum Gärtner machen, sondern man muß die Mittel und die Planung in den Gemeinden konzentrieren, denn sie sind den Wohnungsuchenden näher, und nur in den Gemeinden ist eine wirksame öffentliche Kontrolle durchzuführen. Der soziale Wohnungsbau ist die große und unaufschiebbare Aufgabe der Gemeinden, und die Gemeinden muß man zur Bewältigung dieser Aufgaben mit weitaus größeren Mitteln und Vollmachten als bisher ausstatten.

Das Volk wartet seit Jahren auf eine großzügige Lösung des Wohnungsproblems. Mit den halben und unkontrollierten Maßnahmen der Proporzwirtschaft, mit den bisherigen unzulänglichen Methoden hat man dieses Problem nicht gelöst und kann man es nicht lösen. So ungern es manche von Ihnen auch hören mögen: Auch die Überwindung der Wohnungsnot ist eine Frage des Klassenkampfes! Der Weg, den die Volkspartei zu gehen entschlossen ist, ist der konsequent kapitalistische Weg: der Weg zur Wohnkultur für Wohlhabende und zu Elendsquartieren für Menschen ohne Zahlungskraft. Der andere, der soziale Weg, ist der Weg des sozialen Wohnungsbaues. Er wurde in der Ersten Republik von der Gemeinde Wien angebahnt. Leider ist die Sozialistische Partei mehr und mehr von diesem Weg abgekommen, hat sie mehr und mehr den Gedanken des echten sozialen Wohnungsbaus preisgegeben.

Wir halten eine Wendung für notwendig, eine Wohnbaupolitik, die vor allem dem Armen, dem sozial Schwachen dient. Die das Geld haben, mögen aus eigenen Mitteln bauen. Die einen finanziellen Beitrag zu einer Wohnung leisten können, möge man mit langfristigen unverzinslichen Krediten unterstützen. Doch die entscheidende Aufgabe der Gesamtheit ist der Bau von Wohnungen für die Wohnungsuchenden, die kein überflüssiges Geld haben, der Bau also von menschenwürdigen Volkswohnungen.

Präsident: Der nächste vorgemerkte Redner ist der Herr Abgeordnete Mitterer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Mitterer: Hohes Haus! Ich möchte nur ganz kurz auf die Ausführungen meines Herrn Vorredners zurückkommen, in welchen er sich mit dem Außenhandel befaßt hat.

Ich darf dazu folgendes feststellen: Es wird immer wieder so dargestellt, als würden wir gar keine Bemühungen machen, um den Außenhandel mit dem Osten zu intensivieren. Das Gegenteil ist wahr. Aber wie sehen die Dinge aus? Ich brauche gar keine langen Schilderungen zu geben; sehen Sie sich doch die Passivsaldo der Clearingspitzen in den

Clearingstellen an, die uns von den Oststaaten immer wieder präsentiert werden, und wir werden feststellen müssen, daß wir produktionsmäßig mögliche Exporte einfach nicht durchführen können, weil die Bezahlung nicht gesichert ist. Wir müssen zum Beispiel eine traditionelle Importware, die wir seit vielen, vielen Jahrzehnten — ich glaube, es wird wahrscheinlich noch länger sein — aus dem Osten, nämlich aus der Tschechoslowakei bezogen haben, den Weihnachtskarpfen, nun aus Übersee beziehen, weil die Tschechoslowakei nicht in der Lage ist, diesen Artikel zu liefern.

Ich möchte auch feststellen, daß andere Güter, die wir sehr gerne beziehen würden, nicht geliefert werden können oder geliefert werden, weil der Osten diese Artikel dazu verwendet, sie in andere Länder, deren Devisen er noch notwendiger braucht, zu exportieren, sodaß für uns aus Bulgarien und ähnlichen Ländern am Schluß Tomatenmark und Ähnliches übrigbleibt.

Ich muß, wenn bezüglich des europäischen Marktes, auf den ich dann noch zurückkommen werde, Äußerungen gefallen sind, feststellen: Der Osten hat ja einen solchen geschlossenen Markt schon lange, wenn er auch nicht immer sehr gut funktioniert, weil die rivalisierenden Gruppen in den kommunistischen Ländern hier einiges verhindern. Aber es ist das erklärte Ziel des Ostens, eine geschlossene Planwirtschaft im ganzen Osten zu haben, und er hat dies in Wirklichkeit schon lange durchgeführt, man kann daher bei Gott nicht sagen, daß wir hier irgendwelche Maßnahmen treffen, die gegen dieses oder jenes Land gerichtet sind, sondern wir versuchen nur, natürlich verbunden mit gewissen Schwierigkeiten, einen gemeinsamen europäischen Markt durchzusetzen, zu dem sich alle in diesem Staate außer ein paar Ferngesteuerten bekennen.

Meine Damen und Herren! In den bisher behandelten Kapiteln des Bundesvoranschlages standen jeweils hunderte Millionen Schilling und Milliardenbeträge zur Diskussion. Bei diesem Kapitel geht es leider nur um sehr bescheidene Summen. Für Handel, Gewerbe und Industrie stehen im vorliegenden Budget lediglich 247,8 Millionen, rund 250 Millionen Schilling zur Verfügung, wovon nur der kleinste Teil auf wirkliche Förderungsmaßnahmen, die der Wirtschaft direkt zugute kommen, entfällt.

Unser Handelsminister konnte bisher mit den bescheidenen Mitteln sehr Beachtliches erreichen. Wir sind aber überzeugt, daß es ihm trotz der großen Schwierigkeiten, die bei der Budgeterstellung eingetreten sind, gelingen wird, die Aufgaben seines Ressorts weiterhin

in zufriedenstellender Weise zu bewältigen. Das Handelsressort hat bisher wesentlich dazu beigetragen, daß die Wirtschaftskraft unseres Landes und damit der Wohlstand unserer Bevölkerung von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Diese Erfolge müssen umso höher eingeschätzt werden, als gerade in diesem Jahr eine Reihe europäischer Staaten eine Abschwächung der Konjunktur erfahren mußte. Wenn man bedenkt, daß unsere Industrieproduktion im zweiten Quartal um 2 Prozent und in den Sommermonaten um 3 bis 4 Prozent höher als im Jahre 1957 war, so spricht das deutlich für die Richtigkeit des von uns eingeschlagenen Wirtschaftskurses und der Wirtschaftspolitik. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß in der gleichen Zeit etwa in England, Belgien, Schweden, Schweiz und auch in Italien, um nur einige Beispiele zu nennen, die Produktion gegenüber dem Vorjahr wesentlich zurückgegangen ist. Die ständige Aufwärtsentwicklung, die sich in den letzten Jahren erwartungsgemäß etwas verflacht hat, hat sich in Österreich in Form eines wesentlich gestiegenen Lebensstandards präsentiert.

Es gilt nun, diesen Wohlstand, der von unserer Bevölkerung von allen Schichten mühsam erarbeitet und durch eine richtige Wirtschaftspolitik ermöglicht wurde, auch in Zukunft zu sichern und auszubauen. Der größere europäische Markt, der in der einen oder anderen Form, welchen Namen auch immer er haben mag, kommen wird, stellt uns zweifellos vor besondere und wichtige Aufgaben. Es wäre absolut leichtsinnig und kurzsichtig, hier eine Vogel-Strauß-Politik zu betreiben und sich einfach der Hoffnung hinzugeben, daß unserer Wirtschaft ohnehin nichts passieren kann. Im Gegenteil: Es wird großer Anstrengungen bedürfen — es wurde dies mehrmals schon von diesem Platze aus von Rednern aller tragenden Parteien zum Ausdruck gebracht —, um die Übergangszeit ohne größere Schwierigkeiten zu überwinden. Die Österreichische Volkspartei bekennt sich absolut zum Gedanken eines gemeinsamen europäischen Marktes, weil das die einzige Möglichkeit für den künftigen Wohlstand dieses Kontinents ist.

Aber andererseits muß man sich darauf vorbereiten, oder richtiger gesagt, muß man der Wirtschaft die Voraussetzungen in die Hand geben, um für den zunehmenden Konkurrenzkampf gerüstet zu sein. Das Schergewicht unserer Wirtschaftsstruktur liegt nun einmal bei den Klein- und Mittelbetrieben. Die Existenz dieser Unternehmungen zu sichern, war und wird immer eines der Hauptziele der Österreichischen Volkspartei sein und bleiben. Unsere Partei hat immer ein klares Bekenntnis zu einer konstruktiven Mittelstandspolitik ab-

gelegt. Die Stärke unserer Wirtschaft sind diese kleinen Betriebe, diese Schicht von Selbständigen, die ihre ganze Arbeitskraft und ihre Initiative dafür einsetzen, daß produziert und verkauft wird, daß Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden und daß dabei die wirtschaftliche Freiheit für jeden, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, erhalten bleibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Österreichische Volkspartei hat sich absolut und immer für die Stärkung der kleinen selbständigen Existenzen eingesetzt. Die Kollegen von der Sozialistischen Partei haben in ihrem Parteiprogramm einen Satz stehen, der sehr schön zu lesen ist. Es heißt dort: „Angesichts der klein- und mittelbetrieblichen Struktur der österreichischen Wirtschaft werden somit weite Bereiche auch in Zukunft der privaten Unternehmertätigkeit vorbehalten bleiben.“

Aber wie schaut das in der Praxis aus? Ich darf hier als Beispiel einen kurzen Absatz zitieren. In der vorletzten Nummer des theoretischen Organs der Sozialistischen Partei, der „Zukunft“, kann man in einem verspäteten Nachruf zum Ladenschlußgesetz unter anderem lesen: „Es steht natürlich außer Zweifel, daß die Handelsangestellten vollen Anspruch auf ihre Freizeit haben, und es ist ebenso selbstverständlich, daß die Menschen in einer modernen Großstadt dann einkaufen können müssen, wenn sie dazu Zeit und Muße haben. Beides ist möglich, wenn jener wirtschaftlich völlig überflüssige Teil des Kleingewerbes allmählich ausgeschieden wird.“ Ich glaube, das ist deutlich genug. Es ist die moderne Lösung dieses Weges. Und wie sich nun die Sozialisten das Ausscheiden dieser kleinen Betriebe vorstellen, kann man in der Zeitung „Welt am Montag“ lesen, die frohlockend prophezeite, daß der kleine Greißler sterben wird und daß das gleiche Schicksal der Milchfrau, dem Grünzeughändler und vielen anderen Geschäftsleuten beschieden sein wird. Ich glaube, klarer kann man das nicht mehr zum Ausdruck bringen.

Die Beseitigung dieser kleinen Existenzen, die Vernichtung von mühsam erworbenem Eigentum würde aber nicht nur für die Greißler bedeuten, daß sie sterben sollen, sondern in gleicher Weise für zehntausende andere kleine Selbständige und deren Angestellte.

In die gleiche Richtung zielen auch die Expansionsbestrebungen einzelner verstaatlichter Konzerne. Sie sind darauf gerichtet, die Existenzbasis zahlreicher kleiner Handwerker zu untergraben. Sie schalten sich als verstaatlichte Großbetriebe in eine Tätigkeit ein, die bisher den Kleinbetrieben vor-

behalten war. Wenn auch solche Geschäfte für verstaatlichte Großbetriebe unrentabel sind, so dürfte es dem Betrieb weniger auf den kommerziellen Effekt ankommen, sondern vielmehr darauf, den kleinen Betrieb aususchalten. Aber ich kann Ihnen versichern, und ich glaube, daß alle, die guten Willens sind, diese Meinung vertreten müssen, daß jeder Anschlag gegen die Existenz der Klein- und Mittelbetriebe auf den schärfsten Widerstand der Österreichischen Volkspartei stossen wird. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das Schwerkgewicht der von uns vertretenen Mittelstandspolitik muß wohl auf dem Gebiete der Steuern liegen. Ich kann hier über die Einzelheiten nicht sprechen, das ist einem anderen Kapitel vorbehalten. Aber ich möchte doch kurz folgende Forderungen erwähnen: Verwirklichung eines wettbewerbsneutralen Umsatzsteuersystems und als Zwischenlösung einen Steuerfreibetrag für Kleinbetriebe, wie dies im Initiativantrag von Abgeordneten meiner Partei verlangt, aber von den Sozialisten bisher abgelehnt wurde. Das gleiche gilt auch für die Gewerbesteuerreform und noch für eine Reihe anderer steuerlicher Maßnahmen.

Doch nicht nur durch eine richtige Steuerpolitik, sondern auch auf anderen Wegen muß dem kleinen Selbständigen hier geholfen werden. Ich denke hier vor allem an den Ausbau der Kreditaktionen, da eine Kapitalbildung genügenden Ausmaßes bei den heutigen Steuern fast nicht möglich ist.

Ich möchte auch hier noch eine Lanze für diese tausenden Kleinbetriebe brechen, ob sie nun auf dem bäuerlichen, auf dem gewerblichen Sektor liegen mögen. Diese Kleinbetriebe sind die Staatskulis in diesem Lande, sie arbeiten nicht 45, nicht 48, nicht 50 und nicht 55 Stunden, sondern 60, 70 und mehr Stunden, und man findet es für selbstverständlich, daß sie das tun, aber man ist nicht bereit, ihnen auch nur eine kleine Hilfe zu geben, obwohl man auf der andern Seite behauptet, man will den Kleinen helfen.

Was nun die Kreditaktionen anlangt, so sind fast in jedem Betrieb Investitionen notwendig. Der kleine Selbständige, der trotz der Steuersenkungen eine genügende Selbstfinanzierung nicht durchführen kann, ist nur in den seltensten Fällen in der Lage, solche Anschaffungen aus eigenen Mitteln zu bestreiten, auch wenn es sich nur um kleine Ausgaben handelt.

Es muß anerkannt werden, daß hier in den letzten Jahren durch die verschiedenen Kreditaktionen für Klein- und Mittelbetriebe viel erreicht werden konnte. So zum Beispiel durch die verschiedenen ERP-Kredit-

aktionen, die von den Banken durchgeführten Aktionen und nicht zuletzt durch die sogenannte gemeinsame Kreditaktion, die aus Budgetmitteln dotiert ist und vom damaligen Handelsminister Dr. Illig ins Leben gerufen wurde.

Besonders bewährt hat sich auch die Bürgschaftskreditaktion, in deren Rahmen zum Teil aus Bundesmitteln die Ausfallhaftung und ein Zinsenzuschuß übernommen wird. Gerade diese Aktion erfreut sich bei den Klein- und Mittelbetrieben, die oft keine bankmäßige Sicherstellung geben können und auch in Zukunft sie kaum geben werden können, größter Beliebtheit. Hier wäre es dringend erforderlich, das Haftungskapital aufzustocken sowie die für den Zinsenzuschuß erforderlichen Mittel zu erhöhen. Damit würden auch die Voraussetzungen geschaffen, weitere Wirtschaftssparten, die bisher noch von dieser Kreditmöglichkeit ausgeschlossen sind, in die Bürges-Aktion einzubeziehen.

Die im Budget enthaltenen Ansätze sind leider sehr dürftig. Während im laufenden Jahr 18,4 Millionen Schilling Bundesmittel unter dem Titel „Allgemeine Wirtschaftsförderung“ aufgewendet wurden, beträgt das Präliminare für das Jahr 1959 bloß 11,8, also knapp 12 Millionen Schilling. Es wird also um ein Drittel niedriger als in diesem Jahr sein.

Aber auch dieser sehr bescheidene Betrag gibt insofern ein verzerrtes Bild, als auf der Einnahmenseite, das sind in erster Linie Rückflüsse von aushaftenden Krediten, Eingänge in der Höhe von 9,5 Millionen Schilling vorgesehen sind. Tatsächlich werden unter dem Titel Allgemeine Wirtschaftsförderung heuer nur 2,3 Millionen aus Mitteln des Bundes aufgebracht werden.

Wenn also hier durch das Budget den dringenden Erfordernissen der Klein- und Mittelbetriebe sehr enge Grenzen gesetzt sind, so darf nichts unversucht gelassen werden, um gerade in dieser Frage auf eine zufriedenstellende Lösung hinzuarbeiten. Die Kredite sind nun einmal das Blut der Wirtschaft. Es muß daher alles unternommen werden, damit auch der kleine Selbständige, der in seinem Betrieb sonst keinerlei Hilfe bekommt, diesen verbessern, modernisieren, die Leistungskraft steigern kann und die Möglichkeit hat, Geld ohne viele Formalitäten und zu möglichst günstigen Bedingungen zu erhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine andere Frage, die gleichfalls von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes ist, ist die Berufsausbildung. Österreich ist ein Land der Qualitätsarbeiter. Dieser gute Ruf wurde nicht zuletzt durch

eine fundierte Ausbildung unserer Jugend begründet, eine Ausbildung in den Betrieben und in den Berufsschulen. Ich möchte hier besonders hervorheben und herausstellen, daß diese Jugend absolut gut ist und daß ein paar entgleiste Jugendliche nicht das Maß bilden können, um dann eine allgemeine Pauschalkritik zu üben, sondern daß für diese positive Jugend, an die wir glauben, weil wir sonst unsere ganze Arbeit gar nicht machen würden, daß für diese Jugend, die unser größter Aktivposten ist, keine Mühe gescheut werden darf, um ihr das technische und geistige Rüstzeug für ihren Lebensweg mitzugeben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Nachwuchs unserer Wirtschaftstreibenden ging zum größten Teil aus der Meisterlehre hervor. Ich bin überzeugt, daß dieser Ausbildungsweg auch weiterhin der wirklichkeitsnaheste und damit der beste ist. Wenn in nächster Zeit eine Neuregelung der Rechtsvorschriften über die gewerbliche Berufsausbildung in Angriff genommen wird, so ist vor allem darauf Bedacht zu nehmen, daß die Ausbildungsbestimmungen wie bisher in der Gewerbeordnung verankert bleiben. Dem Lehrling muß die Möglichkeit gewahrt bleiben, sich einmal selbständig zu machen und einen eigenen Betrieb zu führen. Diese Chance würde ihm aber genommen werden, wenn die Lehrlingsausbildung ohne Rücksicht auf die in der Gewerbeordnung verankerten Vorschriften über den Befähigungsnachweis geregelt würde.

Auch an dem Grundsatz darf nicht gerüttelt werden, daß die gewerbliche Berufsausbildung eine echte Selbstverwaltungsaufgabe der gewerblichen Wirtschaft darstellt. Es hätte keinen Sinn, neue Behörden zu schaffen, die nur viel Geld kosten und keine andere konstruktive Arbeit leisten.

Ich will mich keineswegs dem Umstand verschließen, daß bei einer Neuregelung gewisse ergänzende Bestimmungen notwendig sein mögen. Aber bleiben wir ruhig bei der bewährten Form der Meisterlehre und hüten wir uns vor unüberlegten Experimenten mit unserer Jugend, die unsere Jugend eines Tages bezahlen müßte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bevor man überhaupt daran denkt, neue Stellen zu schaffen, die hier die Berufsausbildung regeln und überwachen, wäre es wohl besser, jeden nur greifbaren Groschen für den Ausbau der Berufsschulen, insbesondere der technisch-gewerblichen Lehranstalten zu verwenden. Gerade auf diesem Sektor sind die Budgetansätze sehr dürftig. Im Kapitel 21 waren im vorjährigen Budget in der ordentlichen Gebarung noch 72 Millionen Schilling

für die Zu- und Aufbauten von Unterrichtsanstalten vorgesehen. Der Bundesvoranschlag 1959 weist für den gleichen Zweck in der ordentlichen Gebarung nur mehr eine Erinnerungspost von 1.000 S aus und überweist die hierfür vorgesehenen Aufwendungen von 100 Millionen Schilling in den außerordentlichen Haushalt. Es scheint mir sehr problematisch, für diese so wichtigen Schulbauten lediglich in der außerordentlichen Gebarung Vorsorge zu treffen.

Ich möchte hier besonders darauf hinweisen, daß die technisch-gewerblichen Lehranstalten wegen Raummangels fast die Hälfte der geeigneten Bewerber abweisen müssen. Für die Eltern bedeutet dies, daß sie allein aus diesem Grund ihren Kindern nicht jene Ausbildung zuteil werden lassen können, die ihnen eine bessere Existenzmöglichkeit in ihrem Leben verbürgt. Für die Wirtschaft aber bedeutet es den Verlust von tausenden dringend benötigten hochqualifizierten Fachkräften. Die Überweisung des Aufwandes für Schulbauten in das außerordentliche Budget sowie die Kürzung des ohnehin sehr dürrtigen Sachaufwandes für das gewerbliche Berufsschulwesen bringen — das muß man offen feststellen — eine absolute Gefahr für eine entsprechend gediegene Ausbildung des Nachwuchses.

Ein besonders sprechendes Beispiel für diese ständige Vernachlässigung des gewerblich-technischen Berufsschulwesens ist die nahezu katastrophale Lage der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt. Infolge des hervorragenden Rufes, den sich diese Anstalt im Laufe von siebenzig Jahren erwerben konnte, herrscht nach wie vor reges Interesse inländischer und ausländischer Schüler. An dieser Anstalt unterzukommen, ist ihr Bestreben. Aber ein beträchtlicher Teil von ihnen muß infolge Raummangels abgewiesen werden. Der Schaden, der damit Österreich zugefügt wird, ist im Augenblick noch gar nicht zu ermessen. Auch ist die Schule in technischer Hinsicht nicht mehr in der Lage, den heutigen modernen Anforderungen zu entsprechen. Insbesondere auf dem Gebiet der Farbphotographie, der Werbephotographie, der Ausarbeitung wissenschaftlicher Photographien wären Investitionen dringend erforderlich, sie können aber aus Raum- und Geldmangel nicht durchgeführt werden. Wenn auch die Versuchsanstalt, die unbedingt unter die dringenden Bauvorhaben aufgenommen werden müßte, ein besonders krasses Beispiel darstellt, so ist die Situation in einer Reihe anderer technisch-gewerblicher Berufsschulen nicht viel besser. Und dabei könnte hier mit relativ bescheidenen Beträgen wirklich für unsere Jugend und damit für die Zukunft dieses Landes viel erreicht werden.

Ein anderes Gebiet, das in Österreich leider noch sehr im argen liegt, ist das technische Versuchswesen. Im letzten Budget war zur Förderung des technischen Versuchswesens ein Betrag von 535.000 S vorgesehen, also eine Summe, die ebenfalls praktisch einer Erinnerungspost gleichkommt. Im Bundesvoranschlag 1959 sind für diesen Zweck 330.000 S präliminiert, also um 200.000 S weniger als im heurigen Jahr. Wenn man dabei berücksichtigt, daß die entsprechende Einnahmeposition ungefähr die gleiche Summe enthält, ergibt sich, daß die gewerbliche Forschung in Österreich vom Staat praktisch nicht unterstützt wird. Wenn im Verlauf der bisherigen Budgetdebatte von dem einen oder anderen Redner darauf verwiesen wurde, daß das Ausland für diesen oder jenen Zweck mehr ausgibt als Österreich, so handelte es sich aber im wesentlichen um geringe Divergenzen, wenn man die Einzelpost mit dem Gesamtbudgetrahmen in eine Relation bringt. Auf dem Gebiet der gewerblichen Forschung geben jedoch andere Staaten gleicher Größe und gleicher Wirtschaftskraft das hundert-, tausendfache des Betrages für diesen Zweck aus. Unser Land stellt der Forschung für ein ganzes Jahr einen Betrag zur Verfügung, der gerade ausreichen würde, um den Betriebsabgang der Bundesbahnen für 2½ Stunden zu decken.

Gerade in der heutigen Zeit, wo in einem rasanten Tempo die Produktionsmethoden verbessert und neue Produkte gefunden werden, ist die Forschung eine Lebensnotwendigkeit für jeden Staat, der seinen Platz behaupten will. Bei uns in Österreich führen einige Großbetriebe im Rahmen der Möglichkeit Forschungsarbeiten durch, die jedoch, an einem internationalen Maßstab gemessen, sehr beschränkt sind. Das soll keine Kritik an der an sich begrüßenswerten Initiative dieser Betriebe sein. Aber die Ausgaben für eine richtige Zweckforschung gehen in der heutigen Zeit ins Gigantische, wenn sie Erfolg haben sollen.

Es gibt bei uns in Österreich auch eine Reihe kleinerer Forschungsinstitute, die mit wenigen, meist schlecht bezahlten Mitarbeitern und mit einer oft sehr ungenügenden technischen Ausrüstung sehenswerte Leistungen vollbringen. Hier sind wirkliche Idealisten am Werk, Meister im Improvisieren, die mit unermüdlichem Fleiß und großer Sachkenntnis an die ihnen übertragenen Aufgaben herangehen. Gerade diese kleinen Institute, die bewiesen haben, daß sie Ersprießliches leisten, sollten aus Budgetmitteln unterstützt werden. Wenn irgendwo eine staatliche Unterstützung notwendig und gerechtfertigt wäre, dann wohl

für die Zweckforschung, denn jeder Schilling, der für Forschungszwecke ausgegeben wird, trägt nicht nur dazu bei, unsere wirtschaftliche Zukunft zu sichern, er ist auch eine gute und richtige Kapitalanlage. Überall in der Welt hat sich gezeigt, daß sich die Ausgaben für die Forschung in kürzester Zeit in Form von höheren Umsätzen, höheren Leistungen und damit für den Staat durch höhere Steuer-eingänge amortisieren.

Auch der Budgetansatz für die so wichtige Exportförderung ist gegenüber dem laufenden Jahr um mehr als die Hälfte gekürzt worden, eine besonders bedauerliche Tatsache. Diese Kürzung muß gleichfalls unter dem Aspekt betrachtet werden, daß bereits für das laufende Budget der hierfür vorgesehene Betrag von 137.000 S unzureichend war und daher mit den präliminierten 66.000 S wohl sehr wenig wirkliche Exportförderung geleistet werden kann.

Dabei sollte doch der Rückgang der österreichischen Exporte in den letzten 10 Monaten eine Warnung sein, gerade diesem Sektor erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Nachdem unsere Exporte von Jahr zu Jahr angestiegen sind und eine Höhe erreicht haben, die über dem Zweieinhalbfachen der Vorkriegszeit lag, ist in den ersten 10 Monaten dieses Jahres erstmalig ein Rückgang um 6 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum eingetreten.

Allerdings besteht trotz dieser unerfreulichen Entwicklung kein Grund, die Angelegenheit zu dramatisieren. Überall in der Welt ist eine gewisse Konjunkturdämpfung eingetreten, in den meisten Staaten auch ein Rückgang des Außenhandels. Die Vereinigten Staaten mußten in den ersten acht Monaten dieses Jahres sogar ein Absinken ihrer Exporte um 18 Prozent in Kauf nehmen — immerhin eine gewaltige Ziffer. Acht westeuropäische Staaten haben in gleicher Weise wie Österreich weniger als in vorangegangenen Jahren exportiert. Von den Exportrückgängen waren in erster Linie jene europäischen Staaten betroffen, bei denen 45 bis 50 Prozent ihrer Ausfuhr auf Rohstoffe und Metalle entfallen. Und zu diesen Staaten zählt neben Norwegen, Schweden und Belgien leider auch Österreich. Hingegen ist es den europäischen Staaten, deren Fertigwarenanteil am Gesamtexport relativ höher ist, gelungen, ihre Ausfuhr auch in diesem Jahr weiter zu erhöhen.

Über den Rückgang unserer Exporte hat auch erst kürzlich der Wirtschaftsredakteur *Ausch* in der „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben. Er stellte unter anderem fest, daß der Exportrückgang darauf zurückzuführen sei, daß mehr als die Hälfte des Wertes der Ausfuhren auf die

besonders konjunktorempfindlichen Rohstoffe und Halbfabrikate entfielen. „Diese Lehre“, so stellte er dann fest, „müßte beherzigt und alles sollte unternommen werden, um den Export von Fertigwaren zu steigern.“

Diese Lehre müßten vor allem seine Freunde in der Sozialistischen Partei beherzigen. Denn es soll hier keineswegs bestritten werden, daß es grundsätzlich richtig war, die Eisen- und Stahlindustrie zu modernisieren und zu rationalisieren, um eine entsprechende günstige Rohstoffbasis für die Fertigwarenproduktion zu schaffen. Doch bei der Zuteilung der Investitionsmittel wurde fast alles für die Kapazitätsausweitung der verstaatlichten Grundindustrie aufgewendet. Die Fertigwarenindustrie ging leider ziemlich leer aus. Wenn man damals die Fertigwarenindustrie und das exportorientierte Gewerbe nicht so stiefmütterlich behandelt hätte, dann wäre es heute nicht so notwendig, sich wegen der Konjunktorempfindlichkeit unseres Exportes Sorgen zu machen. Nun müssen auch unsere Koalitionskollegen feststellen, daß hier entgegen unserer Warnung Kapitalfehlleitungen erfolgt sind, die jetzt unserem Lande zum Nachteil gereichen. Die Lehre daraus müßte sein, gerade jene Betriebe, die in erster Linie Fertigwaren erzeugen — und das sind hauptsächlich die Klein- und Mittelbetriebe der Privatwirtschaft —, zu stärken. Es zeigt sich also, daß das Konzept unserer Partei, diesen Betrieben zur Seite zu stehen, nicht nur ideologisch, sondern sehr real, wirtschaftlich gesehen, richtig war und richtig sein wird. (*Beifall bei der ÖVP.*) Und gerade der Fertigwarenssektor bedarf einer besonders pfleglichen Behandlung, ist doch Österreich ein Land, das sich typisch mit Fertigwaren beschäftigen sollte und auch einen sehr wesentlichen gewerblichen Geschmackfertigwarenexport aufzeigt.

Eine dringende Frage für die weitere Entwicklung unserer Exporte ist auch die Bereitstellung entsprechender Kredite. Ich habe anfangs bereits auf dieses Problem hingewiesen. Die bundesverbürgten Ausfuhrförderungskredite sind hiezu ein absolut geeignetes Instrument. Sie werden auch von der Wirtschaft stärkstens beansprucht, sodaß die bereitgestellten Beträge von 1,5 Milliarden Schilling dauernd zu etwa 90 Prozent blockiert sind und neue Kreditgewährungen nur nach Maßgabe der Rückflüsse erfolgen können. Deshalb ist es unerlässlich, hier den Kreditrahmen möglichst bald auszuweiten, damit mehr Geschäfte auf diesem Weg finanziert werden. Wichtig vor allem für die Überseegeschäfte wäre auch eine entsprechende Verlängerung der Laufzeit. Viele Geschäfte gehen unserer

Exportwirtschaft allein deswegen verloren, weil wir auch nicht annähernd mit den Zahlungszielen, die von unseren Konkurrenzländern eingeräumt werden, Schritt halten können. Ich möchte hier nur als eines von vielen Beispielen erwähnen, daß sich im Rahmen des persischen Siebenjahresplanes Geschäftsmöglichkeiten für 5 Millionen Dollar ergeben hätten, und zwar im wesentlichen bei Fertigwaren und -anlagen. Wenn wir noch nicht zum Zug gekommen sind, dann deswegen, weil wir nicht in der Lage sind, entsprechend langfristige Zahlungsziele anzubieten, wögegen andere Länder dies heute in reichem Maße tun.

Auch eine entsprechende Reorganisation der Exportrisikohaftung wäre dringend geboten, da diese Einrichtung in ihrer derzeitigen Form zu kompliziert und schwerfällig ist und deshalb von der Wirtschaft kaum in Anspruch genommen wird. Ebenso müßte die Kreditgewährung auf die Errichtung von Handelshäusern im Ausland ausgedehnt und Bauausführungen österreichischer Unternehmungen im Ausland in die Exportrisikohaftung einbezogen werden. Das wäre eine absolut notwendige Maßnahme zur Stärkung unserer Exportwirtschaft.

Daß unsere Fertigwarenausfuhr trotz des weltweiten Konjunkturrückganges keinen Rückschlag erlitten hat, sondern im Gegenteil da und dort Boden gewinnt, so unter anderem auch auf dem anspruchsvollen amerikanischen Markt, spricht wohl deutlich für die Güte und Wertschätzung der österreichischen Erzeugnisse im Ausland. Es spricht aber auch für die Initiative der österreichischen Exportwirtschaft und für die richtige Handelspolitik der Bundesregierung und nicht zuletzt für das erfolgreiche Wirken der österreichischen Handelsdelegierten in aller Welt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Auslandsorganisation der gewerblichen Wirtschaft hat sich bestens bewährt. Sie arbeitet sparsam und äußerst wirkungsvoll. Durch den unabhängigen Status der Handelsdelegierten ist Gewähr geboten, daß diese sich voll und rückhaltlos für die Interessen und gleichzeitig auch für die Belange der österreichischen Außenhandelswirtschaft und der einzelnen Firmen einsetzen können. Wer die Tätigkeit dieser Handelsdelegierten in großen Märkten wie etwa Amerika persönlich sehen konnte, der weiß, was diese Leute leisten, und er kann diese Arbeit umso höher einschätzen, je mehr er die Schwierigkeiten, die sich hier einstellen, erkennt. Daß diese Herren wirklich ihr Bestes tun, ist eine Voraussetzung unseres weiteren Exportes. Unseren Handelsdelegierten steht die Möglichkeit offen, mit ausländischen Firmen unmittelbar in Kontakt zu treten, nicht durch irgendeinen komplizierten behördlichen Apparat. Dadurch werden alle sich bietenden

Absatzchancen raschest erfaßt. Kurz gesagt, die Handelsdelegierten leisten praktische Exportförderung im wahrsten Sinne des Wortes.

Die Erfolge dieser Aktivität drücken sich in den hohen Exportziffern aus. So hat sich, um nur einige ganz wenige Beispiele zu erwähnen, der Export nach Venezuela seit Errichtung der Außenhandelsstelle verdreifacht. Oder: Nach Indien führten wir im Jahre 1951, in dem Jahr, in dem die Außenhandelsstelle Bombay errichtet wurde, Waren im Werte von 67 Millionen Schilling aus. Im Jahre 1957 ist der Export auf 460 Millionen Schilling gestiegen. Im nordafrikanischen Raum, also Marokko, Algerien, Tunesien, konnten wir seit Gründung der Außenhandelsstelle in Casablanca im Jahre 1952 unseren Export von 35 Millionen Schilling auf 190 Millionen Schilling erhöhen. Belgisch-Kongo war bis zum Jahre 1952 ein für die österreichische Wirtschaft fast völlig unbekannter und unerschlossener Markt. Im Jahre 1953 errichteten wir eine Außenhandelsstelle, und im letzten Jahr konnten wir bereits Exporte für 50 Millionen Schilling verzeichnen. Mag dieser Betrag an und für sich gering sein, wenn man weiß, was es bedeutet, heute auf einem Konkurrenzmarkt im Ausland Fuß zu fassen, dann wird man erst verstehen, was in dieser Zahl an Leistung steckt. Ich möchte daher an dieser Stelle den österreichischen Handelsdelegierten für ihre unermüdliche und erfolgreiche Arbeit herzlichst danken.

Neben der Exportförderung kommt auch der Förderung des Fremdenverkehrs eine besondere Bedeutung zu. Der Ausländerfremdenverkehr ist heuer mit einem Devisenertrag von 4,3 Milliarden Schilling der größte Aktivposten unserer Zahlungsbilanz. Ohne diese gewaltigen Einnahmen aus dem Ausländerfremdenverkehr wäre jedenfalls unsere Zahlungsbilanz stark passiv. Nun ist in letzter Zeit der Konkurrenzkampf zwischen den europäischen Fremdenverkehrsländern schärfer geworden, sodaß es besonderer Anstrengungen bedarf und bedürfen wird, damit die erfreuliche Aufwärtsentwicklung der letzten Jahre nicht unterbrochen wird. Die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft hat sich durchaus als leistungs- und konkurrenzfähig erwiesen. Wenn man bedenkt, in welchem Ausmaß die Hotels und Gaststätten durch die Kriegereignisse und dank einer besonders aktiven Besatzung in Mitleidenschaft gezogen wurden, dann muß man auf die geleistete Aufbauarbeit nicht nur stolz sein, sondern ihr volle Anerkennung zollen! Diese Wiederaufbauleistung wurde in erster Linie von den Unternehmern selbst bewältigt. Sie ist ein überzeugendes und überwältigendes Beispiel für die Initiative

dieser privatwirtschaftlichen Sektoren. Ich will hier keineswegs verschweigen, daß sicherlich noch viel nachzuholen ist, insbesondere in den östlichen Gebieten Österreichs, wo ja die Zerstörungen, die Verwüstungen besonders stark waren. Aber die Gäste in dieses Land zu bringen und sie auf die Vorzüge Österreichs aufmerksam zu machen, das ist eine Aufgabe, die man nur durch Werbung erfüllen kann, und zwar durch intensive Werbung, da die anderen Staaten gleichfalls eine besondere Aktivität entfalten. Die Ansätze des Budgetvoranschlages für die Fremdenverkehrswerbung sind wohl die gleichen wie im letzten Budget, doch liegt der Betrag wesentlich unter den Summen, die andere Staaten vergleichsweise für diesen Zweck ausgeben. Da die Kosten für die Werbung im Ausland in letzter Zeit empfindlich gestiegen sind, bedeutet dies, daß im kommenden Jahr mit der gleichen Summe nicht mehr jene Propagandaleistung erzielt werden kann.

Während die Ansätze für die Fremdenverkehrswerbung rein ziffernmäßig gleichgeblieben sind, stehen für die allgemeine Fremdenverkehrsförderung, die nicht nur den ausländischen, sondern auch den inländischen Urlaubern zugute kommt, nur 4,6 Millionen Schilling zur Verfügung; das sind um 3,3 Millionen Schilling weniger als im vorigen Budget. Aus diesen nun so stark reduzierten Ansätzen sollen gefördert werden: Einrichtungen des Jugendfremdenverkehrs, Erschließung der österreichischen Bergwelt, Bergrettung, Bau von Schutzhütten, Ausbau des Campingwesens, Naturschutz, und weiters sollen Zuschüsse an die Veranstalter internationaler Kongresse, Ausstellungen und kultureller und sportlicher Veranstaltungen geleistet werden. Das alles, wie gesagt, mit nicht einmal 5 Millionen Schilling, also einem Betrag, der ungefähr ein Promille dessen ausmacht, was allein die Ausländer an Devisen nach Österreich bringen.

Ich glaube wohl nicht erst darauf hinweisen zu müssen, daß sich auch die Ausgaben zum Zwecke der Fremdenverkehrsförderung mehr als amortisieren, und zwar nicht bloß vom Gesichtspunkt der Zahlungsbilanz her. Jeder Schilling, den ein Ausländer in Österreich ausgibt, fließt nämlich zu einem beträchtlichen Teil dem Fiskus in Form von verschiedenen Steuern, die wir ja noch immer in reichem Ausmaß haben, zu. Auch für den Staat — vom rein fiskalischen Standpunkt gesehen — trägt die Fremdenverkehrsförderung sehr, sehr gute Zinsen.

Meine Damen und Herren! Im Kapitel 21, das heute gleichfalls zur Behandlung steht, bewegen sich die Budgetansätze annähernd im

gleichen Rahmen wie im letzten Bundesvoranschlag, nur mit dem Unterschied, daß aus den Ansätzen der ordentlichen Gebarung 200 Millionen Schilling in die außerordentliche Gebarung übergeführt wurden. Durch die Dotierung des Kapitels Bauten ist Gewähr gegeben, daß die Bautätigkeit der öffentlichen Hand im gleichen Umfang wie bisher geführt werden kann. Wenn man bedenkt, daß die Bauwirtschaft gerade in diesem Jahr eine der Hauptsäulen und -stützen der Binnenkonjunktur war, so ist es zu begrüßen, daß hiedurch, rein konjunkturpolitisch gesehen, Vorsorge getroffen wurde.

In den letzten Jahren hat sich allerdings immer wieder gezeigt, daß die Vorausplanung noch ziemlich im argen liegt. Dadurch ergeben sich oft fühlbare Verzögerungen beim Anlaufen der Bausaison, während dann im Hochsommer eine Überbeschäftigung im Bausektor mit allen bekannten und nachteiligen Folgen Platz greift. In der Hauptsaison herrscht dann ein so starker Mangel an Bauarbeitern, daß die Firmen allergrößte Schwierigkeiten haben, die Termine einzuhalten. Daß durch diese nicht entsprechende Streuung der Bautätigkeit oft gänzlich unnötige Kosten erwachsen, bedarf keines weiteren Kommentars. Jedenfalls könnten viele dieser Unzulänglichkeiten durch eine bessere Vorausplanung vermieden werden.

Auch wäre es höchste Zeit, endlich einmal eine grundsätzliche Neuordnung des sozialen Wohnungsbaues in Angriff zu nehmen. Die aus verschiedenen öffentlichen Fonds bereitgestellten Geldmittel für Wohnbauzwecke stammen alle aus dem Steueraufkommen. Dem einzelnen Steuerzahler, der sein Scherflein dazu beitragen muß, ist es wohl gleichgültig, in welchen der Fonds das Geld fließt. Er kann aber mit Recht verlangen, daß für seinen Schilling, den er für den sozialen Wohnbau abliefern muß, möglichst viel und möglichst wirkungsvoll gebaut wird und daß keine unnötige und kostenvertuernde Zersplitterung eintritt. Deshalb wäre eine Zusammenfassung der verschiedenen Finanzierungsquellen äußerst zweckmäßig. Endlich sollten auch Mittel und Wege gefunden werden, um private Geldgeber für den Bau von Wohnungen zu interessieren. Dadurch könnte die öffentliche Hand entlastet und die vorhandenen Budgetmittel könnten mehr auf die Beschaffung und Aufschließung von Bauland konzentriert werden.

Für den Straßenbau werden auch in diesem Jahr erfreulicherweise beträchtliche Budgetmittel zur Verfügung stehen. Ein möglichst forciert Ausbau unserer Straßen ist schon vor allem im Hinblick auf den gemeinsamen Markt und den Fremdenverkehr von besonderer Bedeutung. Wir haben keinen eigenen See-

hafen, unsere Produktion muß also bei den Importen über weite Strecken herangeschafft werden. Gleichzeitig liegen die wichtigsten Absatzzentren Westeuropas weit entfernt von den österreichischen Produktionszentren. Diese ungünstige geographische Lage Österreichs ist eines der größten Handikaps, die unser Land tragen muß. Deshalb ist es für uns von entscheidender Bedeutung, über gute Verkehrsverbindungen und eine gesunde Verkehrswirtschaft zu verfügen. Durch einen entsprechenden Ausbau des Straßennetzes werden auch die Voraussetzungen für eine volkswirtschaftlich gesunde Konkurrenz zwischen Schiene und Straße geschaffen. Um jedoch hier wirklich dem leistungssteigernden Konkurrenzgedanken zum Durchbruch zu verhelfen, ist eine Neuordnung des Verhältnisses Schiene—Straße dringend geboten. Dabei muß vor allem auch die sogenannte Fernverkehrssteuer fallen. Es geht nicht an, daß der Straßenverkehr bei Transporten über 65 km mit einer dermaßen prohibitiven Steuer belegt wird, die praktisch Transporte über diese Entfernung hinaus verhindert. Diese starre 65 km-Grenze trifft jene Verkehrsbetriebe besonders hart und arg, die in einem Grenzgebiet ihren Standort haben und praktisch diesen 65 km-Radius nur in einer Richtung ausnützen können. Hier müßte auch noch vor einer endgültigen Bereinigung des Problems Schiene und Straße eine tragbare Übergangslösung gefunden werden.

Beim weiteren Ausbau unseres Straßennetzes wäre darauf zu achten, daß eine entsprechende Kontaktnahme mit den Straßenbauverwaltern der Nachbarstaaten, insbesondere mit Deutschland und Italien, erfolgt, damit bereits jetzt schon eine europäische Verkehrsplanung eintreten kann. Vor allem müßte dabei vorgesorgt werden, daß Österreich infolge der schlechten Straßenverbindungen nicht umfahren wird, daß also der Hauptverkehr in der Nord—Süd-Richtung über unser Bundesgebiet geht, daß wir nicht abgehängt werden vom Weltverkehr, und auch hier darf ich sagen, daß die Autobahn, die am Anfang, als es um die Planung ging, sehr kritisiert wurde, die Voraussetzung dafür ist, daß Wien vom Weltverkehr nicht abgehängt wird und daß der gesamte österreichische Fremdenverkehr weiter ausgebaut werden kann.

Hohes Haus! Der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau und sein Beamtenstab haben bisher zur Genüge unter Beweis gestellt, daß sie mit den — leider immer zu geringen — Geldmitteln, die ihnen aus dem Budget zur Verfügung stehen, gut gewirtschaftet haben. Namens der Österreichischen Volkspartei will ich unserem Han-

delminister und seinen Mitarbeitern für die bisherige Arbeit danken und sie bitten, weiterhin in diesem Sinne zu wirken. Leider werden diese Arbeiten durch sehr spärliche Dotierung der Förderungsaufgaben im Kapitel 20 beträchtlich erschwert werden. Wenn man bedenkt, daß einerseits Milliarden für Subventionen und Defizitabdeckungen ausgegeben werden, und wenn man sich andererseits vor Augen hält, daß für so wichtige Förderungsaufgaben, die von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes sind, so geringfügige Beträge zur Verfügung stehen, so kann man wohl mit Recht verlangen, daß hier ein grundsätzlicher Wandel Platz greifen muß. Ich will hier keineswegs jenen das Wort reden, die meinen, Väterchen Staat soll vorsorgen, und zwar für alles. Im Gegenteil. Durch diese unheilvolle Einstellung, durch das ständige Herantragen von neuen Forderungen sind wir in unserem Staatshaushalt an der Grenze angelangt, die fast keinen Spielraum mehr für echte Förderungsausgaben zuläßt. Gerade am Kapitel 20 sieht man, wohin dieser Weg entgegen allen Warnungen unserer Partei führt. Es wird deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft sein, den Staatshaushalt, wo es nur irgend möglich ist, zu entlasten, damit der Staat dort, wo eine Förderung notwendig ist, auch wirklich entsprechend tatkräftig eingreifen kann.

Abgesehen von den im Laufe dieser Bemerkungen vorgebrachten Anregungen und Hinweise sind in der Gruppe IX des Bundesfinanzgesetzes unsere Wünsche und Auffassungen im wesentlichen berücksichtigt. Die Österreichische Volkspartei stimmt daher dem vorliegenden Entwurf zu. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Der nächste vorgemerkte Redner ist der Herr Abgeordnete Marchner. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Marchner:** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es wäre sehr verlockend, auf die Ausführungen des Kollegen Fischer näher einzugehen. Leider bietet das Kapitel, das jetzt behandelt wird, nicht die Gelegenheit, denn der soziale Wohnhausbau fällt ja nicht in das Ressort des Handelsministeriums, sondern eigentlich in das des Sozialministeriums. Es wird sich aber, wie ich hoffe, Gelegenheit ergeben, daß wir uns einmal über die Probleme, die der Kollege Fischer angeschnitten hat, auch eingehender auseinandersetzen können. Ein paar Bemerkungen zu diesen seinen Ausführungen möchte ich mir doch nicht versagen. Der Kollege Fischer meinte nämlich, wir forderten das Anforderungsgesetz beziehungsweise die Verlängerung des abgelaufenen Neuvermietungsgesetzes aus wahlpolitischen Gründen. Ich

glaube, jeder von uns hat bei der Rede des Kollegen Fischer die Empfindung gehabt, daß diese seine Ausführungen schon sehr, sehr deutlich vom Wahlbazillus infiziert waren. Wir haben es nicht notwendig. Wenn der Kollege Fischer ein wenig in die Geschichte des Werdeganges des Mieterschutzes zurückblickt, so würde er finden, daß schon der Sozialdemokrat Dr. Danneberg im Jahre 1922 bei Schaffung des Mieterschutzgesetzes die Forderung erhoben hat, gleichzeitig auch den Ausgleichsfonds zu schaffen, den Dr. Danneberg schon damals als unumgänglichen Bestandteil des Mieterschutzes erkannte. Es war leider auf Grund der damaligen politischen Machtverhältnisse nicht möglich, diese Forderung auch zu verwirklichen.

Wenn Kollege Fischer nunmehr erklärt, die sozialistische Fraktion habe es an Kraft und Mut fehlen lassen, den Ablauf des Anforderungsgesetzes zu verhindern, dann ist er, glaube ich, ebenfalls auf dem Holzweg; denn er weiß genau so wie wir, daß seit dem Jahre 1945 das Wohnungsanforderungsgesetz befristet war, daß es automatisch immer abgelaufen ist und daß es vom Hohen Hause jedesmal verlängert werden mußte. Der Kollege Fischer weiß ebenso gut wie wir, daß wir Sozialisten nicht die Mehrheit in diesem Hause besitzen und nicht imstande wären, die Verlängerung eines befristeten Gesetzes zu erzwingen. (*Abg. Koplenig: Sie haben nicht einmal einen Antrag gestellt!*) Kollege Koplenig, seien Sie mir nicht böse, aber wenn Sie derartige Dinge verschlafen, dann sind nicht wir daran schuld, sondern Sie selber. Wir haben nicht einmal, sondern wiederholt die Verlängerung begehrt. Die Bedingungen, die die Österreichische Volkspartei für ihre Zustimmung gestellt hat, waren für uns Sozialisten unakzeptabel. Darin, Kollege Koplenig, liegt der Grund, warum das so dringende und notwendige Anforderungsgesetz heute nicht mehr besteht. (*Abg. Koplenig: Und Sie haben geschwiegen!*)

Der Kollege Fischer hat auch noch erklärt, sämtliche Parteien des Hohen Hauses mögen die Forderung des Mieterschutzverbandes unterstützen. Kollege Fischer, du weißt genau, daß diese Forderung, die der Mieterschutzverband heute erhebt, der Idee entnommen ist, die wir seit Jahren propagieren. Nicht wir erheben heute aus wahlpolitischen Gründen solche Forderungen, sondern diese Forderungen sind längst auf unserem Programm gestanden. Soviel zur Steuerung der Wahrheit in den Ausführungen des Kollegen Fischer.

Nun zum eigentlichen Kapitel, das uns heute zu beschäftigen hat. Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Am 25. Juni dieses

Jahres hat das Hohe Haus Gesetze beschlossen, die die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Ausgebombten nach endlicher Wiedergutmachung anbahnen sollten. Daß dieses Ziel nicht erreicht wurde, ist uns, glaube ich, heute allen klar. Die Ursachen dieser begründeten Unzulänglichkeit und Unzufriedenheit mit diesen Entschädigungsgesetzen werden zweifellos noch bei einem anderen Kapitel zu besprechen und zu erörtern sein.

Diese Unzufriedenheit ist aber meiner Meinung nach nicht nur in diesen unzulänglichen Entschädigungsgesetzen, sondern noch in einer anderen Tatsache gelegen und zu sehen, und zwar in der Tatsache, daß heute, 13 Jahre nach Kriegsende und zehn Jahre nach Beginn des Wohnhauswiederaufbaues, die Wohnversorgung vieler Ausgebombter noch alles zu wünschen übrig läßt.

Der Wiederaufbau fällt in die Kompetenz des Ministeriums für Handel und Wiederaufbau. Ich darf feststellen, daß die Grundidee des im Jahre 1948 beschlossenen Wohnhauswiederaufbaugesetzes gewiß gut und einwandfrei ist. Durch die Widmung eines Teiles der ehemaligen Besatzungssteuer ist auch das finanzielle Grundfundament und auch die finanzielle Unabhängigkeit dieser Fondseinrichtung völlig gesichert.

Trotzdem sind natürlich weitere Bundeszuschüsse unbedingt notwendig. Leider mußte für das Jahr 1959 angesichts der angespannten Finanzlage des Staates auch eine empfindliche Kürzung des Bundeszuschusses für den Wohnhauswiederaufbau in Kauf genommen werden. Ich stehe nicht an, hier auch festzustellen, wie ich es schon im Budgetausschuß gemacht habe, daß es dank den Bemühungen der beiden Minister Proksch und Dr. Bock gelungen ist, die gänzliche Streichung zu vermeiden und immerhin für den Wohnhauswiederaufbau 125 Millionen Schilling in das Budget zu bekommen. Die Kürzung wird natürlich das Tempo des Wiederaufbaues hemmen und wesentlich beeinträchtigen. Jedenfalls hat aber, glaube ich, der Gesetzgeber auch auf diesem Gebiet seine Pflicht und Schuldigkeit getan.

Und da bin ich wieder im Gegensatz zur Auffassung des Kollegen Fischer. Es kann durch Zahlen hinlänglich bewiesen werden, welche Leistungen diese Fondseinrichtung bis heute erbracht hat. Bis zum 30. Juni dieses Jahres wurden nicht weniger als 60.414 zerstörte Wohnungen entweder neu aufgebaut oder aber wiederhergestellt und nicht weniger als 52.112 solcher Wohnungen in ihrem Bestand gesichert. Zweifellos eine Leistung für einen Staat, der vor 13 Jahren buchstäblich vor dem Nichts gestanden ist. Hiefür wurden nicht weniger als

6756 Millionen Schilling aufgewendet. Das, glaube ich, Hohes Haus, ist zweifellos eine respektable Leistung, die hervorgehoben werden muß. Und würden alle diese neuerbauten Wohnungen nur Bombenopfern zugewiesen worden sein, dann, glaube ich, gäbe es heute kein so brennendes Wohnungsversorgungsproblem für die Bombenopfer mehr, wie es wirklich besteht.

Nun, wo liegen die Fehlerquellen? Diese Frage, warum nach wie vor die Lösung der Wohnungsversorgung der Bombenopfer noch offen ist, läßt sich auch unschwer beantworten. Der Grund liegt darin, daß ein Großteil der Wiederaufbaumittel, die die Öffentlichkeit in Form von Steuern aufbringt, seit einigen Jahren einer buchstäblich verzerrten Wohnbauförderung dienstbar gemacht wird, die wieder zu einem Großteil nur zu einer reinen Wohnungsverbesserung — und da gebe ich dem Kollegen Fischer recht — mißbraucht wird und ihr zugute kommt.

Bekanntlich haben wir im Jahre 1952 die Begründung von Wohnungseigentum auch für den Wohnhauswiederaufbau gutgeheißen. Dieser damaligen Gesetzesänderung, Hohes Haus, hat zweifellos ein guter Gedanke Pate gestanden, nämlich der, daß der besser-, der gutsituierte Ausgebombte unter Umständen auch seinen Wohnbedarf über das Wohnungseigentum befriedigen können soll. Und ich möchte ausdrücklich feststellen, daß die seriösen Wohnbaugemeinschaften, deren Zahl leider sehr gering ist, dieser Absicht des Gesetzgebers auch meist entsprechen. Zumindest sind sie bemüht, solche Wohnungen wirklich wohnbedürftigen Menschen und Familien zu vermitteln. Auch einem solchen Vorgang, einer solchen Verwertung von Aufbauwohnungen kann man zweifellos zustimmen.

Daneben gibt es aber noch eine nicht geringe Zahl von gewinnsüchtigen Spekulanten, die entweder einzeln oder als Wohnungsgesellschaften getarnt den Wiederaufbaufonds schröpfen und so auf Kosten der Ausgebombten Millionengewinne einheimsen. Die Methoden, die sie dabei anwenden, sind immer die gleichen. So werden zuerst durch verlockende Inserate Wohnungsinteressenten angeworben, denen das Blaue vom Himmel versprochen wird. Wen kann es auch wundernehmen, daß wohnbedürftige Menschen jeden geforderten Betrag, und wenn sie Schulden machen müssen, erlegen und bereit sind, die drückendsten Bedingungen auf sich zu nehmen, wenn ihnen versprochen wird, daß sie in absehbarer Zeit zu einer Wohnung kommen können. Auf diese Weise verschaffen sich diese Speku-

lantanten das billigste Betriebskapital, das man sich denken kann, weil sie doch den Ausgebombten, den Wohnungsinteressenten, nicht einen Groschen an Zinsen bezahlen. Manchmal kommt freilich die Reue zu spät, und der arme Teufel verliert zur Gänze seine sauer ersparten Schillinge, wie das der Fall — er ist bekannt — des verurteilten Schwindlers Kripas augenfällig lehrt. Aber auch dann, wenn ein solches Opfer noch rechtzeitig seine Einlage zurückbekommt, ist er auf jeden Fall der Belämmerte, denn die zehn oder mehr Prozent, die er als Reuegeld zurücklassen muß, verliert er unter allen Umständen.

Für die ungeduldig werdenden Opfer haben die Spekulanten auch eine sehr einfache Beschwichtigungsmethode zur Hand. Sie sagen ihnen nämlich, daß die Fondsverwaltung oder einzelne Mitglieder der Fondskommission schuld seien, wenn die Herren ihre leichtfertig gegebenen Versprechen nicht zeitgerecht einlösen können. Mit diesen billigen Argumenten ziehen sich die Leute aus der Schlinge und leiten so den berechtigten Groll der Betroffenen von sich ab auf andere Schultern.

Mit diesem so erlisteten Betriebskapital wurden und werden die Bombenruinen gekauft, wobei diesen Spekulanten kein Preis zu hoch ist. Es sind mir Fälle bekannt, wo die Ruinen nicht einmal, sondern wiederholt von einer Spekulantenhand in die andere gingen, bevor überhaupt der Wiederaufbau in Angriff genommen wurde. Sie alle, ob Zwischenhändler, ob Letztverkäufer, erzielen bei diesen Transaktionen auf Kosten der Fondseinrichtung, auf Kosten der Wohnungsinteressenten und Bombenopfer Millionengewinne.

Damit ist aber die schädigende Auswirkung dieser Spekulationen noch lange nicht erschöpft. In ganz kurzer Zeit sind nicht nur die Preise für die Bombenruinen, sondern auch die der Baugründe ganz gewaltig und enorm angestiegen. Dadurch werden natürlich große Beträge an öffentlichen Wohnbaumitteln ihrem eigentlichen Zweck entzogen, weil sie von der Bodenspekulation absorbiert werden. Also auch diese Spekulationsgewinne zahlen nicht zuletzt die wohnungsbedürftigen Menschen, zumindest mit der weiteren Verlängerung ihres Wohnungselends. Auch da hat die Kritik des Kollegen Fischer zweifellos ihre Berechtigung.

Ich habe im Budgetausschuß an zwei Beispielen die Methoden illustriert, die der einzelne Spekulationstyp anwendet, um auf Kosten der Ausgebombten und Wohnungsbedürftigen fette Geschäfte zu machen. Das erste Beispiel betrifft die Methode, von den Bombenopfern direkte Wucherpreise für Woh-

nungen zu erpressen, die aus öffentlichen Mitteln erbaut wurden. In Wien wurde — das Beispiel habe ich auch im Budgetausschuß angeführt — das Haus Franz Josefs-Kai Nr. 21 teilbeschädigt. (*Abg. Mitterer: „Kaiser“!*) Die Fondskommission hat für die Behebung dieses Teilschadens im Juli dieses Jahres einen Aufbaukredit von nicht weniger als 5,8 Millionen Schilling bewilligt. Dafür werden ein paar Dutzend Wohnungen in ihrem Bestand gesichert und zwölf Wohnungen neu erbaut. (*Präsident Böhm übernimmt den Vorsitz.*)

Hohes Haus! Vor drei Jahren hat eine ausgebombte Frau dieses Hauses von der Hausverwaltung die Verständigung erhalten, daß die neuerbauten zwölf Wohnungen, darunter auch die ihre, nur mehr im Wohnungseigentum vergeben werden und daß eine solche Wohnung in der Größe der verlorenen, bestehend aus Zimmer, Kabinett, Küche, 26.456 S kosten wird. (*Abg. Rosa Jochmann: Ja, ja, das kenne ich auch!*) — Nur langsam, Kollegin Jochmann, es kommt noch besser! — Dann kam, wie gesagt, im Juli dieses Jahres die Zuteilung der Aufbaumittel. Wer könnte sich den Schock dieser Frau nicht vorstellen, als sie kurz nach der Kreditgewährung eine neuerliche Verständigung der Hausverwaltung des Inhalts erhielt, daß die Wohnung nicht, wie seinerzeit angegeben, 26.456, sondern nunmehr 72.754 S kosten wird. Die Unverschämtheit dieser Wucherforderung wird man erst richtig erkennen, wenn man bedenkt, daß beim Wiederaufbau der Staat die gesamten Baukosten zinsenlos vorschießt und daß die Mieter diese Kapitalien in einer 75jährigen Amortisation selbst zurückzahlen müssen. Als Preis für diese Zimmer-Kabinett-Küche-Wohnung könnten also nur die aliquoten Grundkosten in Frage kommen, und die betragen, sage und schreibe, für die 66 m² große Wohnung beinahe 73.000 S. Kurz gesagt heißt das, daß in diesem Fall die Grundkosten für nichts und wieder nichts innerhalb von drei Jahren um 300 Prozent gestiegen sind. Ich frage, Hohes Haus: Wo liegt die Begründung für diese Wucherei?

Es gibt aber einen zweiten Spekulationstyp, das ist der Wohnungshamsterer. Auch dieses Beispiel habe ich im Budgetausschuß bereits angeführt. Diese Leute verstehen es — haben auch das Geld —, sich in den Besitz einer Anzahl von Eigentumswohnungen zu setzen, und treiben mit diesen Wohnungen den lebhaftesten Handel. In Graz hat sich ein solcher Hamsterer in einem einzigen Haus, das zum Teil mit Wiederaufbaumitteln aufgebaut und zum Teil mit privaten Mitteln aufgestockt wurde, folgende Wohnungstypen käuflich erworben: eine

Zimmer-Kabinett-Wohnung, eine Zweizimmerwohnung, eine Dreizimmerwohnung, eine Sechszimmerwohnung und ein Geschäftsmagazin. Aber damit hat der Vielfraß noch nicht genug gehabt. In einem zweiten, mit Wohnhaus-Wiederaufbaumitteln errichteten Haus hat er eine Vierzimmerwohnung käuflich erworben. Und als Krönung seiner Spekulationstüchtigkeit hat er in einem dritten, mit Landeswohnbauförderungsmitteln erbauten Haus eine Dreizimmerwohnung. Also insgesamt acht Mietobjekte, für die er zusammen 171.000 S auslegen konnte, hat sich dieser Wohnungshamsterer angeeignet! Und das alles, Hohes Haus, natürlich auf Kosten von öffentlichen Einrichtungen und auf Kosten der wohnungsbedürftigen Bevölkerung.

Ich glaube, meine Damen und Herren, das sind Zustände, die man früher einmal als am berüchtigten Balkan üblich bezeichnet hat, die bei uns heute nach einem zehnjährigen Bestand des öffentlichen Wohnhauswiederaufbaues gang und gäbe sind und leider bis heute auch toleriert werden.

Aber in dieser Art und Weise erschöpft sich die Vergeudung von Wiederaufbaumitteln und der Betrug an den Ausgebombten noch nicht. Im Budgetausschuß habe ich auch die Methoden aufgezeigt, deren sich die sogenannten Generalunternehmer bedienen, um beim Wiederaufbau recht namhafte Sondergewinne zu erzielen.

Ich teile hundertprozentig die Meinung des Herrn Ministers, der mir damals entgegnete, daß sachlich eine Begründung für die Beibehaltung dieser Funktion besteht. Ich teile diese Meinung, sie ist richtig. Aber wenn nachweisbar ein Generalunternehmer die Preise der Subunternehmen — das sind die kleinen Gewerbetreibenden — derart drückt, daß er bei einem einzigen Bau einen Sondergewinn von 100.000 S erzielen kann (*Abg. Populorum: Hört! Hört!*), was natürlich nur auf Kosten der Qualität der Arbeit möglich sein könnte, dann ist das meiner Meinung nach ein offener Betrug. (*Abg. Rosa Jochmann: Sehr richtig!*)

Wie richtig diese meine These ist, konnte ich in der vorigen Woche noch an Ort und Stelle an zwei wiederhergestellten Häusern feststellen:

Bei dem einen Haus, das im Vorjahr hergestellt wurde, fällt heute bereits der Außenverputz vollständig ab, und er soll und muß natürlich, wenn nicht größerer Schaden entstehen soll, erneuert werden. Einzelne Fenster sind derartig schlampig gestrichen, daß noch die alte braune Farbe hervorschaut, teilweise überhaupt der Fensterstock nur zur Hälfte weiß gestrichen ist. Das ist natürlich auf

solche Methoden der Generalunternehmer zurückzuführen.

Noch ärger ist es bei dem zweiten Haus, das ich besichtigt habe. Dort wurde mir eine Wohnung gezeigt, in deren Küche ein demolierter Fensterstock zu erneuern war. Statt eines neuen Fensterstocks wurde aber ein alter eingesetzt, der wahrscheinlich schon ein paar Jahrzehnte in einem anderen Haus eingebaut war. Verrechnet wurde natürlich der neue. Einige Türen, die ebenfalls zu erneuern gewesen wären, wurden nach Rastelbinderart zusammengefleckt und belassen, wie sie bisher gewesen sind. Der Clou in dieser Wohnung ist aber auch wieder der Anstrich. Die angeblich neuen Teile wurden überhaupt nur grundiert, und wenn man hingegriffen hat, hat man das Gefühl gehabt: Es war Kalkwasser, mit dem sie angestrichen worden sind. Und als die Mieter erklärt haben: Das ist doch keine Arbeit, das ist doch kein Wiederaufbau!, wurde ihnen erklärt: Wenn ihr es besser haben wollt, dann zahlt es euch selber! Ich aber bin auch hier überzeugt, daß die Wiederaufbau-fondseinrichtung hundertprozentige Preise für eine gute Herstellung bezahlt hat. Das sind die von mir jetzt aufgezeigten Methoden der Generalunternehmer, die auf diese Weise versuchen, diese Sondergewinne einzuheimsen.

In dieser Wohnung dort habe ich auch gesehen, daß vollständig verzogene Türstöcke in ihrem Zustand belassen wurden. Ich habe leider den Kostenvoranschlag nicht gesehen, aber ich bin überzeugt, daß auch die Erneuerung dieser Türstöcke in den Kostenvoranschlag aufgenommen war. Es wird sich zweifellos die Möglichkeit ergeben, diese Dinge noch an Ort und Stelle zu untersuchen. (*Abg. Rödhammer: Wo blieb die Bauüberwachung?*) Herr Kollege, ich komme sofort dazu, langsam! Wir kommen auch noch darauf zu sprechen.

Das sind eben die Schattenseiten dieser Einrichtung, und wenn ich im Budgetausschuß verlangt habe, daß man den Verfechtern dieser Methoden mehr auf die Finger klopft, dann ist das, glaube ich, nur berechtigt. Damit ist grundsätzlich gegen diese Einrichtung natürlich nichts gesagt.

Und jetzt, Kollege, komme ich darauf. Man könnte mit Recht einwenden, daß solche Unzukömmlichkeiten eben durch geeignete Kontrolleinrichtungen unmöglich gemacht werden müssen. Aber, Hohes Haus, dieser Rat-schlag kommt zu spät, denn diese Kontrolleinrichtungen bestehen schon seit eh und je. Wir haben die Prüfungsingenieure, die als Organe der Fondsverwaltung zu fungieren haben, die als Organe der Fondsverwaltung

diese Bauten zu überwachen hätten. Wie aber manche dieser Organe ihre Pflicht-erfüllung auffassen, will ich noch an einem weiteren Beispiel aufzeigen.

In Graz mußte ein kriegsbeschädigtes Haus zur Gänze mit einem Betonfundament unter-fahren werden, um seinen Weiterbestand zu sichern. Was tat nun — mit Duldung des Prüfungsingenieurs! — die Bauunternehmung? Sie ersetzte das teure Totalfundament durch ein billiges Rahmenfundament und verrech-nete der Fondsverwaltung die Kosten des teuren Fundaments. Das sind die Methoden! Über meinen Antrag in der Fondskommission hat die Fondsverwaltung ordnungsgemäß die Anzeige an die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachtes des Betruges gemacht. Das eingeleitete Verfahren richtet sich, wie wir erheben konnten, nicht nur gegen die Bau-unternehmung, sondern auch gegen den Prü-fungsingenieur.

Nun ist mehr als ein Dreivierteljahr seit der Anzeige vergangen, ohne daß ein Abschluß erfolgt wäre. Ich war nun neugierig und habe darüber Erhebungen gepflogen, welche Ursachen dieser Verzögerung zugrunde liegen. Und diese meine Erhebungen ... (*Abg. Rödhammer: Justizministerium!*) Das hat mit dem Justizministerium nichts zu tun. Da sind Sie im Irrtum, Kollege, denn in diesem Fall ist das Gericht an das Gutachten des Sachverständigen gebunden, und der Sach-verständige hat keine Aufträge entgegenzu-nehmen. Solange dieses Gutachten nicht ein-wandfrei vorliegt, solange kann die Justiz überhaupt nichts machen. Damit müssen wir uns abfinden. Man täte unrecht, wenn man die Justiz dafür verantwortlich machen würde. Diese Erhebungen haben ein sehr lehrreiches Ergebnis gezeitigt. Es wurde mir nämlich bedeutet, daß bisher eine Schädigungsabsicht nicht erwiesen sei, weil — und nun höre und staune man! — die bei diesem Schwindel erzielten Einsparungen durch die Qualitätsverbesserung bei anderen Arbeiten wieder aufgebraucht wurden. Hohes Haus! Ich glaube, man findet nicht die Worte für einen solchen linkischen Dreh! Leider konnte ich nicht feststellen, wem diese geniale Idee eingefallen ist, die die Pardonierung solcher Schwindelpraktiken möglich macht und die Schwindler aus dem Fangeisen der Gerechtig-keit entweichen läßt.

Hohes Haus! Die Millionen, die auf diese Weise dem Wiederaufbau verlorengehen, die aus den Taschen der Steuerzahler stammen, könnten meiner Meinung nach bei entsprechend rigoroser Handhabung der Kontrolleinrich-tungen zweifellos eingespart werden. Aber leider scheint sich hier das Sprichwort wieder

einmal mit aller Deutlichkeit zu bewahrheiten, daß eben der Fisch beim Kopf zu stinken beginnt.

Um hier endlich Ordnung zu schaffen, muß mit aller Strenge durchgegriffen werden. Eine unbedingte Notwendigkeit ist es, das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz so zu novellieren, daß endlich dem Schacher mit den Aufbauwohnungen und der himmelschreienden Spekulation mit Ruinenstätten Einhalt geboten werden kann. Der Kollege Prinke hat mir früher mitgeteilt, daß bereits eine solche Novellierung ausgearbeitet werden soll. Das ist nur zu begrüßen, und es wäre auch zu begrüßen, wenn diese Novellierung ehe baldigst das Hohe Haus beschäftigen würde.

Es bedarf meiner Meinung nach auch strengster Weisungen an die Fondsverwaltung, um den Schwindlern und Geschäftemachern aller Kategorien endlich das Handwerk zu legen. Mir ist es selber passiert, daß ich auf meinen Antrag, ein Projekt wegen spekulativen Kaufes einer Ruine abzulehnen, von der Fondsverwaltung zur Antwort bekommen habe: Wir dürfen nicht päpstlicher sein als der Papst. Der Kaufpreis wurde vom zuständigen Landesbauamt als den derzeitigen Verhältnissen entsprechend bezeichnet, daher haben wir keine Handhabe, ein solches Exempel zu statuieren!

Solche Möglichkeiten müssen natürlich ausgeschlossen werden, und ich will mich vor dem Hohen Haus nicht weiter verbreitern, wie derartige Gutachten überhaupt zustandekommen. Aber ich glaube, es ist hoch an der Zeit, daß die Möglichkeiten unterbunden werden, die es gewissenlosen Spekulanten straffrei gestatten, Wiederaufbaueinrichtungen zum Tummelplatz lukrativer Geschäfte auf Kosten der Ausgebombten, auf Kosten der wohnungsbedürftigen Bevölkerung zu machen und zu mißbrauchen, wie das leider bisher der Fall war.

Ich appelliere daher abschließend an den Herrn Minister, an dessen gutem Willen ich nicht zweifle, raschest das Nötige vornehmen zu wollen, damit die Wohltat der von den Steuerzahlern finanzierten Wiederaufbaueinrichtungen endlich auch den Bombenopfern zugute kommt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Böhm: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Kandutsch.

Abgeordneter Dr. Kandutsch: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Verlaufe der Budgetdebatte ist sehr häufig darüber gesprochen worden, welcher Kurs und welche Konzeption in den einzelnen Sparten unserer Politik in Österreich vorherrscht. Wir haben dabei allerdings immer wieder ver-

nehmen müssen — das war keine neue Tatsache, die uns unbekannt gewesen wäre —, daß es überall mehrere Kurse und mehrere Konzeptionen gibt und daß der Zusammenhalt innerhalb der Koalition eigentlich auf einer, wie es mein Kollege ausgeführt hat, unüberbrückbaren Gegensätzlichkeit beruht.

Insbesondere auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik wäre es aber wirklich dringend notwendig, daß man nicht nur in Einzelfragen — und da sehr häufig auf dem Kompensationsweg eigener Wünsche — zu einem gemeinsamen Vorgehen gelangt, sondern daß es ein langfristiges, den Gegebenheiten unserer wirtschaftlichen Struktur angepaßtes Wirtschaftskonzept gibt, das dann auch vor und nach den Wahlen konsequent verfolgt wird. Diese langfristige Konzeption fehlt nach unserer Auffassung in der österreichischen Wirtschaftspolitik, und schon die ressortmäßige Aufteilung und Agendenzuteilung bringt das eigentlich zum Ausdruck. Denn wenn man etwa beim heutigen Budgetkapitel hört, daß Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten, aber insbesondere die ersten drei Sparten hierher ressortieren, dann würde man eigentlich meinen, hier handle es sich um ein echtes Wirtschaftsministerium, in dem nicht nur Fragen des Außenhandels, sondern eigentlich der gesamten Wirtschaftspolitik des Staates entschieden werden.

Daß dem nicht so ist, ergibt sich schon aus einer Tatsache der parteipolitischen Propaganda; denn es ist noch nie von einem Bockkurs in Österreich gesprochen worden, wohl aber von einem Kamitz-Kurs, und damit ist eine gewisse überragende Bedeutung des Finanzministers schon durch den Willen der eigenen Partei dokumentiert. Ich glaube allerdings, daß die Finanzpolitik — und ich halte das in Westdeutschland für eine glückliche Konstellation — der Wirtschaftspolitik untergeordnet sein müßte und nicht umgekehrt; sofern das nur die Folge einer Verschiedenwertigkeit der Persönlichkeit sein sollte, wäre es doppelt bedauerlich. Aber in dieser Konstellation sind gewisse Gefahren gelegen.

Wir wären eine schlecht beratene Opposition, würden wir die echten Fortschritte der letzten Jahre leugnen wollen; das fällt uns gar nicht ein. Sie wären aber schlecht beratene Regierungsparteien, wenn Sie über dem Rausch großer Zahlenkolonnen etwa der Produktionssteigerungen oder der Produktivitätssteigerungen, über die Beschäftigtenzahlen der letzten Jahre hinweg gewisse gefährliche Verzerrungen unserer Struktur nicht sehen wollten und wenn Sie, wo wir doch alle an einer weltweiten Konjunktur prosperiert haben, glauben würden, es sei in Österreich mit der betriebenen Wirtschaftspolitik alles völlig in Ordnung.

Wenn man die Innenpolitik Österreichs in den letzten Jahren noch einmal betrachtet, dann sind es ja immer wieder wirtschaftspolitische Fragen gewesen, die das Auslaufen der vorgesehenen Legislaturperiode verhindert haben. Der Herr Bundeskanzler hat allerdings vor kurzem, und zwar unterstützt vom Herrn Vizekanzler, den mit dieser Tatsache eigentlich in einem grotesken Widerspruch stehenden Vorschlag gemacht, die Legislaturperiode zu verlängern, als ob es von der Zeitdauer abhängig wäre, ob man sich einigen kann oder nicht. Das hängt doch schließlich nur davon ab, ob man ein gemeinsames Regierungsprogramm erstellen kann, das dann auch tatsächlich gemeinsam durchgeführt wird.

Nun stehen wir gerade im Augenblick, wo die Wirtschaft eine sehr fühlbare Abschwächung erfahren hat und noch weiter erfahren wird, wieder vor schweren innerpolitischen Auseinandersetzungen, und es sind in erster Linie wiederum wirtschafts- und sozialpolitische Probleme, an denen sich die Gegensätze entzünden. Wenn schon bisher der kommende Herbst, der Herbst 1959, als Wahltermin in der Koalition einvernehmlich festgelegt worden ist, so verdichten sich angesichts einer gewissen Unfähigkeit der Koalition, mit den bestehenden Problemen fertig zu werden, immer mehr und mehr jene Gerüchte und jene Vorstellungen, daß man wieder zu einem Frühjahrswahltermin als letztes Auskunftsmittel kommen will. Man will wie schon in der Vergangenheit und unter ganz verzerrten Perspektiven der Propaganda der Bevölkerung jene Probleme zur Entscheidung vorlegen, die man jetzt zu lösen nicht imstande ist. Und wenn nachher alles beim alten bleibt, das heißt, wenn die Mehrheitsverhältnisse so sind, wie sie bisher waren, dann besteht auch nach der Wahl ebensowenig eine Chance, die Probleme von Grund auf besser zu lösen. (*Abg. Lola Solar: Es entscheidet das Volk!*)

Ich möchte jetzt ganz besonders auf ein Kapitel zu sprechen kommen, über das ich auch im Zusammenhang mit der verstaatlichten Industrie hier sprechen konnte. Das ist die Frage der Strukturpolitik, bei der man sagen kann, daß der Handelsminister tatsächlich mit den Möglichkeiten, die ihm gegeben sind, viel durchführen, viel entscheiden und daher viel verantworten kann. Ich habe in diesem Zusammenhang schon gesagt, daß nach unserer Auffassung der Kurs, der in Österreich gegangen wird und der insbesondere vom Finanzminister durch seine Kreditpolitik gegangen wird, der ist, viel mehr den Großen, den Kapitalstarken in der Wirtschaft weiterzuhelfen und ihr Übergewicht auszubauen als der Schicht der wirtschaftlich Schwachen, des

Mittelstandes, die wir aber unbedingt stärken und erhalten wollen, weil wir glauben, daß in der Konzentration des Kapitals eine Konzentration auch der Macht in der Wirtschaft liegt und daß von dieser konzentrierten Macht in der Wirtschaft eines Tages auch die größten Gefahren für die persönliche Freiheit gegeben sein würden. Außerdem glauben wir, daß es im Interesse einer gesunden Struktur der österreichischen Gesellschaft liegt, wenn wir einen möglichst starken Mittelstand haben.

Es hat schon der Redner der ÖVP, Abgeordneter Mitterer, heute darauf hingewiesen, daß es ja Initiativanträge seiner Partei gäbe, durch die vor allem auf steuerpolitischem Gebiet hier eine Abhilfe geschaffen werden sollte. Daß das nicht durchgesetzt werden konnte, ist an sich bedauerlich, bedauerlich vor allem für jene Partei, die ja die stärkste Partei in diesem Lande ist und sonst immer sehr gewichtig auf diese Tatsache hinweist.

Aber, meine Damen und Herren, wir reden ja jetzt zum Kapitel Handel und nicht zum Kapitel Finanzen. Und hier fragen wir uns einmal: Was tut das Ministerium, um in seinem Rahmen jenen vielen kleinen selbständigen Existenzen in Österreich zu helfen, die, wie Abgeordneter Mitterer sagte, dieses Blut der Wirtschaft, nämlich eine Kreditförderung, dringend brauchen und die, wie es in den Erläuternden Bemerkungen zum Budget heißt, nicht in der Lage sind, von irgendeiner anderen Stelle die notwendigen Investitions- und Betriebsmittelkredite zu bekommen? Es sind auch die Ziffern schon genannt worden, man muß sie aber trotzdem wiederholen, denn nur dann kann man die ganze Kümmerlichkeit dieser sogenannten Wirtschaftsförderung überhaupt erkennen.

Vom Jahre 1947 bis 1958 ist durch diese Kleinkreditaktion ein Gesamtbetrag von 83 Millionen Schilling aufgebracht und verteilt worden. Davon haben die Beteiligten etwa 90 Prozent bereits wieder zurückgezahlt. Der Staat hat also nahezu nichts aus Steuermitteln à fonds perdu geben müssen, sondern es ist eine Kreditaktion mit einer Laufzeit von zehn Jahren mit Krediten, die jetzt erst nach den Worten des Herrn Ministers auf 70.000 bis 80.000 S Höchstgrenze erhöht werden sollen, aber es ist eine Kreditaktion, die im Einzelfall, wie ich mich selber persönlich davon überzeugen konnte, sehr viel geholfen hat. Aber da es so viele gegeben hat, die einen Anspruch angemeldet haben, konnten nur sehr wenige, nur ein kleiner Bruchteil davon wirklich etwas haben.

Im Jahre 1959 ist nun der Betrag von 20,8 Millionen, der im Voranschlag 1958 drinnen gestanden ist, auf 11,8 Millionen gekürzt

worden. 9,5 Millionen werden zurückfließen. Das heißt: Im Rahmen eines 39 Milliarden-Budgets, wenn wir das außerordentliche dazu zählen, gibt der Staat für die Förderung, wie es im Motivenbericht wiederum heißt, „kreditwürdiger gesunder Unternehmungen“, die aber nicht einen anderen, einen Bankkredit zum Beispiel, in Anspruch nehmen können, ganze 2,3 Millionen Schilling neu aus.

Das alles rangiert unter dem Titel: Förderung der Kleinen, Strukturpolitik der österreichischen Regierung, Strukturpolitik aber vor allem der Österreichischen Volkspartei, die nach den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft — und das gehört zu einem ihrer elementaren Grundsätze — eine Streuungspolitik des Eigentums, des Kapitals betreiben sollte und die wissen sollte, daß eine ganze Masse selbständiger Existenzen eine wirklich gesunde Grundlage unserer Staats- und Gesellschaftsordnung darstellt.

Ich muß sagen: Eine solche Kürzung ohnehin bescheidenster Mittel steht in krassestem Widerspruch zu allen offiziellen Erklärungen der Österreichischen Volkspartei, sie stellt aber auch meines Erachtens der anderen Koalitionspartei, die ja das Budget in jeder Beziehung mitgestaltet, kein hohes Zeugnis für eine echte soziale Gesinnung aus; denn es handelt sich hier nicht nur um eine Frage der Wirtschaftsförderung, es handelt sich natürlich auch — und das läßt sich kaum mehr trennen — um ein echtes soziales Problem.

Wenn in dem Zusammenhang gesagt worden ist, daß man in Zukunft dazu übergehen sollte, Zinsenzuschüsse anstatt Kredite zu geben, das heißt also Bankkredite so zu verbilligen, daß sie in Anspruch genommen werden können, so halte ich das für sehr vernünftig, weil ja der Aktionsradius einer solchen Kreditpolitik natürlich wesentlich größer wäre als bei einer bloßen Kreditgewährung und weil außerdem — das ist heute schon vom Herrn Abgeordneten Fischer ganz richtig gesagt worden — die österreichischen Banken eine Geldflüssigkeit aufweisen, die jetzt sogar die Industriellenvereinigung dazu veranlaßt hat, eine Herabsetzung der Zinsenspannen zu verlangen. Aber gerade die Kreditgewährung an Personen, die zwar ihre Tüchtigkeit einsetzen, aber sonst keine Sicherheit erbringen können, ist in Österreich so selten und wird im Grunde genommen so sehr verkehrt gemacht, daß man im Volksmund sagt: Kredite in einem ausreichenden Maße bekommt in Österreich der, der sie nicht braucht.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhange ein kurzes Wort zu einem speziellen Kapitel der österreichischen Gewerbepolitik und der österreichischen Verhältnisse im Gewerbe sa-

gen: Es ist die Frage der Mühlenwirtschaft. Wie Sie wissen, bemühen sich die Müller seit Jahren um ein Gesetz, um ein sogenanntes Mühlengesetz, das sie vor der wirtschaftlichen Existenzvernichtung und vor einer ruinösen Konkurrenz, die dort betrieben wird, bewahren sollte. Es ist gewiß nicht einfach, sich für ein so weitgehendes und nahezu totales Lenkungsgesetz einzusetzen, vor allem dann nicht, wenn man ein freiheitlicher Abgeordneter ist.

Die historischen Gründe, warum es zu dieser Überbesetzung in unserer Mühlenwirtschaft gekommen ist, sind bekannt und brauchen nicht wiederholt zu werden. Aber wir müssen ja die wirtschaftlichen Gegebenheiten sehen, ohne sie ununterbrochen durch die Brille eines Dogmas zu betrachten. Und hier haben wir nur zwei Möglichkeiten: entweder den Konkurrenzkampf in der jetzigen mörderischen Form zuzulassen und nichts zu tun und dann zu erreichen, daß die großen, nämlich die Industiemühlen übrigbleiben und die Mittelbetriebe, die Familienbetriebe verschwinden, oder wir greifen rechtzeitig ein und helfen hier aus strukturpolitischen Gründen jenen Familienbetrieben, ihre Existenz zu sichern.

Und wenn ich diese Alternativen vor mir sehe, dann muß ich sagen: der zweite Weg ist unbedingt einzuschlagen, ob es uns sympathisch ist oder nicht, nämlich der Weg, durch ein Mühlengesetz dieser Sparte der Bevölkerung tatsächlich zu helfen!

Meine Damen und Herren! In der heutigen Debatte ist schon sehr viel über den Wiederaufbaufonds gesprochen worden, und es herrscht Übereinstimmung, daß auf diesem Gebiet etwas geschehen muß und geschehen soll. Wie wir von meinem Vorredner gehört haben, sollen bereits dementsprechende gesetzliche Initiativen angelaufen sein. Ich stimme durchaus dem bei, was hier auch mein Herr Vorredner und andere Sprecher aller Fraktionen über eine gewisse mißbräuchliche Verwendung der Fondsmittel ausgeführt haben, möchte aber die eine Einschränkung machen, daß man nicht wegen des Mißbrauches, der da und dort geschieht, den so gesunden Gedanken des Wohnungseigentums in der Öffentlichkeit diskreditieren sollte. Die Wohnbauwirtschaft und die Wohnbaugesetzgebung in Österreich ist ein chaotischer Dschungel, das wissen heute alle, in dem sich nur mehr gewiegteste juristische Spezialisten halbwegs auskennen. Es ist daher schon lange eine Forderung aller vernünftig denkenden Menschen, zu versuchen, hier einmal Ordnung zu machen. Wir haben das vor den letzten Wahlen gehört, es wird jetzt augenblicklich wieder vorgeschlagen, es sollten endlich Verhandlungen zu einer Lösung des

Wohnbauproblems, des Mietenproblems aufgenommen werden, und zwar natürlich in totaler Form. Aber über solche Ankündigungen hinaus kommt man offenbar nicht. Es ist nichts weiter herausgekommen. Und hier in dieser ganzen Wüste ist nun das Wohnungseigentum zweifellos wirklich das Gesündeste, was wir in Österreich heute haben und wofür wir etwas tun können.

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Fischer hat vom sozialen Wohnungsbau gesprochen, und ich glaube, es gibt hier niemand unter uns, der die Berechtigung des sozialen Wohnungsbaues anzweifeln würde. Aber auch der Wohnungsbau, wenn er aus sozialen Gründen betrieben wird, kostet etwas. Auch der sozialistische Bürgermeister einer Industriestadt, der Wohnungen baut, muß mit dem Rechenstift bauen, und schon heute wird die Höhe der Mieten beklagt. Sie stellen auch bereits eine empfindliche Post im Haushalt etwa von Industriearbeitern dar, die in solche Gemeindewohnungen kommen, in Wohnungen, die wesentlich teurer sind, als es eben im mieterschutzgeschützten Althausbesitz der Fall sein kann. Und dennoch — und das sagen Ihnen alle diese Gemeindevertretungen — wird es in 10 bis 15 Jahren, wenn diese Häuser reparaturanfällig werden, so sein, daß ein übergroßer Bestandteil der gesamten Gemeindefinanzen restlos für die Erhaltung des riesigen kommunalen Wohnhausbesitzes okkupiert sein wird; denn auch diese Mieten sind natürlich für eine Erhaltung der Wohnung, etwa für die Bildung einer Reserve, aus der man einmal die Häuser erhalten könnte, zu niedrig, und man wird nicht darum herumkommen, die Frage von der Mietenseite aus, von der Mienhöhe her anzupacken.

Wir sind uns aber, wenn wir die jüngsten Berechnungen etwa auf dem Wiener Wohnungsmarkt hören, darüber im klaren, daß die sogenannte kostendeckende Miete, wie es heißt, eine Miete, die dem Privatkapital einen Anreiz geben könnte, noch einmal Mietwohnungen zu bauen, Mieten ergeben würde, die mit dem österreichischen Durchschnittseinkommen im krassesten Widerspruch stehen, nämlich in Wien je nach der Ausgestaltung, nach dem Komfort der Wohnung eine Jahresmiete von 12.000 bis 15.000 S. Wer soll das bezahlen können? Die Sünden, die auf dem Wohnungsmarkt gemacht worden sind, sind ja sehr alt. Sie reichen lange Zeit zurück, und sie sind besonders kraß in jener Periode der Lohn-Preis-Pakte begangen worden, wo Sie bei der damaligen Erhöhung der Preise und der später erfolgten Nachziehung der Löhne immer darauf vergessen haben, daß

auch das Wohnen einen Kostenbestandteil der Lebenshaltung ausmachen muß. Aus diesem Fehler rekrutiert heute eine sehr, sehr problematische Situation, die nun nicht mehr nur den privaten Hausbesitz betrifft, sondern natürlich auch den Gemeindehausbesitz einschließt.

Daß hier das Wohnungseigentum ein echter Ausweg gewesen ist, steht außer jedem Zweifel. Nun wird behauptet — und das mag durchaus zutreffen —, daß es Altmietern gibt, die deswegen um ihren Anspruch gebracht werden, in das neu gebaute Haus wieder einzuziehen, weil es lediglich als Wohnungseigentum wiedererrichtet wird und sie nicht in der Lage sind, auch jene sehr niedrige Grundablöse zu bezahlen. Das mag durchaus stimmen, denn ich kann mir vorstellen, daß zum Beispiel ein Rentnerehepaar, das Anspruch auf eine solche Wohnung hätte, nicht in der Lage ist, einen Grundanteil von 10.000 S aufzubringen, wenn wir die Rente — über die haben wir beim letzten Kapitel sehr ausführlich gesprochen — betrachten. Hier müßte man, glaube ich, insofern helfend einspringen, als man solchen Bombengeschädigten die Beistellung dieser Eigenmittel oder Grundablöse in irgendeiner Art und Weise ersetzt, zumindest durch eine Hilfsaktion erleichtert. Es soll natürlich nicht Sinn und Zweck des Wohnungseigentums sein, etwa Altmietersprüche auf diese unbeabsichtigte Weise zunichte zu machen.

Meine Damen und Herren! Ein sehr heißes Eisen ist zweifellos das Problem der Grundpreise. Ich sage hier nur meine persönliche Meinung. Das, was heute hier wieder vom Kollegen Marchner ausgeführt worden ist, ist ungeheuer beeindruckend, besonders wenn man auf der anderen Seite weiß, daß es Industriestädte gibt, wie etwa meine eigene Heimatstadt, wo mindestens 300 Wohnungen nicht gebaut worden sind, weil in der raumarmen Stadt der dortige Grundbesitzer wartet, bis die Grundpreise noch höher gestiegen sind. 300 nicht gebaute Wohnungen, für die sonst die Mittel der Gemeinden und Mittel des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds bereitgestellt wären, bedeuten vielleicht 300 nicht geschlossene Ehen, bedeuten soundso viele nicht geborene Kinder. Und hier, das muß ich wirklich sagen, kann ich persönlich — ich spreche nicht im Namen meiner Partei — mit der Heiligkeit des Eigentums bei einem Gut, das nicht beliebig vermehrbar ist, sondern bei dem ein natürliches Monopol besteht, nicht mit. Es muß daher in irgendeiner Art und Weise für eine Regelung gesorgt werden, weil sowohl die Wohnbauförderung als auch jede Städteplanung eine Utopie und

eine Illusion ist, wenn wir nicht den Zugang zum notwendigen Grund und Boden bei möglichster und höchster Schonung der Eigentumsrechte finden können; aber in der Abwägung der Interessen muß hier dem Wohl der Gemeinschaft, gesunder und kinderreicher Familien, die Überwindung der Wohnungsnot vorausgehen.

Meine Damen und Herren! Über den Straßenbau wird jedes Jahr sehr viel im Ausschuß gesprochen, und es wird dabei allgemein festgestellt, daß die aufgewendeten Mittel viel zu gering sind. Wir hören, daß eine Sanierung unseres Straßennetzes 16 Milliarden Schilling kosten würde; wenn der Bund jedes Jahr 1 Milliarde ausgibt, so wird also diese Sanierung vollendet sein, und man wird beim ersten Kapitel wieder anfangen müssen, die Straßen zu reparieren. Aber nicht nur der Bund hat seine sehr wesentlichen Sorgen, auch die Länder kommen und beschweren sich meines Erachtens zu recht, daß sie aus dem Zuschlag zur Mineralölsteuer, der für den Straßenbau des Bundes zweckgebunden ist, nichts erhalten, obwohl es sich bei der Stammsteuer doch um eine zwischen Bund und Ländern geteilte Steuer handelt. Auch die Behauptung des Bundes, daß man eben die großen Durchzugsstraßen in erster Linie machen müßte, um den Fremdenverkehr ins Land hereinzuleiten, vermag nicht ganz zu überzeugen, denn die Fremden, die im Lande bleiben, fahren nicht nur auf den Bundesstraßen, sondern sie wollen dann in das Land selber und kommen damit auf Landesstraßen und werden unter diesen Umständen nur ungern wieder nach Österreich zurückkommen, wenn sie zwar auf guten Bundesstraßen gefahren sind, sich aber auf schlechten Landesstraßen schlaglöcherweise vorarbeiten müssen. Es ist eben hier ein Problem des Gesamtbudgets.

Die ungeheure wirtschaftspolitische Bedeutung eines vernünftigen und guten Straßennetzes kann von niemand bestritten werden und wird es auch nicht. Es wäre wirklich notwendig, daß man eben im Budget Schwerpunkte bildet, die in den nächsten Jahren eine besondere finanzielle Ausgestaltung erfahren sollten. Dazu würde der Schulbau beim Unterrichtsministerium gehören, der Wohnungsbau und Straßenbau, neben der Förderung jener kleinen Existenzen im Gewerbe auf dem Lande durch Wirtschaftsförderungsmaßnahmen. Das wäre ein Programm, dem zuliebe eben auf gewisse andere Ausgaben der Repräsentation oder auf eine besondere Ausstattung des Bundesheeres, von dem alle Fachleute, die damit beschäftigt sind, sagen, daß es im Ernstfall doch keine

besondere Bedeutung haben würde, verzichtet werden müßte. Demgegenüber sollte man solche Vorhaben unseres Landes echt bevorzugen, denn der Straßenbau gehört dazu, insbesondere weil, wie wir immer wieder hören, die mit uns in Konkurrenz stehenden Nachbarn, wie die Schweiz, alles daransetzen, um ihre Straßen so herzurichten, daß der Durchzugsverkehr, der Nord—Süd-Verkehr, von Österreich abgeleitet und über die Schweiz geleitet wird. Und was das Fremdenverkehrsproblem für uns bedeutet, meine Damen und Herren, das noch näher zu beleuchten, hieße wirklich Eulen nach Athen tragen.

Die strukturell passive Handelsbilanz, die wir wieder im selben prozentmäßigen Ausmaß wie vor 1938 haben, wird ja in der Zahlungsbilanz nur durch diese ungeheuren Eingänge im Fremdenverkehr ausgeglichen. Und wenn der Abgeordnete Fischer sagt, das sei insofern gefährlich, weil der Fremdenverkehr ein sehr konjunkturrempfindlicher Zweig der Wirtschaft ist, hat er recht. Aber umso mehr muß man alles daransetzen, um ihn möglichst zu stabilisieren und ihn möglichst von dieser strukturellen Labilität wegzubringen. Und dazu ist der Straßenbau sehr notwendig. Aber auch einige andere Dinge sind sehr notwendig, die ich nur ganz kurz streifen möchte, da ja zu dieser Frage Herren gemeldet sind, die sich ohnehin geradezu hauptamtlich und beruflich mit den Sorgen des Fremdenverkehrsgewerbes abgeben müssen.

Meine Damen und Herren! Über die Exportbegünstigung ist sehr viel geredet worden. Die echte und einschneidende Exportbegünstigung, die in Österreich geübt wird, kommt im wesentlichen unserer Industrie zugute. Wir werden dann bei einer kurzen Betrachtung der Struktur unseres Außenhandels aber feststellen, daß das österreichische Gewerbe heute schon in einem sehr hohen Prozentsatz an unserem Export beteiligt ist, mit 900 Millionen Schilling 1956, und daß hier echte Initiative, persönliche Initiative dahintersteckt, die nicht nur darauf wartet, etwa vom Staat kredit- oder steuerpolitische Begünstigungen zu erhalten.

Aber ein Zweig unserer Exportindustrie — und das ist nun einmal das Fremdenverkehrsgewerbe, das man als unsichtbares Exportgewerbe bezeichnet — hätte zweifellos auch Anspruch auf eine steuerliche Begünstigung. So wie man beim echten Export von Waren Steuerrückvergütungen erhalten kann, sollten in einer ähnlich gelagerten Form auch diese Betriebe zu ihrem weiteren Ausbau Begünstigungen erhalten, denn die Investitionskosten im Hotelgewerbe sind ungeheuer groß. Es kostet, glaube ich, ein Bett mit

dem Drum und Dran eine Investitionssumme zwischen 160.000 und 200.000 S, und das ist sehr viel. Da wir preislich gesehen mit dem Ausland noch immer sehr gut konkurrieren können, ist es vor allem eine Frage eines in größerem Umfang zu bietenden Komforts, um hier diese hervorragenden Deviseneingänge, die heuer 4,2 Milliarden ausmachen sollen, auch für die Zukunft erhalten zu können.

Ich möchte also diese Forderung des Fremdenverkehrsgewerbes hier als einen Akt der Gerechtigkeit und der Gleichstellung mit anderen Wirtschaftsgruppen besonders hervorheben, denn die Konkurrenzfähigkeit, die beim Warenexport durch eine Umsatzsteuerückvergütung erreicht werden soll, soll hier dadurch erreicht werden, daß wir sowohl preislich als auch in dem, was wir qualitativ bieten, in Zukunft mit den anderen mitkönnen.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich mich einem letzten Kapitel zuwenden, und das ist unser Export. Die Bedeutung unseres Außenhandels für die österreichische Wirtschaft ist jedem Einsichtigen klar. Wir haben im Jahre 1957 35 Prozent unseres Nationalprodukts exportiert, und wir haben eine Kopfquote im Export und im Import, die heute schon sehr hoch ist, aber vergleichbare Länder noch nicht erreicht hat. Österreich hat im Jahre 1956 pro Kopf der Bevölkerung eine Einfuhr von 584 D-Mark und eine Ausfuhr von 509 verzeichnet. Bei der Schweiz war die Einfuhr 1488, die Ausfuhr 1215, Belgien 1485 Einfuhr, 1438 Ausfuhr, die Niederlande 1444 Einfuhr, 1223 Ausfuhr, Deutschland nur 530 Einfuhr, 580 Ausfuhr, und die USA gar nur 349 Einfuhr und 479 Ausfuhr.

Wir sehen, daß die Länder, die einen größeren Binnenmarkt haben, auch weniger vom Export und Import abhängig sind und daß sie auch leichter zu einem inneren Ausgleich kommen, wenn zum Beispiel auf dem Sektor des Außenhandels Friktionen eintreten, rückläufige Bewegungen da sind, als Staaten, die so wie Österreich darauf angewiesen sind, einen Mindestprozentsatz dieses Nationalproduktes zu exportieren, um notwendige Rohstoffe zu importieren.

Ich will mit dieser Aufstellung sagen, daß die Aufrechterhaltung einer zielbewußten Außenhandelspolitik keine Frage unseres Willens allein ist, sondern sich ganz zwangsläufig aus der gesamtwirtschaftlichen Situation Österreichs ergibt. Damit, reduzieren sich aber auch gewisse Kritiken an der Struktur und an der Art unseres Außenhandels von selber auf die Frage, ob man es hier

in der Hand hat, gewisse Warengruppen nicht zu exportieren, oder ob man gezwungen ist, zu exportieren.

Wir haben natürlich keinen sehr günstigen und sehr glücklichen Außenhandel, was seinen qualitativen Aufbau, seine Struktur anlangt. Zwei Drittel von dem, was wir ausführen, sind Holz, Eisen, Stahl, Papier, Textilien, Bekleidung, und es sind fast durchwegs Halbfabrikate. Der Anteil an Fertigwaren ist leider nie über dieses eine Drittel bis jetzt hinausgekommen.

Aber, meine Damen und Herren, es ist ein doch feststehender Grundsatz in der Nationalökonomie, daß man die Einfuhren auf die Dauer immer nur mit den Ausfuhren bezahlen kann, daß sich also nur Waren gegen Waren gegenseitig bezahlen können, und wenn wir also unseren industriellen und wirtschaftlichen Ausbau weiter tätigen wollen, dann ist das nicht ohne Einfuhren möglich, und dann sind wir aber auch gezwungen, gewisse Ausfuhren zu tätigen, auch auf Gebieten, wo sie uns nicht sehr sympathisch sind. Ich meine da insbesondere auch den Holzexport, der doch immerhin im Jahre 1957 einen Erlös von 6,1 Milliarden Schilling gebracht hat, wovon 3,35 Milliarden auf Nadelschnittholz gefallen sind und auf Papierwaren aller Art 2,29 Milliarden. Wenn also der Nadelschnittholzexport ein Übergewicht hatte, was uns sicherlich nicht sehr befriedigt, dann muß man aber doch auf der anderen Seite die gewisse Zwangsläufigkeit dieses Exportes einsehen und muß außerdem berücksichtigen, daß wir in Europa bei Schnittholz in den Ländern, in die wir vorwiegend exportieren, Zollsätze bis zu 18 Prozent haben, während wir bei Holzfertigwaren wie Kisten, Möbeln und so weiter Staaten vorfinden, die Prohibitivzölle haben, die bis zu 50 Prozent gehen. Diese europäische zollpolitische Ungereimtheit bringt es auch mit sich, daß sich zum Beispiel der Anteil unserer Holzverarbeitenden Industrie am Gesamtexport immer nur in einem wirklich bescheidenen Ausmaß bewegt.

Es war zu erwarten, daß der erste Redner des heutigen Tages, der Abgeordnete Fischer, wieder den Osthandel reklamieren würde. Es war außerdem zu erwarten, daß er die europäischen Einigungsbestrebungen angreift. Es ist von mir genau so zu erwarten, daß ich diese Einigungsbestrebungen sehr begrüße und positiv beurteile. Eines ist der österreichischen Regierung durchaus nicht vorzuwerfen: daß sie in der Frage der Forcierung des Osthandels irgendwelche ideologischen Hemmungen an den Tag legen würde. Ich habe von solchen Hemmungen nichts gemerkt, insbesondere

dann nicht, wenn die Delegation vom Bundeskanzler selbst angeführt wird, der doch in Fragen der Wirtschaftspolitik, wie ich glaube, fernab von allen sonstigen ideologischen Einflüssen steht. Und es ist schon so, daß sich die natürlichen Voraussetzungen für den Osthandel zwar gebessert haben, aber immer noch keine sehr günstigen sind und niemals in irgendeiner Art und Weise unsere Handelsbeziehungen mit dem Westen zu ersetzen vermögen. Wir haben auf der einen Seite mit dem Osten ein Verrechnungssystem, das, wie der Abgeordnete Fischer selber sagt, von den sozialistischen Volksdemokratien nicht geändert werden kann — und die Folge ist, daß wir ein Guthaben, eine Forderung von 20 Millionen Verrechnungsdollar an die Oststaaten haben —, und auf der anderen Seite vermögen die uns angebotenen Waren tatsächlich nicht auf weite Strecken das Importbedürfnis Österreichs zu decken. Daß wir aber einen Osthandel forcieren nur um des Osthandels willen, wird doch kein Mensch von uns erwarten.

Es ist im Gegenteil so gewesen, daß uns bei den Verhandlungen mit Moskau der Bezug gewisser russischer Waren aufgezwungen worden ist, für die wir — im Augenblick zumindest — gar keine ausreichende Verwendung haben. Es ist dort sehr hart verhandelt worden, und ich möchte dem Herrn Abgeordneten Fischer eines sagen: Er tut hier immer so, als ob die wirtschaftliche Integration Europas das Wiedererstehen vor allem des großdeutschen Gedankens und einer Machtposition des deutschen Großkapitals bedeuten würde und damit die österreichische Selbständigkeit in Gefahr geriete. Es ist eine Tatsache, daß die westdeutsche Bundesrepublik in fast allen Importquoten der mit uns vergleichbaren Staaten dominierend ist. Das ist so mit der Schweiz, das ist nicht anders mit Belgien, das ist nicht anders mit Holland, aber das ist nun einmal so, daß eben dieser hochindustrialisierte Staat ein gewisses wirtschaftliches Ausstrahlungszentrum ist. Aber gerade durch die Integration sollen ja diese vergleichbaren Staaten, diese kleineren Staaten an der günstigeren Rohstoffsituation — etwa an der Kohle — und an dem hochindustrialisierten ausgebauten Apparat, über den Westdeutschland verfügt, partizipieren.

Wenn man nämlich wirklich wirtschaftlichen Imperialismus in der jüngsten Zeit studieren will, dann gibt es kein erschütternderes Beispiel als Finnland. Davon wird nicht geredet. Die Sowjetunion ist nämlich hergegangen und hat in dem Reparationsvertrag mit Finnland diesem Staat Lieferungen

aufgezwungen, von denen sie genau gewußt hat, daß nach Beendigung der Reparationslieferungen Finnland mit diesem überdimensioniert aufgezwungenen Produktionsapparat nur noch einen Abnehmer in den Russen finden kann, aber nirgends sonst in der Welt. Die Russen haben eine vollkommene Strukturverzerrung erzwungen, und das war der Ansatzpunkt, diesen Staat in eine wirtschaftliche Krise hineinzutreiben, und wir sehen, daß die Rechnung offenbar aufgeht, denn die kommunistische Partei nimmt in Finnland zu. Ich würde daher — ich glaube aber, daß diese Warnung wirklich überflüssig ist — nichts für gefährlicher ansehen, als unsere guten Geschäftsbeziehungen nach dem Westen hin durch einen sehr nebulösen und gerade von den Kommunisten mit Illusionen gespickten forcierten Osthandel gefährden zu lassen, der letzten Endes das erreicht, was sie offenbar wollen: eine völlige Monopolstellung der Oststaaten. Das wäre das Ende der Freiheit Österreichs, und es wäre auch sehr unanständig, das zu tun. Denn vergessen wir eines nicht: Ob man die Amerikaner in jeder Hinsicht liebt, ob man ihre Politik in jeder Hinsicht unterstützen kann, eines steht doch ohne Zweifel fest: Es gäbe heute kein freies Europa mehr, wenn sie nicht nach dem Jahre 1945, entgegen ihrer Politik nach 1918, uns mit den ERP-Krediten und den anderen Aktionen geholfen hätten. Dabei ist es aber nicht nur auf die Bereitstellung dieser Milliardenbeträge angekommen, sondern ganz entscheidend darauf, daß sie einen Einfluß genommen haben — das müssen wir ohne weiteres zugeben —, aber einen segensreichen Einfluß, nämlich in Europa zu verhindern, daß wir noch einmal in einen mittelalterlichen Kameralismus zurückfallen, sondern daß es zu den Formen wenigstens einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der OEEC und in der Europäischen Zahlungsunion gekommen ist, deren Nutznießer wir alle geworden sind. (*Abg. Mitterer: Und von den anderen kriegten wir die Erbsen!*) Das war eine unbestreitbare Leistung, und es ist deshalb auch richtig, daß wir zum Beispiel im Augenblick die Kohle nicht nur in Rußland einkaufen und nicht nur in Polen, sondern daß wir uns in der Kohlenversorgung auf drei und vier Füße stellen, daß wir wohl auch polnische Kohle kaufen, aber selbstverständlich weiterhin auch westdeutsche und amerikanische.

Nun, was soll jene gefahrvolle Darstellung einer europäischen Integration für Österreichs Wirtschaft oder für Österreichs politische Unabhängigkeit? Der Herr Abgeordnete Fischer hat gesagt, wir würden von ausländischen Waren überschwemmt. Ich bedaure, daß der Österreicher im allgemeinen einen

sehr mangelnden Wirtschaftspatriotismus an den Tag legt und daß er häufig nicht fragt, ob ein Erzeugnis nicht auch im Inland in gleich hoher Qualität hergestellt wird wie etwa das, wo eine ausländische Erzeuger-marke draufsteht. Aber die Liberalisierung war nicht nur ein Zwang, weil wir ja nach den Statuten der Europäischen Zahlungsunion gezwungen waren, mit der Erreichung einer Gläubigerposition zu liberalisieren, sie war auch geglückt und war auch richtig. Einmal wird der Kommunismus als eine große weltweite internationale Bewegung dargestellt, und wenn es um die Besprechung österreichischer Probleme geht, wird geradezu ein wirtschaftspolitisch kleinlicher Chauvinismus und ein Autarkiegedanke gepredigt. Die Liberalisierung war richtig, und gerade ein Staat wie Österreich mit dem kleinen Binnenmarkt, wo die Absprachen, die Kartell- und Monopolbildungen von Natur aus begünstigt werden, gerade ein solcher Staat braucht die internationale Konkurrenz. Wir können feststellen, daß wir mit der zunehmenden Liberalisierung einen höheren Lebensstandard erreicht haben. Diesen Mut, in diese Konkurrenz zu treten, muß die österreichische Wirtschaft auch weiterhin zeigen.

Die Industrie hat einen ganzen Katalog von Sonderwünschen angemeldet. Er wäre besser nie veröffentlicht worden; denn zuerst überschlagen sich die Regierungsparteien und gewisse Spitzenfunktionäre der Industriellenvereinigung in der Bewunderung ihres eigenen Werkes, nämlich des wirtschaftlichen Aufstieges, aber wenn es dann darauf ankommt, von der Freihandelszone zu reden, werden an den Staat Forderungen gestellt, die ins Aschgraue gehen, Milliardenbeträge seien notwendig, um uns auf die Integration „vorzubereiten“. Wir werden, wenn es auf die Industrie ankommt, mit diesen Vorbereitungen nie fertig werden, und deshalb gibt es eben den guten und gesunden Zwang der Entwicklung, der uns hineinstellen und uns unsere Bewährung abverlangen wird. Es wird für unsere Industrie weniger leicht sein als in den letzten Jahren, sich zu behaupten; aber was hätten wir noch für eine Berechtigung, ein freiheitliches Wirtschaftskonzept zu vertreten, wenn wir nicht zugleich den Mut hätten, die Konkurrenz als ein notwendiges und gesundes Prinzip hinzustellen? Und deshalb glaube ich, daß gerade die Industrie die letzte Gruppe ist, durch deren Einspruch die österreichische Anteilnahme an der österreichischen Wirtschaftsintegration auch nur behindert werden dürfte.

Wir stehen natürlich vor dem schwerwiegenden Problem, in welcher Form Österreich teilnehmen soll. Wir von unserer Frak-

tion haben eine sehr eindeutige Haltung eingenommen, vom ersten Tag an. In anderen Fraktionen waren die Meinungen etwas geteilt. Offiziell durfte niemand recht sagen, daß er der Auffassung ist, wir sollten auch bei der EWG mitmachen. Aber da sind wir geradezu von einem *Ceterum censeo* beseelt und werden jede sich bietende Gelegenheit ergreifen, um das Problem als solches aufzuzeigen und an die Regierung immer wieder die Frage zu stellen, was sie an sachlichen Gründen veranlaßt hat, dem englischen Konzept der Freihandelszone sofort zu folgen, und welche wirtschaftspolitischen und welche anderen staatspolitischen Gründe maßgebend sind, daß wir uns nicht an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft angeschlossen haben. Denn, meine Damen und Herren, wir sehen doch die enge Verflechtung gerade mit diesen sechs Staaten der Montanunion. Und wenn wir hier von der Entwicklung abgehängt werden, kann man für unseren Export nur schwarz sehen, der bei Holz und Eisen geradezu auf wenige Staaten wie Italien und Deutschland konzentriert ist.

Es gibt also eine Katastrophe, wenn wir das nicht rechtzeitig richten können, an dieser Entwicklung mitzutun, die ja seit der Zusammenkunft zwischen Adenauer und de Gaulle in keiner Weise mehr gefährdet erscheint. Wohl aber ist die Freihandelszone nicht zustandegekommen, und sie wird offenbar auch nie mehr zustande kommen, denn an der Haltung Frankreichs — und die französische Regierung hat nun einmal zum Unterschied von bisher jetzt einen festen Kurs eingeschlagen —, an diesem Einspruch ist die Freihandelszone gescheitert, und mehr und mehr Staaten sehen heute auch schon die größeren Vorteile der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein und weinen der Freihandelszone keine Träne nach.

Ich habe schon einmal ausgeführt, daß Wirtschaftstreibende mit Einblik und Voraussicht in Österreich sagen: Ja, wir werden natürlich, wenn die EWG zu funktionieren beginnt, so wie wir das seinerzeit bei der Montanunion gemacht haben, ein besonderes Zollabkommen vereinbaren und werden so tun, als ob wir dabei wären. Das heißt, wir werden eine Katastrophe verhindern, aber wir werden die guten, die günstigen und wirklich großen Vorteile dieses Vertragswerkes, von dem die gemeinsame Zollsenkung nur einen einzigen darstellt, nicht in Anspruch nehmen können. Wir werden sie zum Beispiel deswegen nicht in Anspruch nehmen können, da wir zufolge der langen Besetzung in Österreich unterentwickelte Wirtschaftsgebiete haben, die zum

Beispiel bei einer Beteiligung Österreichs an der EWG sicherlich Investitionskredite hätten erwarten können, die aus diesem großen Investitionsfonds, der mit 1 Milliarde Dollar gegründet ist, gespeist werden sollen.

Unser Außenhandel hat ja insbesondere in den letzten neun Monaten einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Er ist doch, was das gesamte Außenhandelsvolumen anlangt, um 4,5 Prozent zurückgegangen, es sind die Ausfuhren in einigen Sparten, insbesondere bei Fertigwaren, um 10 Prozent zurückgegangen. Wir haben also eine schwierige Außenhandelssituation, die sich im nächsten Jahr nicht verbessern wird; denn die Auswirkungen der amerikanischen Rezession sind bei uns jetzt erst, glaube ich, im vollen Ausmaße fühlbar, und dort, wo wir Abschlüsse für das Jahr 1959 tätigen können — quantitativ etwa gleichwertig den bisherigen Quoten —, ist es doch so, daß wir preislich viel schlechter als vorher liegen. Wenn zu dieser gegebenen Welt situation auch noch dazu kommt, daß unser Außenhandel gefährdet wird, weil wir durch das Eintreten der allgemeinen Zolssenkung in den EWG-Staaten in diese Länder vermindert oder in Zukunft vielleicht überhaupt nicht mehr exportieren können, dann bringt das den österreichischen Außenhandel geradezu um. Da wird uns keine Ostorientierung helfen, da wird uns nichts helfen, auch kein verspätetes Nachhinken. Wir fürchten — und das ist die grundsätzliche Kritik an dieser Regierung —, daß sie eine große zeitgegebene Chance hat vorzuziehen lassen, als sie entgegen der Auffassung der Österreicher diesen Weg gegangen ist; denn die Österreicher sind europafreundlich und unsere Jugend ist europabegeistert, Gott sei Dank. Entgegen dieser gegebenen Gefühlslage einer Bevölkerung, die niemals eine Alternative Europa oder Neutralität verstehen will — diese Alternative wurde ihr vorerzählt, aufgepfropft, sie entspricht nicht den eigenen Anschauungen —, entgegen dieser gegebenen politischen Situation in der Bevölkerung ist die österreichische Regierung und mit ihr das brave, „lammfromme“ Parlament diesen Weg, den wir für grundfalsch und für gefährlich für Österreichs Zukunft halten, gegangen, ohne auch nur zu fragen.

Schon aus diesem Grunde, aber natürlich auch aus den anderen grundsätzlichen Erwägungen, die ich anfangs meiner Rede hier ausgeführt habe, ergibt sich zwangsläufig, daß die Freiheitliche Partei dem Kapitel Handel und Wiederaufbau die Zustimmung nicht geben wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Böhm**: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Prinke.

Abgeordneter **Prinke**: Hohes Haus! In den Kompetenzbereich des zur Verhandlung stehenden Kapitels Handel und Wiederaufbau fällt nicht nur die große Aufgabe der Betreuung von Gewerbe, Handel und Industrie, sondern auch das Bauwesen füllt einen großen Raum aus. Ist ja dieses Ministerium nicht nur für die Erhaltung und für den Neubau der Bundesgebäude, der Amtsgebäude und so weiter verantwortlich; es hat für die Erhaltung der Theater zu sorgen, es fällt ihm auch die Aufgabe zu, das Straßenbauwesen in Österreich zu betreuen und Straßen neu zu bauen, und hier spielt besonders der Bau der Autobahn eine große Rolle, von der vor wenigen Tagen wieder 100 Kilometer dem öffentlichen Verkehr übergeben werden konnten. Bei der Gelegenheit freuen wir uns über die Mitteilung, die der Herr Bundesminister gemacht hat, daß der Weiterbau der Autobahn nicht nur in der Form gesichert ist, daß die entsprechenden Kredite zur Verfügung stehen, sondern daß nun auch der Weiterbau des Straßenstückes nach Wien gesichert ist. Denn jeder, der Gelegenheit hatte, diese neue Autobahn zu befahren, wird den Übelstand bemerkt haben, der darin besteht, daß der Anschluß nach Wien noch nicht fertiggestellt ist und so die Zufahrt zur Straße manche Schwierigkeiten mit sich bringt. Wir freuen uns also darüber, daß es nun doch gelungen ist, den Weiterbau der Autobahn nach Wien sicherzustellen, und wir rechnen damit, daß wir nun sehr bald von Wien aus die Autobahn werden benutzen können.

Aber in den großen Bereich der Aufgaben, die ich nun skizzenhaft dargetan habe, fällt auch das Gebiet des Wiederaufbaues des zerstörten Wohnraumes. Die Frage des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds stand heute schon im Mittelpunkt einiger Diskussionsreden. Auch ich kann es mir nicht versagen und muß mich mit dem Wohnhauswiederaufbau beschäftigen. Gehöre ich doch schon seit ihrem Bestehen der Wohnhaus-Wiederaufbaukommission an und hatte ich doch Gelegenheit und die Ehre, beim Zustandekommen des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes mitarbeiten zu dürfen. Ich kann mich also als Kenner dieser Materie bezeichnen.

Es waren vor kurzem zehn Jahre her, daß der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds seine segensreiche Tätigkeit aufnehmen konnte. Bekanntlich haben wir 1948 das sogenannte Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz beschlossen. Leider wurde aber damals die endgültige Sicherung der Finanzen des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes nicht durchgeführt, vielmehr konnte sie nicht durchgeführt werden, weil nicht absehbar war, welche finanziellen Erfordernisse an

diesen Fonds gestellt werden. Es ist in der späteren Folge gelungen, doch eine gesicherte finanzielle Basis für den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds in der Form zu finden, daß durch Zuschläge zur Einkommensteuer die entsprechenden Beträge aufgebracht werden, die uns die Möglichkeit geben, den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds doch entsprechend finanziell zu sichern.

Darf ich Ihnen auch einige Ziffern nennen. Es ist bei einem zehnjährigen Jubiläum vielleicht doch angebracht, sich über die Leistungen einer solchen Einrichtung ein Bild zu machen. Mit Stand vom 1. Oktober dieses Jahres hat der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds 9681 Wohnhäuser mit 126.165 Wohnungen wiederaufgebaut oder in ihrem Bestand gesichert. Zu dieser Arbeit war ein Betrag von 7,29 Milliarden Schilling erforderlich.

Darf ich vielleicht noch einige Ziffern nennen, wie sich dieser Wiederaufbau auf die einzelnen Bundesländer verteilt. In Wien allein wurden 94.069 Wohnungen wiederaufgebaut oder wiederhergestellt. Das ist eine äußerst beachtliche Ziffer, wenn wir dabei bedenken, daß die Gemeinde seit den zwanziger Jahren in Wien rund 100.000 Wohnungen gebaut hat, während der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds in dem knappen Zeitraum von zehn Jahren ebenfalls an diese Ziffer von 100.000 herankommt.

In Niederösterreich wurden 7875, in Oberösterreich 5838, in der Steiermark 9984, in Kärnten 3355, in Salzburg 1612, in Tirol 2861, in Vorarlberg — ein glückliches Land mit wenig Kriegszerstörungen — 105, im Burgenland 466 Wohnungen wiederaufgebaut oder hergestellt. Mit dem Stichtag 1. Oktober befinden sich 789 Wohnhäuser im Bau, davon allein in Wien 434.

Es werden vom Wohnhaus-Wiederaufbaufonds täglich 3 bis 3,5 Millionen Schilling an Darlehen für den Wiederaufbau ausgezahlt. Derzeit erliegen beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds mit dem gleichen Stichtag noch 1746 Anträge mit einem Bauvolumen von 4755 Millionen Schilling. Also rund 5 Milliarden Schilling sind noch erforderlich, um die Kriegsschäden zur Gänze zum Verschwinden zu bringen. Unter diesen 5 Milliarden resultieren 300 Millionen Schilling, die zur Behebung der Teilschäden dienen, und zwar sind das noch 430 Fälle, die bis Ende 1959 zur Gänze behoben sein werden. Die Totalschäden beanspruchen noch einen Betrag von 4455 Millionen Schilling, rund 4,5 Milliarden, zur Behebung von 1316 Fällen an Totalschäden.

Beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds war es bisher durch eine Vorfinanzierung, dadurch, daß der Darlehenswerber Privatgelder beziehungsweise Bankgelder in Anspruch genommen hatte, in den vergangenen Jahren möglich, Projekte vorzuziehen und mit diesen Geldern auf einen Zeitraum von zehn Jahren vorzufinanzieren. Es konnten so an Privatgeldern rund 1,5 Milliarden in den Dienst des Wiederaufbaues der zerstörten Wohnungen gestellt werden.

Wenn wir diese Leistungen betrachten, dann müssen wir sagen, daß sie wirklich hervorragend zu nennen sind. Diese Leistungen konnten aber in den vergangenen Jahren nur vollbracht werden, weil die gesamte österreichische Bevölkerung durch ihren Zuschlag zur Einkommensteuer das Opfer auf sich genommen hat, die finanziellen Leistungen für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Wenn wir aber bedenken, daß diese rund 5 Milliarden Schilling, die noch zu erfüllen sind, einen Zeitraum von acht bis zehn Jahren in Anspruch nehmen werden, so wird uns klar, daß wir für den Wiederaufbau des zerstörten Wohnraumes rund 20 Jahre benötigt haben werden.

Es wirft sich nun ganz von selbst die Frage auf: Sollte nicht etwas unternommen werden, um dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zusätzliche Mittel zuzuführen? Es gibt solche Möglichkeiten. Ich habe bereits auf die Vorfinanzierung hingewiesen. Gerade jetzt läuft wieder eine solche Vorfinanzierungsaktion im Betrage von 200 Millionen Schilling. Aber für diese 200 Millionen Schilling wurden von den Bankinstituten und Sparkassen 800 Millionen Schilling an Promessen beim Fonds eingereicht. Wir ersehen also daraus, daß genügend Privatkapital vorhanden wäre, wenn wir das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz entsprechend novellieren und neue Möglichkeiten für die Ausschöpfung dieser Privatmittel durch die Vorfinanzierung eröffnen.

Wir haben uns leider Gottes bei den Koalitionsverhandlungen — ich habe damals verlangt, daß ein Vielfaches des Betrages von 200 Millionen Schilling in die Vorfinanzierungsbestimmungen bei der letzten Novelle aufgenommen wird — nicht einigen können und sind bei 200 Millionen verblieben. Wenn aber nun genügend Privatkapital vorhanden ist, so wirft sich selbstverständlich die Frage auf, ob man nicht doch noch einmal das Gesetz in dieser Beziehung novellieren könnte, um diese 600 Millionen Schilling, die an Promessen vorhanden sind, ebenfalls dem Wiederaufbau zuführen zu können. Die Befürchtung, daß dadurch für den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds insofern eine Verschul-

derung für die Zukunft eintritt, weil er ja zusätzliche Leistungen durch den Zinsendienst zu erbringen hat, kann damit abgetan werden, daß später, in einigen Jahren, eine Konvertierung dieser Vorfinanzierungen in Form einer längeren Anleihe erfolgen könnte. Damit würde also dieses Argument schon in sich zusammenfallen.

Aber noch etwas wird uns vielfach eingewendet: daß die Kapazität des Baugewerbes nicht ausreichen könnte, um stärker in Anspruch genommen zu werden, als dies jetzt der Fall ist. Soweit ich, der ich auf diesem Gebiet ziemlich viel zu tun habe, informiert bin, ist es noch nicht so, daß das Baugewerbe zur Gänze ausgelastet wäre. Es gibt noch Möglichkeiten der zusätzlichen Finanzierung, ohne daß eine Überbelastung des Baugewerbes entstehen würde. Aber selbst dann, wenn es dazu kommen würde, vertrete ich die Auffassung, daß man eben andere Vorhaben, die ausgeführt werden und die nicht so wichtig sind wie der Wohnungsbau, zugunsten des Wohnungsbaues zurückstellen und dieser in erster Linie forciert werden könnte.

Wenn wir also auch unser Bedauern darüber ausdrücken müssen, daß im Budget heuer um 25 Millionen Schilling weniger als im vergangenen Jahr enthalten sind, immerhin eine Summe, die ausreicht, um rund 250 Wohnungen zu bauen, so sehen wir doch auf der anderen Seite, daß Möglichkeiten bestehen würden, zusätzlich Privatgelder für den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds flüssigzumachen. Ich appelliere besonders an unseren Koalitionspartner, in dieser Beziehung mit uns, wenn nun einige Novellierungen am Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz durchgeführt werden, zu überprüfen, ob es nicht möglich wäre, diese Gelder dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zugute kommen zu lassen.

Darf ich im Hinblick auf die vollbrachten Leistungen und auf die Arbeit, die im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau auf allen Gebieten geleistet wird, aber besonders im Hinblick auf den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, nicht nur der Bevölkerung für ihr Opfer danken, das in der Steuerleistung erbracht wurde, wodurch erst diese Resultate erzielt werden konnten, sondern auch der Verwaltung des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und allen Angestellten dieser Abteilung meinen Dank für die geleistete Arbeit sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich kann sie beurteilen.

Auch der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds wie alle Wohnbaufonds ist immer irgendwie ein Zankapfel des politischen Tagesgetriebes, und es war für die Angestellten auch nicht immer leicht, termingerecht für eine Sitzung die

Akten fertigzumachen, es mußten vielfach Samstage, Feiertage und Sonntage zur Arbeit herangezogen werden, ohne daß dafür eine gesonderte Entlohnung gegeben wurde. Dafür möchte ich von dieser Stelle in Ihrem Namen all diesen Angestellten meinen Dank sagen. Wenn gerade dieser Abteilung, so soll damit der übrige Beamtenkörper im Bereiche des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau nicht geschmälert werden. Von mir wurde deshalb besonders dieser Abteilung dieser Dank zum Ausdruck gebracht, weil ich gerade auf diesem Gebiete einer der besten Kenner bin.

Meine Damen und Herren! Es war heute im Hause sehr viel die Rede von der herrschenden Wohnungsnot und wie man diese Wohnungsnot beheben könnte. Ganz besonders der Herr Abgeordnete Fischer und der Herr Kollege Marchner, am Schluß auch der Herr Abgeordnete Kandutsch haben auf manche Mißstände hingewiesen, die wir sicherlich zutiefst bedauern. Wir bedauern es, daß es bisher noch zu keiner Einigung kommen konnte, und wir vertreten die Auffassung, daß dieses Chaos, das wir auf dem Gebiete des Mieten- und Wohnungswesens haben, radikal behoben werden muß. Es genügt nicht, Teilmaßnahmen zu setzen, sondern es müssen, so wie wir es seit Jahr und Tag predigen, Generalmaßnahmen getroffen werden, um einen Überblick auf diesem Gebiet und eine Einheitlichkeit herbeiführen zu können.

Wir sprechen immer wieder davon: In Österreich fehlen 200.000 Wohnungen! Wer hat diese Wohnungen gezählt? Wir haben wohl eine Zählung aus dem Jahre 1951 auf Grund der Volkszählung, aber gibt uns diese Zählung auch schon die Annahme dafür, daß wir von einem Fehlbestand von 200.000 Wohnungen sprechen können? Ist es nicht vielmehr so, daß vielfach unter diesen Wohnungsuchenden, die hier gezählt werden, viele Wohnungsverbesserer sind, Leute, die hauptsächlich ihre Wohnverhältnisse dadurch verbessern wollen, daß sie versuchen, zu einer Neubauwohnung zu kommen?

Der Herr Abgeordnete Fischer sprach davon, daß 60.000 bis 65.000 Wohnungen in Wien allein fehlen. Wenn Sie aber den Linzer Bürgermeister hören, so wird er Ihnen erklären, daß in Wien überhaupt keine Wohnungsnot besteht, weil diese 65.000 Wohnungsuchenden nach seiner Auffassung nur Menschen sind, die eine bessere Wohnung suchen. Hier stehen also schon Auffassungen in der eigenen Partei einander gegenüber. Sie können nur dadurch entstehen, weil es darüber keine genauen Zählungen gibt, weil auch die Be-

hörde dazu fehlt, die den tatsächlichen Wohnungsnotstand irgendwie statistisch erfassen könnte.

Aber nehmen wir an, daß in Wien jährlich von seiten der Gemeindeverwaltung ohne die Wohnungen, die der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds gebaut hat, 5000 Wohnungen errichtet wurden. Die Gemeinde baut nach dem zweiten Weltkrieg nun durch rund zehn Jahre. Wenn also jedes Jahr nur 5000 Wohnungen gebaut werden, so sind 50.000 Wohnungen neugebaut worden. Wir haben immerhin, wie wir immer wieder hören, noch einen Fehlbestand von 65.000. Worin liegt die Ursache? Im Verfall von Wohnungen im Althausbesitz allein nicht. Er macht im Jahr nur einige hundert, rund 2000 bis 3000 in Wien aus. Worin liegt dann die Ursache, daß, obwohl so viele Wohnungen gebaut werden, trotzdem die Wohnungsnot sich immer wieder auf dem gleichen Stand bewegt?

Erstens ist es der Verfall, auf den schon hingewiesen wurde, der aber eine untergeordnete Rolle spielt, dann die längere Benützung des Wohnraumes; die Menschen leben heute länger, brauchen daher auch den Wohnraum länger; dazu kommen die Eheschließungen und in Wien Gott sei Dank auch wieder eine Zuwanderung, eine Rückwanderung von Menschen, die in den Jahren 1944 und 1945 in die Bundesländer hinausgegangen sind und jetzt langsam wieder nach Wien zurückwandern.

Dazu kommt noch, daß der Wohnraum auch übermäßig in Anspruch genommen wird. Übermäßig, das heißt, daß einzelne nicht nur eine, sondern mehrere Wohnungen haben, daß einzelne alleinstehende Personen Großwohnungen haben und diese vielfach für Untermieten benützen oder auch nicht untervermieten und diesen Wohnraum unnütz in Anspruch nehmen, weil er für ihre Bedürfnisse viel zu groß ist.

Wenn wir auch diese Umstände berücksichtigen, dann wird uns klar, daß nur eine Generalreform hier Wandel schaffen könnte. Ich muß das Übel an der Wurzel anfassen und muß daher untersuchen: Wieso kommt es zu diesen Erscheinungen?

Es war hier die Rede davon, die Methoden der heutigen Zeit seien schuld daran. Sicherlich richtig, und ich habe ja schon eingangs darauf hingewiesen, daß die Methoden, die wir heute anwenden, vielfach mit schuld daran sind, daß wir keine Koordinierung auf dem Gebiete des Wohnungs- und Mietwesens herbeiführen können.

Der Herr Abgeordnete Fischer hat gemeint, das oberste Ziel der Österreichischen Volkspartei sei die Beseitigung des Mieterschutzes.

Er ist nur dafür den Beweis schuldig geblieben! Er hat hier Behauptungen aufgestellt, ohne dafür den Beweis erbringen zu können. Wir seien nach seiner Auffassung dafür, daß den Hausbesitzern die Renten und Profite gewahrt werden sollen. Er möge mir sagen, wo und von wem oder in welchem Programm der ÖVP diese Meinung vertreten wird. Wie kann er behaupten, daß die Österreichische Volkspartei den Mieterschutz abbauen will. Wir erklären immer wieder und überall, daß wir für die unbedingte Aufrechterhaltung des Mieterschutzes sind, des Mieterschutzes, soweit er die Kündigungsbeschränkungen betrifft, aber auf der anderen Seite kämpfen wir gegen die harten Ungerechtigkeiten, die gerade das heutige Mietzinsproblem bei uns in Österreich aufzeigt. (*Beifall bei der ÖVP.*) Er hat selbst einige solche Fälle angedeutet.

Auf Grund des § 7 des Mietengesetzes ist es möglich, zur Erhaltung der Häuser über die Mietenkommissionen die Mietzinse erhöhen zu lassen.

Wir haben heute nach dem letzten Lohn- und Preisabkommen einen gesetzlichen Mietzins von einem Schilling pro Friedenskrone. Es gibt aber in Wien Häuser, meine Damen und Herren, wo die Mieter statt 1 Krone beziehungsweise 1 S 16 Kronen, also 16 S bezahlen müssen, weil das Haus so großer Reparaturen bedurfte, und die Mietenkommissionen genötigt waren, so hohe Mieten festzusetzen. (*Abg. Holoubek: Warum dann keinen Ausgleich, Herr Kollege?*) Wer sind aber die Bedauernswerten, die diese hohen Mieten bezahlen müssen? Das sind gerade die ärmsten Teufel, die in den Vorstadtbezirken in den schlechtesten Häusern und Wohnungen hausen müssen, in Häusern, die schon 100 Jahre alt sind, die man aber heute noch nicht demolieren kann, weil die Mittel auf der anderen Seite fehlen, um einen Neubau aufzuführen. So gibt es also Pfründner, Befürsorgte der Gemeinde, kleine Rentner, Pensionisten mit einem Einkommen von 400 bis 500 S, die genötigt wären, auf Grund solcher Maßnahmen eine Miete von 400 S zu bezahlen — sie können es nicht, sie werden delogiert. Das sind dann die Delogierungsfälle, wo wir die bedauernswerten Opfer hier in Wien in den einzelnen Parkanlagen, unter den Brücken, oder weiß Gott wo, übernachten sehen, weil sie keine Möglichkeit haben, solche Mieten zu bezahlen.

Ja, deshalb einen Reparatúrausgleichsfonds schaffen, wird verlangt. Meine Damen und Herren, wer soll den Reparatúrausgleichsfonds finanziell speisen? Er kann doch wieder nur von den Mietern finanziert werden, das

Haus wirft doch keine Erträge ab. Es ist auch falsch, wenn hier gesagt wird, der Großteil der Häuser gehöre den Sparkassen, den Banken oder Ausländern. Soweit es Banken oder Sparkassen sind oder öffentliche Institute oder Kreditinstitute, erhalten sie ohne Zuhilfenahme des § 7 ihre Wohnungen, weil diese Anstalten in der Lage sind, die aufzuwendenden Mittel von ihrer Steuer abzusetzen. Aber die privaten Hausherren, die kleinen Handels- und Gewerbetreibenden, die früher das Haus dadurch erworben haben, daß die ganze Familie im Betrieb gearbeitet hat, damit, wenn man alt ist und nicht mehr arbeiten kann, ein kleines Erträgnis aus diesem schwer erarbeiteten Kapital den Lebensabend sichert, die sich also, wenn Sie wollen, eine freiwillige Altersversicherung geschaffen haben, haben die Mittel nicht, daß man sagen könnte, sie sollen aus ihrem Geld die Häuser wieder instandsetzen und die Mieter gratis drinnen wohnen lassen.

Darf ich Ihnen verraten, daß heute überhaupt nur mehr 45 Prozent der gesamten Wohnungen dem Mietengesetz beziehungsweise den Mietzinsbestimmungen des Mietengesetzes unterliegen. 55 Prozent sind heute schon vollständig frei, weil das Häuser sind, die unter Zuhilfenahme öffentlicher Gelder aufgebaut wurden, in denen der Mietzins ganz anders als nach dem Mietengesetz aufgebaut wird.

Ich sagte Ihnen schon, daß es gerade die ärmsten Kreise sind, die von diesen harten Maßnahmen der Bestimmungen des § 7 des Mietengesetzes betroffen sind. Der Herr Abgeordnete Fischer — auch der Herr Abgeordnete Marchner hat so ganz leicht dahingetupft — hat gesagt, daß wir nicht dafür zu haben sind, daß eine Regelung gemacht wird, wie sie dem vergangenen Wohnungsanforderungsgesetz und dem Neuvermietungsgesetz entsprechen würde.

Kollege Marchner und alle Kollegen, die so denken: Warum sind wir gegen solche Zwangsgesetze? Erstens, weil sie uns nicht eine einzige Wohnung bringen, und zweitens, weil sie auch den Wucher mit Wohnungen nicht unterbinden. Das Neuvermietungsgesetz ist abgelaufen. Wir haben die Bestimmungen, die eine Ablöse verbieten, aufrechterhalten. Ebenso ist im Mietengesetz im Zusammenhang damit die Bestimmung aufrechtgeblieben, wonach solche Ablösen innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren zurückverlangt werden können. Warum haben wir noch nichts davon gehört, meine Damen und Herren, daß in einem solchen Fall — egal, wer eine Ablöse verlangt, ob es ein Hausbesitzer oder ein Hausverwalter oder ein Mieter ist, der auszieht — bisher jemand angeklagt worden

ist? Warum ist noch keiner angeklagt worden? Weil es heißt: Wo kein Kläger, ist auch kein Richter! Warum gibt es keinen Kläger? (*Zwischenruf des Abg. Marchner.*) Natürlich besteht eine Möglichkeit! Die Bezirksverwaltungsbehörden hätten diese Möglichkeit! Ich habe es bis zum Überdruß bei meinen letzten Ausführungen im Haus gesagt, welche Möglichkeiten es gäbe. Aber die Verwaltungsbehörden haben hier versagt! Nicht einen einzigen Fall haben sie geahndet. Wem machen Sie also den Vorwurf, wenn wir sagen: Es hat gar keinen Sinn, Gesetze zu machen, die alle danebengehen! Ich werde Ihnen dann am Ende noch Lösungen aufzeigen, die nach meiner Meinung wirklich eine Generallösung des ganzen Problems bringen und uns auch in der Frage der Unterbringung der Obdachlosen und so weiter einen Weg aufzeigen könnten. Zwangsgesetze bringen also hier keine Lösung.

Es war auch davon die Rede, daß etwas getan werden müßte, um besonders den Delogierten zu helfen. Ich habe Ihnen schon angedeutet, welcher Personenkreis es ist, der von der Delogierung bedroht wird. Auf der einen Seite sind es Familien oder Personen, die in einem Haus wohnen, das dem Verfall preisgegeben ist, das aus baubehördlichen Gründen geräumt werden muß. Das sind also Leute, die am Ende delogiert werden müssen, denn ohne Delogierung erhalten sie leider Gottes von der öffentlichen Hand keine Wohnung zugewiesen. Sie brauchen also die Delogierung, um damit überhaupt erst einen Anspruch, zu einer Wohnung zu kommen, zu erwerben. Dann sind es die Leute, die die erhöhte Miete nach § 7 des Mietengesetzes nicht bezahlen können, oder Menschen, die irgendwo in Untermiete gewohnt haben und wo der Hauptmieter gestorben ist, die in die Hauptmiete nicht eintreten können.

Wäre es denn nicht gerade auf diesem Gebiete eine Verpflichtung der öffentlichen Hand, für diese Leute zu sorgen? Man sagt immer, es bedürfe des Neuvermietungsgesetzes oder des Wohnungsanforderungsgesetzes, um diese Leute in die privaten Häuser einweisen zu können. Ja, hat die öffentliche Hand, die die Wohnungen hundertprozentig aus Steuergeldern baut, wie zum Beispiel die Stadt Wien, die Steuergelder dazu verwendet, um die Grundstücke anzukaufen, die aus Steuern die Häuser und Wohnungen baut, die aber auch aus Steuergeldern die Häuser erhält, weil die Mieten nicht ausreichen, um diese Häuser in ihrem Bestand erhalten zu können, nicht die Aufgabe, für diese Leute zu sorgen?

Der Herr Kollege Fischer hat sich ja widersprochen, wenn er sagte, die Miete solle so hoch sein, daß die Häuser erhalten werden können, dies jedoch nur für den sogenannten sozialen Wohnungsbau gelten läßt. Ich werde Ihnen dann noch solche Beispiele aufzeigen, wie hoch da die Miete sein müßte! Das gilt natürlich abgewandelt auch für den privaten Hausbesitz, ich muß auch diesem die Möglichkeit geben, die Häuser und Wohnungen erhalten zu können, und ich kann nicht von ihm verlangen, von weiß Gott woher die Gelder zu nehmen, die notwendig sind, um diese Häuser zu erhalten.

Und nun zum Kündigungsschutz. Der Kündigungsschutz ist von uns niemals zur Diskussion gestellt worden. Wir vertreten nach wie vor die Auffassung, daß der Kündigungsschutz in verstärktem Ausmaß aufrechterhalten werden muß.

Sicherung des Vorhandenen wird verlangt! Sehr gut und sehr schön. Darauf laufen seit Jahren unsere Forderungen hinaus: Sicherung und Erhaltung des Vorhandenen. Wir können noch 20, 30 Jahre bauen. Ohne daß ich Prophet sein will, kann ich sagen — so weit Sie jüngere Jahrgänge sind und unser Herrgott Ihnen das Leben erhält, können Sie meine Worte in 30 Jahren nachlesen —: Mit dem öffentlichen Wohnungsbau allein werden wir die Wohnungsnot in Österreich niemals beseitigen! (*Ruf: Sehr richtig!*) Niemals, weil wir nie soviel Geld aufbringen können und unsere Kapazität auch nicht ausreicht, um das dem ständigen Verfall Preisgegebene durch Neubau wieder zu ersetzen. 80 Prozent der Wiener Wohnungen sind Kleinstwohnungen, Wohnungen, die keine Wasserleitung und keine sanitären Anlagen im Wohnungsverband haben und sich im schlechtesten Zustand befinden. Wie will man diesen Wohnraum erhalten? Man kann ihn doch nur erhalten, wenn man durch die Miete die Möglichkeit schafft, jene Einnahmen zu sichern, die notwendig sind, um das Haus erhalten zu können.

Oder es gibt noch einen anderen Weg: Man kann öffentlich subventionieren, so wie wir es vorgeschlagen haben. Das heißt, daß man hergeht, dem privaten Hausbesitz, so wie man es beim sozialen Wohnbau tut, langfristige Kredite zur Verfügung stellt, eventuell nicht rückzahlbare Baukostenzuschüsse gibt, um so die Mieten entsprechend niedrig halten zu können. Das wäre der zweite Weg. Aber wenn man das Vorhandene sichern will, dann muß man sich zu einem dieser Wege entschließen. Der eine heißt: Soviel Miete, daß das Vorhandene erhalten werden kann. Der andere Weg heißt: Soviel Subventionen, als Mittel

notwendig sind, um den bestehenden Wohnraum zu erhalten, ja, ich gehe sogar noch weiter, um den bestehenden Wohnraum zu modernisieren. Denn die Bestrebungen gehen doch heute — und es ist ganz richtig so — nach der modernen Wohnung, nach der Wohnung, die alle sanitären Einrichtungen in ihrem Verband hat, nach der Wohnung, die auch einer Familie ein gesundes Wohnen ermöglicht. Man muß also auch versuchen, jene Althäuser, die diese sanitären Einrichtungen nicht im Verbands der Wohnungen haben, zu modernisieren, um den heutigen Ansprüchen gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren! Jetzt komme ich zum sozialen Wohnungsbau. Vom sozialen Wohnungsbau wird bei uns in Österreich sehr viel geredet, aber es gibt kein Wort, mit dem soviel Schindluder getrieben wird wie mit dem Wort sozialer Wohnungsbau. Man sollte den sozialen Wohnungsbau wieder auf seinen ursprünglichen Zweck zurückführen. Sozialer Wohnungsbau sagt schon durch seinen Namen, daß in seinem Rahmen für den sozial Bedürftigen Wohnungen zu bauen sind. Wenn heute eine Genossenschaft eine Wohnung baut, ist das noch ein sozialer Wohnungsbau, wenn sie laut Gesetz gezwungen ist, kostendeckende Mieten einzuheben? Unsere Genossenschaften rechnen heute schon pro Quadratmeter Mieten von 5 bis 7 S. Die Gemeinde Wien will nun ihre besser ausgestatteten Wohnungen zu einem Quadratmeterpreis von 3,50 S vergeben und behauptet, damit die Kosten decken zu können. Ich bezweifle das. 3,50 S reichen nicht aus, um diese Wohnungen zu erhalten, oder man wird in einigen Jahren wieder Steuergelder dazulegen müssen, um diese Wohnungen wirklich in ihrem Bestande zu sichern. Ja, wo ist denn da das soziale Moment, meine Damen und Herren, wenn heute der Arbeiter, der Angestellte, der keine Wohnung hat, auf den sozialen Wohnungsbau verwiesen wird und er dort für eine 60, 70 m² große Wohnung, also für eine Mittelwohnung, 3,50 bis 7 S pro Quadratmeter bezahlen muß, wenn ihn eine solche Wohnung zwischen 250 und 500 S kostet? Was ist an diesem Mietzins noch sozial? Ich kann daran nichts Soziales mehr finden! Der Bau einer Wohnung als solcher ist auch nicht sozial. Man kann also nur die Mietzinse sozial gestalten.

Da läge eine Aufgabe der öffentlichen Körperschaften. Diese bauen heute und vergeben die Wohnungen wahllos ohne Rücksicht auf das Einkommen des einzelnen. Leute, die sehr wohl etwas mehr für die Miete ausgeben könnten, werden in Wohnungen eingewiesen, die hundertprozentig aus Steuergeldern finanziert werden. Auf der anderen Seite gelingt

es aber einem sozial Bedürftigen nicht, in eine solche Wohnung hineinzukommen; der ist dann darauf angewiesen, eine Wohnung in Anspruch zu nehmen, die einen so hohen Mietzins hat, wie ich es Ihnen aufgezählt habe.

Wenn wir die Auffassung vertreten, den sozialen Wohnungsbau auf seinen Zweck zurückführen zu sollen, dann muß das Gesetz so abgeändert werden, daß die öffentlichen Körperschaften auch wirklich verpflichtet werden, Wohnungen für die sozial Bedürftigen zu bauen. Das ist ihre Aufgabe, das ist die Aufgabe und Verpflichtung der Gemeinden und Länder, und dieser Aufgabe haben sie sich auch in der Form zu unterziehen, daß der soziale Wohnungsbau wirklich nur für jene Kreise in Betracht kommt, die als sozial bedürftig angesprochen werden können, wobei es selbstverständlich dem Gesetzgeber überlassen bleibt, die soziale Bedürftigkeit gesetzlich festzulegen.

In diesem Zusammenhang muß aber auch dem familiengerechten Wohnungsbau das Wort geredet werden. Wir haben so viele Einrichtungen der öffentlichen Hand, die den Wohnungsbau subventionieren: den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, dem zum Vorwurf gemacht wird, daß seine Mittel mißbräuchlich verwendet werden — auch darüber werde ich noch etwas sagen —, den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und die Landeswohnbauförderung. Jetzt kann sich ein jeder aussuchen, wie er es will. Hat einer das Glück, in ein Haus zu kommen, das vom Wohnhaus-Wiederaufbaufonds aufgebaut wird, dann zahlt er $1\frac{1}{3}$ Prozent der Baukosten im Jahr als Abzahlung oder als Rückzahlung. Beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds hat er die Möglichkeit, die Größe der Wohnung nach seinem eigenen Gutdünken auszusuchen. Der andere geht zum Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds. Beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds ist das nicht so. Dort darf die Wohnung höchstens 60 m² haben, und der Fonds gibt nur einen Betrag von momentan 66.000 S, also annähernd 60 Prozent der Baukosten. Dies reicht aber lange nicht mehr hin, denn um 110.000 S kann man heute keine Wohnung mit 60 m² mehr bauen. Aber er kann, wenn seine Familie größer ist, den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds nicht in Anspruch nehmen, weil er nur einen 60 m²-Wohnraum erhält und weil ihm nur 60 Prozent der Baukosten oder, wie ich schon sagte, 66.000 S kreditiert werden. Das andere Geld muß er sich wieder über den Landesfonds oder im Wege einer privaten Hypothek besorgen und kommt dadurch auch auf eine Miete in der Höhe, wie ich sie bereits genannt habe. Beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds hat er 2 Prozent zu bezahlen:

1 Prozent Rückzahlung, 1 Prozent Amortisation, in gleichbleibenden Annuitäten, und der Kredit ist in annähernd 70 Jahren zurückzuzahlen. Dazu kommt noch, daß diese Wohnungen für kinderreiche Familien nicht geeignet, nicht familiengerecht sind. Andererseits gilt heute noch die Bestimmung, daß diese Wohnungen erst dann, wenn das Darlehen an den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds zurückgezahlt worden ist, in das Wohnungseigentum übertragen werden können.

Sie werden daher verstehen, daß wir verlangen: Wenn schon öffentliche Mittel gegeben werden, so geben wir sie dem, der sie braucht, um zu einer Wohnung zu kommen, als Wohnungseigentumskredit und belasten wir das Eigentum mit einer Hypothek, wie das beim privaten Hauseigentümer oder beim Wohnungseigentum, das mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds oder mit der Wohnbauförderung gebaut wird, praktiziert wird.

Ich möchte vielleicht noch einige Beispiele anführen, die sich auf die Wohnbauförderung in den einzelnen Bundesländern beziehen. Dort werden diese Kredite unterschiedlich gegeben: in Wien bis zu einem Höchstbetrag von 150.000 S pro Wohnung gegen 2prozentige Annuität, in den Bundesländern Beträge, die sich zwischen 20.000 und 60.000 S bewegen und wo wieder zusätzlich Gelder von Kreditinstituten aufgenommen werden müssen. Also auch hier wieder ganz unterschiedlich.

Konzentration beim Wohnungsbau wurde heute verlangt. Das ist der Ruf, den wir schon seit Jahren ausstoßen, und wir erklären immer wieder: Konzentration, Vereinheitlichung, um jedem einzelnen Wohnungsuchenden die Möglichkeit zu geben, nach gleichen Bedingungen und unter gleichen Voraussetzungen zu einer Wohnung zu kommen. Hast du mehr Geld, hast du ein größeres Einkommen, dann wirst du etwas mehr dazu beitragen müssen, daß die Wohnung gebaut werden kann; hast du weniger, dann wirst du weniger geben; und hast du keines, bist du sozial bedürftig, dann soll für dich der soziale Wohnungsbau sorgen. Das ist seine Aufgabe. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich sagte schon, daß mit Zwangsmaßnahmen nichts getan werden kann und daß daher ein Weg gesucht werden muß, der uns unter Verhinderung von Zwangsmaßnahmen doch die Möglichkeit eröffnet, aus dem derzeitigen Chaos einen Ausweg zu finden.

Wenn immer wieder davon geredet wird und man vielleicht unabsichtlich damit das Wohnungseigentum treffen will, daß der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds mißbräuchlich zum Bau von Eigentumswohnungen verwendet wird und nicht nur Wohnungen für Ausgebombte allein baut, dann darf ich auf den

klaren Wortlaut des Gesetzes hinweisen. § 1 des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes sagt klipp und klar: Zweck und Sinn dieses Gesetzes ist der Aufbau der zerstörten Wohnhäuser und der Ersatz des zerstörten Hausrates. Sonst gar nichts. In seinem § 20 und im § 27 sagt es unter Hinweis auf das Wohnungseigentum, daß die ausgebombten Altmietler bevorzugt werden sollen, und das geschieht, soweit diese Bestimmungen nach Gesetz und Recht gehandhabt werden. Es kann durchaus nicht von einem Mißbrauch gesprochen werden, wenn zusätzlich entstandener Wohnraum, der dadurch entstanden ist, daß die baubehördlichen Vorschriften heute anders sind als vor hundert Jahren, als Wohnungseigentum vergeben wird. Vor hundert Jahren hat man auf Hauptstraßen noch Parterrehäuser gebaut, heute baut man in diesen Straßen vier- bis zehngeschossige Wohnhäuser. Wenn die baubehördlichen Vorschriften bestimmen, daß nur so gebaut werden darf und damit zusätzlicher Wohnraum entsteht, sollte man sich darüber freuen und das nicht noch kritisieren. Man sollte sich über jede Wohnung freuen, die bei uns in Österreich zusätzlich gebaut wird (*Beifall bei der ÖVP*), wenn man auf der anderen Seite davon redet, daß 200.000 Wohnungen in Österreich fehlen. (*Abg. E. Fischer: Kritisiert wird ja nur die Vergebung!*) Auch darüber können wir reden. (*Abg. Rosa Rück: So ist es! Es geht um die Bereicherung!*) Der Wohnungseigentümer erhält nichts geschenkt, er muß den Grund bezahlen, er muß die Baukosten zurückzahlen und er muß für die Erhaltung seines Hauses selbst sorgen! Er erhält wie jeder andere ein Darlehen aus einem öffentlichen Fonds, der jedem zur Verfügung steht.

Jetzt sagen Sie: die Auswahl. Und der Kollege Marchner hat sich gar nicht genug tun können über die ungeheuren Mißbräuche, die getrieben werden. Einer hat sogar acht Wohnungen gehamstert! Der Generalunternehmer hat etwas verrechnet, was nach seiner Auffassung nicht richtig ist.

Meine Damen und Herren! Ich habe eingangs gesagt, wir haben 9.681 Häuser wieder aufgebaut. Wenn da in zwei, drei Fällen Mißbräuche vorkommen — kommt das nicht auch anderswo vor? Gibt es nicht auch andere Einrichtungen, die von Leuten dazu verwendet werden, um irgendwelche Bestimmungen zu umgehen? Soweit Mißbrauch mit dem Wohnungseigentum getrieben wird, finden Sie gerade in mir einen Verfechter dafür, daß wir dem gesetzlich einen Riegel vorschieben (*Beifall bei der ÖVP*), damit dieser Mißbrauch unterbunden wird. Ich

war es auch, der erklärt hat: Wer die Wohnung nicht braucht, wer sie zur Gänze untervermietet oder mit der Wohnung spekuliert, indem er sie einem anderen weiterverkauft, der soll vom Fonds aus dazu verhalten werden, das gesamte Darlehen auf einmal zurückzahlen. Ich garantiere Ihnen, meine Frauen und Männer, daß wir sofort jeden Mißbrauch damit unterbunden haben werden. Wer eine Wohnung, die mit öffentlichen Geldern aufgebaut wurde, nicht braucht und nicht selbst bewohnt und sie untervermietet, hat keinen Anspruch darauf. Dem soll sie weggenommen und einem Bedürftigen gegeben werden, der keine Wohnung hat.

Sie werden also in uns immer wieder Verfechter des absoluten Rechtes sehen. Wir wollen nicht, daß in einer Zeit des Notstandes eine Idee, die gut gedacht war und in ihrem Kern gut und gesund ist, von solchen Hyänen irgendwie in Mißkredit gebracht wird. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir werden daher vorsorgen, daß diese unseriösen Personen oder Büros, wie sie hier genannt werden, ihre Spekulationen in Zukunft nicht mehr unternehmen können.

Ebenso sind wir dafür, meine Damen und Herren, daß etwas gegen die Spekulation mit den Baugründen unternommen wird. Es ist so: Je mehr öffentliche Gelder wir für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen, umso mehr klettern die Preise für die Grundstücke in die Höhe. Das ist ein Zeichen dafür: Wenn das Baugeld billig ist, versucht der Grundinhaber das auszunützen.

So müssen wir leider konstatieren — ich spüre das am eigenen Leibe —, daß in den letzten paar Jahren die Grundstücke um das 10- bis 20fache in die Höhe geklettert sind. In Wien wurde eine neue Wohnbauförderungsaktion gestartet, die der Wiener Gemeinderat erst vor kurzem beschlossen hat. Es sind noch keine vier Wochen vergangen, und schon wieder ist ein Ansteigen der Grundpreise zu verzeichnen, weil man schon wieder damit spekuliert, aus einer anderen Quelle Gelder zu erhalten, die es ermöglichen, Wohnungen und Wohnhäuser zu bauen. Alles das, meine Damen und Herren, sind ungesunde Zustände, die danach rufen, daß hier etwas dagegen unternommen wird.

Vielleicht noch kurz ein Wort nur am Rande: Wenn von einem Generalunternehmer die Rede war, der irgendwie seine Aufgabe nicht gewissenhaft erfüllt hat, so gilt das auch für jenen Kreis von Leuten, die ich schon genannt habe, die überall irgendwie versuchen, ihre Profite zu wahren. Man darf das aber hier nicht pauschalisieren und pauschaliter alle, die Generalunternehmer be-

schäftigen oder gar Generalunternehmer sind, jetzt verurteilen. Der Generalunternehmer ist eine sehr notwendige und gute Einrichtung, weil sie dem Bauherrn, der seine Ausschreibungen nicht aus eigenem durchführen kann, die Möglichkeit gibt, über einen Generalunternehmer die Sicherheit zu erhalten, daß der Bau wirklich ordnungsgemäß, sachlich richtig durchgeführt wird.

Es gibt beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds Einrichtungen, der Herr Kollege Marchner hat sie genannt, wie den Prüflingenieur, der zu überprüfen hat, daß alles in Ordnung geht. Vielleicht kommt es vor, daß auch einmal einer durch die Finger geschaut hat, aber deshalb darf nicht pauschaliert werden. Ich darf genauso nicht pauschalieren, wenn ich sage, daß es Mißbräuche beim Wohnungseigentum gibt. Wir werden versuchen, hier gesetzliche Maßnahmen zu treffen, um solche Mißbräuche zu verhindern.

Es gibt auch echte Fälle von Wohnungseigentümern, die nicht in der Lage sind, ihre Wohnung zu bewohnen. Nehmen wir nur Beamte unseres Außendienstes. Plötzlich wird er auf vier, fünf Jahre in das Ausland versetzt. Und dann kommt er wieder zurück, er müßte also die Wohnung zur Gänze aufgeben. Wie es heute ist, muß er, wenn er frisch anfängt, auf eine Wohnung zu warten, sechs, sieben oder acht Jahre darauf warten, bis er zu einer Wohnung kommt; gibt er seine Wohnung auf und er wird wieder nach Wien zurückversetzt, hat er also keine Möglichkeit, hier über eine Wohnung zu verfügen. Auch hier kann man nicht pauschal verurteilen und pauschal eine Regelung treffen, sondern wir müssen uns bemühen, Maßnahmen zu setzen, die nicht am Ende neue Ungerechtigkeiten bergen.

Die Lösung des gesamten Chaos, meine Damen und Herren, hat die Österreichische Volkspartei wiederholt vorgeschlagen. Sie liegt in erster Linie darin, daß wir wirklich alles tun müssen, um auf gesetzlicher Basis dem Mietzins- und Mietrechtschaos bei Aufrechterhaltung des Kündigungsschutzes ein Ende zu bereiten. Wir müssen nur den Mut dazu aufbringen. Die Wohnung ist heute kein Politikum mehr, die Jugend und alle, die über keine Wohnung verfügen, werden es verstehen, daß hier Ordnung gemacht werden muß. Und es ist so, wie hier gesagt wurde. Man möge mir den Fachmann in Österreich nennen, der alle gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiete des Mieten- und Wohnungsrechtes kennt! Das gibt es nicht. Es gibt niemand, der Ihnen ohne Zuhilfenahme der einzelnen einschlägigen Gesetze sofort aus dem Handgelenk in diesem oder jenen Fall erschöpfend Auskunft geben könnte.

Es ist also absolut notwendig, daß vom Gerechtigkeitsstandpunkt aus auf dem Gebiete des Mietenrechtes und der Mietzinsbildung durch ein übersichtliches und vereinheitlichtes Gesetz Vorsorge getroffen wird. Die Beseitigung des Ablöse- und des Untermietzinswuchers ist bei diesem Anlaß mit zu regeln.

In diesem Zusammenhang wird auch die Mietzinsbeihilfe neu geregelt werden müssen. Sie soll Rentnern und kinderreichen Familien und so weiter, die eventuell gezwungen wären, durch einen erhöhten Mietaufwand auf der anderen Seite vielleicht auf Dinge des menschlichen Lebens zu verzichten, die Möglichkeit geben, höhere Belastungen tragen zu können.

Wir müssen auch gesetzliche Maßnahmen treffen, die uns in die Lage versetzen, in stärkstem Ausmaß private Geldmittel für den Wohnungsbau zu mobilisieren. Ich habe Ihnen schon bei der Vorfinanzierung des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds einen Weg aufgezeigt, wo buchstäblich die Gelder auf der Straße liegen und nicht aufgehoben werden, weil wir uns im Koalitionsausschuß politisch nicht einigen konnten.

Darüber hinaus — ich habe das schon in meinem Referat aufgezeigt — müßten auch die öffentlichen Körperschaften verpflichtet werden, in erster Linie für die Obdachlosen, für die von Obdachlosigkeit Bedrohten, für die jungen Ehepaare, für die Familien in gesundheitsgefährdeten Wohnungen zu sorgen; denn die öffentliche Hand hat die Verpflichtung, dem einzelnen von diesem Übelstand Betroffenen die Möglichkeit zu schaffen, zu einer Wohnung zu kommen.

Überlegen wir uns doch abschließend, ob es nicht möglich wäre, darüber hinaus einen Weg zu finden, der auch die öffentliche Subventionierung des Wohnungsbaues koordiniert, der so, wie ich schon angeführt habe, jedem einzelnen Staatsbürger die Möglichkeit eröffnet, sich sofort ein Bild zu machen: Unter welchen Voraussetzungen ist es mir möglich, in Österreich zu einer Wohnung zu gelangen? *(Präsident Dr. Gorbach übernimmt den Vorsitz.)*

Brechen wir mit dem Gedanken, daß nur Zwangsgesetze in der Lage sein können, Ordnung herbeizuführen! Die Unordnung wird durch die Zwangsgesetze nur größer, weil Zwangsgesetze immer dazu verleiten, umgangen zu werden.

Es ist uns auf vielen anderen Gebieten gelungen, klare Verhältnisse zu schaffen, daher muß es uns auch auf dem Gebiete des Mieten- und Wohnungswesens gelingen, Verhältnisse zu schaffen, daß auf der einen Seite der einzelne nicht genötigt ist, gesetzliche Bestimmungen zu umgehen, und daß wir auf der anderen Seite

auch den Notstand an Wohnraum beseitigen und damit die Voraussetzung und die Möglichkeit schaffen, durch Herstellung von familien-gerechten Wohnungen unsere österreichischen wohnungsuchenden Familien in die Lage zu versetzen, in einer gesunden Wohnung wieder ein glückliches Familienleben führen zu können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Gorbach: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kostroun. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Kostroun: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bei der Betrachtung der Gruppe Handel und Wiederaufbau des vorliegenden Budgets für das nächste Jahr fällt im Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, besonders auf, daß die Förderungsmaßnahmen für unsere Wirtschaft gegenüber dem Bundesvoranschlag des Vorjahres bedauerlicherweise wesentlich gekürzt wurden. Die im Budget für 1958 ohnehin stiefmütterlich dotierten Aufwandskredite zur Exportförderung wurden im neuen Budget erheblich gekürzt.

Für das handwerkliche Ausstellungswesen, für das im Bundesvoranschlag des Jahres 1958 ein Betrag von 400.000 S, also eine wahrlich bescheidene Summe, vorgesehen war, sind in dem vorliegenden Budget für 1959 gar nur mehr 234.000 S angesetzt.

Für die Förderung des Fremdenverkehrs sind in diesem Budget für das nächste Jahr insgesamt 4.514.800 S vorgesehen, während das Budget 1958 noch einen Betrag von mehr als 7 Millionen Schilling aufgewiesen hat.

Auf dem Sektor der allgemeinen Wirtschaftsförderung sind für Investitionsdarlehen im Budget 1958 noch 10 Millionen Schilling vorgesehen gewesen. Im Budget für das kommende Jahr ist die Summe auf 6,5 Millionen Schilling gekürzt worden.

Wie aus den wenigen Zahlen, die ich hier herausgegriffen habe, ersichtlich ist, wird es also im nächsten Jahr eine verringerte staatliche Förderung der gewerblichen Wirtschaft geben. Das muß in einer Zeit verstärkter Bemühungen von Auslandsfirmen, ihre Güter in unserem Lande abzusetzen, zutiefst bedauert werden. Die Verringerung unserer staatlichen Wirtschaftsförderung im nächsten Jahr ist aber auch vom Standpunkt unserer Exportwirtschaft zutiefst bedauerlich. Wer das Kapitel Landwirtschaft des vorliegenden Bundesvoranschlags studiert, kommt zur Feststellung, daß im allgemeinen die Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft nicht gekürzt wurden. Die Zinsenzuschüsse — um nur ein Beispiel zu nehmen — für Agrarsonderkredite, für die im Bundesvoranschlag für 1958 noch ein Betrag von 15,5 Millionen

Schilling vorgesehen war, haben im Bundesvoranschlag für das kommende Jahr sogar eine erhöhte Dotierung von 19,5 Millionen Schilling gefunden. Wir zweifeln nicht daran — um Mißverständnissen vorzubeugen —, daß diese Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft notwendig sind. Ebenso notwendig aber wäre nach unserer Auffassung eine Erhöhung der Förderungsmaßnahmen für die gewerbliche Wirtschaft, nicht aber ihre Kürzung gewesen. Man kann als Abgeordneter angesichts dieser widerspruchsvollen Situation bei den für das nächste Jahr vorgesehenen Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft und für die gewerbliche Wirtschaft nur zu dem Schluß kommen: Entweder waren die Herren des Finanzministeriums gegenüber den Vertretern der Landwirtschaft konzilianter oder mußten sie entgegenkommender sein, oder haben sich die Vertreter des Landwirtschaftsministeriums auch hier besser durchzusetzen verstanden als die des Handelsministeriums. Jedenfalls steht fest, daß durch die Verringerung der Förderungsmittel für die gewerbliche Wirtschaft im nächsten Jahr auch auf dem Sektor der verbilligten Kreditaktionen weniger als bisher geschehen kann.

Das ist umso bedauerlicher, als das Kreditbedürfnis insbesondere der Klein- und Mittelbetriebe nicht kleiner geworden ist, und heute, wenn überhaupt normale Kredite bei den Geldinstituten zu erhalten sind, diese noch mit weit überhöhten Kreditkosten belastet sind.

Ich will die Gelegenheit dieser Debatte benutzen, um im Zusammenhang mit der Kreditpolitik in unserem Lande einige Überlegungen zur Diskussion zu stellen. Während man zum Beispiel in vielen anderen Ländern in den letzten Jahren die Bankrate und die Kreditzinsen der jeweiligen Konjunkturlage anzupassen verstanden hat und sie in der Zeit der Konjunkturschwäche, der Rezession, vielfach gesenkt hat, damit billigeres Geld für die Wirtschaft und die Möglichkeit von arbeitsschaffenden Investitionen geboten werden, ist bei uns die Bankrate und damit auch die Höhe der Kreditkosten seit dem 17. November 1955 völlig unverändert geblieben. Jeder Mensch wird verstehen, daß man in einer Zeit der wirklichen Überkonjunktur die Bankrate und die Kreditzinsen möglichst hoch hält, um damit die Entfaltung neuer, ungesunder wirtschaftlicher Auftriebskräfte und eine inflationistische Entwicklung zu verhindern.

Seit dem Herbst des vorigen Jahres aber haben sich nun auch in unserer Wirtschaft unleugbare Störungsfaktoren bemerkbar gemacht. Unser Export ist rückläufig und weniger ergiebig geworden — das wurde heute schon

festgestellt —, in manchen Betrieben gibt es bereits Kurzarbeit, und in vielen Einzelhandelsgeschäften verschiedener Branchen mußte seit dem Herbst des vorigen Jahres eine rückläufige Umsatzentwicklung zur Kenntnis genommen werden. Selbst das Finanzministerium stellt diese rückläufige Umsatzentwicklung bei der Budgeterstellung in Rechnung. Während nämlich im Bundesvoranschlag für 1958 noch ein Umsatzsteuereingang einschließlich des Bundeszuschlages von 8,4 Milliarden Schilling vorgesehen wurde, ist im Bundesvoranschlag für das kommende Jahr nur ein voraussichtlicher Eingang aus dem Titel dieser Steuer von 7,65 Milliarden Schilling angenommen worden.

Diese nüchternen Zahlen des Finanzministeriums stehen zweifelsfrei in einem eklatanten Widerspruch zu den allzu optimistischen Erklärungen des Herrn Finanzministers auch bei der heurigen Budgetdebatte. Ich will zugeben, daß auch die im heurigen Jahr gestiegenen Beschäftigtenziffern mit diesen Zahlen in einem scheinbaren Widerspruch stehen. Wer aber etwa die Beschäftigtenziffern mit der Beschäftigungslage in den einzelnen Betrieben vergleicht, kommt doch zu einem klareren Bild. In vielen Wirtschaftszweigen hielt erfreulicherweise auch im heurigen Jahr die positive Wirtschaftsentwicklung an und führte sogar zu Neueinstellungen von Arbeitskräften. In anderen Wirtschaftszweigen aber mit rückläufiger Tendenz hielt man in vielen Betrieben die Arbeitskräfte in der Hoffnung auf eine Normalisierung der Konjunktur. In anderen Betrieben wieder mit rückläufiger Auftrags- und Umsatzentwicklung mußte man sich aber auch heuer — ich habe es bereits erwähnt — zur Kurzarbeit entschließen. Diese Tatsachen kommen in der Statistik der Beschäftigtenziffern nicht zum Ausdruck, sind aber ebenso unleugbar gegeben. Trotzdem können wir in Österreich wohl noch immer von einer Wirtschaft der Vollbeschäftigung sprechen, und es besteht keine Ursache, etwa die Entwicklung zu einer wirklichen Wirtschaftskrise zu befürchten.

Die Störungsfaktoren in unserer Wirtschaft aber sind gegeben, und unsere wirtschaftliche Situation wird wohl von allen Kundigen gegenwärtig am besten und am objektivsten als labil bezeichnet werden müssen.

Die im Bundesvoranschlag für das heurige Jahr vorgesehenen Mittel für staatliche Investitionen haben zweifelsfrei die Rückwirkungen der europäischen Rezession auf unser Land wesentlich gemildert. Und ich bin überzeugt davon, daß sich die im vorliegenden Budgetentwurf für das kommende Jahr vorgesehenen Mittel für öffentliche In-

vestitionen ebenso befruchtend für unsere Wirtschaft auswirken werden. Trotzdem erscheint uns der gegenwärtige Zeitpunkt längst gegeben, um unserer Wirtschaft durch eine Herabsetzung der Bankrate und der Kreditzinsen billigeres Geld für zusätzliche Investitionsvorhaben zur Verfügung zu stellen.

Wenn unsere Wirtschaft billigere Kredite in Anspruch nehmen kann, wird sie sich nicht nur rascher modernisieren und leistungsfähiger werden. Durch die so leichter gemachten Investitionsmöglichkeiten könnten zusätzliche Auftriebskräfte für unsere Wirtschaft erschlossen und die höchstmögliche Vollbeschäftigung auch künftighin gesichert werden.

Warum also, so fragt man sich, wird die Bankrate noch immer nicht herabgesetzt, warum bleibt es bei den derzeit unverändert hohen Kreditkosten? Diese Frage ist wahrlich wert, näher untersucht zu werden. Aus den Berichten unserer Geld- und Kreditinstitute ist einwandfrei ersichtlich, daß diese Institute heute über große flüssige Geldmittel verfügen, die sie jederzeit der Wirtschaft zur Verfügung stellen könnten. Das Anbot an Kreditmitteln ist also in Österreich gegenwärtig reichlich gegeben. Angesichts der Bedürfnisse der Wirtschaft nach Modernisierung sowie angesichts der bei den Geld- und Kreditinstituten vorhandenen großen Kreditmittel müßte man normalerweise erwarten, daß jetzt wenigstens der Weg zu einer Kreditverbilligung gegangen wird. Die Frage, die sich jedem aufdrängt, lautet nun: Warum kommt es nicht dazu?

Als erstes Hindernis erscheint der verhältnismäßig hohe Eskontsatz unserer Nationalbank. Die Oesterreichische Nationalbank hält unverrückbar seit Jahren an dem verhältnismäßig hohen Satz von fünf Prozent fest. Weil diese hohe Bankrate die entscheidende Ursache für die jetzige Höhe der Kreditzinsen von durchschnittlich zehn Prozent ist, darum hat unser Freier Wirtschaftsverband schon vor Monaten eine Herabsetzung des Zinssatzes der Nationalbank gefordert. Auch im Namen der Bundeshandelskammer drängen längst auch weiteste Wirtschaftskreise mit Recht immer stärker auf eine Bankratensenkung und Kreditkostenverbilligung. Die Bankherren aber sind gegenüber dieser Forderung bisher völlig eichsichtslos geblieben und entschuldigen ihre Haltung mit mannigfachen unhaltbaren Argumenten.

Es kann zum Beispiel nicht als Entschuldigung hingenommen werden, wenn die Kreditinstitute darauf verweisen, daß sie einzelnen großen Firmen ohnehin billigere Kreditbedingungen einräumen. Der größte Teil der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere die Klein-

und Mittelbetriebe, sind mangels Beziehungen zu diesen Bankherren nach wie vor mit dem höchsten Kreditzinssatz und dazu noch mit den unter mannigfachen Titeln eingehobenen Nebenspesen belastet, wenn sie überhaupt als kreditwürdig befunden werden. Gesamtkreditkosten in der Höhe von 12 Prozent, wie sie gegenwärtig durchschnittlich existieren, sind aber dauernd unerträglich und längst nicht mehr zu rechtfertigen, weil sie die Entwicklung unserer Wirtschaft hindern und auch unser Preisniveau zwangsläufig unnötig belasten. Das müßten, möchte man meinen, auch unser Herr Finanzminister und die Leiter der Bankinstitute sehen und längst zur Kenntnis nehmen.

Ich frage mich nun, ob die Direktoren der Nationalbank so wirtschaftsfremd sein können, um nicht zu sehen, was unsere Wirtschaft braucht. Weil ich nicht glaube, nicht annehme, daß etwa das Direktorium der Nationalbank so weltfremd ist, muß man zu dem Eindruck kommen, daß andere Kreise ein Interesse daran haben müssen, an den hohen Kreditzinsen festzuhalten, ohne Rücksicht darauf, ob sie dadurch unsere Wirtschaft schwerstens schädigen. Ich möchte offen sagen, daß ich den Verdacht habe, daß eine Senkung der Bankrate von den Leitern der meisten Geld- und Kreditinstitute aus einseitigen betriebsegoistischen Gründen nicht gern gesehen wird. Kommt es nämlich dazu, so verbilligen sich zum Teil automatisch vor allem die Kredite, deren Konditionen an den Zinssatz der Nationalbank gebunden sind.

Aber auch überall dort, wo diese unmittelbare Bindung in Verträgen nicht besteht, kommen die Bankleute zwangsläufig unter Druck, weil meiner Meinung nach mit gutem Recht alle anderen Kreditnehmer das gleiche berechnete Verlangen stellen, bei einer Senkung der Bankrate eine Kreditverbilligung zugestanden zu erhalten. Kommt es aber zur Kreditkostenverbilligung, so muß das ebenso zwangsläufig auf Kosten der Bankgewinne gehen, falls man sich nicht entschließt, auch eine entsprechende Senkung der Einlagenzinsen vorzunehmen.

Es ist also offenbar den Geld- und Kreditinstituten bisher gelungen, aus rein betriebsegoistischen Gründen eine Senkung der Bankrate zu verhindern. Ich habe aber dazu noch den Verdacht, daß die Geld- und Kreditinstitute in unserem Herrn Finanzminister aus anderen Erwägungen einen Bundesgenossen gefunden haben. Sie wissen, daß es heute in Österreich üblich ist, bei öffentlichen Anleihen neben anderen Vorteilen noch eine siebenprozentige Verzinsung zu bieten. Diese Rendite ist erfreulich hoch. Sie ist viel höher als das

Erträgnis, das man heute in anderen Staaten Europas bei der Zeichnung öffentlicher Anleihen erzielen kann. In den letzten Monaten hat sich nun die Tendenz verstärkt, zur Bedeckung unseres Budgetdefizits Auslandsanleihen in Anspruch zu nehmen. Solche Auslandsanleihen kann man natürlich nur erhalten, wenn man bereit ist, einen entsprechend hohen Zinssatz zu bieten, und die letzten Informationen besagen, daß Österreich für ausländisches Geld heute etwa 6 Prozent an Zinsen zu entrichten hat. Der Herr Finanzminister verweist immer wieder darauf, daß dieses Geld verhältnismäßig billig ist, weil wir im Inland ja 7 Prozent bezahlen. Senkt nun die Nationalbank — das ist der logische Schluß — ihren Zinssatz, so wird es vielleicht kaum möglich sein, bei Inlandsanleihen an einer siebenprozentigen Verzinsung festzuhalten. Reduziert man aber diesen Zinssatz, so fällt natürlich auch das Argument weg, daß man das Auslandsgeld billiger in der Hand hat. Weil sich der Herr Finanzminister sein vorwiegend aus der Budgetlage kommendes Konzept nicht stören lassen will — so sehr ich das nicht verstehe, man könnte einen gemeinsamen Weg suchen —, so treffen sich gegenwärtig, wie man sieht, die Intentionen des Finanzministers mit denen der Leiter der Geld- und Kreditinstitute. Beide glauben, dauernd stark genug zu sein, um gemeinsam zu verhindern, was im Interesse unserer österreichischen Wirtschaft längst notwendig wäre: endlich entsprechende Maßnahmen zur Verbilligung der Kreditkosten zu setzen, um unserer Wirtschaft neue Auftriebskräfte zu erschließen und damit einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der Vollbeschäftigung zu leisten. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Man bremst also nach wie vor die Entfaltung unserer Wirtschaft, obwohl weiteste Wirtschaftskreise längst auch durch eine zeitgemäße Kreditpolitik eine neue Initialzündung für ihre wirtschaftliche Tätigkeit erwarten.

Wenn auch die Höhe der Bankrate für die schließliche Höhe der Kreditkosten ausschlaggebend ist, so müssen doch auch noch über die derzeitigen Gewinnspannen der Geld- und Kreditinstitute einige Feststellungen gemacht werden.

Es gibt Bankfachleute, also nicht etwa Laien, die behaupten, daß bei einer geringfügigen Herabsetzung der Bankrate durch die Nationalbank durch einen separaten eigenen Beitrag der Geld- und Kreditinstitute, also durch einen Verzicht auf die derzeitigen Gewinnspannen, eine fühlbare Senkung der Kreditkosten möglich wäre, ohne daß es deshalb zu einer Senkung des Einlagezinsfußes kommen müßte.

Es steht jedenfalls fest, daß es in einer Zeit verringerter Ergiebigkeit unseres Exportes und, wie die Umsatzsteuerziffern zeigen, verminderter Umsätze weitester Wirtschaftszweige, also verminderter Erträge, wohl an der Zeit wäre, daß auch die Geld- und Kreditinstitute ihren eigenen Beitrag zur Kreditkostenverbilligung leisten und sich mit verminderten Gewinnspannen begnügen. Wenn man aber zum Beispiel hört, daß etwa die Creditanstalt-Bankverein sich in den letzten Jahren den Luxus geleistet hat, sich direkt oder indirekt an einer Reihe bestehender österreichischer Luxushotels zu beteiligen oder große Teile ihrer flüssigen Mittel für den Bau neuer Luxushotels willfährig bereitzustellen; wenn es heute kein Geheimnis mehr ist, daß etwa das Hotel „Bristol“, das Hotel „Imperial“, das Hotel „Kummer“ in Wien, das neuerbaute Hotel „Europa“ und „Tirol“ in Innsbruck, das Hotel „Arlbergerhof“ in Innsbruck, das „Touringhaus“ in Innsbruck, das Kurhaus „Gisela“ in Bad Gastein, das neu errichtete Hotel „Daniel“ in Graz, das Kurhotel „Montafon“ in Vorarlberg, direkt oder indirekt unter dem Einfluß der Creditanstalt stehen, wenn man dazu noch hört, daß diese Creditanstalt auch noch an Gaststättenbetriebsgesellschaften wie etwa beim „Grünen Tor“ in Wien, an den „Sofiensälen“, am „Gösser Bräu“, am Restaurant „Walfisch“, ja sogar an der Feinkost-Cafékonditorei „Gerstner-Köberl“ direkt oder indirekt beteiligt ist und sogar ein vor einigen Jahren in Wien neu erbautes Kaufhaus in der Hand hält und für alle diese direkten oder indirekten Beteiligungen in irgendwelchen Formen Millionenbeträge aufwenden mußte, die nunmehr blockiert sind, so kann man sich angesichts solcher Bankgeschäfte nicht wundern, daß die Bankleute keinen eigenen Beitrag zur Kreditkostenverbilligung leisten wollen. Wenn man dazu noch weiß, daß sich die Creditanstalt auch noch einige andere außerordentlich kostspielige Spassetten leistet, die es selbst in den größten Betrieben der gewerblichen Wirtschaft nicht gibt, wie etwa die Haltung einer unnötig großen Anzahl von Konsulenten, dann wird aus all dem klar, warum man an den hohen Verdienstsparren der Banken krampfhaft festzuhalten versucht.

Mit den Hotelgeschäften der Creditanstalt haben gerade jene der Österreichischen Volkspartei angehörenden oder ihr zumindest nahestehenden Kreise eine kalte Verstaatlichung der österreichischen Beherbergungsbetriebe eingeleitet, also jene Kreise, die gerne behaupten, gegen jede Verstaatlichung zu sein und die in Versammlungen immer wieder beteuern, wie notwendig es auch auf dem Fremdenverkehrs-

sektor ist, vor allem den Klein- und Mittelbetrieben zu helfen.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren, ob es vor allem die Aufgabe von verstaatlichten Bankinstituten sein kann, sich direkt oder indirekt in irgendwelchen Formen an Hotels zu beteiligen oder selbst Hotels zu bauen und damit direkt oder indirekt das Risiko für diese Wirtschaftsbetriebe zu übernehmen. Ich frage Sie ferner, meine Damen und Herren von allen Seiten, ob Sie das gegenüber anderen Bankinstituten in offenkundigem Widerspruch stehende Konsulentenunwesen in der Creditanstalt, das diesem Institut jährlich namhafte Beträge auch dann kostet, wenn dafür keinerlei Gegenleistung erbracht wurde, für angebracht halten. Jeder von uns hat sicherlich für gesunde Geldveranlagungen der Banken volles Verständnis. Im Grundsatz aber können die Aufgaben der Banken und Geldinstitute keine anderen sein, als auf der einen Seite die Einlagen der Sparer zu sichern und höchstmöglich zu verzinsen und auf der anderen Seite unserer Wirtschaft zu tragbaren Bedingungen Kredite zur Verfügung zu stellen, die ihre Arbeit und Entwicklung möglich machen. Es kann aber nicht die Aufgabe der Bankinstitute sein, das Risiko von Wirtschaftsunternehmungen durch direkte oder indirekte Beteiligungen auf sich zu nehmen. Es ist wahrlich an der Zeit, daß sich die Verantwortlichen gewisser Banken wieder auf ihre wahren Aufgaben besinnen und die Hand von Geschäften lassen, die Bankgelder unnötig blockieren oder sogar gefährden.

Wir Sozialisten wollen der Hoffnung Ausdruck geben, daß man sich auch hier wieder auf die wahren Aufgaben beschränkt und auf den richtigen Weg besinnt.

Trotz aller bisherigen Schwierigkeiten hoffen wir wohl alle, die wir unsere Heimat und Europa lieben, daß es Schritt für Schritt doch zum Gemeinsamen Europäischen Markt und zur Eingliederung Österreichs in Form der Freihandelszone kommt. Viele Wirtschaftszweige werden zweifellos in dieser Zeit Anpassungsschwierigkeiten zu überwinden haben. Wo immer es möglich ist, müßte daher von seiten der Regierung und Gesetzgebung alles vorgesorgt werden, damit es unsere Wirtschaft in der Übergangszeit leichter hat, sich an die geänderten Gegebenheiten anpassen zu können. Die Änderung unserer Kreditpolitik ist dazu eine der grundlegenden Voraussetzungen.

Vor einigen Tagen habe ich in ein Memorandum eines Fachverbandes im Rahmen der Bundeshandelskammer Einsicht genommen, das aufschlußreich nicht nur für die Situation

in diesem Industriezweig, sondern symptomatisch auch für eine Reihe anderer Wirtschaftszweige ist. In diesem Memorandum wird zum Beispiel festgestellt — auch das gehört hier zur Diskussion gestellt —, daß bei Kriegsende in diesem Industriezweig nur drei deutsche Betriebe existierten. Derzeit befinden sich bereits 23 Betriebe in deutscher Hand. Mit verständlicher Sorge, um die eigenen Betriebe wird in diesem Memorandum darauf verwiesen, daß durch die Errichtung dieser ausländischen Betriebe für den österreichischen Staat auch devisenpolitisch keine Vorteile entstehen, da nach Österreich fließendes Kapital — wie es in dem Memorandum wörtlich heißt — „zum überwiegenden Teil dafür verwendet wird, um den Maschinenpark wieder im Ausland zu beziehen“. „Die Nachteile, die der österreichischen Wirtschaft erwachsen“, heißt es in dem Memorandum weiter, „sind nicht nur darin zu suchen, daß die Gewinne ins Ausland transferiert werden, sondern auch darin, daß durch die große Kapazität und Kapitalstärke der ausländischen Firmen alte österreichische Firmen zur Sperre gezwungen werden.“

In dem Memorandum werden recht beachtliche Vorschläge gegen eine Überfremdung unseres Landes durch ausländische Betriebe zur Diskussion gestellt. Es ist irgendwie verständlich, daß man dabei nicht darauf verweist, daß diese ausländischen Betriebe manchmal auch allein durch ihre modernen technischen Einrichtungen einzelnen unserer Betriebe überlegen sind.

Besonders beachtlich in diesem Memorandum ist aber der Hinweis, daß sich ausländische Betriebe insbesondere gern in einer unserer Zollfreizonen etablieren und nicht nur eine umsatzsteuerliche Begünstigung genießen, sondern auch noch die von österreichischen Geldern geschaffenen Einrichtungen der Zollfreizone zu außerordentlich günstigen Bedingungen in Anspruch nehmen.

Besondere Beachtung verdient auch der Hinweis in dem Memorandum, daß in einem konkreten Fall einer ausländischen Firma der Devisentransfer durch die Oesterreichische Nationalbank angeblich innerhalb von 48 Stunden genehmigt wurde.

Ich bin nun keineswegs der Meinung, daß man die österreichische Wirtschaft von der Konkurrenz ausländischer Betriebe abschirmen soll und ungebührlich schützen kann. Wo bei uns Erzeugungszweige fehlen, ist es absolut wünschenswert und zu rechtfertigen, auch ausländische Interessenten für Betriebsgründungen in unserem Land zu interessieren und solche Betriebsgründungen auch zu begünstigen und zu fördern. Dort aber, wo

genügend österreichische Betriebe existieren, ist kein Grund gegeben, die Gründung ausländischer Betriebe noch besonders und ungebührlich zu begünstigen, wie das in dem Memorandum behauptet wird. Wenn wir uns zu diesen realen Grundsätzen bekennen und danach handeln, entsprechen wir am besten dem Gedanken der europäischen Integration, ohne in Widerspruch mit berechtigten Interessen der österreichischen Wirtschaft zu kommen.

Die wirtschaftliche Freizügigkeit in Europa wird, wie wir hoffen wollen, in den kommenden Jahren im Ausmaß der Verwirklichung des europäischen Marktes erfreulicherweise größer werden. Jedes europäische Land und damit Europa selbst wird sich nur dann wirtschaftlich weiter entfalten und den Lebensstandard seiner Bevölkerung heben können, wenn im größeren Raum schrankenloser als bisher zusammengearbeitet wird. Jede Erkenntnis dieser Notwendigkeit und jedes Bekenntnis zu dieser Entwicklung kann aber nicht dazu führen, daß unsere Wirtschaft auf der einen Seite hilflos sich selbst überlassen bleibt und daß man andererseits die Gründung ausländischer Betriebe in unserem Land auch dort noch ungebührlich begünstigt, wo dazu wahrlich keine Notwendigkeit besteht. Mit dieser Feststellung — ich betone es noch einmal — ist keineswegs gemeint, daß man etwa ungebührliche Begünstigungen für unsere österreichische Wirtschaft schaffen kann.

Es muß trotzdem im Interesse unseres Landes nunmehr auf der einen Seite auf jeder Ebene mehr denn je überprüft werden, wo für alle Betriebe die gleichen Startbedingungen geschaffen werden sollen, und es muß auf der anderen Seite unseren österreichischen Betrieben durch eine Änderung der Kreditpolitik die Möglichkeit der Modernisierung ihrer Anlagen und damit die Schaffung der höchstmöglichen Konkurrenzfähigkeit gegenüber ausländischen Betrieben geboten werden. Die Bedeutung dieser Notwendigkeit und dieser neuen Aufgaben im Interesse unserer Gesamtbevölkerung kann nicht genug unterstrichen werden.

Darum muß ich den Herrn Handelsminister bitten, auch seinerseits alle Bemühungen darauf zu konzentrieren, hier im Interesse unserer Wirtschaft überall, wo es notwendig ist und wo es in seinen Wirkungskreis fällt, einen positiven Einfluß zu nehmen.

Nach dem Ende des vergangenen Krieges gab es viele Menschen in unserem Land, die angesichts der allseitigen wirtschaftlichen Notlage, des fürchterlichen wirtschaftlichen Zusammenbruchs, der vierfachen Besetzung, der Unfreiheit und Rechtsunsicherheit kaum

daran glaubten, daß unser Land in einer Generation die Folgen des Krieges und der vergangenen Diktatur wird überwinden können. Durch den Lebenswillen unseres Volkes und durch unsere gemeinsame Arbeit, aber ebenso durch die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien in diesem Hause und in der Regierung haben wir für unser Land und für unser Volk weitaus früher, als allgemein erwartet wurde, unsere staatliche Freiheit erkämpft und damit die Freiheit für jeden Staatsbürger errungen, auf wirtschaftlicher und persönlicher Ebene die höchstmögliche Sicherheit wieder erreicht und damit auch die Voraussetzungen für einen steigenden Wohlstand geschaffen. Was niemals durch einseitige Leistungen zu erreichen gewesen wäre, aber durch die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien unseres Landes bisher erreicht wurde, hat längst die Anerkennung und Bewunderung in aller Welt gefunden.

Die Probleme, die nunmehr auf allein wirtschaftlicher Ebene zu lösen sind, sind zweifellos groß genug und doch klein gegenüber den Problemen, die im ersten Jahrzehnt nach 1945 zu lösen waren und in gemeinsamer Arbeit gelöst wurden. Die Erringung von Freiheit, Sicherheit und Wohlstand in unserem Lande kann rechtlich nicht von einzelnen oder von einer Seite für sich allein in Anspruch genommen werden. Das große hier positiv Erreichte — das möchte ich mit aller Klarheit feststellen — ist nur durch die Mitarbeit und Mitverantwortung von uns Sozialisten in unserem Lande zu erreichen gewesen und, für alle objektiven Beobachter, der bisherigen Zusammenarbeit der beiden großen Parteien unseres Landes zu danken.

Zu dieser Zusammenarbeit auch auf wirtschaftlicher Ebene bekennen wir Sozialisten uns auch weiterhin. Dieses Zusammenwirken trotz aller Meinungsverschiedenheiten, dieses Sichfinden auf einer gemeinsamen Linie fruchtbaren Wirkens ist im kommenden Jahr angesichts der weltwirtschaftlichen Situation, aber ebenso angesichts der Entwicklung zum gemeinsamen europäischen Markt notwendiger denn je.

In den kommenden Wochen und Monaten sind auch auf wirtschaftlicher Ebene mannigfache Probleme zu lösen. Die Stabilität unserer Wirtschaft und die Sicherheit unserer Währung, an der gerade die Rentner und Pensionisten, die Arbeiter und Angestellten, aber ebenso die kleinen und mittleren Selbständigen unseres Landes im höchsten Maße interessiert sind, wird — davon sind wir Sozialisten überzeugt — umso eher gewährleistet sein, je mehr man wie bisher gegenseitig bereit ist, bestehende Probleme gemeinsam und einvernehmlich zu lösen.

Es kann allerdings niemand in Wahrheit so vermessen sein, für sich allein alle Verdienste um unsere erreichte Freiheit, um die wiedergewonnene Sicherheit und den bisher errungenen Wohlstand in Anspruch zu nehmen. Es kann darum auch niemand so vermessen sein, anzunehmen, daß er allein auf dem Gebiet der Wirtschafts- oder Finanzpolitik das einzig unfehlbare und richtige Konzept gefunden hat.

Weil wir Sozialisten schon bisher bewiesen haben, daß wir uns der Mitverantwortung für die weitere Entwicklung unseres Landes und unserer Wirtschaft, für die ruhige Entfaltung aller Wirtschaftskräfte in unserem Lande bewußt sind, und gerade weil wir verantwortungsbewußt nicht verhehlen können, daß wir über manche in letzter Zeit eingeschlagenen Wege unserer Wirtschafts-, Finanz- und Kreditpolitik Sorge empfinden, gerade darum habe ich mir erlaubt, dazu einige Überlegungen zur Diskussion zu stellen.

Ich hoffe nur, daß diese Gedanken und Überlegungen zu unserer gegenwärtigen Wirtschafts-, Finanz- und Kreditpolitik weder vom Herrn Handelsminister noch vom Herrn Finanzminister, ebensowenig aber auch von den Verantwortlichen in unserer Nationalbank und in den Geld- und Kreditinstituten überheblich abgetan werden, sondern daß sie doch vielleicht Anlaß zu neuen Überlegungen und schließlich zum Ausgangspunkt der Revision bisher begangener Fehler oder bisheriger Versäumnisse in unserer Wirtschafts- und Kreditpolitik sein werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Gorbach: Zum Worte gemeldet hat sich der Abgeordnete Franz Mayr. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Franz Mayr: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, daß der Herr Abgeordnete Kandutsch zu demselben Problem, das ich bereits im Budgetausschuß angeschnitten habe, Stellung genommen hat und meine Ausführungen mehr oder weniger hier im Hause wiederholt hat. Ich freue mich aber auch, daß der Herr Kollege Kostroun festgestellt hat — und ich stimme mit ihm überein —, daß die Budgetpost für die Wirtschaftsförderung wahrlich zu gering und zu bescheiden angesetzt ist.

Unser Vaterland Österreich ist wohl als klassisches Land der Klein- und Mittelbetriebe zu bezeichnen. Von insgesamt rund 260.000 Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft beschäftigen rund 1660 Betriebe mehr als 100 Arbeitnehmer, das sind nur 0,6 Prozent. Diese Tatsache wird bedauerlicherweise häufig übersehen, da sich bisher vorwiegend nur die verstaatlichten Betriebe und die Großbetriebe einer Förderung er-

freuen konnten. Als Beispiel darf ich anführen, daß das Gewerbe aus ERP-Mitteln bisher nur ein Prozent aller zinsbegünstigten Kredite bekommen hat. Ich muß auch sagen, daß die zu geringen Ansätze für die Wirtschaftsförderung im Budget als weiterer Beweis zu bezeichnen sind. Die Zahlen wurden heute bereits wiederholt genannt, und ich kann sie mir ersparen.

Ich möchte aber festhalten, daß die Kürzung aller Förderungsmaßnahmen um 35 Prozent notwendig war, um die Stabilität unserer Währung zu erhalten, und daran sind die selbständigen Unternehmer am allermeisten interessiert.

Ich möchte jetzt aus der Wirtschaftseine Post herausgreifen, und zwar die Bürgschaftskreditaktion, die im kommenden Jahr mit 6,5 Millionen Schilling gegenüber 10 Millionen Schilling im heurigen Jahr festgesetzt ist. Wenn man nun berücksichtigt, daß zu diesen 6,5 Millionen Schilling von den einzelnen Bundesländern zusammen eine gleichhohe Summe aufgebracht wird, und wenn man annimmt, daß durchschnittlich eine Kredithöhe von 20.000 S gewährt wird, so kommt man auf einen sehr, sehr bescheidenen und niedrigen Satz von Kreditwerbern, das heißt, mit diesen vorhandenen Mitteln können von den 260.000 Betrieben nur 650 mit einem verbilligten Kredit bedacht werden. Das sind sage und schreibe drei Promille.

In Anbetracht der kommenden europäischen Integration und der fortschreitenden Technisierung haben aber fast sämtliche Handels- und Gewerbetreibenden einen ganz großen Bedarf an Kapital, denn es müssen doch gewaltige Investitionen zur Rationalisierung beziehungsweise zur Umstellung dieser Betriebe vorgenommen werden. Aus eigener Kraft aber können diese Unternehmer selbst bei größtem Fleiß und bei der größten Anstrengung diese notwendigen Kapitalien nicht aufbringen.

Es ist erfreulich — und ich muß es hier bei dieser Gelegenheit festhalten —, daß durch die durchgeführte Einkommensteuersenkung bereits der erste Ansatz zu einer Kapitalbildung ermöglicht wurde. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, dieser Ansatz ist andererseits durch die erhöhte soziale Belastung und die progressive Steigerung der Gewerbesteuer jetzt wieder wettgemacht worden. Daher ist heute der selbständige kleine und mittlere Unternehmer nicht in der Lage, diese notwendigen Investitionen aus eigenen Mitteln durchzuführen.

Es ist richtig, daß die Normalkreditkosten viel zu hoch sind. Ich darf Ihnen ein Beispiel anführen: Für ein Hypothekendarlehen

in Höhe von 13.000 S, das ein Gewerbetreibender auf zehn Jahre aufgenommen hat, hat er an allen Nebenspesen und den jährlichen Zinsen 7000 S zu bezahlen gehabt, das sind um 50 Prozent mehr, als er sich geliehen hat. Das wirkt sich bei den kleinen Krediten natürlich wesentlich krasser aus als bei den großen Krediten. Noch krasser aber ist die Belastung bei einem Bankkredit, wenn man den Kreditnehmer ungefähr mit 1 Prozent im Monat belastet.

Nun darf ich aber im Gegensatz zu meinem Vorredner, der die Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft kritisiert hat, als Abgeordneter einer rein gebirgsbäuerlichen Gegend sagen, daß ich mich freue, daß es möglich war, für die notleidende Landwirtschaft diese Budgetansätze aufrechtzuerhalten, und ich freue mich auch, daß es gelungen ist, neben diesen Budgetansätzen (*Abg. Kostroun: Ich auch!*) — Moment, Herr Kollege — auch noch ein Kreditvolumen von 300 Millionen Schilling der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen, für das ein 5prozentiger Zinsenzuschuß gewährt wird. (*Abg. Kostroun: Ich habe nur unsere Senkungen bedauert!*)

Ich frage mich nur: Warum war diese Kreditaktion nicht auch für Handel und Gewerbe möglich? Und ich ergänze jetzt dazu und stelle folgendes fest: Der gesamte Kreditplafond ist derzeit mit ungefähr 5 Milliarden Schilling unterschritten. Ich weiß schon, daß dieses Geld zum Teil zur Aufstockung der öffentlichen Anleihen verwendet wird, ich bin aber der Meinung, daß ein Bruchteil, wenigstens ein Zehntel dieses Geldes auch für die Förderung von Handel und Gewerbe und zur Erreichung einer verbilligten Kreditaktion aufzubringen wäre.

Ich erlaube mir, bei dieser Gelegenheit an die Bank- und Kreditinstitute zu appellieren, sie mögen überlegen, ob nicht doch eine ähnliche Aktion, wie sie begrüßenswerterweise bei der Landwirtschaft möglich war, auch bei Handel und Gewerbe eingeleitet werden könnte.

Ich habe bei den Beratungen im Budgetausschuß mit großer Freude die Feststellung des Herrn Handelsministers entgegengenommen, daß man zur Gewährung von Zinsenzuschüssen bei Kleinkrediten übergehen muß. Ich hoffe und bitte nur, daß diesbezügliche Schritte so bald wie möglich eingeleitet werden.

Neben verbilligten Kreditaktionen beziehungsweise der Gewährung von Zinsenzuschüssen ist es aber auch unbedingt notwendig, daß die bereits ins Leben gerufene und seit 1952 bestehende Bürgschaftsfonds-kreditaktion weiter ausgebaut und verbessert

wird. Die überbürokratische Behandlung der Kreditansuchen und die klassische Banksicherheit müssen vereinfacht und reduziert werden.

Neben den Investitionskrediten muß aber auch die Möglichkeit geschaffen werden, Betriebsmittelkredite zu gewähren, und meines Erachtens müßte bei besonders berücksichtigungswürdigen Fällen auch die Laufzeit von fünf Jahren auf zehn Jahre erhöht werden, dies besonders für die kleinsten Unternehmungen, die in so kurzer Zeit diesen Kredit oft nicht zurückzahlen können.

Es ist — und gestatten Sie mir, das festzustellen — interessant, daß bei den bisher gewährten Kleinkrediten kein Ausfall zu verzeichnen ist. Diese Leute sind wirklich bestrebt und bemüht, das Geld, das sie sich ausborgt haben, bis auf den letzten Groschen zurückzuzahlen.

Aber neben der Schaffung und Gewährung ausreichender verbilligter Kreditmöglichkeiten muß meines Erachtens dringend eine Institution geschaffen werden, deren Arbeitsgebiet die Erforschung der Probleme der Klein- und Mittelschichten sowie deren wirkungsvolle Betreuung umfassen soll. Es sei erwähnt, daß in anderen, reicheren Volkswirtschaften bereits ähnliche Institutionen zum Teil schon seit langem bestehen, so zum Beispiel in Amerika die „Small-Business-Corporation“ und in Deutschland das Institut für Mittelstandsforschung an den Universitäten Bonn und Köln.

Ich darf auch nicht verabsäumen festzustellen, daß auch in Österreich bereits Schritte eingeleitet wurden und daß erst vor kurzem in Wien das Institut für Gewerbeforschung ins Leben gerufen worden ist, das mit dem Institut für Wirtschaftspolitik engstens zusammenarbeiten wird und bei dem namhafte Fachexperten jetzt an die Arbeit gehen.

Die Notwendigkeit der Schaffung einer derartigen Institution beweist die Vielfalt jener Probleme, die im Zusammenhang mit der kommenden europäischen Integration gelöst werden müssen, sollen die gewerblichen Mittelschichten der totalen Konkurrenz gewachsen sein. Hierzu gehören zum Beispiel die betriebliche Rationalisierung, die Automatisierung, die Standardisierung der Erzeugnisse und der Zusammenschluß von Betrieben auf genossenschaftsähnlicher Basis bei völliger Wahrung ihrer Selbständigkeit.

Wir erkennen also: Große Aufgaben stehen uns bevor. Der Staat muß daran interessiert sein, daß sich eine möglichst breite Schichte der Bevölkerung wirtschaftlich selbständig erhalten kann und daß die bestehenden kleinen und mittleren Existenzen nicht durch die kommende europäische Entwicklung, durch die

strengerer Wettbewerbsverhältnisse unter die Räder kommen.

Nun gestatten Sie mir, abschließend zu einem anderen Problem noch einiges zu sagen. Das ist das Mühlenproblem. Es ist notwendig, über die untragbar gewordenen Verhältnisse in der Mühlenwirtschaft, über die zwar jahrelang geredet und verhandelt wird, wo aber immer noch nichts geschehen ist, einiges zu sagen. Während im Jahre 1954 statistisch noch die Existenz von 3142 Mühlenbetrieben ausgewiesen war, waren 1956 nur mehr 2658 Mühlen in Betrieb. Diese Entwicklung hat sich inzwischen noch ganz gewaltig verschlechtert. Zum Opfer fallen ihr insbesondere sämtliche kleinen und mittleren Existenzen.

Die Mühlen sind eingeklemmt zwischen festen Preisen für ihr Rohprodukt Getreide und aus dem Jahre 1951 stammenden Höchstpreisen für Mahlprodukte. Dies führt zu einer so abnormalen Konkurrenzverschärfung, daß es notwendig wird, ähnlich wie in der Schweiz und in Frankreich, durch ein Mühlengesetz insolange, als die Lenkung und Preisbestimmung zugunsten der Getreideerzeuger und der Mehl- und Brotkonsumenten besteht, die Marktlage in Mahlprodukten durch eine Vermeidung von Überproduktion zu beruhigen.

Es ist geradezu unwürdig, daß infolge dieser Verhältnisse alljährlich über hundert mittlere und kleine Müller unverschuldet ihr Hab und Gut als Bettler verlassen müssen. Verzweiflungsakte wie Selbstmorde, Brandlegungen und dergleichen sind bereits an der Tagesordnung und sollten doch auch für die Gewerkschaften und für die Sozialistische Partei Anlaß sein, daß gegen eine solche Entwicklung eingeschritten wird. Bisher sind die Bemühungen des Herrn Handelsministers nur an dem Widerstand der Gewerkschaften und der Sozialistischen Partei gegen den Mühlengesetzentwurf gescheitert.

Die Mühlen sind nicht mehr in der Lage, tausende Wehranlagen zu erhalten, deren Verfall — und bitte, das zu berücksichtigen, meine Damen und Herren — schwerste Schäden an den Fluren und an den Flußläufen und damit schwerste Schäden für unsere gesamte Volkswirtschaft verursachen wird. Hunderte Millionen Schilling müßten, wenn wir diese Existenzen dem Verfall preisgeben, dann für die Flußerhaltung und zur Vermeidung von Flurschäden aufgebracht werden.

Noch nützen allein die Mittel- und Kleinmühlen mit Turbinen und Wasserrädern 22.000 PS Antriebskraft aus ihren kleinen Bächen und Flüssen. Die Ausrottung der Mittel- und Kleinmühlen bedeutet einen Verzicht auf diese billigen Antriebskräfte und den Übergang auf den Bezug teurer Energie aus dem allgemeinen Netz.

Ganze weitgestreckte Täler in Salzburg, Kärnten aber auch in Oberösterreich sind daran, ihre letzte Mühle zu verlieren. Es bahnt sich eine Konzentration auf nur wenige Großbetriebe an, die wirtschaftlich nicht verantwortet werden kann, weil in außerordentlichen Zeiten, wie die Erfahrung schon zeigte, die Brotversorgung nur durch eine große Anzahl gut verstreut liegender Mühlen gesichert werden kann. Eine verteilte Lagerung der Getreidevorräte in den Mühlen liegt im Interesse unserer Ernährungssicherung.

Statt aber die Ordnung des Mühlenproblems als eine öffentliche Angelegenheit zu betrachten, überläßt man es schon jahrelang den Mühlenorganisationen, einen hoffnungslosen Kampf mit allen möglichen Interessenten zu führen, die teils an dem ungesunden Konzentrationsprozeß interessiert sind, teils für die Zustimmung zu einem Mühlengesetz ungebührliche Vorteile, die mit der Materie nichts zu tun haben, eintauschen wollen.

Ich ersuche daher, die Mühlenfrage nicht mehr allein als Problem der Müllerei zu betrachten, sondern auch als eine öffentliche Angelegenheit im allgemeinen Versorgungs-, Wirtschafts- und Wehrwirtschaftsinteresse zu behandeln. Die Verhandlungen sind aus dem Interessengezänk herauszuziehen und auf einer höheren Ebene, von höheren Gesichtspunkten aus endlich einem Abschluß zuzuführen, dessen Sinn dahin gehen sollte, daß in letzter Minute die Existenz tausender Familien und ebenso vieler unentbehrlicher Betriebsanlagen sowohl für die Unternehmer als auch für ihre Arbeitnehmer erhalten wird! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Gorbach: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Enge. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Enge: Hohes Haus! Es war in diesem Jahr, ich glaube, im Juni, daß in Wien im Handelsministerium eine Besprechung einer neu erstellten Kommission stattgefunden hat, die die Aufgabe hat, die Gewerbeordnung neu zu formen oder zumindest entscheidend zu reformieren. Diese Kommission wird als Gewerberechtskommission bezeichnet. Diese erste Besprechung fand unter dem Vorsitz des Herrn Bundesministers für Handel und Wiederaufbau, Dr. Bock statt, in dessen Kompetenz ja ein solches Beginnen fällt.

In seiner Eröffnungsansprache strich der Herr Minister die Schwierigkeiten heraus, die dieser Kommission bevorstehen, und brachte auch zum Ausdruck, daß damit eine langwierige Arbeit begonnen werden soll, und — das will ich im besonderen herausheben — der Herr Minister meinte, er glaube kaum, daß unter seiner Ministerschaft dieses Werk vollendet sein wird. *(Bundesminister Doktor*

Bock: Diese Grenze habe ich meinem Schicksal nicht gesetzt, Herr Abgeordneter!) Der Herr Minister betonte damit — das möchte ich dem Herrn Minister sagen, das war der Sinn seiner Worte —, daß es eine lange und schwierige Aufgabe sein wird, ein Gewerberecht zu erstellen, das den Anforderungen der heutigen und der kommenden Zeit entspricht. Das war der Sinn der Worte des Herrn Ministers, so habe ich sie verstanden.

Das Geburtsjahr unserer heute geltenden Gewerbeordnung ist das Jahr 1859. Wir werden also im nächsten Jahr, im Jahre 1959, den hundertsten Geburtstag der Gewerbeordnung feiern.

Die Gewerbeordnung hat sicherlich eine Reihe von Ergänzungen und Novellierungen erfahren, das Grundgepräge, das Fundament, ist aber im wesentlichen immer gleichgeblieben, und es entspricht natürlich in vielen Belangen nicht mehr den heutigen Anforderungen und vor allem nicht dem neuen Wirtschaftsgeist, der in der heutigen Zeit durchgedrungen ist. Mit der Einsetzung und dem Arbeitsbeginn dieser Gewerberechtskommission ist dokumentiert, daß eine Neuordnung notwendig geworden ist.

Die Gewerbeordnung enthält Regelungen für und über das Gewerbe, greift auch oft sehr weit in das Arbeitsrecht ein. Letzteres soll, wie ich annehme, aus einer neuen Gewerbeordnung verschwinden und soll dorthin kommen, wo es hingehört, nämlich in das Paket des Arbeitsrechtes.

Nun komme ich zu dem Eigentlichen, was ich sagen will: Die Gewerbeordnung beinhaltet aber auch die Regelung des Lehrlingswesens, beziehungsweise regelt das Recht auf Lehrlingshaltung und die Fragen, die damit zusammenhängen. Schon die Einordnung des Lehrlingswesens in das „Gewerbliche Hilfspersonal“, wie es im Sechsten Hauptstück der Gewerbeordnung festgelegt ist, zeugt davon, daß weniger die Berufsausbildung, sondern mehr die Haltung von Lehrlingen oder, wie es wörtlich heißt, des gewerblichen Hilfspersonals im Vordergrund steht.

Die Gewerbeordnung legt fest, wie viele Lehrlinge gehalten werden dürfen, welche Pflichten dem Lehrling und dem Lehrherrn auferlegt werden und welche Rechte ihnen erwachsen. Das ist im wesentlichen alles, was an gesetzlichen Bestimmungen über die Berufsausbildung vorhanden ist. In der Gewerbeordnung ist auch nie von Berufsausbildung die Rede, sondern nur vom Lehrling, von der Lehrlingshaltung. Der Begriff „Nachwuchs“ stand oder, besser gesagt, steht noch immer im Vordergrund, denn zu der Zeit, als das Gewerberecht entstand und der Lehr-

ling rein als Meisternachwuchs gedacht oder gemeint war, war dieser Gedanke „Meisternachwuchs“ der Vater dieser Formulierungen. Die ursprüngliche Aufgabe des Handwerks in bezug auf Lehrlingshaltung war, nur so viele Lehrlinge heranzubilden, als in der Zunft einmal Meister gebraucht werden. In der Blütezeit des Handwerks bestand, mit heutigen Begriffen gemessen, eine fast vollkommene Planwirtschaft im Hinblick auf Bedarf und Verbrauch von Gütern, aber auch im Bedarf an entsprechendem Nachwuchs für das Handwerk. Und dieser enge Zunftgeist — bitte diesen Begriff nicht mißzuverstehen — beherrscht im wesentlichen auch heute noch den Abschnitt Lehrlingswesen in unserer bestehenden Gewerbeordnung.

Ich möchte ganz besonders herausstreichen: Sollte daran gedacht sein, die Berufsausbildung wiederum zu einem Bestandteil einer neuen Gewerbeordnung zu machen, die irgendwann einmal entstehen wird, dann sehe ich im wahren Sinne des Wortes schwarz für eine Neuordnung des Berufsausbildungswesens, die schon recht brennend notwendig geworden ist. Ich gehe mit Herrn Abgeordneten Dr. Kummer absolut konform, der anlässlich der Budgetdebatte im vergangenen Jahr beim Kapitel Unterricht unter anderem sagte, daß es notwendig sei, daß auch in Österreich rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werden, um eine gediegene Berufsumschichtung und Berufsausbildung durchführen zu können. Auch wir in Österreich müssen rechtzeitig für den beruflichen Nachwuchs sorgen, denn die Automation wird zweifellos weitaus mehr Fachkräfte benötigen, als dies heute der Fall ist. Dies sind die Worte des Herrn Abgeordneten Dr. Kummer.

Wir wollen und brauchen dringend beides: eine rechtzeitige Umschichtung der Berufe und eine Berufsausbildung, die allen Anforderungen gerecht wird. Hohes Haus! Es ist bereits höchste Zeit! Tun wir doch endlich etwas! Zwei Anträge wurden von uns bereits eingebracht, im Jahre 1945 vom heutigen Sozialminister Proksch und Genossen und 1957 vom Abgeordneten Czettel und Genossen. Aber bis heute konnte keiner einer Behandlung unterzogen werden.

Sehr verehrte Kollegen und Kolleginnen! Wollen wir die richtige Lenkung und Umschichtung der Berufe, dann muß endlich in einem Gesetz, das die Organisation der Arbeitsämter regelt, die Berufsberatung ein festes und wirklich funktionsfähiges Fundament bekommen, damit sie ihrer Aufgabe gerecht werden kann. Die Berufsberatung, ein so wichtiges Instrument für die Schüler, die aus der Schule kommen, aber auch für

die Wirtschaft, vegetiert ja nur, kann zum Beispiel nur auf Grund des guten Willens und Entgegenkommens der Schulbehörden ihrer Aufgabe nachgehen und berufsaufklärende Vorträge an den Schulen halten und bei den Entlaßschülern die Berufsberatung durchführen. Dasselbe gilt für die Seite der Wirtschaft, die die Arbeit der Berufsberatung ebenfalls nur auf Grund loser Abmachungen unterstützt.

Aber nicht nur das — es fehlt ja die echte Grundlage für einen echten Schichtungsprozeß, und diese Grundlage kann nur wissenschaftlicher Natur sein, beruhend auf einem Studium der heutigen und der kommenden technischen Entwicklung. Es wird da noch zünftlerisch — auch das bitte nicht im üblen Sinn zu verstehen — vorgegangen und der Bedarf an zukünftigen Facharbeitern an Hand von Unterlagen erarbeitet, die von gestern sind.

Hier paßt ein Satz herein — ich weiß nicht, von wem er geprägt wurde —: „Wir fahren heute mit Autos von morgen auf Straßen von gestern.“ Umgewandelt auf das Problem der Berufsschichtung und der Berufsausbildung könnte man sagen: Mit Methoden und Grundlagen von gestern ziehen und erziehen wir unseren Facharbeiternachwuchs für morgen. Und ich glaube, wir sind alle einer Meinung, daß das Morgen wohl grundlegend anders aussehen wird als das Gestern oder auch als das Heute. Das, was die Autobahn für den Verkehr nicht mehr von morgen, sondern bereits von heute ist, das müßte ein neu zu schaffendes Berufsausbildungsgesetz für unsere in den Beruf strebende Jugend sein.

Die Entwicklung des Lehrlingswesens in Gewerbe, Handwerk und Industrie ist an und für sich schon den gesetzlichen Bestimmungen vorausgeeilt; man kann sagen, Gott sei Dank. Aber nun ist es höchste Zeit, daß ein Gesetz entsteht, das dieser Entwicklung Rechnung trägt. Darüber hinaus soll ja eine gesetzliche Regelung die Berufsausbildung qualitativ vorwärtsdrängen, sie einheitlich gestalten, die Möglichkeiten schaffen, sich immer des neuesten technischen Fortschrittes zu bedienen, mit einem Wort, die Berufsausbildung in die neue Zeit hineinstellen. Berufe, die vor einiger Zeit noch gefragt waren, sind fast verschwunden. Ich denke dabei nur als Beispiel an den Huf- und Wagenschmied, an den Wagner. Wie lange wird es noch dauern, und es wird keinen Binder mehr geben? Neue Berufe sind dafür entstanden, vor allem in der Industrie, sie werden aber als solche zumeist gesetzlich nicht anerkannt. Ich denke an die Papiermacher, an die Hüttenberufe, um nur einige herauszugreifen. Hier tritt deutlich

der Sinn der Gewerbeordnung zutage, die Berufe, die vorwiegend industriell sind, nicht anerkennt.

Auf der technischen Seite erleben wir eine ungeheuer rasante Entwicklung. Als ich im vergangenen Jahr hier bei der Budgetdebatte einiges über Berufsausbildung sagte, umkreiste zur selben Zeit ein künstlicher Mond unsere Erde. Wer spricht heute noch davon? Mit Ungeduld wird bereits die Entsendung einer Rakete auf den Mond erwartet. Das Eindringen in den Weltraum ist nur ein Ausdruck der immer schneller werdenden technischen Entwicklung.

In der industriellen Entwicklung wachsen wir bereits in eine Automation hinein — es ist dies längst kein Schlagwort mehr —, deren Einrichtung erstklassige Fachleute als Voraussetzung hat. Wir müssen dabei aber auch einer geistigen Einstellung eines großen Teiles unserer Bevölkerung, insbesondere unserer Jugend tatkräftig entgegenreten, die der Auffassung ist, daß in einem Zeitalter der Automatisierung und der Automation keine oder nur sehr wenige Facharbeiter benötigt werden. Diese Fehlmeinung weitester Kreise unserer Bevölkerung, umgelegt auf die Einstellung der Jugend zu einer Berufsausbildung, wäre katastrophal, müßte sie doch die ganze Antriebskraft für bessere Ausbildung und höhere Leistung lähmen und hemmen. Hier muß zielbewußte Berufsaufklärung bereits in der Schule aufs äußerste gefördert werden.

Als Berufsberater habe ich oft von Eltern die Meinung vertreten gehört, es habe keinen Sinn, den Buben etwas lernen zu lassen, da ohnehin die Maschinen bereits alles machen. Vom Standpunkt dieser Äußerung aus gesehen wäre ein neuntes Schuljahr als berufsvorbereitendes und berufsaufklärendes Jahr äußerst wertvoll. Wie oft wurde in der Budgetdebatte hier in diesem Jahre über Jugend in irgendeiner Form gesprochen; anklagende Worte hörte man, verteidigende Sätze wurden gesprochen. Grundsätzlich war wohl jeder einzelne der Auffassung, daß alles Mögliche getan werden müsse, um der Jugend den Weg ins Leben zu erleichtern, gleichzeitig damit aber auch den gegebenen wirtschaftlichen, sozialen und technischen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Hohes Haus! Durch eine umfassende Berufsausbildungsregelung könnten wir der Jugend den Weg ins Leben am umfassendsten erleichtern, da wir ihr damit das beste Rüstzeug dafür mitgeben können.

Es ist meiner Meinung nach unmöglich, die Berufsausbildung als eine allein dastehende Materie für sich zu behandeln. Schule, Berufsvorbereitung, Berufsberatung, richtige Lenkung in die Berufe und bestmögliche Berufs-

ausbildung sind untrennbar miteinander verbunden, eines muß ins andere greifen, soll der größtmögliche Erfolg erzielt werden.

Die Neigung eines jungen Menschen zu bestimmten Tätigkeiten ist etwas in ihm selbst Vorhandenes, es kann nur von der Umwelt gepflegt und gefördert werden, ebenso die Eignung zu einem bestimmten Beruf; die kann allerdings schon etwas geformt werden. Aber für eine Berufsausbildung, die zu beiden, zu der Neigung und zur Eignung, paßt und der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung Rechnung trägt, müssen wir sorgen.

Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Minister! Warten wir das Ergebnis der Beratungen der Gewerberechtskommission nicht ab. Der technische Fortschritt richtet sich bestimmt nicht nach deren Tempo. Schaffen wir ein Berufsausbildungsgesetz, das die Vorwärtsentwicklung in sich trägt, damit die Jugend unseres Landes, die ja zum weitaus größten Teil in einen Beruf eintritt, gut gerüstet in einen wirtschaftlichen und technischen Großraum hineinwachsen kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Gorbach: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Haberl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Haberl: Hohes Haus! Ich möchte einige Betrachtungen zur Straßenbauplanung und zur Raumforschung anstellen. Wenn wir die technische Entwicklung in den letzten Jahren verfolgen, die rasche Zunahme der Motorisierung und den ständig steigenden Strom der Fremden mit Genugtuung verzeichnen, so haben wir bereits die Bedeutung und Wichtigkeit des Straßenbaues unterstrichen.

Viele Körperschaften, vor allem die Gemeinden, versuchen, durch eine Forcierung ihrer Vorhaben Anschluß an diese Entwicklung zu finden, und auch von den Abgeordneten werden unzählige Einzelwünsche in dieser Frage immer wieder herangetragen. Ich habe nicht die Absicht, heute das gleiche zu tun, und will auch nicht eventuell unerfüllte Forderungen kritisieren. Denn, meine Damen und Herren, ohne Zweifel steht fest, daß gerade auf diesem Gebiet vieles geleistet worden ist. Wir brauchen nur an den erbärmlichen Zustand der Straßen im Jahre 1945 sowie an die Versäumnisse vorher zurückzudenken, und wir werden, so gesehen, die erbrachten Leistungen erst richtig bewerten können. Es sind Erfolge, zu denen der Bund und damit das ganze österreichische Volk, aber nicht zuletzt auch die Straßenbenutzer in der Form der Mineralölsteuer gemeinsam beigetragen haben.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Straße ist in ständigem Steigen begriffen. Sie beginnt mit der Beschäftigung der heimischen

Wirtschaft beim Bau derselben, geht über zum modernen Transportband, das rasche Verbindungen sichert, Gebiete erschließt und die Grundlage auch unseres Fremdenverkehrs bildet. Die Straße ist wirklich ein moderner Lebensnerv geworden. Umso gewissenhafter wird daher alles sein müssen, was wir in dieser Richtung tun. Eine richtige Planung sowie eine Raumforschung ist deshalb Grunderfordernis unserer Arbeit.

Zur Planung der Bauvorhaben. Im Budgetausschuß hat der Herr Handelsminister darauf hingewiesen, daß es dem Ministerium, da ihm die jährlichen Mittel im voraus nicht bekannt sind, unmöglich sei, einen Plan auf Jahre hinaus zu erstellen. Ich glaube aber doch, daß es möglich sein müßte, zumindest eine Reihenfolge, der Wichtigkeit nach bemessen, auf lange Sicht festzulegen. Viele Interventionen würden wahrscheinlich unterbleiben, wenn die Interessenten aus einem solchen Plan die Gewißheit schöpfen könnten, daß sie mit ihrem Vorhaben überhaupt an die Reihe kommen.

Bei einer Fahrt durch unser Land ist oft eine sehr unterschiedliche Bauweise festzustellen, die nicht immer ganz erklärlich ist. Es gibt unzählige Sorten von Randsteinen, oft gerade nicht die besten darunter. Es gibt Straßenwehren aus Stahl und solche aus Beton. Man sieht neue Straßenstücke, bei denen fortlaufend einige Kilometer asphaltiert sind, wo dann wieder einige Kilometer Betonstraße und kurz darauf wieder eine Asphaltstraße folgen. Alles dies läßt nicht immer auf eine Sicherheit in der richtigen Auswahl schließen. Von uns aber wird ein sicheres und ein vorausschauendes Konzept verlangt, das nicht in jeder Baubezirksbehörde verschieden ist.

Nicht ganz erklärlich ist ja auch, daß man mit dem Bau der Autobahn nicht bei dem Stück mit der stärksten Verkehrsfrequenz begonnen hat, nämlich der Ausfahrt von Wien.

Meine Damen und Herren! Die Erkenntnis, daß Straßenbau nicht nur vom betriebstechnischen, bautechnischen oder betriebswirtschaftlichen Standpunkt beurteilt werden soll, hat sich bereits an vielen Stellen durchgesetzt. Aber in der Praxis wurden bisher oft nur in geringem Ausmaß gesamtwirtschaftliche Erfordernisse, die auf Grund einer Raumforschung gewonnen wurden, berücksichtigt.

Der Planung voranzugehen hat daher eine Raumforschung. Dabei wird nicht nur die Verkehrsfrequenz eine Rolle spielen müssen, sondern auch die Bedeutung der Straße als Hilfe zur Erschließung wirtschaftlicher Notstandsgebiete. In der Betrachtung des Fremdenverkehrs: oft sind schönste Teile unserer

Heimat verkehrsmäßig nicht erschlossen, und es liegen hier ähnlich ungenützte Reserven wie auf dem Energiesektor vor. Manche wirtschaftliche Belebung wäre durch den Bau einer Straße zu erreichen. Daher ist die Straße, wie gesagt, ein Mittel zu einer wirtschaftlichen Erschließung.

Ein Beispiel, das sehr positiv beurteilt werden muß und welches beweist, welche große wirtschaftliche Bedeutung eine moderne Straße hat, ist die Nord—Süd-Verbindung im Burgenland. Innerhalb weniger Jahre wurde dort eine leistungsfähige Nord—Süd-Verbindung geschaffen, die heute früher vollkommen auseinanderliegende und schwer erreichbare Landesteile miteinander verbindet.

Es gibt natürlich auch gegenteilige Beispiele. Das Waldviertel konnte bisher am wirtschaftlichen Aufschwung wenig teilhaben. Es befindet sich abseits von guten Straßenverbindungen, und die vorhandenen Straßen sind praktisch Sackgassen, da sie im Hinblick auf Wirtschaftsverbindungen zur Tschechoslowakei gebaut worden sind. Wichtig wäre also hier der Bau einer Straße nach dem Westen, der Bau einer Querverbindung. Beim Ausbau einer solchen Straße würde zum Beispiel Gmünd verkehrsmäßig so erschlossen sein wie heute Melk. Anscheinend sind aber die beiden beteiligten Bundesländer, Niederösterreich und Oberösterreich, nicht gleich stark daran interessiert. Ähnlich ist es beim Lungau mit Salzburg und Steiermark.

Eine Frage, die immer wieder hergetragen wird und deren Lösung von der Bevölkerung dringend gefordert wird, ist der Ausbau der Autobahn Süd, zumindestens einmal des ersten Teilstückes.

Derzeit werden die Beträge für den Straßenbau aliquot auf die Bundesländer aufgeteilt. Aus dem vorhin Gesagten ist zu entnehmen, daß bei der Verwertung nicht immer gesamtösterreichische Interessen Berücksichtigung finden. Es wäre daher notwendig, ein gesamtösterreichisches Straßenbauprogramm zu erstellen, das nach Rücksprache mit den Bundesländern auf einer genauen Erforschung der Gebiete basiert. Wenn ein solcher Plan erstellt wird, so müßte er natürlich vor allem auch den Abgeordneten zur Kenntnis gebracht werden.

Da Österreich, meine Damen und Herren, im Schnittpunkt verschiedener Nord—Süd- und Ost—West-Verbindungen liegt, können wir uns nicht nur über den Ausbau des österreichischen Straßennetzes allein Gedanken machen, sondern wir müssen auch über die internationalen Anschlußmöglichkeiten und Fernverbindungen Überlegungen anstellen. Der

Einbau unserer Straßen in das internationale Straßennetz ist für Österreich und seinen Fremdenverkehr lebenswichtig.

Ein sinnvoller Plan zum Ausbau des österreichischen Straßennetzes wird daher darüber hinaus noch vieles beachten müssen. Selbst eine volle Sanierung der Bundesstraßen läßt — und das ist heute schon angeführt worden — noch eine Frage offen: die Frage der Landesstraßen. Die Lage der Länder, die in dieser Frage sehr schwierig ist, kann nicht unbeachtet bleiben. Gute Landesstraßen sind gleichzeitig aber auch eine Entlastung des Bundesstraßennetzes.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir erlaubt, einige Fragen anzuschneiden, von denen ich weiß, daß sie nicht leicht und nur unter großen Kosten zu lösen sind. Die rasche technische Entwicklung wird uns ja in vielen Fällen das Gesetz des Handelns einfach aufzwingen. Aber auch der Blutzoll, der täglich auf Österreichs Straßen erbracht wird, mahnt uns, alles zu tun, um der Benützung dieser Straßen, wo immer es geht, die Gefährlichkeit zu nehmen. Niemand von uns weiß, wie die Straße der Zukunft ausschauen wird. Der heutige Stand läßt uns aber ahnen, daß wir sehr viel werden tun müssen, um den Anschluß an die Entwicklung nicht zu versäumen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Gorbach: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Sebinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Sebinger: Hohes Haus! Wenn uns vor 1938, aber auch vielleicht in den Jahren 1949/1950 jemand gesagt hätte, daß die Exportwirtschaft für die Agrarwirtschaft interessant wird, so hätten wir ihn wahrscheinlich als Utopisten bezeichnet. Und doch ist es so geworden!

Wenn wir im Jahre 1957 rund 70.000 Stück Rinder exportieren konnten und im Jahre 1958 wahrscheinlich die 100.000-Grenze überschreiten werden, wenn wir im Jahre 1958 30.000 Stück Schweine exportieren — ich rede gar nicht von der Butter! —, und wenn wir dann das zusammenfassen und sehen, daß mit dem Holzexport ein Erlös von 3,5 Milliarden Schilling erzielt wurde und daß mit den übrigen Nahrungsmittelexporten rund 1 Milliarde Schilling erzielt wird und dabei aber die Agrarwirtschaft trotzdem um 50 Prozent mehr Fleisch auf den Markt bringen muß, als es früher der Fall war, dann, glaube ich, ist es verständlich, wenn wir uns auch als Agrarier die vorhandenen und die abzuschließenden Handelsverträge genauer ansehen werden, weniger nach der Importseite, sondern mehr nach der Exportseite.

Der Agrarexport ist, um jetzt mit einem Wort meines Kollegen Hartmann zu sprechen, zum Zentralproblem der Agrarwirtschaft überhaupt geworden. Von dieser Warte aus, verehrte Damen und Herren, glaube ich, müssen wir auch das Ergebnis betrachten, das die österreichische Regierungsdelegation heuer im Sommer aus Moskau mitgebracht hat. Zwei Dinge sind dort erreicht worden: erstens die Verminderung der Österreich durch den Staatsvertrag auferlegten Verpflichtungen auf Erdöllieferungen und zweitens eine Ausweitung der Handelsbeziehungen.

Gerade bei den letzteren möchte ich einen Augenblick verweilen. Es ist nichts Überwältigendes, was hier auf dem Sektor des Agrarexportes gemacht werden konnte. Denn wenn für den Viehexport in einer Laufzeit von drei Jahren eine Globalsumme von 250.000 Dollar vorgesehen ist, so bedeutet das nicht sehr viel. Aber wenn wir diese Entwicklung, diese Möglichkeiten etwa von dem Gesichtspunkte aus betrachten, daß wir es als Versuch werten, dann kann aus einer solchen Maßnahme für die Zukunft sehr wohl Ersprießliches heraus schauen. Ich bedaure nur, daß die Frage des Weines in diesem Handelsvertrag nur dilatorisch behandelt ist.

Aber nun zur anderen Frage, zur Frage der Verminderung der Erdöllieferungen in die Sowjetunion. Die Konstruktion, die hier von der Sowjetunion gewählt worden ist, läßt einen eigentlich über den materiellen Erfolg nicht recht froh werden, denn irgendwie hat unser österreichisches Volk etwas anderes gewollt. Unser österreichisches Volk war der Meinung, durch das Entgegenkommen Moskaus würden wir einer vertraglichen Verpflichtung entbunden werden. Diese Entbindung ist nicht erfolgt, sondern man leistet wohl die materielle Rückerstattung, indem wir sowjetisches Öl im selben Ausmaß kostenlos nach Österreich zurückbekommen, aber der Vertrag ist unangetastet geblieben, und das ist etwas, was uns dabei nicht froh werden läßt. Wir wissen es ja, daß die Sowjetunion zu ihren Verträgen steht, wir wissen aber ebenso genau, daß sie jede Vertragsbestimmung im expansivsten Sinne zu ihren Gunsten ausführt.

Und nun, verehrte Frauen und Männer, tut sich gegenwärtig im Norden Europas etwas, an dem die freie Welt nicht so teilnahmslos vorbeigehen soll, wie es bisher der Fall ist. Gerade, wenn ich dorthin sehe, habe ich ein ungutes Gefühl. Ich denke da an Finnland. Finnland hat auch einen Friedensvertrag mit der Sowjetunion gehabt, in dem ihm unerhörte Reparationslasten auferlegt wurden. Die Folge davon war, daß die Finnen eine eigene Schwer-

industrie aufziehen mußten, um dem überhaupt gerecht werden zu können. Und als die Sowjetunion dann mit einer großen Geste — fast möchte ich meinen, es ist ein Danaer-Geschenk gewesen — auf die letzte Rate der Lieferung verzichtet hat, blieb der finnischen Regierung nichts anderes übrig, als die Sowjetunion zu bitten, die Gesamtproduktion dieser finnischen Schwerindustrie zu kaufen. Und was geschieht jetzt? Als Gegenforderung: Abschluß eines Freundschaftspaktes, verbunden mit einem militärischen Beistandspakt im Kriegsfall; Durchzugsrecht sowjetischer Truppen durch Finnland; Verzögerung aber der notwendigen Handelsverträge, Verzögerung des zugesagten 450 Millionen-Kredites, den die finnische Regierung in ihr Budget schon eingebaut gehabt hat. Das alles führte zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Es führte zum Rücktritt der gegenwärtigen finnischen Regierung. Nun erhebt die gesamte sowjetische Presse die Forderung nach einer Volksfrontregierung. (*Abg. Koplenig: Wo haben Sie das gelesen?*) Und da hat in einer solchen Situation ... (*Abg. Koplenig: Herr Abgeordneter, wo haben Sie das gelesen?*) — Ich glaube schon, daß Ihnen das unangenehm ist. — Und in einer solchen Situation redet der Herr Abgeordnete Fischer heute hier (*Abg. Koplenig: Keine einzige sowjetische Zeitung hat so etwas geschrieben! — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen*) mit dem Brustton der Entrüstung und beklagt sich über die Ausnützung der Konjunktur zur politischen Erpressung. Das hat er doch in der heutigen Sitzung gesagt! Und wenn der sowjetische Ministerpräsident dem amerikanischen Senator Humphrey vor wenigen Tagen erklärte, die UdSSR wolle den Westen nicht mit Waffen, sondern mit den Mitteln der Wirtschaft bekämpfen, dann, glaube ich, ist es notwendig, daß der Westen hier ein bißchen hellhöriger wird und daß wir nicht an einem Freiheitskampf eines kleinen Volkes vorbeigehen, der letzten Endes heute den und morgen den treffen kann. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Koplenig: Sie sind eine amerikanische Grammophonplatte! — Abg. Dipl.-Ing. Hartmann: Die russische haben wir schon oft gehört!*) Ich bespreche meine Grammophonplatten wenigstens selbst, bei Ihnen geht es über die Fernleitung. (*Abg. Koplenig: Sie lesen es im „Neuen Kurier“!*)

Ich glaube, wir müßten aus diesen Erscheinungen für uns selbst gewisse Konsequenzen der Vorsicht ziehen. Wie gefährlich es ist, wenn sich ein Volk einseitig nach einer Richtung hin binden muß, das sehen wir am finnischen Beispiel. Wir müssen unsere Handelsbeziehungen, glaube ich, sowohl mit dem Westen intensivieren, als sie auch im Osten nicht vernachlässigen, aber unsere Sympathie und

unsere Anerkennung und unsere Anteilnahme in der gegenwärtigen europäischen Entwicklung muß in dieser Stunde dem tapferen finnischen Volk gehören. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Gorbach: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Holoubek. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Holoubek: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich muß zunächst den Kollegen Kandutsch enttäuschen, der gemeint hat, zur Frage des Fremdenverkehrs würden hier die hauptberuflich dazu Berufenen reden. Ich bin so wie er nur ein Konsument des Fremdenverkehrs und je nach der Wahl des Urlaubsortes ein genießender oder ein leidender Konsument. Man kann in der Wahl seines Urlaubsortes vorsichtig, aber, wie wir wissen, auch sehr unvorsichtig sein.

Der Herr Minister Dr. Bock hat in der Generalversammlung der Hotelierversammlung im Oktober die erfreuliche Tatsache festgestellt, daß der Fremdenverkehr im heurigen Jahr zum ersten Mal an die Spitze der Devisenbringer rücken wird. Er hat also vermutlich Holz, Eisen und Stahl überflügelt.

Ich habe bei der Budgetdebatte im Vorjahr hier sehr ausführlich über Fragen des Fremdenverkehrs gesprochen und dabei betont, daß uns die Erfolge auf diesem Gebiete nicht sorglos machen dürfen. Das gerne angewandte Wort: „Es ist ohnedies alles in Ordnung, es braucht nichts mehr zu geschehen!“, könnte einmal gerade in diesem Wirtschaftszweig, der, wie wir wissen, sehr krisenanfällig ist, zu einem bösen Erwachen führen.

Wenn wir bestehende Mängel aufzeigen, geschieht dies nicht aus billiger Effekthascherei oder weil wir es anderen nachtun wollen und es Mode geworden ist, am Fremdenverkehr Kritik zu üben. Es geschieht in der Sorge, daß wir einen noch sehr ausbaufähigen Zweig unserer Wirtschaft nicht durch mangelhafte Organisation oder unverantwortliches Handeln einzelner gefährden sollen. Es ist eine Binsenwahrheit, daß der Mensch von schlechten Erfahrungen, die er macht, sehr viel und sehr lange redet, dagegen hundert für ihn günstige Tatsachen verschweigt und einfach zur Kenntnis nimmt. Wenn während der Reisesaison, wie das heuer der Fall war, nur sehr wenige Züge Verspätung hatten — das wird jeder bestätigen —, so redet man von diesen verspäteten Zügen sehr lange und redet über Schlamperei bei den Bundesbahnen und so weiter, übersieht aber dagegen die tausend pünktlich ankommenden Züge.

Es wäre daher ebenso verfehlt, wenn wir nicht objektiv hier feststellen würden, daß im allgemeinen in der Reisesaison 1958 Beschwerden über Exzesse im Fremdenverkehrsgewerbe

viel seltener als in den früheren Jahren zu hören waren. Es soll von hier aus auch heuer allen, die Anteil an dem gewaltigen Aufschwung dieses Wirtschaftszweiges haben, der aufrichtige Dank ausgesprochen werden. Das hat allerdings schon Kollege Mitterer getan, aber er hat vor allem den Unternehmern gedankt.

Ich möchte hier den Dank nicht nur den Unternehmern aussprechen, sondern auch allen Arbeitenden in diesen Fremdenverkehrsbetrieben. Ich unterlasse es daher, mit Beispielen aus der Praxis auf die wenigen Unbelehrbaren hinzuweisen, die auch heuer zum Schaden Österreichs gewirkt haben, besonders dort, wo, wie kürzlich eine Zeitschrift sehr treffend schrieb, durch die Gunst der Natur die Einnahmsquelle reichlicher geflossen ist und, wie der Artikelschreiber richtig bemerkte, das Wort „Quelle“ mit dem Wort „schöpfen“ in Verbindung gebracht und dabei „abgeschöpft“ wurde.

Wir werden es nicht unterlassen, so lange auf die Art der Preisbekanntmachung hinzuweisen, wie es auch von mir im Vorjahr hier geschehen ist, bis sich auch auf diesem Gebiet zum Nutzen unseres Fremdenverkehrs die allgemeine Vernunft durchsetzt. Dafür ein Beispiel.

Ein Fraktionskollege von mir hatte im März dieses Jahres in einem bekannten steiermärkischen Salzkammergut-Ort zu tun. Er zahlte dort in der Vorsaison für die Nächtigung in seinem Hotel 50 S plus 14 S Heizzulage; nebenbei bemerkt, war nicht geheizt. Nun, man kann der Meinung sein, daß dies ein gerechter Preis sei und dagegen vielleicht nichts einzuwenden ist. Aber mein Kollege bekam zum Abschied den Prospekt dieses Ortes mit auf den Weg, und in der Bahn hatte er Gelegenheit, ihn zu studieren. Da fand er, daß laut Prospekt der Preis eines Zimmers in dem Hotel, wo er 64 S bezahlt hatte, in der Vorsaison mit 20 bis 35 S ausgeschrieben war. Das heißt also, daß bei diesen Lockpreisen, so können wir sie ruhig nennen, die zu leistenden Zuschläge nicht inbegriffen waren. Das mag eine Enttäuschung für denjenigen Urlauber sein, der etwa diesen Reiseprospekt in einem Wiener Büro erhält, darnach seinen Urlaub budgetiert und dann feststellen muß, daß er den Urlaub anstatt 12 Tage nur 10 Tage dort verbringen kann. Wir verlangen daher — und ich sage das noch einmal ganz entschieden —, daß die dafür verantwortlichen Stellen alles tun, um auch in Österreich dem System der Inklusivpreise zum Durchbruch zu verhelfen. Es versteht auch ein Fremder nicht, daß er andere Preise zu zahlen hat als die, die er im Prospekt gefunden hat. Man kann doch, glaube ich, durch irgendwelche Maßnahmen die Fremdenver-

kehrsbetriebe dazu zwingen, daß sie das tun; man setzt sie sonst einfach von den Preislisten oder von den Prospekten ab.

Lobend muß hervorgehoben werden, daß gerade die besseren Hotels diese Inklusivpreise heute schon haben, aber gerade in der Kategorie II und III wird viel gesündigt, und das sind die Unterkünfte, die von Leuten mit weniger Mitteln aufgesucht werden.

Darf ich vielleicht bei dieser Gelegenheit die Gastwirtschaftsbetriebe im Westen daran erinnern, daß sie in Österreich liegen und sie daher etwas patriotischer bei der Herstellung der Speisekarte sein sollen. Man sollte bei der Aufstellung der Speisekarte wieder die guten österreichischen Benennungen anführen. Es könnte sonst passieren, daß man als Österreicher bei der Benützung der Speisekarte einen Dolmetscher aus einem benachbarten Land heranziehen muß.

Nicht viel gebessert haben sich die mitunter skandalösen sozialen Verhältnisse im Gastgewerbe. Um von vornherein unsachlichen und unwahren Polemiken in Fachblättern vorzubeugen — es ist leider im Vorjahr vorgekommen, daß Fachblätter des Gastgewerbes Zusammenhänge aus meiner Rede herausgerissen und diese verzerrt wiedergegeben haben —, bemerke ich hier ausdrücklich, daß die nachstehenden Ausführungen keine Pauschalverurteilung der Unternehmer im Gastgewerbe sind. Es gibt selbstverständlich auch in diesem Beruf sozial gesinnte Unternehmer, sie halten den Kollektivvertrag ein, sie zahlen mitunter sogar erhöhte Löhne, sie werden dazu gewissermaßen gezwungen, weil sie Wert darauf legen, gute Fachkräfte zu haben, aber durch die sozialen Verhältnisse im Gastgewerbe sind diese Fachkräfte heute leider eine Mangelware geworden, denn fast in keinem anderen Berufszweig ist die Berufsfucht so groß geworden wie in diesem Beruf. Wenn hier nicht Abhilfe geschaffen wird, kann unserem Fremdenverkehr ein wirklich nicht gutzumachender Schaden erwachsen. Ich weiß, daß in diesem Zweig der Wirtschaft, in dem der Mensch nicht durch Automaten ersetzt werden kann, die Dinge etwas anders als in anderen Berufen liegen. Aber mit dem unverantwortlich handelnden Unternehmer kommt dann auch der Unternehmer unter die Räder, der erkennt, daß man menschlichen Arbeitskräften auch entsprechende Arbeitsbedingungen zu bieten hat. Der unsoziale Unternehmer handelt genau so unverantwortlich wie derjenige, der durch seine Preiserstellung den Ruf Österreichs als eines der billigsten Reiseländer untergräbt.

Auch hier will ich heuer im Gegensatz zum Vorjahr nicht einzelne Beispiele anführen. Ich zitiere nur einen Bericht aus dem Zentral-

organ der zuständigen Gewerkschaft vom 27. Oktober 1958. Es heißt hier: „Bei den Arbeitsgerichten fällt die Wirtschaftsgruppe Gastgewerbe durch besonders viele Klagen der Arbeitnehmer auf, und bei den Verhandlungen kommen Verhältnisse zur Sprache, wie sie in anderen Berufen schon seit fünfzig Jahren kaum mehr anzutreffen sind. Es gibt bei manchen Arbeitsgerichten richtige ‚Gastgewerbetage‘. Am laufenden Band müssen sich Gastwirte verantworten, weil sie Gesetze und Kollektivvertrag nicht beachten und ihren Arbeitnehmern die gebührende Entlohnung vorenthalten haben.“

Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Interview mit dem Ehrenpräsidenten der Hoteliervereinigung Österreichs, mit Herrn Nedomansky. Dieses Interview hat die Zeitschrift „Wirtschafts-Horizont“ angestellt, nebenbei bemerkt eine Zeitschrift, die nicht von uns, sondern von einem bekannten österreichischen Industriellen herausgegeben wird. Wir lesen dort:

Der „Wirtschafts-Horizont“ fragt: „Haben Sie, allgemein gesehen, Schwierigkeiten, geeignete Fachkräfte zu finden?“

„Präsident Nedomansky: Die Schwierigkeiten werden immer größer. Das kommt teilweise daher, daß die Arbeitsbedingungen im Gastgewerbe sehr schwierig sind. Es gibt keine Feiertage, keine Sonntage und immer wieder Nacharbeit. Wir haben aber nicht mehr wie früher den Zuzug der jungen Leute. Durch die Fünftage-Woche, die bei uns unmöglich ist, gehen die jungen Leute lieber in die Industrie, in Wirtschaftssparten, wo sie ein leichteres Leben haben. Sie verzichten lieber auf den etwas höheren Verdienst und haben mehr Freiheit.“

„Wirtschafts-Horizont“ fragt: „Ist die Fünftage-Woche im Fremdenverkehrswesen nicht durchführbar?“

„Präsident Nedomansky: Ausgeschlossen.“

„Wirtschafts-Horizont“: „Wir wissen nur von der Industrie her, daß, als man dort die Frage der Fünftage-Woche aufwarf, es auch zuerst unmöglich schien und jetzt es doch geht. Warum kann man nicht Turnusse einführen: fünf Tage Dienst, dann frei?“

„Präsident Nedomansky: Zur Beantwortung dieser Frage muß ich etwas zurückgreifen. Seinerzeit war unser Gewerbe auf den Zehnstunden-Tag eingestellt. Das war bis vor zirka sieben oder acht Jahren. Dann wurde der Neunstunden-Tag eingeführt, mit einer Stunde Ruhepause. Dadurch mußten wir mehr Leute aufnehmen. Wir können nicht mit Maschinen arbeiten. Bei uns ist alles auf die menschliche Arbeitskraft aufgebaut. Wir können nicht

automatisieren, außer bei einigen Handgriffen in der Küche, für die wir jetzt Küchenmaschinen verwenden können.“

„Wirtschafts-Horizont“: „Besteht nicht die Gefahr, daß die Abwanderung zur Industrie und in jene Wirtschaftszweige, die nur die Fünftage-Woche haben, so stark werden wird, daß die Fremdenverkehrswirtschaft auch zur Fünftage-Woche übergehen muß, weil sie sonst einfach keine Fachkräfte mehr bekommen kann?“

„Präsident Nedomansky: Das ist möglich.“ — Was er also vorerst als ganz unmöglich bezeichnet hat, bezeichnet er jetzt als möglich. — „Und wenn es so weit sein wird, muß sich das im Preis auswirken, denn mehr Personal bedeutet höhere Kosten. Deshalb wollen wir diese Entwicklung möglichst hintanhaltend. Ich bin im Verwaltungsrat der Internationalen Hotelvereinigung und sehe dort, daß dieselben Fragen in ganz Europa bestehen.“

Man ersieht daraus, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß das ein wirkliches Problem des Fremdenverkehrs ist und daß wir es einmal zu lösen haben werden. Wir glauben, je früher man Versuche macht, es zu lösen, umso besser ist es.

Es gibt an der Hochschule für Welthandel ein Institut für Fremdenverkehrsforschung. Dieses führt in verschiedenen Fremdenverkehrsbetrieben Betriebsuntersuchungen durch. Es wäre eine dankenswerte Aufgabe dieses Instituts, einmal auch eine Untersuchung der sozialen Verhältnisse in den Betrieben durchzuführen. Sie wäre ebenso wichtig wie die Meinungsforschung, die bei zirka 1500 Ausländern im Vorjahr angestellt wurde.

Im Zusammenhang mit diesen Fragen muß auch das Lehrlingsproblem im Gastgewerbe besprochen werden. Die Anzahl der Lehrlinge ist im letzten Jahr gestiegen. Das hat Herr Kollege Dr. Fink auch in der letzten Budgetdebatte festgestellt. Hier dürfen wir allerdings nicht vergessen und uns nicht darüber täuschen: Viele dieser Lehrlinge sind Söhne und Töchter der Unternehmer, sie werden also später nicht als Arbeitnehmer aufscheinen. In Wirklichkeit ist es aber so, daß ausgelernte Arbeitnehmer, wie ich es schon eingangs gesagt habe, meistens schon in den ersten Gehilfenjahren wieder ihren Beruf verlassen und lieber bei der Industrie, wenn auch als Hilfsarbeiter, Zuflucht suchen, weil es dort bessere Arbeitsbedingungen gibt. Oder sie gehen ins Ausland; das ist aber noch die günstigere Lösung, weil wir dann damit rechnen können, daß sie eines Tages, womöglich mit Sprachkenntnissen, als qualifizierte Arbeiter wieder zurückkommen.

Viele Betriebe halten Lehrlinge, ohne die Voraussetzung für eine gute Lehrlingsausbildung zu haben. Der Lehrling ist für sie nur eine billige Arbeitskraft. Dafür ein Beispiel. Ich würde den Herrn Kollegen Mitterer, falls er im Saal ist, bitten, etwas aufzupassen, denn er hat in seinem Referat hier erwähnt, man solle die Lehrlingshaltung ruhig dem Gewerbe überlassen und sich hier nicht einmengen.

Herr Kollege Mitterer, es gibt einen Betrieb in der Inneren Stadt von Wien, der hat drei Lehrlinge. Dafür hat der Betrieb keinen Aufzug, er muß die Speisen vom Keller in den Speiseraum transportieren lassen. Weil er keinen Lift hat, benützt er nun diese drei Lehrlinge abwechselnd als Lift. Diese drei Lehrlinge haben nichts anderes zu tun, als die Speisen von der Küche in die Speisesäle zu tragen. Das werden vielleicht einmal ganz gute Bergsteiger (*Heiterkeit*), ich vermute aber, daß sie kaum ordentliche Kellner werden.

Ein anderes Beispiel: Manche Betriebe nehmen an Stelle von Lehrlingen gut aussehende, attraktiv wirkende weibliche Jugendliche auf. Sie sollen durch ihr gutes Aussehen helfen, den Konsum zu steigern. Ich glaube, auch aus diesen weiblichen Lehrlingen wird kaum ein brauchbarer Nachwuchs für unsere Fremdenverkehrsbetriebe werden.

Es gibt im Gastgewerbe sehr viele Kochlehrlinge. Wir wissen aus der Praxis, daß viele junge Burschen gerne Köche werden. Aber es ist unmöglich, daß man ein richtiger Koch etwa in einem bekannten Tiroler Sporthotel wird, in dem es einen Küchenchef, einen Jungkonditor, einen Jungkoch und zwölf Lehrlinge gibt. In der Nichtsaison werden diese Lehrlinge übrigens entlassen, einer davon ist im Sommer immer im Bauhilfsgewerbe beschäftigt.

Ein bekanntes Innsbrucker Hotel hat einen Chefkoch, einen Konditor, einen Jungkoch und elf Kochlehrlinge. Ein großes Wiener Speisehaus — es ist nicht die WÖK, meine Damen und Herren —, das keine Ausbildungsmöglichkeiten hat, nimmt viele Lehrlinge auf. Diese verrichten fast nur Reinigungsarbeiten. Es gibt Gaststätten, wo vor dem ersten Weltkrieg neun Köche und drei Lehrlinge beschäftigt waren. Jetzt ist es genau umgekehrt. In Linz gibt es ein Großrestaurant, in dem das Verhältnis zwischen dauernd beschäftigten Fachkräften und Lehrlingen 1 zu 15 ist; am Semmering, in einem bekannten Hotel: ein Chefkoch, drei Jungköche, zwölf Lehrlinge.

Ich könnte hier noch eine Reihe von ähnlichen Betrieben aufzeigen. Ich glaube, solche Verhältnisse sind ungesund. Es kann daraus unseren Fremdenverkehrsbetrieben kein guter

Nachwuchs erwachsen. Das ist keine Lehrlingsausbildung, sondern nach unserer Meinung eine Lehrlingszüchterei mit dem Ziel, ein billiges Ausbeutungsobjekt zu haben. Das Personalniveau muß unter solchen Umständen immer weiter absinken, und jeder von uns merkt das, wenn er das Niveau alter Kellner mit dem jüngerer Arbeitskräfte vergleicht.

Abhilfe kann aber hier nicht geschaffen werden durch Maßnahmen, wie sie das offizielle Organ der gastgewerblichen Unternehmerverbände, die „Österreichische Gastgewerbezeitung“, in der Ausgabe vom März 1958 verlangt. Unter dem Titel „Nachwuchsproblem“ heißt es dort: „Nicht soll in diesem Zusammenhang auf die Jugendbeschäftigung im Gastgewerbe vergessen werden. In dieser Frage ist eine Novellierung des Jugendbeschäftigungsgesetzes hinsichtlich einer Ausdehnung der Beschäftigungsmöglichkeit für Jugendliche in späteren Abendstunden, also zu Zeiten, in denen der Jugendliche wirklich etwas lernen kann, auch im Interesse des heranzubildenden Nachwuchses gelegen.“ Also als Ausweg aus der Misere eine Verschlechterung des Jugendbeschäftigungsgesetzes.

Ich glaube, das ist kein Ausweg. Man muß wissen, daß derzeit im Gastgewerbe die Beschäftigung von Jugendlichen unter 16 Jahren bis 20 Uhr und die Beschäftigung Jugendlicher von 16 bis 18 Jahren bis 22 Uhr möglich ist. Ob nun der Kellnerlehrling, der jetzt als Liftersatz benützt wird, wenn er diese Tätigkeit nach 22 Uhr ausübt, deswegen mehr lernt, das wage ich zu bezweifeln.

Ich glaube, der Herr Abgeordnete Tončić hat beim Kapitel Soziale Verwaltung im Budgetausschuß so etwa ähnliches verlangt: eine Verschlechterung des Jugendbeschäftigungsgesetzes im Bäckereigewerbe und auch im Gastgewerbe. Es ist das eine merkwürdige Auffassung: Man soll soziale Mißstände durch Beseitigung oder Verschlechterung der sozialen Gesetzgebung beheben! Meine Frage und mein Vorschlag: Wäre es nicht zweckmäßiger, die Lehrlingshaltung nur solchen Betrieben zu gestatten, in denen eine gediegene Ausbildung gewährleistet ist?

Warum haben die Unternehmer des Gastgewerbes — ich habe das schon im Vorjahr gefragt und darauf keine Antwort bekommen — die einmal in Wien bestandene einjährige Vorschule nicht gefördert, in der die Lehrlinge viel gelernt haben? Wenn der Unternehmer sie dann aus dieser Vorschule bekommen hat, wurde ihnen ein Lehrjahr abgerechnet. Der Lehrling hat dann noch zwei Jahre bei dem Unternehmer gelernt. Aber er hat in dieser Vorschule, obwohl es nur

ein Jahr war, eine gründliche Ausbildung genossen, weil dort der Lehrplan nicht nach kaufmännischen, sondern nach pädagogischen Grundsätzen erstellt wurde. Ich weiß nicht, wurde diese Schule vor drei Jahren nur deshalb aufgelassen, weil sie eine Einrichtung der Gemeinde Wien war? Ich glaube, man sollte sich entschließen, diese Vorschule wieder einzuführen, aber nicht nur in Wien, sondern in allen Bundesländern.

Der Herr Kollege Mitterer hat heute hier gesagt, die Berufsausbildung solle man ruhig der Meisterlehre überlassen. Ich bin einverstanden. Ich weiß, daß man das seit Jahrzehnten predigt und daß man das seit Jahrzehnten verlangt. Andererseits erinnere ich mich, daß wir schon als Lehrlinge im Verband der jugendlichen Arbeiter verlangt haben, daß man an die Stelle der Meisterlehre eine andere Lehre setzt, weil sie ungenügend gewesen ist, aber es hat sich in diesen 40 oder 50 Jahren auf diesem Gebiet nicht sehr viel geändert.

Es ist mir nicht unbekannt, daß viele Gastwirtschaften einen sehr schweren Existenzkampf führen und man sie nicht mit der gewerblichen Wirtschaft vergleichen kann. Vor allem die kleinen Familienbetriebe sind in einer argen Notlage. Die Gastwirte, Kaffeehäuser und auch die Hotels arbeiten nicht mit solchen Gewinnspannen wie andere Berufszweige, das wissen wir. Wir wissen auch, daß die sozialen Zustände im Gastgewerbe unter der Tatsache leiden, daß es in diesem Beruf sehr wenige Mittel- und Großbetriebe gibt. Die Betriebszählung vom Jahre 1954 ist sehr interessant! Von 31.240 Betrieben gibt es bis zu 9 Beschäftigten 30.258 Betriebe, bis zu 20 Beschäftigten 670 Betriebe, bis zu 50 Beschäftigten 246 Betriebe, bis zu 100 Beschäftigten in ganz Österreich nur 47 Betriebe, von 100 bis 250 Beschäftigten nur 19 Betriebe. Ich glaube, daß das schon zu berücksichtigen ist, und wir berücksichtigen es auch, wenn wir diese Verhältnisse besprechen.

Aber auch in anderer Hinsicht können wir die Verhältnisse im Fremdenverkehr nur schwer mit anderen Wirtschaftszweigen vergleichen. Wenn eine Industrie eine erzeugte Ware nicht absetzt, kann sie sie lagern. Dagegen muß der Hotelier sein in einer Nacht nicht vermietetes Zimmer als einen effektiven Verlust abschreiben.

Wir verstehen daher zum Teil, daß die Fremdenverkehrsbetriebe in Österreich, was den international verlangten Komfort betrifft, nicht so investieren können, wie das notwendig wäre. Wir begrüßen es daher und haben uns auch nie dagegen gewehrt, daß dem Beherbergungsgewerbe nun endlich auch eine Umsatzsteuerbegünstigung zuteil wird, wie

es sie für andere Exportzweige schon gibt und wie sie nun auch dem stillen Export zugute kommen soll. Schon bisher war im Umsatzsteuergesetz der Grundsatz verankert, daß Erlöse, die aus der Verpachtung oder Vermietung von Grundstücken erzielt werden, von der Umsatzsteuer befreit sind. Es erscheint uns, wie Ihnen Kollege Kandutsch wohl auch berichtet hat, berechtigt, daß auch das Beherbergungsgewerbe in diese Begünstigung einbezogen wird. Ein solcher Entwurf ist, wie ich gehört habe, vorbereitet; danach soll der reine Mietkostenanteil des Zimmerpreises, das wird vermutlich ein Drittel des verlangten Preises sein, von der Umsatzsteuer befreit werden. Es war schon bisher unverständlich, daß in diesem Zweig der Wirtschaft, der soviel für die österreichische Zahlungsbilanz bedeutet, steuerlich nicht geholfen wurde und daß man so lange brauchte, um diese Selbstverständlichkeit zu veranlassen. Wir haben das ja schon immer gefordert, verhindert wurde das aber von anderer Stelle, wie ich Ihnen hier beweisen kann. Ich möchte hier wieder dem zuvorkommen, wenn etwas nicht geschehen ist, dafür uns verantwortlich zu machen. Ich zitiere wieder aus der Ihnen schon einmal genannten Zeitschrift und aus dem Interview mit Leopold Nedomansky, dem Ehrenpräsidenten der Österreichischen Hotelierversammlung.

„Wirtschafts-Horizont“ fragt: „Welche Abgaben sind es, die eine so große Belastung darstellen?“

„Präsident Nedomansky: Zum Beispiel die Umsatzsteuer. Vor 1938 waren die Fremdenzimmer und Dienstleistungsbetriebe von der Umsatzsteuerpflicht ausgenommen. Erst im ‚Dritten Reich‘ wurden sämtliche Umsätze in die Umsatzsteuer hereingenommen. Und die Umsatzsteuer ist eine sehr wesentliche Steuer, in Prozenten ausgedrückt.“

„Wirtschafts-Horizont“: „Welchen Ausweg würden Sie persönlich für richtig halten und vorschlagen?“

„Präsident Nedomansky: Ich würde es für richtig halten, daß wir als Exporteure betrachtet werden und eine Exportvergütung erhalten. Dieser Vorschlag kommt nicht von mir, wir betreiben das seit fünf Jahren. Es gibt zwei Fachverbände, den der Beherbergungsbetriebe und den des Gast- und Schankgewerbes. Beim Gast- und Schankgewerbe kann man die Ausländer nicht erfassen, daher hat sogar unsere Schwesterorganisation unseren Vorschlag abgelehnt. Wenn wir eine Vergütung bekommen, wollen sie auch eine. Bei uns aber wird ein Fremdenbuch geführt. Wir können jeden Monat herausziehen, wie viele Ausländerübernachtungen wir hatten und wieviel Geld diese Ausländer dagelassen haben.“

„Meiner Ansicht nach“ — sagte Präsident Nedomansky — „ist die Ablehnung der anderen Wirtschaftszweige eine sehr kurz-sichtige Politik. Wenn wir billiger sein könnten, käme das auch den anderen zugute.“

Man sieht also, wer bisher dieser Frage, wenn man den Ausdruck gebrauchen will, nicht sehr gewogen war.

Wir Sozialisten verlangen allerdings eines: Wenn dieser Entwurf Gesetz wird, soll tatsächlich der ersparte Betrag für notwendige Investitionen verwendet werden. Das wird ungefähr ein Betrag von 25 Millionen Schilling sein. Das ist gemessen an dem, was heute Investitionen in solchen Betrieben kosten, verhältnismäßig wenig, ist aber immerhin ein Anfang und wäre zu begrüßen. Wir würden uns freuen, wenn besonders in den bisher vom Fremdenverkehr vernachlässigten Ländern Niederösterreich und Burgenland solche Investitionen getätigt werden könnten.

Ich möchte hier so wie im Vorjahr ganz kurz auf den Sozialtourismus verweisen. Ich kann nämlich erfreulicherweise berichten, daß im heurigen Jahr die Zahl der Urlaube mit Ortswechsel dank der Arbeit dieses Verbandes gestiegen ist. Leider wurde festgestellt, daß im heurigen Jahr mehr Urlauber in das Ausland gefahren als im Inlande geblieben sind. Es erschienen ihnen wahrscheinlich die Preise günstiger. Hier profitiert allerdings der österreichische Urlauber von dem derzeit herrschenden Konkurrenzkampf zwischen Jugoslawien und Italien.

Ich will aber auch auf eine ganz neue Einrichtung des Sozialtourismus verweisen, weil sie mir geeignet erscheint, einem wirklichen Übel abzuweichen. Wer auf Urlaub geht, wird in seinem Urlaubsort sehr selten kinderreiche Familien antreffen. Halten Sie sich das einmal vor Augen, und sie werden das, was ich sage, bestätigt finden. Sie finden sehr selten kinderreiche Familien, weil diese keine Möglichkeit haben, gut zu halbwegs günstigen Preisen unterzukommen. Und nun hat der Sozialtourismus gemeinsam mit der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter am Ossiachersee den Versuch gemacht, sogenannte Familien-Bungalows zu errichten, wo ganze Familien, kinderreiche Familien, billig oder verhältnismäßig billig wohnen können. Es wäre verfehlt, würde das Gastgewerbe diese Einrichtungen aus irgendwelchen Konkurrenzgründen mit scheelen Blicken ansehen.

Das ist meiner Meinung nach praktische Familienpolitik, die hier betrieben wird, und ich glaube, wir hätten allen Grund, das zu fördern. Man könnte es beispielsweise fördern, indem die Gemeinden irgendwelche Grundstücke zur Verfügung stellen, wenn dieses Objekt erweitert werden soll.

In diesem Zusammenhang will ich aber auch etwas von Bestrebungen sagen, die im Gange sind, die Privatzimmervermietung zu erschweren, wenn nicht überhaupt unmöglich zu machen. Ich glaube, damit würde man dem Fremdenverkehr keinen guten Dienst erweisen, insbesondere nicht dem Inländer-fremdenverkehr. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Ich habe schon im Vorjahr gesagt, daß auch Menschen mit sehr magerer Brieftasche auf Urlaub gehen. Es wurde heute schon hier gesagt, daß man, wenn man von der Lebenshaltung der Arbeiter spricht, den Arbeiter vor Augen hat, der ein Auto besitzt. Ich kann Ihnen, meine Damen und Herren, aus der Praxis eines Betriebes sagen, wie sich diese Menschen dieses Auto zuerst buchstäblich erhungern und wie sie es dann durch Verzicht auf alle möglichen Annehmlichkeiten des Lebens erhalten. Das ist ein Zug der Zeit; ob wir ihn für gut halten oder schlecht, er ist einmal da. Wir können ihn bedauern, aber wir müssen ihn als Tatsache zur Kenntnis nehmen. Aber neben diesen wenigen Autobesitzern gibt es Tausende und Abertausende, die eine wirklich magere Brieftasche haben, die aber auch einen Urlaub verbringen wollen und denen wir die Möglichkeit nehmen, wenn wir etwa darangehen, die Privatzimmervermietung einzuschränken, beziehungsweise unmöglich zu machen.

Ich weiß, ein Bundesland versucht das durch einen Gesetzentwurf, den es einbringen will. Ganz abgesehen davon, daß das rein verfassungsrechtlich unmöglich ist, weil ja die Gewerbeangelegenheiten nicht den Ländern, sondern dem Bund unterstehen, ist das auch deswegen kurzfristig, weil es in der Hochsaison ja gar nicht genügend Betten und Zimmer gibt, um den Bedarf zu decken. Und noch aus einem anderen Grund, meine Damen und Herren! Gerade sehr viele Bergbauern, aber auch sehr viele Handwerker und Arbeiter draußen in den Bundesländern verdienen sich durch diese Privatzimmervermietung ein wenig zu ihrem Lebensunterhalt dazu. Sie verzichten oft in der Saison auf Bequemlichkeit im eigenen Heim, nur um in dieser Zeit Fremde aufnehmen zu können, die ihnen helfen, ihr Einkommen zu erhöhen.

Man sollte hier, glaube ich, nicht aus irgendwelchen Konkurrenzgründen an diesen Dingen rütteln und nicht diese Privatzimmervermietung auf irgendeine Art unmöglich machen oder erschweren.

Meine Damen und Herren! Ich betone nochmals, was ich schon eingangs gesagt habe: Die kritischen Bemerkungen in meinen Ausführungen zum Fremdenverkehr sollen als

positive Kritik gewertet werden. Wir sind gerne bereit, alles zu fördern, was für den Fremdenverkehr nützlich ist, wir haben ein Interesse daran, daß der arbeitende Mensch, dem wir durch ein vorbildliches Urlaubsgesetz einen Urlaub bis zu vier Wochen ermöglichen, seinen Urlaub so verbringen kann, daß er seine Arbeitskraft wiedererlangt und daß er dabei seine Heimat nicht nur kennen, sondern auch schätzen lernt! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Der nächste vorgemerkte Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Schwer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Schwer: Hohes Haus! Österreich entwickelt sich immer mehr zu einem Fremdenverkehrsland, welchem Umstand wir eine wirksame Belebung der heimischen Wirtschaft und das Einströmen wertvoller Devisen zu danken haben. Diese Entwicklung verpflichtet uns aber immer mehr, dem Zustand, der Erhaltung und dem Ausbau unseres Straßennetzes größtes Augenmerk zuzuwenden, weil dies eine wesentliche Voraussetzung für den Fremdenverkehr unseres motorisierten Zeitalters ist.

Von dieser Erkenntnis ausgehend, möchte ich ein brennendes Anliegen der unterentwickelten Gebiete an der steirisch-jugoslawischen Grenze vorbringen. Vor einem Jahr hat eine Gemeinschaft österreichischer Journalisten dieses Gebiet besucht und auch jenen südlichen Abhang des Koralpenraumes kennengelernt, dem durch die Grenzziehung zwischen der Steiermark und Jugoslawien nach dem ersten Weltkrieg die wirtschaftliche Lebensader brutal abgeschnitten wurde und der dadurch in eine katastrophale Lage gekommen ist. Einhellig war man der Meinung, daß dieses Gebiet für den Fremdenverkehr geradezu prädestiniert sei.

Es handelt sich um das weit nach Süden ausladende engere und weitere Gebiet der Soboth in einem Ausmaß von 114,5 km², das in nebelfreier Höhenlage auf den drei übrigen Seiten gegen nachteilige klimatische Einflüsse abgeschirmt ist und mit seinen vielen Wäldern ein Paradies für alle Erholungsbedürftigen sein könnte. Es hat nur den einen auf die Dauer unerträglichen Nachteil, daß der ganze Bundesstraßenstrang, der sich von Eisenstadt entlang der ganzen steirischen Landesgrenze im Osten und im Süden über Kärnten bis nach Lienz dahinzieht, ausgerechnet hier noch immer unterbrochen ist und lediglich durch eine völlig unzulängliche Verkehrsader zwischen Eibiswald in Steiermark und Lavamünd in Kärnten verbunden wird. Dieser 46 Kilometer lange und durchschnittlich nur drei bis vier Meter breite Verbindungsweg mit seinen sage und schreibe 364 meist engen

Kurven und einer kontinuierlichen Steigung von 11 bis 12 Prozent, der im Laufe der Jahre von der agrartechnischen Abteilung der steiermärkischen Landesregierung etappenweise ausgebaut und schließlich auch in die Landesstraßenverwaltung übernommen wurde, stellt ein Kernproblem im Kranz der Grenzlandfragen dar.

Das Land Steiermark hat vor allem nach dem zweiten Weltkrieg bisher alles getan, um den durch die Grenzziehung des Jahres 1919 seiner natürlichen Verbindungen mit dem Drautal beraubten und zum ausgesprochenen Notstandsgebiet gewordenen Raum um Soboth von seiner völligen Isolierung zu befreien. Dies war und ist unso vordringlicher, als ja dort durch eine besorgniserregende Abwanderung der bodenständigen Menschen der lebendige Grenzzaun immer mehr durchlöchert wird und zu einem völkischen Vakuum führt. Es stehen dort bereits Dutzende von Bauerngehöften leer, und die Zahl der Schüler in den dortigen vier Grenzlandschulen ist in den letzten 20 Jahren um mehr als 50 Prozent zurückgegangen.

Wenn man bedenkt, daß der jugoslawische Nachbar nach Rußland in Europa den größten Geburtenüberschuß hat, so wird man wohl verstehen, daß dieses Problem der gelenkten und der natürlichen Unterwanderung immer mehr Gegenstand ernster Diskussionen darstellt. Ich könnte, meine Damen und Herren, in nationaler, wirtschaftlicher und sozialer Schau mit erschütternden Zahlen aufwarten, aus denen Sie ersehen können, daß es für den zuständigen Abgeordneten dieses Gebietes die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit ist, an den Herrn Handelsminister die ebenso herzliche wie dringende Bitte zu richten, die Bemühungen des Landes Steiermark auf das tatkräftigste zu unterstützen.

Konkret gesagt, gehen diese Bemühungen dahin, für dieses in der Rangordnung der unterentwickelten Gebiete wohl in Dringlichkeitsstufe I stehende Gebiet der Soboth einen entsprechenden Betrag aus dem Titel der 100 Millionen Schilling zu erreichen, die heuer erstmalig im Budget für die unterentwickelten Gebiete vorgesehen sind. Das Land Steiermark ist beim besten Willen nicht in der Lage, aus den laufenden Mitteln der Bundesstraßenverwaltung die geschilderte Lücke im Bundesstraßennetz zu schließen und den Verbindungsweg zwischen Eibiswald und Lavamünd so auszubauen, wie es den Erfordernissen der heutigen Zeit entspricht.

Dem Land Steiermark liegt es völlig fern, an den Bund Forderungen zu stellen, die von vornherein als nicht erfüllbar angesehen werden müssen. Ich darf jedoch dem Herrn

Minister den Vorschlag unterbreiten, bei einer kommenden Novellierung des Bundesstraßengesetzes das Angebot der Steiermark in Erwägung zu ziehen, bei Übernahme des geschilderten Straßenstückes durch den Bund ein gleich großes Stück Bundesstraße, das nicht so im gesamtösterreichischen Interesse liegt wie die Schließung des Bundesstraßenzuges an der Grenze und noch dazu im unterentwickelten Gebiet, im Tauschweg in die Landesstraßenverwaltung zu übernehmen. Weil dadurch der Bund in keiner Weise vor eine unlösbare Frage gestellt wird, bin ich überzeugt, daß einem solchen Vorschlag auch das Hohe Haus die Zustimmung nicht verweigern wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Der nächste vorgemerkte Redner ist der Herr Abgeordnete Wührer. Ich ersuche ihn, das Wort zu ergreifen.

Abgeordneter Wührer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist erwiesen, daß rund 8 Prozent der österreichischen Bevölkerung an Farbblindheit, sei es eine Total- oder Rot-Grün-Blindheit, leiden. Diese Tatsache ist gerade für die landwirtschaftliche Bevölkerung zu einem großen Problem geworden. Allein 3000 Landarbeiter, dazu Bauern und Bauernsöhne, sind nach den derzeitigen Bestimmungen der Kraftfahrverordnung für die Führung von Kraftfahrzeugen als ungeeignet erklärt. Diese Regelung bedeutet für die Bewerber um die Erteilung eines Führerscheines für Traktoren, die durch die fortschreitende Mechanisierung und durch den immer größer werdenden Landarbeitermangel Verwendung finden müssen, insbesondere dann eine empfindliche Härte, wenn der Bewerber — wie dies vor allem bei kleinen Betrieben der Fall ist — für die Bedienung eines Traktors allein in Betracht kommt, da die Einstellung einer fremden Arbeitskraft finanziell nicht tragbar ist.

Ich wiederhole: Die Anschaffung von Traktoren ist heute kein Luxus mehr, sondern nur eine der Voraussetzungen für die Mechanisierung des Betriebes und damit auch für eine Steigerung der Produktivität. Darüber hinaus finden sich fremde Arbeitskräfte oder mitarbeitende Familienmitglieder zur Arbeit nur dann bereit, wenn eben eine solche Zugmaschine im landwirtschaftlichen Betrieb vorhanden ist.

Ich habe bereits im Februar 1957 in dieser Angelegenheit beim Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau auf diese Schwierigkeiten hingewiesen, die sich aus der derzeitigen Rechtslage für die Landwirtschaft ergeben.

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs hat in Anbetracht dieser Situation ebenfalls schon im Frühjahr 1957 eine Eingabe an dasselbe Ministerium gerichtet, in der eine entsprechende Ergänzung der Kraftfahrverordnung beantragt wurde.

Schließlich habe ich am 18. Juli 1957 mit meinen Freunden Kranzlmayr, Griebner, Haunschmidt und anderen Klubmitgliedern einen Antrag im Hohen Hause eingebracht, wonach der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau aufgefordert wird, ehestens eine Novellierung der Kraftfahrverordnung in die Wege zu leiten, derzufolge auch farbenblinden, rot-grün-blinden Personen die Führung von Zugmaschinen, die in der Landwirtschaft Verwendung finden, ermöglicht werden kann, da eine solche Ausnahmebestimmung mit den Erfordernissen der Verkehrssicherheit durchaus vereinbar ist.

In der Regel werden Traktoren fern von den Hauptverkehrsstraßen, ja insbesondere nur im landwirtschaftlichen Gelände eingesetzt, sodaß beim Verkehr Lichtsignale ohnedies kaum in Betracht gezogen werden müssen. Gegebenenfalls könnte die Bestimmung so lauten, daß mit dem Traktor vor allem nur Strecken in der näheren Umgebung des Betriebes befahren werden dürfen, sodaß sich der Lenker durch das Befahren der gleichen Strecke eine entsprechende Ortskenntnis aneignen kann. Aus diesem Grunde ist auch ein Übersehen oder Nichterkennen einzelner auf dieser Strecke befindlicher farbiger Lichtsignale nicht zu befürchten.

Mit besonderer Genugtuung stelle ich fest, daß das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau am 21. Mai dieses Jahres einen Verordnungsentwurf in dieser Hinsicht ausgearbeitet und den berufenen Stellen zur Begutachtung zugesandt hat. Der Entwurf entspricht den bereits dargestellten dringenden Bedürfnissen der Landwirtschaft.

Es hat auch die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern dem Ministerium mitgeteilt, daß der Entwurf begrüßt wird und daß die Verordnung in der Fassung des Entwurfes erlassen werden sollte.

Nachdem seit dem Ende der Begutachtungsfrist nun schon fast vier Monate vergangen sind, richte ich im Namen der Landwirtschaft an den Herrn Bundesminister die dringende Bitte, es nicht bei der Versendung des Entwurfes bewenden zu lassen, sondern die Verordnung in unveränderter Form ehestmöglich zu erlassen, damit bei Beginn der Frühjahrsarbeiten auch alle jene, die aus den angeführten Gründen bisher einen Führerschein für eine Zugmaschine nicht erhalten konnten, in dessen Besitz gelangen können.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung braucht eine solche Erleichterung, um ihre Aufgabe für die gesamte Bevölkerung voll und ganz erfüllen zu können, und ich glaube, die Zukunft wird zeigen, daß dadurch in keiner Weise die Verkehrssicherheit gefährdet wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als Gegenredner hat sich zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Zeillinger:** Hohes Haus! Ich werde Ihre Aufmerksamkeit nur einige Minuten in Anspruch nehmen und zu einem Detailkapitel sprechen. Zuvor aber erlauben Sie mir, im Namen meines Fraktionskollegen Dr. Kandutsch eine Richtigstellung zu treffen.

Nach seinen Ausführungen, in denen er auch für eine Erhöhung der Dotierung der Wirtschaftsförderung eingetreten ist und sich dagegen wandte, daß die Kleinkreditaktion für Gewerbetreibende so schlecht dotiert ist, hat der Herr Kollege Mayr von der Österreichischen Volkspartei seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß nun der Sprecher der Freiheitlichen hier im Hause auch ungefähr das sagt, was er schon namens der ÖVP im Ausschuß vertreten hat.

Ich darf zuerst einen historischen Irrtum richtigstellen, der wohl darauf zurückzuführen ist, daß Sie, Kollege Mayr, erst seit dem Jahre 1956 dem Hause angehören. *(Abg. Franz Mayr: Seit 1953!)* Dann bitte ich, im Protokoll nachzulesen, daß diese Diskussion nicht erst heuer hier entbrannt ist, sondern der Abgeordnete Kandutsch das schon seit Jahren hier vertritt.

Meine Herren! Eine Klarstellung: Wir werden den Kleingewerbetreibenden doch nicht helfen, wenn wir hier im Haus darüber streiten, wer zuerst für sie eingetreten ist, wer zuerst verlangt hat, daß etwa statt 11 Millionen 50 Millionen für sie zur Verfügung gestellt werden.

Darf ich Sie, Herr Kollege Mayr, und Ihre Partei einladen: Die ÖVP und die Freiheitlichen verfügen über eine solide Mehrheit hier im Hause. Nicht reden! Lassen Sie doch Ihren Worten einmal die Tat folgen, Herr Kollege! Sie helfen keinem Gewerbetreibenden, wenn Sie hier von der Rednerkanzel aus immer wieder sagen: Den Gewerbetreibenden muß geholfen werden!, bei der Abstimmung aber dann dagegen stimmen. Über das Kapitel Handel ist noch nicht abgestimmt worden. Darf ich Sie und Ihre Fraktion der Österreichischen Volkspartei einladen: Reden wir nicht davon, daß wir den Gewerbetreibenden helfen wollen, machen wir es: stimmen wir gemeinsam — Österreichische Volkspartei und

Freiheitliche Partei — für eine bessere Dotierung des Kleingewerbekredites! Dann helfen wir den Gewerbetreibenden, nicht aber durch einen Streit von hier aus, wer zuerst die Forderung erhoben hat. *(Abg. Franz Mayr: Herr Kollege! Darf ich nur sagen: Lesen Sie die „Parlamentkorrespondenz“, 20. Bogen vom 13. November, nach! Dann ist das Ganze aufgeklärt, denn da ist einwandfrei festgehalten, was ich gesagt habe und was Kandutsch wiederholt hat!)*

Herr Kollege — schön! Aber glauben Sie, daß wir den Gewerbetreibenden damit helfen, wenn wir feststellen, wer etwas zuerst für sie gefordert hat? Ist es denn nicht erfreulich, wenn sich im Haus zur Vertretung irgendeiner Berufsgruppe im österreichischen Staate eine Mehrheit findet? Das ist erfreulich für die Betreffenden, aber noch erfreulicher wäre es, Herr Kollege Mayr, wenn Sie Ihren leeren Worten einmal die Tat folgen lassen würden. Ich lese nicht in der „Parlamentskorrespondenz“ vom 13. November nach, sondern ich lese nächste Woche in der „Parlamentskorrespondenz“ nach, wie Sie bei der Abstimmung gestimmt haben. Und das sage ich Ihnen heute schon: Sie werden trotz aller Versprechungen von hier aus gegen die Kleingewerbetreibenden gestimmt haben. Sie werden für sie gefordert haben, aber Sie sind nicht bereit, auch nur einen Groschen mehr den Kleingewerbetreibenden zu geben. *(Abg. Franz Mayr: So eine Demagogie!)* Herr Kollege! Das ist keine Demagogie! Sich herausstellen und sagen: Den Kleingewerbetreibenden muß mehr gegeben werden!, das ist Demagogie. Hören Sie doch einmal auf mit dieser unwahren Politik! Kehren Sie zurück zu einer Politik der Wahrheit! Lassen Sie Ihren Worten, Ihren demagogischen Reden im Parlament auch die Tat folgen! Stimmen Sie für die Kleingewerbetreibenden, und Sie werden uns in dieser Frage jederzeit auf Ihrer Seite haben. Lesen wir die „Parlamentskorrespondenz“ in der nächsten Woche nach der Abstimmung! Ich lade Sie heute namens der Freiheitlichen Partei ein: Stimmen wir gemeinsam! Ich bin überzeugt, die Sozialisten werden mitgehen. Die lassen sich gar nicht überstimmen, dazu sind sie viel zu kluge Taktiker. Stimmen wir gemeinsam für eine Erhöhung des Kleingewerbefonds, und lassen wir den Streit, wer es zuerst gefordert hat! *(Abg. Lackner: Wir werden ein einig Volk von Brüdern!)* Wir werden ein einig Volk von Brüdern, aber es wird noch sehr lange dauern. *(Heiterkeit.)*

Und nun erlauben Sie mir, daß ich beim Kapitel Handel ein kleines Detail herausgreife, und zwar deswegen, weil in dem zur Diskussion stehenden Kapitel das Handelsmini-

sterium als Bauherr aufgetreten ist, und zwar ist es der Bauherr des vielumstrittenen, vieldiskutierten zweiten Salzburger Festspielhauses. Das wird vielleicht sogar im Interesse des Herrn Ministers sein; denn ich muß offen gestehen, ich habe bei meiner Anwesenheit in Wien und in Salzburg sehr oft festgestellt, daß immer dann, wenn heftige Kritik im Lande gegen irgendwelche Maßnahmen des Bundes erhoben wurde, der Herr Minister als der Sündenbock hingestellt worden ist und ihm die Schuld an all den Schwierigkeiten und all den Ungelegenheiten zugeschoben wird. Vielleicht hat der Minister dann einmal Gelegenheit, klar festzustellen: Nein! Das, was im Lande behauptet wird, ist unrichtig! Ich bin gerne der erste, der nach Hause fährt und feststellt: Die Ausführungen Ihrer Parteifreunde im Lande sind nicht richtig. Ich stelle fest, daß Sie hier eine andere Erklärung abgegeben haben.

Umgekehrt wird es das Hohe Haus einmal interessieren, zu erfahren, was eigentlich mit den Mitteln geschieht, die wir dem Bund zur Verfügung stellen, und wie es zugeht, wenn einmal der Bund bei einem Projekt als Bauherr auftritt.

Ich glaube, es ist eine Selbstverständlichkeit, in der Privatwirtschaft zumindest, daß man beim kleinsten Auftrag eine sogenannte Ausschreibung vornimmt, daß man unter den in Betracht Kommenden Offerte einholt und daß man zum Beispiel bei einem Bau Architekten einlädt, die verschiedenen Projekte auszuarbeiten und einzureichen. Obwohl es sich hier ursprünglich um ein 100 Millionen-Projekt handelte, ist eine Ausschreibung in der Architektenschaft nicht erfolgt. Und hier ist die erste Divergenz. Es wird in Salzburg ausdrücklich behauptet: Hätte Professor Holzmeister — das ist jener Architekt, von dem wir Freiheitlichen immer wieder feststellen, daß er der Hausarchitekt der Österreichischen Volkspartei ist und daher Aufträge ohne Ausschreibung zugeschanzt bekommt — diesen Auftrag nicht bekommen, dann wäre das Festspielhaus nicht nach Salzburg gekommen. *(Abg. Dr. Hofeneder: Das erste auch schon nicht!)*

Ich darf Ihnen dann vorlesen, wie schlecht man heute auch über das erste Festspielhaus urteilt. Der Bau des ersten Festspielhauses ist keineswegs eine Empfehlung, Holzmeister ohne Ausschreibung noch einmal mit dem Bau eines Festspielhauses zu betrauen. Herr Kollege! Das Festspielhausbauen ist so teuer, daß man nicht einen Architekten drei-, viermal ein Haus bauen lassen kann nach dem Motto: Eines Tages wird er es schon lernen, beim fünften Mal wird ihm dann vielleicht der große Wurf gelingen!

Es wurde behauptet, es gebe in Österreich keinen Theaterbauer, der so tüchtig wäre wie der besagte Professor Holzmeister, und es würde sich gar kein anderer darum bewerben.

Zum ersten: es würde sich kein anderer bewerben. Die Architekten haben sich selbstverständlich darüber beschwert, daß dieser Bau nicht ausgeschrieben worden ist, und, Kollege Dr. Hofeneder, ich kann es nicht verstehen, daß gerade Sie als Vertreter der Wirtschaft es billigen, wenn öffentliche Aufträge ohne Wettbewerb vergeben werden. Das ist doch eine von uns gemeinsam vertretene Forderung der Wirtschaft: Öffentliche Aufträge, öffentliche Ausschreibung und dann Vergabe an den Besten, der nicht immer der Billigste sein muß.

Es haben sogar, um auch das festzustellen, Architekten von sich aus eigene Ideenentwürfe ausgearbeitet und eingereicht, die alle mit dem Hinweis auf den Standpunkt des Ministeriums zurückgewiesen wurden: Entweder verdient Holzmeister diese Millionen, oder das Haus wird nicht in Salzburg gebaut!

Nun zu dem Umstand, daß man sagt, ein anderer Architekt wäre nicht in Frage gekommen. Darf ich Ihnen hier einige Details zur Erläuterung sagen?

In einem Memorandum, das man zur Verteidigung dieses Projektes ausgearbeitet hat, hat man die Baukosten beim Beginn des Baues mit 96,5 Millionen angegeben. Mit 96,5 Millionen Schilling! Und zu gleicher Zeit lagen lediglich — das war zur Zeit der Vergabe an Holzmeister — einige durchaus, wie Fachleute nun feststellten, schlampige Rohskizzen, aber in keiner Weise ein ausgearbeiteter Entwurf vor.

Sofort hat die Freiheitliche Partei eine Architektengruppe ersucht und beauftragt, diese Berechnung des Handelsministeriums nachzurechnen. Und man kam auf Grund der Rohskizzen dieses Weltmannes Holzmeister auf einen Betrag von 180 bis 200 Millionen Schilling. Wir haben das öffentlich festgestellt und behauptet und haben von der Partei des Herrn Ministers dann den Vorwurf bekommen, wir seien Demagogen. Wir sind öffentlich der Demagogie bezichtigt worden, weil wir erklärten: Um 96,5 Millionen Schilling kann dieses Festspielhaus nicht gebaut werden.

Ich kann Ihnen einen Brief des Handelsministeriums vom 21. November 1958 vorlesen, wo festgestellt wird, daß die Gesamtbaukosten rund 210 Millionen Schilling betragen werden, also eine Steigerung innerhalb von zwei Jahren von 96,5 Millionen Schilling auf 210 Millionen Schilling, eine Steigerung, die sich kein Privater leisten könnte, und eine Steigerung, Herr Minister, die nur des-

wegen zustandegekommen ist, weil Sie dieses Projekt einem Mann zugeschanzt haben, der wußte, daß er machen kann, was er will, es gibt für ihn keinen Konkurrenten, er braucht nur eines: er braucht die gute Verbindung zur ÖVP, und er bekommt diesen Auftrag.

Ich darf Ihnen aus dem Gutachten jener Architekten, die wir damals ersucht haben, zum Holzmeister-Projekt Stellung zu nehmen, zitieren. Professor Holzmeister hat vergessen, die Schwierigkeiten des Grundes dort, wo er gebaut hat, einzusetzen. Er hat nur roh einen Plan skizziert, hat aber nicht bedacht, daß er 27 Meter tief auf keinen festen Grund kommt. Es mußte dann eine sogenannte Fundierungswanne gemacht werden, nachdem die Probebohrungen mißlungen waren. Das kostete zusätzlich 30 Millionen Schilling. Das wußte der berühmte, von der einen Regierungspartei so forcierte Architekt Professor Holzmeister nicht, das war aber — seien Sie mir nicht böse — in Salzburg fast jedem Architekten eine bekannte Tatsache.

Wir haben uns, um nur ein Beispiel zu sagen, an jene Firmen gewendet, die im Krieg dort Sprengungen durchführten. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß das zweite Salzburger Festspielhaus nicht in Gottes freier Natur gebaut wird, sondern in den Mönchsbergfelsen hineingesprengt wurde. Nichts näherliegend, als daß man sich an jene Firmen wendete, die schon seinerzeit dort Sprengarbeiten durchgeführt haben und die uns zum Beispiel gesagt haben: Meine Herren, dort unten fließt der Almkanal durch! Wir haben im gemeinsamen Projekt des Herrn Professors Holzmeister und des Handelsministeriums nachgesehen. Man hat übersehen, daß unter dem zu bauenden Festspielhaus der Almkanal durchfließt, obwohl auch das in Salzburg eine allgemein bekannte Tatsache ist. Das Einkalkulieren hat nun mehrere Millionen gekostet.

Es wurde vergessen, Geld für das Abreißen der alten Gebäude einzusetzen. Es wurde übersehen, daß ein Stahlgerüst mit Miniumfarbe zu streichen ist. Allein dieser Posten kostet 1 Million Schilling zusätzlich. Das war alles nicht in die 96,5 Millionen Schilling einkalkuliert.

Es wurde ein Projekt ausgearbeitet ohne spielfähige Bühne, auch die Unterbühne war nicht vorgesehen; man hat auf die Pausenräume vergessen. Bis heute — für moderne Festspielhäuser ein Unding — hat man noch keine Räume für die Presse vorgesehen. Es ist keinerlei Ausschmückung im Foyer, einfach weißgetüncht sollte das Foyer in einem Festspielhaus sein! Nur eine leichte Umlaufheizung war vorgesehen. Der Einbau einer Zentralheizung kostet nun viele Millionen.

Allein diese kleine Liste von Vorwürfen, Herr Minister, von Feststellungen, die wir bei Beginn des Baues getroffen haben und auf die wir gesagt haben: Es muß 200 Millionen Schilling kosten!, allein diese kleine Kollektion zeigt Ihnen bereits, mit welcher nicht zu verantwortenden Leichtfertigkeit man an das Projekt herangegangen ist, nur weil hinter diesen Rohskizzen der Name Holzmeister und seine gute Verbindung zur Österreichischen Volkspartei gestanden ist.

Ich darf Ihnen, Herr Minister, nun vorlesen ... (*Bundesminister Dr. Bock: Ich muß schon sagen, Herr Abgeordneter, es wird mir nicht leicht sein, auf so viel Unsachlichkeit zu antworten! Ich werde es aber probieren!*) Herr Minister, ob Sie auf Unsachlichkeit antworten oder nicht, ist gleichgültig, aber ich darf Sie nur um eines bitten: mir zu antworten. Ich habe öffentlich erklärt: Das Salzburger Festspielhaus wird 180 bis 200 Millionen Schilling kosten. Es wurde mir von Ihrer Partei eingewendet: Zeillinger, Sie sind ein Demagoge! Es kostet 110 Millionen! Und heute, Herr Minister, müssen Sie in Ihrem Ministerium schreiben: Es kostet 210 Millionen Schilling — also mehr, als wir angegeben haben. Herr Minister! Sie werden nicht bestreiten können — und wenn Sie es bestreiten, bin ich bereit, den Wahrheitsbeweis anzutreten, Sie haben lediglich hier jetzt das letzte Wort —, daß in den Rohskizzen des Professors Holzmeister der Almkanal vergessen worden ist, die Fundierungswanne um 30 Millionen Schilling vergessen worden ist, und all die übrigen Bausünden mehr.

Aber ich darf Ihnen, meine Herren, da der Herr Minister sagt, ich sei unsachlich, das Memorandum vorlesen, auf Grund dessen man ja seinerzeit Stimmung gemacht hat: „Der vorgesehene Zuschauerraum“ — heißt es in dem Memorandum für das Festspielhaus — „mit 2400 Sitzen gewährleistet einwandfreie Sicht und Akustik, die Plätze sind maximal 25 Meter von der Bühne entfernt.“ Ergebnis: statt 2400 Sitzen tatsächlich 2100 Sitze und statt 25 Meter Entfernung nun 35 Meter Entfernung. Herr Minister! Wenn Sie nun sagen, das sei Unsachlichkeit, bitte ich Sie noch einmal, Ihr Memorandum oder das doch sicher mit Ihrem Wissen herausgegebene Memorandum des Salzburger Landeshauptmannes durchzulesen und dann zu sagen, warum nun um 300 Sitze weniger gebaut wurden und warum man jetzt nicht auf 25 Meter Entfernung von der Bühne, wie Sie sagten, sondern auf 35 Meter geht.

Das ist ja die Taktik: Bei der Planung, wenn man es dem Volk und den Abgeordneten, die beschließen müssen, schmackhaft machen will,

operiert man mit kleinen Zahlen, vollkommen überzeugt, daß diese Zahlen falsch sind. Man operiert mit kleinen Zahlen, und was soll man jetzt machen? 142 Millionen sind ja schon verbaut, der Felsen ist weggesprengt, die Betonmauer ist fertig — ja, soll man jetzt aufhören, weil man die restlichen 68 Millionen Schilling nicht mehr aufbringen will? Sie sind nicht der einzige, Herr Minister, der diese Taktik verfolgt. Es ist die Taktik der öffentlichen Hand heute. Also ist es unsere Aufgabe, hier auf diese Mißstände hinzuweisen.

Ich darf Ihnen ein zweites Beispiel bringen. Die Finanzierung war durch eine Anleihe in drei Tranchen vorgesehen. Man hat eine „Festspielanleihe“ aufgelegt — eine erste Tranche mit 35 Millionen, eine zweite mit 35 Millionen und eine dritte mit 30 Millionen Schilling — in der sicheren Erwartung, das Volk werde nun, glücklich darüber, daß in Salzburg ein zweites Festspielhaus errichtet wird, im Vertrauen auf die Regierungspolitik hinstürmen und diese Anleihe zeichnen. Ich kann darauf nur wieder unsere Ausführungen zitieren, wo wir vor dem Experiment gewarnt haben, wo wir gesagt haben: Gefährdet nicht die Anleihepolitik in Österreich durch Anleihen, die von der gesamten Öffentlichkeit abgelehnt werden!

Herr Minister! Sie werden nun nicht behaupten können, daß meine Ausführungen unsachlich sind, wenn ich Ihnen entgegenhalte: Wieder hatte die Freiheitliche Partei vollkommen recht. Zum erstenmal ist in Österreich eine Anleihe ein völliges Fiasko gewesen. Es gibt kein Beispiel eines derartigen Fiaskos, einer derartig einhelligen Ablehnung einer Anleihe durch die Öffentlichkeit in der österreichischen Finanzgeschichte. Schon bei der ersten Tranche konnten mit Mühe und Not statt 35 Millionen Schilling nur 4 Millionen Schilling untergebracht werden, obwohl man — das ist Ihnen ja sicher bekannt — allen bekannten Firmen, die mit öffentlichen Aufträgen zu tun haben, Einladungsbriefe in der sicheren Erwartung schickte, daß sie, wenn sie wieder Aufträge wollen, einen entsprechenden Betrag zeichnen werden. 4 Millionen Schilling statt 35 Millionen! Den Rest mußten die Banken mit der von Ihnen gegebenen Garantie aufbringen. Eine einmütige Ablehnung dieser Politik durch die Öffentlichkeit, eine einzig dastehende Blamage einerseits des Finanzministeriums, andererseits des Handelsministeriums, die sich von der Freiheitlichen Partei — einer, wie Sie tun, so lächerlich kleinen Oppositionspartei — heute sagen lassen müssen: Wir haben mehr Verbindung mit der Öffentlichkeit, denn wir haben genau das Fiasko — fast auf den Groschen — voraus-

gesagt. 3 Millionen, haben wir gesagt, werden herauskommen; die Bevölkerung hat uns enttäuscht, sie hat 4 Millionen gezeichnet, aber nicht einmal die 35 Millionen der ersten Tranche. Die zweite Tranche mit 35 Millionen mußte bereits zurückgestellt werden und ebenso die dritte mit 30 Millionen. Jetzt muß im Wege von Kreditoperationen das fehlende Geld aufgebracht werden. Also nicht nur statt 96 Millionen eine Steigerung auf 210 Millionen, sondern es fehlt trotz aller Warnungen auch das Geld, weil die Öffentlichkeit einfach nicht bereit war, darauf einzugehen.

Es wäre gut, Herr Minister, wenn Sie uns Freiheitlichen nicht nur Unsachlichkeit vorwerfen würden, sondern wenn Sie sich hie und da einmal unsere Ausführungen, die wir jahrelang sachlich vorgebracht haben, anhören würden. Denkschriften haben wir bei der Landesregierung überreicht, immer wieder haben wir darauf hingewiesen, wogegen wir Bedenken haben. (*Abg. Glaser: Glauben Sie das selber, was Sachlichkeit betrifft? Wovon werdet ihr leben, wenn das Festspielhaus fertig ist?*) Herr Kollege, darauf komme ich. Das ist mein letzter Punkt! Sie brauchen keine Angst zu haben! Sie sind bei jener Gruppe, die zu mir gesagt hat, ich sei ein Demagoge, als ich gesagt habe: Das Festspielhaus kostet 200 Millionen! (*Abg. Glaser: Das sind Sie auch!*) Herr Kollege! Hier haben Sie den Brief Ihres Ministeriums, daß dieses Festspielhaus nun 210 Millionen kostet. Nun können Sie feststellen, wer Demagogie betreibt. Ich erkläre Ihnen heute hier: Bewußt haben Sie dem Volke vorgelogen, daß das Festspielhaus nur 96 Millionen Schilling kostet. Ihr habt genau so wie wir gewußt, daß es 210 Millionen Schilling kosten wird. Aber ihr habt es dem Volke verschwiegen und habt gesagt: 96 Millionen — und jetzt soll es 210 Millionen bezahlen! Herr Kollege! Zeigen Sie mir in einem einzigen Punkt, daß wir unrecht gehabt haben, daß man auf den Almkanal nicht vergessen hat. Sie sind Salzburger, Sie wissen genauso wie ich, daß der Almkanal drunter fließt. Schauen Sie sich den Entwurf Holzmeisters an! Auch Sie, Herr Kollege Glaser, haben gewußt, daß man auf den Almkanal vergessen hat. Der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist der: Sie haben geschwiegen, und wir haben gesprochen, damit man nachher nicht sagen kann, wir hätten das verschwiegen. (*Abg. Glaser: Es wurde Arbeit geschaffen!*) Nein, Herr Kollege! Sie haben das Geld verpulvert, Sie werfen das Geld der öffentlichen Hand hinaus!

Man hat dann später erst geschrieben, man habe deutsche Theater geprüft. Sie wissen auch, daß Ihr Landeshauptmann erst nachher, nachdem schon alles verfahren war, nach

Deutschland hinausgefahren ist, die Theater anzuschauen. Und er wird auch Ihnen erzählt haben, daß man dort eine deutsche Bühne mit 2100 Sitzen, umgerechnet in Schilling, um 116 Millionen Schilling gebaut hat. Man sieht also, daß das möglich ist. Nur wäre es besser gewesen, wie man es im Memorandum geschrieben hat, vorher hinauszufahren. (*Abg. Doktor Hofeneder: Dann schaut es so aus wie die Hamburger oder die Kölner Oper!*) Herr Kollege, ich zitiere ja nur, weil im Memorandum drinnen steht, daß man diese Theater in Deutschland vorher besichtigt hat. Ich wäre nicht auf diese Idee gekommen.

Aber nun, Herr Kollege, fragen Sie: Was ist denn nachher? Ich darf Ihnen auch etwas über das Nachher erzählen. Ihre stille Hoffnung ist die: Nun wird das Haus fertig sein, und dann wird die Opposition schweigen. Aber Sie wissen ja selbst genau, mit welchen Sorgenfalten wir heute in Salzburg bereits an das Defizit nach Fertigstellung des neuen Hauses denken. Herr Kollege! Ich darf Sie an die Diskussion über diese Sorgen erinnern, die unsere Landtagsklubs in den letzten Wochen bewegt haben. Sie wissen genau, daß die einflußreichen Leute und diejenigen, die mitten in der Materie stehen, annehmen ... (*Zwischenruf des Abg. Glaser.*)

Moment, Herr Kollege! Wir leben vom Fremdenverkehr, aber wir leben Gott sei Dank nicht von der Art und Weise, wie Ihre Partei öffentliche Aufträge vergibt, denn da wären wir längst zugrundegegangen. (*Abg. Rödhammer: Das ist die Sachlichkeit!*) Aber bitte, bleiben Sie einmal sachlich. (*Anhaltende Zwischenrufe. — Ruf bei der ÖVP: Wenn Sie Regierungspartei wären, wären wir schon zugrunde gegangen!*) Ich weiß nicht, meine Herren, warum Sie so aufgeregt sind, wenn Sie etwas Unangenehmes hören. Warum regen Sie sich da so auf? Wollen Sie irgend etwas bestreiten? Ich kann Ihnen alles zeigen: die 96 Millionen, mit denen Sie geplant haben, und die 210 Millionen, die Sie heute eingestehen müssen! Möge doch jemand herkommen, möge er nach mir herausgehen und möge er sagen, meine Zahlen seien unrichtige Ziffern! Ich kann beide Zahlen dokumentarisch belegen.

Aber nun, Herr Kollege, darf ich Ihnen etwas sagen. Sie wissen, daß das Defizit — Festspiele bringen ein Defizit mit sich, das ist unvermeidbar — der Salzburger Festspiele vor wenigen Jahren noch 3¾ Millionen Schilling betragen hat und daß wird mit größtem Ächzen und Stöhnen heuer bei 12 Millionen angelangt sind. Und Sie wissen genau, daß wir nächstes Jahr einen wesentlich höheren Betrag einsetzen müssen, nur deswegen, weil das neue Haus, wenn es betriebsfertig ist, ein Defizit von

20 bis 25 Millionen Schilling bringen wird. Herr Kollege, ich lade Sie ein, sich mit Ihren Kollegen im Lande darüber zu unterhalten. Sie kennen genau die auch für Sie zweifellos harte Stellungnahme, die teilweise in Stadt und Land Salzburg schon bezogen wird. Sie werden wissen, daß sich auch Ihre Fraktion, die der Österreichischen Volkspartei, in der Stadt Salzburg einstimmig — einstimmig! — dagegen ausgesprochen hat, daß weitere Millionen für den Festspielhausbau freigegeben werden, denn es hängen ja 68 Millionen derzeit in der Luft. Der Bund mag sie nicht zahlen. Der sagt: Das Festspielhaus steht in Salzburg, wir zahlen nur einen Teil! Und das Land und die Stadt sagen: Wir wollen es auch nicht zahlen, wir haben schließlich diese zusätzlichen Kosten nicht verursacht, schuld ist der Bund, also soll es der Bund zahlen! Ich darf Sie daran erinnern, Herr Kollege Glaser, daß Ihre Partei mit den Sozialisten und den Freiheitlichen einstimmig in der Stadt Salzburg abgestimmt und erklärt hat, es werde auf die weiteren 68 Millionen nichts mehr gezahlt werden, weil die Gemeinderäte der Österreichischen Volkspartei in der Stadt Salzburg jedenfalls etwas weiter denken und mehr Verantwortungsbewußtsein haben ... (*Abg. Glaser: Sie reißen alles aus dem Zusammenhang heraus!*) Nein, Herr Kollege! Ich brauche gar nichts aus dem Zusammenhang zu reißen. (*Abg. Glaser: Das ist doch eine falsche Darstellung!*)

Das ist gar keine falsche Darstellung! Lesen Sie den Beschluß! Und, Herr Kollege, lesen Sie nach, wie man sich jetzt darüber Sorgen macht, was nämlich, wenn das Festspielhaus fertig sein wird, das Defizit von 20 bis 25 Millionen Schilling bedeuten wird. Wir haben einen kleinen Fremdenverkehrsförderungsfonds, Herr Kollege Glaser ... (*Abg. Glaser: Der Unterschied zwischen Ihnen und uns ...*) Lassen Sie mich einmal ausreden! Ich weiß nicht, warum Sie so nervös sind. (*Abg. Glaser: Der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist der, daß wir uns seit 1945 Sorgen machen, um dieses Österreich weiterzubringen! Ihr macht euch Sorgen, wo ihr uns Hindernisse in den Weg legen könnt, wo ihr Schwierigkeiten machen könnt und wo ihr kritisieren könnt! — Zustimmung bei der ÖVP.*)

So, Herr Kollege, ich weiß nicht, ob Sie das Kritik nennen, ob Sie das Hindernisse-in-den-Weg-legen nennen, wenn wir fordern, daß zum Beispiel Aufträge öffentlich ausgeschrieben werden. Ich nehme zur Kenntnis und werde es gern der Wirtschaft sagen, daß die Österreichische Volkspartei applaudiert, wenn es jemand gutheißt, daß Aufträge dem der Partei am nächsten Stehenden vergeben werden und daß man trotz wiederholter Urgenzen, trotz ...

(Heftige Zwischenrufe. — Abg. Dipl.-Ing. Hartmann: Das hat niemand gesagt!) Ja natürlich, das ist ja Ihre Methode! Damit beginnen ja Ihre Sünden, meine Herren!

Hätten Sie doch öffentlich ausgeschrieben! (Zwischenrufe der Abg. Cerny, Glaser und Ferdinand Mayer.) Aber, Herr Kollege Glaser und Ihr Parteifreund, der Herr Minister! Geben Sie doch einmal zu, warum Sie nicht öffentlich ausgeschrieben haben! Ja, Herr Minister! Sagen Sie es! (Anhaltende stürmische Zwischenrufe und Unruhe.) Herr Kollege, ich danke Ihnen für dieses „sachliche“ Argument. Ich darf wiederholen: Ein Redner der Österreichischen Volkspartei hat als „sachlichen“ Einwand festgestellt: „Ihnen gehören ein paar am Schädel gehaut!“ Meine Herren! Das sind die „sachlichen“ Argumente, mit denen Sie sich erlauben, sich hier im Parlament mit der Opposition auseinanderzusetzen.

Herr Kollege, der Unterschied ist der: Das Jahr 1934, wo Sie mir ein paar auf den Schädel hauen konnten, ist nicht mehr da, und wir hoffen alle, daß es nicht mehr kommt. (Abg. Glaser: Da bin ich in die Schule gegangen!) Wir werden jedenfalls unseren Teil dazu beitragen, in allen Parteien. (Abg. Glaser: Was wollen Sie von mir?) Herr Kollege, Sie irren sich! Was wollen Sie immer vom Jahre 1938 mit mir? Schauen Sie in Ihrer eigenen Fraktion einmal nach! Dort sind einige, denen Sie über das Jahr 1938 viel mehr erzählen können als mir, der ich Soldat war und nur ein „Verbrechen“ begangen habe, nicht desertiert zu sein, sondern meinen Eid genau gehalten zu haben wie vorher im Bundesheer. (Weitere lebhaftige Zwischenrufe. — Abg. Glaser: Was erzählen Sie das mir?) Ich sage es ja nicht Ihnen, ich habe gesagt: Sagen Sie es einigen Ihrer Fraktionskollegen! Sie tun immer so, als ob ich Gauleiter und schuld am Jahre 1938 wäre. Sie gehen vollkommen fehl.

Also wollen wir wieder von Ihrer „Sachlichkeit“ mit „am Schädel hauen“ zurückkehren zum Festspielhaus: Ich darf Sie nun fragen, Herr Kollege Glaser: Wir haben also ein Defizit von 20 bis 25 Millionen Schilling zu erwarten. Sie wissen genau, daß unser Fremdenverkehrsförderungsfonds derzeit 2,5 bis maximal 3 Millionen Schilling im Jahre erbringt; 20 Prozent des Defizites, das sind also 4 bis 5 Millionen Schilling, wird dieser Fonds zum Defizit beitragen müssen. Nun frage ich Sie: Wo soll der Fonds das hernehmen? Die Folge davon wird sein, daß wir die Abgaben entweder erhöhen oder einen weiteren Kreis in diese Fremdenverkehrsabgabe einbeziehen müssen. Auf jeden Fall eine Steuererhöhung, die die Salzburger Wirtschaft treffen wird. Sie wissen auch, wie sich die Salzburger Wirtschaft einstimmig da-

gegen wendet, gleichgültig, ob es Leute Ihrer Partei oder meiner Partei sind. Das also nur auf Ihren Einwand, den ich ja schon verschiedentlich gehört habe: Die Opposition in Salzburg spricht nur jetzt, weil alles so passiert ist; wenn es fertig ist, wird sie glückstrahlend davor stehen und rufen: Das ist unser Werk!

Nein, Herr Kollege, wir sind eine Partei, die seit dem ersten Tag immer für die Interessen des Fremdenverkehrs eingetreten ist. Das wissen Sie aus unserer sachlichen Zusammenarbeit mit der Österreichischen Volkspartei. (Abg. Ferdinand Mayer: Am ersten Tag waren Sie gar nicht da! — Abg. Glaser: Wann war der „erste Tag“?) Das wissen Sie, Herr Kollege! (Ruf: Wann war das?) Vom ersten Tag, wo wir Freiheitlichen uns wieder in der Politik betätigen konnten. Meine Herren, wenn Sie es nicht genau wissen (Zwischenrufe): Das war der Oktober 1949, weil es Ihrer Partei vorher nicht beliebt hat, auch solche Menschen in Österreich sich politisch betätigen zu lassen, die keinerlei politische Vorbelastung hatten, weil Sie bis 1949 ja überhaupt eine Opposition aus unserem Lager nicht zugelassen haben. (Abg. Ferdinand Mayer: Da wäre es schon zu spät gewesen!)

Aber ich bin ja so erstaunt, denn Sie streifen jetzt hier ein Kapitel, wo der Herr Kollege Glaser zumindest zugeben wird, daß in Salzburg auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs, wenn wir auch sonst viele Kontroversen haben, Ihre Partei und meine Partei sachlich und vernünftig zusammenarbeiten. (Abg. Prinke: Das ist ja nicht bestritten, Herr Kollege!) Wollen wir uns doch nicht das Wenige, was uns noch verbindet, hier durch Zwischenrufe von Leuten, die überhaupt nichts davon verstehen, zerstören lassen. (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP. — Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ich wollte Ihnen mit meinen Ausführungen, die viel kürzer gewesen wären, wenn sich die Österreichische Volkspartei nicht so aufgeregt hätte, hier nur einmal darlegen, wie ein Projekt aussieht, wenn der Bund als Bauherr auftritt. Ich wollte Ihnen einmal darlegen, wohin die Millionen kommen, die Sie hier beschließen, und vor allem die Art und Weise, wie heute im Bund Gelder ausgegeben werden und wie gewirtschaftet wird. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Unter den zahlreichen Zwischenrufen ist ein Zwischenruf gefallen, der mit der Würde und dem Anstand des Hauses nicht vereinbar ist. Ich konnte von hier aus infolge der Fülle der Zwischenrufe nicht feststellen, von wem er stammt. Ich werde mir das Protokoll vorlegen lassen, um festzustellen, ob das noch eindeutig festgelegt werden kann, und daraus dann die Konsequenzen ziehen. (Abg.

Horn: Sonst müssen sich Zwischenrufer zum Wort melden und dürfen sonst nicht so viel sprechen!) Ich darf Ihnen sagen, daß das vollkommen unrichtig ist. Zwischenrufer haben sich noch nie zum Wort gemeldet. *(Heiterkeit.)* Nach Ihrer parlamentarischen Erfahrung dürfen Sie das schon wissen, daher verstehe ich Ihren Zwischenruf, zu dem Sie sich auch nicht zum Wort gemeldet haben, auch nicht! *(Erneute Heiterkeit. — Abg. Horn: Sie ermahnen immer die Zwischenrufer! — Weitere Rufe und Gegenrufe.)*

Zum Wort gelangt der Herr Abg. Dr. Josef Fink.

Abgeordneter Dr. Josef **Fink**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich wäre glücklich, wenn es mir gelänge, Sie wieder in friedlichere Gefilde zurückzuführen.

Ich möchte zum Kapitel Handel und Wiederaufbau sprechen und zunächst zum Kapitel Messen und Ausstellungen ein paar Worte sagen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die österreichischen Messen sind aus dem Wirtschaftsbild unseres Vaterlandes nicht wegdenken. Sie sind Auslagenfenster, Verkaufsstände, Umschlagplätze der österreichischen Wirtschaft. Ich glaube, es gibt niemanden in diesem Hohen Hause, der diese Feststellung nicht gern unterschreibt. Ich muß daher sehr mit Bedauern feststellen, daß die einschlägigen Gruppen 3 und 5, die bisher mit über 4 Millionen Schilling dotiert waren, das sind die Gruppen Ausstellungenwesen und Wirtschaftsförderung, um beinahe 2 Millionen gegenüber dem Vorjahr gekürzt worden sind. Das bedauere ich sehr, umsomehr, als ich hier sagen darf: Ich bin vom Bau, ich stehe der Innsbrucker Messe vor, und ich kann gerade vom Innsbrucker Platz aus, und zwar ohne Selbstbespiegelung, sagen, welche gewichtige Rolle die österreichischen Messen in unserem Wirtschaftsleben spielen. Es geht daher meine Anregung dahin, daß im Einvernehmen zwischen den zuständigen Ministerien diese heuer leider so gekürzten Summen im nächsten Jahr wieder zumindest auf ihre volle Höhe gebracht werden. Das ist ein Wirtschaftsanliegen des österreichischen Volkes und der österreichischen Gesamtwirtschaft.

Ichkomme dann zu einer weiteren und eigentlich erfreulichen Feststellung — ich glaube auch nicht, daß sie viele Zwischenrufe im Gefolge haben wird —, nämlich zu der erfreulichen Feststellung, daß der österreichische Fremdenverkehr im Laufe dieser zum Teil sehr interessanten Debatte eigentlich einen breiten Raum eingenommen hat und daß eine ganze Reihe positiver Feststellungen und zum Teil wertvoller Anregungen zum Kapitel Fremdenverkehr gemacht worden sind. Ich muß freilich sagen: Wenn einleitend der Herr Abgeordnete

Fischer Bedenken geäußert hat und mit Sorgenfalten an der Stirn auf den steigenden Reiseverkehr aus der westdeutschen Bundesrepublik hingewiesen hat, so kann ich diese Bedenken keineswegs teilen. Im Gegenteil, ich bin der Meinung, wir müssen ja froh sein, daß gerade aus jenem Land, wo wir den größten Passivüberhang unserer Handelsbilanz haben, so viele Gäste kommen, die durch die wertvollen Devisen, die sie nach Österreich hereinbringen, zum Ausgleich unseres Handelsbilanzpassivums beitragen. Ich habe auch gar keine Bedenken, daß dadurch die Selbständigkeit Österreichs und seine Unabhängigkeit im europäischen Raum bedroht würde. Wir Fremdenverkehrsleute freuen uns ja, wenn die Gäste aus allen Ländern der Welt zu uns kommen; aber solange wir nicht auf einen starken oder stärkeren Zustrom von zahlungskräftigen Gästen aus dem Osten rechnen können, sind wir schon recht froh und dankbar, wenn diese Gäste aus dem Westen und den freien Ländern der Welt kommen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich glaube also, meine Damen und Herren, daß hier die Bedenken des Kollegen Fischer unbegründet sind. Aber man merkt die Absicht und wird — nicht verstimmt dabei. *(Heiterkeit.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Es hat dann der Kollege Mitterer in seinem Referat auch des Fremdenverkehrs gedacht und hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Werbung im Fremdenverkehr einer besonderen Pflege und Förderung bedarf und daß die Mittel zur gesamtösterreichischen Fremdenverkehrswerbung zu gering sind. Diese Mittel sind seit Jahren gleichgeblieben. Das bedeutet angesichts der bedeutenden Steigerung der ganzen Lebenshaltungs- und Werbungskosten und der technischen Ausgaben an sich schon ein allmähliches Absinken unserer Ausgaben für die österreichische Fremdenverkehrswerbung. Dazu kommt noch der besonders bedauerliche Umstand, daß die Post „Allgemeine Werbung“ auch ziffernmäßig gekürzt worden ist und daß jetzt aus diesem sehr geschmälernten Budget eine Fülle von Aufgaben befriedigt werden soll. Wie wir das machen, das ist mir im Augenblick auch noch unklar. Auch hier geht Bitte und Antrag dahin, daß im Einvernehmen zwischen dem Handels- und Finanzministerium für das kommende Budget, für das Budget des übernächsten Jahres doch wenigstens wieder die volle bisher bestandene Summe eingesetzt werde. Eine Erhöhung der Werbekosten wäre unbedingt begrüßenswert und erforderlich, denn ich brauche nicht auf die amerikanische Binsenwahrheit hinzuweisen: Man muß das Geld beim Fenster hinauswerfen, damit es bei der Türe wieder hereinkommt! Die Wer-

bung muß gerade in Zeiten der Konjunktur — und wir erleben im Fremdenverkehr eine ausgesprochene Konjunktur — gemacht werden, um eventuell kommenden schwächeren Jahren vorzubeugen und eine Vertrauensreserve zu schaffen.

Auch andere europäische Fremdenverkehrsländer haben heute eine ausgesprochene Hochkonjunktur im Fremdenverkehr: das sind Frankreich, Italien und die Schweiz. Diese Länder denken gar nicht daran, ihr Werbebudget zu verringern; im Gegenteil, sie halten es nicht nur, sondern sie vergrößern es. Das sind ja auch gute Kaufleute, und sie werden schon wissen, was sie tun.

Der Herr Abgeordnete Kandutsch hat darauf hingewiesen, und ich stimme ihm bei, daß eine Exportförderung — und Fremdenverkehr ist ja ein stiller Export und ein sehr bedeutend exportierender Wirtschaftszweig, der heuer rund 4½ Milliarden Schilling einbringt — auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs, insbesondere auf dem Gebiet der Umsatzsteuer notwendig sein wird, daß sie auch durchaus gerechtfertigt ist. Diese Forderung wurde übrigens auch von der sozialistischen Seite erhoben, und ich freue mich, hier eine einhellige Auffassung im Hohen Hause feststellen zu können. Diese Exportförderung auf dem Wege der Umsatzsteuer ist also notwendig, um der Hotellerie und dem österreichischen Gastgewerbe, insbesondere dem Beherbergungsgewerbe, weitere Investitionen für den scharfen europäischen Wettbewerb zu ermöglichen. Ich freue mich dieser Übereinstimmung. Diese Forderung wird selbstverständlich auch von uns und von mir als Sprecher erhoben. Ich komme etwas später in der Beantwortung und Besprechung der Ausführungen des Abgeordneten Holoubek noch einmal darauf zurück.

Der Herr Abgeordnete Kostroun hat in gewissem Sinne ein heißes Eisen angerührt, wenn er sich ziemlich ausführlich über die Beteiligung der Creditanstalt an Hotelbauten verbreitert hat. Nun, ohne mich jetzt auf Einzelheiten einzulassen, möchte ich folgendes sagen: Auch wir beobachten sehr aufmerksam diese Entwicklung. Aber sie wird zu einem guten Teil verständlich, wenn ich darauf hinweise, daß durch die völlig geänderte Situation im Steuerwesen, hervorgerufen durch die Zeit der deutschen Besetzung Österreichs, private Kapitalbildungen nicht mehr in dem Maße möglich sind wie etwa in der Zeit der Ersten Republik oder gar in den sagenhaften Zeiten vor 1914.

Und nun frage ich: Wie wäre es möglich gewesen — um bei meiner engeren Heimat, in Innsbruck, zu bleiben —, etwa die vollkommen zerbombten Hotels „Europa“ und

„Tirol“ am Bahnhofplatz in Innsbruck aus Privatmitteln aufzubauen? Wir sind dankbar, daß hier die vom Herrn Abgeordneten Kostroun genannte Anstalt, das Bankinstitut, eingesprungen ist und hier eine wirtschaftlich bedeutende und verdienstvolle Tat gesetzt hat, was wir im allgemeinen nur begrüßen.

Ich komme jetzt wiederum auf die Investitionsbegünstigungen auf dem Wege der Umsatzsteuer zurück und möchte sagen, daß wir es natürlich nur begrüßen, wenn der private Inhaber eines Beherbergungsbetriebes oder jeder, der an diesem Beruf Freude hat, in die Lage kommt, so viel Kapital anzusammeln, daß er als privater Bauherr auftreten kann. Das ist uns allen eine Freude, und ich glaube, wir haben nicht nur die Zustimmung des ganzen Hauses hier, sondern die des ganzen Berufsstandes.

Der Herr Abgeordnete Holoubek hat sich erfreulicherweise in einer fast durchwegs positiven Kritik und in fast durchwegs sachlichen Ausführungen — ich muß einen einzigen Ausdruck zurückweisen; auf den komme ich noch zu sprechen — mit dem Fremdenverkehr und insbesondere mit dem Gaststättengewerbe befaßt. Ich folge kurz seinen Ausführungen. Holoubek hat zum Beispiel die positiven Seiten hervorgehoben, und Lob muß man dort spenden, wo dieses Lob tatsächlich verdient ist. Er hat zum Beispiel auf die pünktlichen Verkehrszeiten der Züge hingewiesen. Ich habe anläßlich einer Fahrplankonferenz in Innsbruck, wo der Präsident der Bundesbahndirektion Innsbruck, der sehr verdiente Präsident Ing. Dultinger, den Vorsitz geführt hat, gerne und spontan erklärt, daß heuer ein hohes Niveau von Pünktlichkeit bei den Reisezügen festzustellen war. Das wird gerne von uns anerkannt.

Es wird weiter von uns gerne anerkannt, daß der Dank nicht nur den Unternehmern gebührt, sondern daß der Dank selbstverständlich auch dem Personal gebührt. Wir sind ja auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Der Unternehmer kann nichts machen ohne gutes Personal, und auch das gutwilligste und bestgeschulte Personal wäre eigentlich „erschossen“, wenn ich so sagen darf, ohne die schöpferische Initiative, die Berufsfreude und den Kapitaleinsatz des Unternehmertums. Das greift also ineinander, und ich schließe mich hier dem Lob unseres gastgewerblichen Personals gerne an.

Was nun das Kapitel Preistreue betrifft, so glaube ich feststellen zu können — und ich denke, es wird mir nicht widersprochen; nein, es wurde auch vom Herrn Abgeordneten Holoubek zugegeben —, daß Preisexzesse heuer, im abgelaufenen Jahr, in weitaus ge-

ringerem Umfang als in früheren Jahren vorgekommen sind. Ich kann das bestätigen, und ich sage darüber hinaus, daß wir nicht nur keine Freude an Preisexzessen haben, sondern daß wir gegen solche Außenseiter vorgehen, die schließlich erstens einmal sich selbst ins Fleisch schneiden und dann den ganzen Berufsstand schädigen. Hier begegnen sich unsere Auffassungen.

Was die Inklusivpreise, die „Alles-inbegriffen-Preise“ anlangt, so bin ich persönlich — die Auffassungen sind nicht einheitlich in unserem Berufsstand, aber die eine ist doch überwiegend — der Meinung, daß die „Alles-inbegriffen-Preise“, wie wir sagen: die Endpreise, gut sind, daß sie das Preisbild wesentlich klarer gestalten, als wenn der Gast auf der Hotelrechnung findet: Zimmerpreis so viel, dazu Ortstaxe so viel, Heizzuschlag so viel, Bedienungszuschlag so viel und meinetwegen vielleicht noch Bauernkammerbeitrag, Kirchenbeitrag, und ich weiß nicht, was noch alles. Das ist natürlich nur ein Witz, wenn ich das sage, aber man kann die Reihe der Zuschläge ins Unendliche erweitern. Ich bin auch dagegen, und ich glaube, es ist die überwiegende Mehrheit der Berufskollegen für die „Alles-inbegriffen-Preise“.

Was die patriotische Speisekarte anlangt, so sind hier die Auffassungen verschieden. Ich glaube, allzu patriotisch dürfen wir dabei auch wieder nicht sein — das ist meine persönliche Meinung —, denn sonst geht der Patriotismus in Engstirnigkeit und Engherzigkeit über. Wir müssen schon daran denken, daß wir gerade im Westen Österreichs zu einem sehr großen Teil fremdsprachiges, englisch und französisch sprechendes Publikum haben und daß wir in unseren Speisekarten darauf Rücksicht nehmen müssen. Ich glaube, man kann diesem Einwand ganz gut mit der mehrspaltigen Speisekarte begegnen und kann dadurch beiden Auffassungen Rechnung tragen. (*Abg. Olah: Mehrsprachig!*) Ja, das habe ich falsch gesagt; entschuldigen Sie! Ich habe mehrspaltig gesagt, habe aber mehrsprachig gemeint. Ich meinte damit, wir bringen es in der ersten Spalte deutsch, dann englisch, französisch und bei uns in Tirol etwa noch italienisch. (*Abg. Olah: Dann österreichisch!*) Ah, Sie meinen speziell österreichisch: Powidltschkerl oder wie man sagt; das ist auch gut. Ich glaube, wir verstehen uns, daß wir das machen sollen. Ich bin nicht für das scharfe „Entweder—oder“, sondern für das verbindende, versöhnliche und Brücken bauende „Sowohl-als-auch“. Damit kommt man in einer solchen Sache, die ja nicht gerade programmatisch ist, schon zusammen. (*Abg. Dr. Hofeneder: Tiroler Gröstl auf französisch! — Heiterkeit.*)

Etwas anderes, was nicht gesagt wurde: Ich bin durchaus dafür, daß wir die Preise in guten österreichischen Schillingen angeben und nicht, wie es irgendwo vorgekommen sein soll, daß man sie nur in einer anderen Währung angibt. Daß man in Grenzgebieten, draußen in Bregenz oder in Reutte, daneben zur leichteren Bedienung des Gastes den D-Mark-Preis setzen kann, dagegen wird wohl niemand etwas haben. Aber der Schilling gehört natürlich in die erste Reihe.

Was nun die sogenannte Berufsflucht betrifft, so glaube ich, steht dieser Berufsflucht auf der anderen Seite — und das möchte ich als erfreulich bezeichnen — doch ein zunehmender Zuzug und Zudrang zum Beruf gegenüber. Ich habe schon voriges Jahr ausgeführt, daß die Lehrlingszahlen in einem ganz bedeutenden Ausmaß angestiegen sind.

Was die Fünf-Tage-Woche anlangt, so sind wir da in Bedrängnis. Wenn die Fünf-Tage-Woche auch bei uns einmal eingeführt werden sollte, dann wird es sich nicht vermeiden lassen, daß wir auf manche liebgewordene Gewohnheit und Tradition des österreichischen Gastgewerbes verzichten müssen. Gewisse Sachen werden sich dann einfach nicht mehr halten lassen. Wie man mit der Fünf-Tage-Woche in Saisonbetrieben draußen in einem Alpenhotel durchkommen soll, wo es schlechthin unmöglich ist, Ersatzpersonal zu beschaffen, diese Preisfrage muß ich hier offenlassen. Ich habe Verständnis für das eine wie für das andere, aber wir sind hier in einer schwierigen Situation.

Ich möchte jetzt von meiner Seite zum Kapitel Personal etwas Positives sagen, und das ist, daß spontan von der Hotellerie jetzt darauf gesehen wird, nicht nur, was wir seit zehn Jahren gemacht haben, schöne Hotelzimmer mit Fließwasser, Bad, Telefon und allen Schikanen einzurichten, sondern statt des einen oder des anderen Appartements auch gute Personalunterkünfte zu bauen. Das ist eine Aktion, die von uns gestartet wird, und daß ich für diese Aktion bereits eine ganze Reihe von Beispielen bringen kann, glaube ich, das ist erfreulich, das ist ein Zeichen des sozialen Verständnisses und der guten Zusammenarbeit.

Wenn nun dem Herrn Kollegen Holoubek ausgerutscht ist — ich glaube, es ist ihm ausgerutscht —, daß die Lehrlinge da und dort ein billiges Ausbeutungsobjekt seien, so muß ich natürlich diesen Ausdruck zurückweisen. Denn dafür, daß Lehrlinge nicht ausgebeutet werden können, oder sagen wir, wenn jetzt irgendwo eine Ausbeutung stattfände, daß das eine Sache mit kurzen Beinen wäre, leisten doch unsere verschiedenen Aufsichtsstellen

Gewähr. Es wird ja jeder Betrieb auf die Eignung zur Lehrlingshaltung überprüft, und das Gewerbeinspektorat sorgt auch dafür. *(Abg. Holoubek: Leider stimmt das nicht!)* Ihre Kritik war so sachlich, daß ich mich nicht an das eine Wort anhängen will. Aber ich denke, weit ist es mit der Ausbeutung bestimmt nicht her, Herr Kollege! Der große Seipel hat einmal gesagt, als man ihn auf verschiedene Mängel und Flecken am Kleid der Politiker hingewiesen hat: Ja, Politik wird nicht von Heiligen gemacht, sondern von Menschen! In der Hotellerie arbeiten halt auch nicht lauter Heilige, sondern Menschen. Wo aber Menschen arbeiten, da geht es menschlich zu, und da können auch Fehler passieren. Übrigens: manche dieser Fehler und Übelstände ergeben sich geradezu aus einem drückenden Notstand der Saisonspitze, wo es tatsächlich oft außerordentlich schwer ist, mit dem Personal noch zurechtzukommen.

Jetzt komme ich kurz auf die umsatzsteuerlichen Begünstigungen für die Hotellerie zu sprechen. Damit haben wir uns, glaube ich, auf allen Seiten des Hohen Hauses einverstanden erklärt. Es ist als ein Versäumnis hingestellt worden — ich stimme bei —, daß wir es bis jetzt noch nicht zustandegebracht haben, den Exportwert und die Exportfunktion der österreichischen Hotellerie auch steuerlich anzuerkennen. *(Generalberichterstatter Machunze zum Redner: 20 Minuten!)* Ja, ich werde mich schon beeilen. Der Herr Kollege von der Freiheitlichen Partei hat mir soviel Zeit weggenommen, jetzt kann ich mich natürlich auch nicht stützen lassen. *(Heiterkeit.)* Das ist ganz unmöglich.

Die umsatzsteuerliche Begünstigung wird kommen. Wenn sie allerdings, Herr Kollege, nur für ein Drittel des Beherbergungswertes kommen soll, dann sind es keineswegs, wie Sie gesagt haben, 25 Millionen. *(Zwischenruf bei den Sozialisten.)* Dann wären es noch weniger. Unsere Forderung in dieser Richtung geht allerdings weiter. Es ist die Forderung, daß wir das Beherbergungsentgelt aus der Umsatzsteuer heraus haben wollen.

Was Sie über den Sozialtourismus gesagt haben, unterschreibe ich.

Bezüglich der Privatzimmervermietung möchte ich nur eines sagen: Sie soll weder erschwert noch etwa gar gehemmt oder aufgehoben werden. Aber sie muß wohl — und da spreche ich aus einer großen Erfahrung — länderspezifisch geregelt werden. Daß wir nicht gegen eine Privatzimmervermietung sind, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß wir die sogenannte Bergbauernaktion vom Handelsministerium und Landwirtschaftsministerium aus starten, bei der eben darauf ausgegangen

wird, daß in abgelegenen Gebieten, die sich für den Fremdenverkehr eignen, Privatzimmer bereitgestellt werden. Hier, muß ich sagen, liegt keineswegs ein Abwürgen, sondern ein Regeln der Privatzimmervermietung vor.

Jetzt muß ich aber in fünf Minuten noch etwas Grundsätzliches zur Fremdenverkehrspolitik sagen. Das Stammkapital des Fremdenverkehrs liegt in unserer großartigen Natur. Dieses Stammkapital kann, entgegen anderen großen Wirtschaftszweigen, nicht geschmälert werden. Dadurch, daß wir unsere Wälder schlägern, wird das Holz nicht mehr; freilich ist durch eine gute Forstwirtschaft für den Nachwuchs gesorgt. Dadurch, daß wir den Erzberg abbauen, wird das Erz nicht mehr. Aber das Stammkapital des Fremdenverkehrs, unsere wunderbare Landschaft, bleibt. Sie bleibt aber nur dann, wenn diese Landschaft nicht dauernd, oftmals unnötigerweise, in greulicher Art verschandelt wird. Meine Damen und Herren! Entweder sind wir ein Fremdenverkehrsland, und ich glaube, das müssen wir doch schon im Hinblick auf die großen Erträge bejahen, dann müssen wir aber auch für einen entsprechenden Landschaftsschutz eintreten. Oder wir sind keines, wir verzichten darauf, na gut, dann ist es eben aus damit. Daß aber der Fremdenverkehr von allen Seiten des Hohen Hauses bejaht wird, das berechtigt mich schon zu der Forderung nach einer entsprechenden Planung auf lange Sicht. Fremdenverkehr geht alle in Österreich an. Mit einem schönen deutschen Wort heißt das: er „ressortiert“ in alle Ministerien, er greift hinein in erster Linie ins Handelsministerium, ins Verkehrsministerium, ja ins Unterrichtsministerium, ins Sozialministerium, in gewissem Sinn auch ins Landesverteidigungsministerium. Kurz und gut, der Fremdenverkehr ist eine über den Parteien — das hat sich heute erfreulicherweise gezeigt — und, beinahe möchte ich sagen, über aller Bürokratie stehende Sache.

Die Fremdenverkehrsförderung ist verfassungsmäßig Landessache; ich glaube seit 1920 oder 1921. Man hat damals, wo der Fremdenverkehr noch nicht annähernd die Bedeutung gehabt hat wie heute, die Fremdenverkehrsförderung den Ländern zugewiesen. Gut, das soll auch so bleiben, die einzelnen Landesfremdenverkehrsstellen, die Fremdenverkehrsämter leisten Ausgezeichnetes. Und so wie die politische Stärke, die künstlerische Geltung Österreichs und auch noch andere Geltungsbereiche in der Differenzierung, im Föderalistischen liegen, so ist es auch beim Fremdenverkehr. Ich könnte mir das gar nicht anders vorstellen als so, wie es eben jetzt ist. Die Stärke Österreichs liegt in seiner föderalisti-

schen Vielfalt. Aber eine Koordinierung der Fremdenverkehrsinteressen wird unbedingt notwendig sein, und ich könnte mir diese Koordinierung der verschiedenen Fremdenverkehrsinteressen nur auf Bundesebene vorstellen. Muß es denn sein, daß die schönen Landschaftsgebiete in Österreich verhüttet werden? Muß es so sein, daß sich in irgendeinem landschaftlichen Juwel ohne zwingende Notwendigkeit eine Rauch-, Dunst- und Gestankhaube der Industrie ausbreitet, wenn man einen andern Ausweg dafür finden kann? Darum müßte eine Koordinierung möglich sein.

Andere Staaten im Fremdenverkehrsrang Österreichs haben diese Koordinierung versucht, indem sie ein Ministerium für Tourismus, ein Staatssekretariat für Tourismus eingerichtet haben. Dieser Ruf ist oft laut geworden. Aber das ist bei uns kaum möglich, denn ein Staatssekretär für Fremdenverkehr wäre ein König ohne Land, es wäre formal nichts, was in sein Ressort fallen würde, weil der Fremdenverkehr, die Fremdenverkehrsförderung ja Ländersache ist. Aber es wäre meiner Meinung nach eine Koordinierungsstelle möglich, die man doch mit einem Empfehlungs- und Mitspracherecht ausrüsten könnte. Ich wiederhole, damit ich nicht Verwünschungen aus den Landhäusern von Bregenz bis Eisenstadt bekomme: unter voller Wahrung der Länderhoheit! Das würde dem Ansehen Österreichs als eines der ersten Fremdenverkehrsländer Europas gewiß keinen Abbruch tun.

Wenn man eine solche Koordinierungsstelle, eine Beratungs- und Empfehlungsstelle mit einem Mitspracherechternetwegen dem Kanzleramt angliedern sollte oder könnte, so wie es ja bereits eine Stelle für wirtschaftliche Koordinierung beim Kanzleramt gibt, dann, glaube ich, wäre damit eine Forderung erfüllt, die sozusagen in der Luft liegt, und zwar wäre die Erfüllung so, daß es ein „Sowohl-als-auch“, nicht ein „Entweder-oder“ wäre, daß damit weder die Länderinteressen geschädigt würden noch etwa ein zentralistischer Gallimathias oder Leviathan, oder wie man da sagt, aufgebaut wird. Das wollen wir ja bei Gott nicht. Aber eine Zusammenfassung der Fremdenverkehrsplanung auf weite Sicht erscheint mir unbedingt notwendig, und das scheint mir jene Forderung zu sein, die im Interesse der Förderung des österreichischen Fremdenverkehrs heute erhoben werden muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort hat sich noch gemeldet der Herr Bundesminister Dr. Bock. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesminister für Handel und Wiederaufbau Dr. Bock: Hohes Haus! Es ist üblich, in der Debatte im Ausschuß zu den einzelnen Fragen Stellung zu nehmen. Ich glaube, es ist daher richtig, wenn ich zum Abschluß der Debatte im Haus nur einige ergänzende Feststellungen und vielleicht auch Berichtigungen zu den wichtigsten angeschnittenen Problemen bringe.

Ich möchte zunächst aus dem Kapitel Bauwesen die Frage beantworten, warum wir kein umfassendes Straßenbauprogramm für die Zukunft verlaublich haben. Dazu ist festzustellen, daß die Bundesstraßenverwaltung natürlich ein sehr umfassendes und langfristiges Programm vorliegen hat. Seine Verlautbarung erscheint mir nur deshalb nicht zweckmäßig, weil zur Stunde niemand die Garantie dafür übernehmen kann, daß dieses Programm so und nicht anders abgewickelt wird. Es sind immer die Unbekannten der finanziellen Möglichkeiten einerseits, und im Straßenbau kommt noch etwas anderes dazu: Es entstehen sehr oft plötzlich eintretende Notwendigkeiten, die dann immer wieder aus finanziellen Gründen die Verschiebung und Änderung des vorgesehenen Programms notwendig machen. Ich bitte zum Beispiel an die Auflassung der Salzkammergut-Lokalbahn zu denken, die natürlich in kürzester Frist durch eine wohlausgebaute Straße ersetzt werden muß. Die sehr beträchtlichen Beträge, die wir jetzt plötzlich dazu brauchen, haben unser Programm für diese zwei Jahre zum Beispiel völlig über den Haufen geworfen.

Ich glaube auch nicht, wie der Herr Abgeordnete gemeint hat, daß die Interventionen für den Straßenbau dann, wenn wir ein solches Programm verlaublichen, geringer würden, ich fürchte eher, sie würden ärger werden, wenn die Beteiligten dann sehen könnten, wie lange sie noch nach vorläufiger Planung gerade auf die Erfüllung ihres speziellen Wunsches warten müssen. Das ist also der Grund, warum ich die amtliche Feststellung eines Long term-Programms nicht für zweckmäßig halte.

Aber natürlich gehen wir nicht grundsatzlos im Straßenbau vor. Es ist selbstverständlich, und Sie, meine Damen und Herren, wissen es alle, daß wir den wichtigsten Straßenzügen unser bevorzugtes Augenmerk schenken — selbstverständlich der Bundesstraße 1 westlich von Salzburg, selbstverständlich der Bundesstraße 17 von Wien nach Süden, nach Klagenfurt und der Bundesstraße 20, nach Graz, und so weiter und so weiter; die wichtigsten Straßenzüge werden also selbstverständlich bevorzugt ausgebaut.

Der „Fleckerlteppich“ läßt sich nicht vermeiden. Baut man ein kurzes Stück, so muß

man die Baustelle oder die aneinandergereihten Baustellen nacheinander immer wieder absperren, und es kommt dann die Klage: Warum baut ihr nicht ein großes Stück in einem Zug? Baut man ein großes Stück in einem Zug, heißt es wieder: Jetzt kann man dort überhaupt nicht mehr fahren, warum baut ihr nicht ein kleines Stück? Es hat also alles seine zwei Seiten. Wir bemühen uns, unter Rücksichtnahme auf die finanziellen, technischen und verkehrstechnischen Notwendigkeiten so gut voranzukommen, als wir können.

Ich glaube aber, auch ohne Übertreibung feststellen zu dürfen — darauf lege ich einen gewissen Wert —, daß wir in fünf oder sechs Jahren, wenn wir ungefähr in dem Finanzierungstempo weiterkommen wie bisher, bereits zu jenen europäischen Ländern zählen werden, die die besten Straßen haben.

Autobahn. Ich darf auf die Frage des Herrn Abgeordneten, warum wir nicht mit dem verkehrsmäßig sicher wichtigsten Teil, mit der Ausfahrt von Wien nach dem Westen, begonnen haben, auf meine Ausführungen verweisen, die ich vor einigen Tagen bei der Verkehrsübergabe der beiden neuen Teilstrecken gemacht habe. Ich habe dort alle wirtschaftlichen, technischen und nicht zuletzt sogar staatsvertraglichen Gründe angeführt, warum wir so und nicht anders mit dem Autobahnbau begonnen haben. Ich darf also auf diese Ausführungen verweisen. Ich möchte aber jetzt feststellen — ich habe das damals schon getan —, daß wir nun mit aller Kraft und bevorzugt an den Vollausbau der zweibahnigen Autobahn von der jetzigen Schlußstelle Sankt Christophen nach Auhof—Wien herangehen, sodaß wir also dieses verkehrspolitisch wichtige Stück möglichst rasch fertigstellen werden und dem Verkehr übergeben können.

Zu den vielen Fragen des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds möchte ich die immer wieder gestellte und auch heute wiederholte Frage beantworten, warum die Ausgebombten nicht bevorzugt die Wohnungen bekommen, die mit den Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds errichtet werden. Es wird immer wieder — ich glaube, heute hat es der Abgeordnete Marchner getan — eine entsprechende gesetzliche Regelung verlangt.

Ich kann auch nur immer wieder dazu sagen: Eine solche gesetzliche Regelung ist vorhanden, die zuständigen Gemeinden haben auch heute noch nach dem sonst abgelautenen Wohnungsanforderungsgesetz das gesetzliche Recht, die mit den Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds erbauten Mietwohnungen, soweit sie vom Altmietler nicht direkt

in Anspruch genommen werden, anzufordern und anderen Ausgebombten zuzuweisen. Ich wiederhole, was ich schon bei anderer Gelegenheit gesagt habe, daß es mir eigentlich nicht recht klar ist, warum das nicht, beziehungsweise nur in bescheidenem Ausmaß bisher geschehen ist. Und ehrlich gestanden, ich wüßte mir auch keine andere gesetzliche Grundlage hierfür, als daß die Gemeinden, denen das entsprechende Erhebungsmaterial und das statistische Material über die ausgebombten Mieter zur Verfügung steht, eben dieses Recht zur Inanspruchnahme dieser aus den Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds aufgebauten Mietwohnungen haben. Ich kann alle Gemeinden nur einladen, von diesem gesetzlich fundierten Recht im bestmöglichen und größtmöglichen Umfang Gebrauch zu machen.

Nun zu einem dritten Bauprobem — ich möchte es als unser schönstes und erfreulichstes Bauwerk bezeichnen, das wir gegenwärtig in Arbeit haben —, zum Salzburger Festspielhaus.

Hohes Haus! Die Herren Abgeordneten der Freiheitlichen Partei haben die Frage, warum angeblich keine Ausschreibung für den Architektenentwurf veranstaltet wurde, glaube ich, schon zweimal an mich gestellt. Ich kann also nur zum drittenmal wiederholen, wie sich die Sache wirklich verhalten hat. Zunächst war die Frage grundsätzlich zu entscheiden, wenn man in Salzburg ein neues Festspielhaus baut, wohin man es baut. Und nach übereinstimmendem Urteil, wenn ich mich nicht sehr irre auch nach dem übereinstimmenden Urteil aller Salzburger — Ausnahmen werden sicherlich die Regel nur bestätigen —, war und ist man der Meinung, daß ein neues Salzburger Festspielhaus nur in dem Bezirk des Festspielraumes gebaut werden durfte. Es war also der Platz, wo es jetzt gebaut wird, gegeben; es sei denn, man hätte die andere Entscheidung getroffen, dieses neue Festspielhaus irgendwo außerhalb der Stadt zu bauen, denn innerhalb der Stadt war ja kein anderer Platz gegeben.

Darüber, daß dieses neue Festspielhaus im Festspielbezirk selbst errichtet werde, gibt es übereinstimmende Beschlüsse der Bundesregierung und der Salzburger Landesregierung; diese Entscheidung war, glaube ich, richtig und gut. Für diesen Platz aber lag seit vielen Jahren ein Grundsatzentwurf des Architekten Professor Holzmeister vor, und wenn das Haus daher in diesem Raum, auf diesem Platz zu bauen war, dann bestand dafür ein geistiges Recht des Architekten, der den ersten Entwurf dafür — ich wiederhole — vor vielen Jahren vorgelegt hat. (*Abg. E. Fischer:*

Wo ist die Logik? — Abg. Dr. Hofeneder: Nicht alles ist unlogisch, was Sie nicht verstehen! — Heiterkeit.)

Dazu kommt, daß ebenfalls von Professor Holzmeister ein durch lange Zeit auch auf internationalem Forum diskutierter Entwurf stammt, der ein Festspielhaus mit einer Bühne in einem Ausmaß von 30 Meter Breite vorsieht. Es ist einer der integrierenden Bestandteile dieses neuen Festspielhauses, daß es über eine Bühne verfügen soll, die mehr als eine gewöhnliche Theater- oder Opernbühne zu bieten imstande ist. Diese beiden Ideen waren also Gedankengut des Professors Holzmeister, und Architektenkreise — ich bin überzeugt, darunter waren auch namhafte Salzburger Architekten — haben übereinstimmend erklärt, daß, wenn die Wahl des Ortes so getroffen wird, wie Holzmeister sie vorgeschlagen hat, ihm auch ein Recht zustehen müßte, den Entwurf zu machen.

Was aber nun das anlangt, wie der Herr Abgeordnete Zeillinger sagte, er nehme zur Kenntnis, daß künftig keine Ausschreibungen um die Millionen der österreichischen Steuerzahler erfolgen werden, so weiß der Herr Abgeordnete Zeillinger sicherlich ganz genau, daß sich die Ausschreibungsvorschriften auf Bauaufträge und nicht auf künstlerische Entwürfe beziehen, und ich kann nur annehmen, daß hier eine absichtliche Vermengung dieser Begriffe vorgenommen wurde.

Es ist so selbstverständlich, daß man es gar nicht behaupten müßte, daß sich das Handelsministerium bei allen Bauaufträgen, die zur Vergabe kommen, strengstens an diese Ausschreibungsvorschriften hält, und so sind selbstverständlich sämtliche Bauaufträge jeder Art, die das Salzburger Festspielhaus betreffen, ausgeschrieben worden und werden weiterhin ausgeschrieben und dem Bestbieter zugeschlagen werden. *(Zwischenrufe.)*

Nun die Kostenfrage. Ich stelle eindeutig fest, Hohes Haus, daß das Handelsministerium niemals eine Äußerung darüber abgegeben hat, daß der Bau um einen Betrag von, ich weiß nicht, 96 Millionen Schilling durchzuführen wäre. Es ist möglich, daß dieser Betrag in den Entwicklungsdiskussionen vorher genannt worden ist. Es hat sich selbstverständlich bei der ersten amtswegigen Überprüfung und Grundlagenforschung herausgestellt, daß dieser Betrag nicht ausreichen kann, und es ist das vom Herrn Abgeordneten Zeillinger zitierte Schreiben, in dem der Betrag von 210 Millionen Schilling genannt wird, die erste und einzige offizielle Feststellung des Handelsministeriums über diese Kosten.

Nun wird noch die Frage zu beantworten sein: Warum bauen wir denn dieses neue,

zweite Festspielhaus überhaupt? Mich wundert, daß man als Salzburger eine solche Frage stellt. Ich könnte mir vorstellen, daß die Burgenländer oder die Vorarlberger fragen: Warum baut man in Salzburg ein zweites Festspielhaus? Aber daß die Frage gerade von einem Salzburger Abgeordneten kommt, wundert mich sehr.

Meine Damen und Herren! Muß ich es hier sagen, daß ein zweites Salzburger Festspielhaus, das in seiner technischen Konstruktion — ich verweise auf das, was ich über die Bühne gesagt habe — ganz anderen Zwecken dienen kann als das, was jetzt an Theatergebäuden in Salzburg vorhanden ist, doch einen wichtigen Bestandteil unserer kulturellen Weltgeltung ausmachen wird? Muß ich es sagen, daß wir ein Festspielhaus in Salzburg natürlich den Zeiten anpassen müssen, daß der gesteigerte Fremdenverkehr ein größeres Festspielhaus, zwei Festspielhäuser brauchen wird? Muß ich es sagen, daß wir mit diesem neuen Festspielhaus vor allem auch dem Fremdenverkehr, und zwar in Salzburg, einen wesentlichen Dienst leisten?

Das sind die Gründe, warum man sich zu diesem Opfer entschlossen hat. Mit einem Wort, bitte es mir zu entschuldigen, wenn ich diese persönliche Bemerkung mache: Ich stehe ein wenig fassungslos vor dieser unerhörten Philippika eines Salzburgers gegen Salzburg! *(Ruf bei der ÖVP: Sehr richtig! — Abg. Dr. Gorbach: Er hat nicht als Salzburger, sondern als Abgeordneter der Freiheitlichen Partei gesprochen!)*

Zum Fremdenverkehr darf ich eine ganz kurze Bemerkung machen. Ich unterstütze die Feststellung des Herrn Abgeordneten, daß man in den Prospekten für die Hotellerie und das Gastgewerbe Fixpreise und Inklusivpreise anführen soll. Wir haben von der Fremdenverkehrssektion aus auch schon alles eingeleitet, damit man das durchziehen kann. Ich möchte aber bitten — und darauf geht wahrscheinlich auch der beanstandete Fall eines Überpreises für eine Nächtigung, der angeführt wurde, zurück —, zu berücksichtigen, daß die Herstellung und Redigierung dieser Prospekte sehr schwierig ist. Wenn zum Beispiel wegen Kostensteigerung die Preise nicht gehalten werden können, heißt das noch lange nicht, daß der Prospekt, der irgendwo im In- oder Ausland aufliegt, deshalb von der Fremdenverkehrsstelle oder vom Werbemann in den Papierkorb geworfen wird, sondern er wird natürlich schon deshalb, weil wir im allgemeinen viel zu wenig Prospekte haben, weiterhin verwendet werden.

Ich bin aber selbstverständlich der Meinung, daß die Aufrechterhaltung von Fixpreisen und von Inklusivpreisen und vor allem eine

strenge Kontrolle gegen Preisüberziehungen einen wichtigen Bestandteil unserer Fremdenverkehrs politik überhaupt bilden.

Zum Abschluß noch ein Wort über die Handels politik. Der Herr Abgeordnete Fischer hat zu dem Problem des Osthandels Stellung genommen. Es ist ja bekannt, daß alle zuständigen Stellen, nicht zuletzt ich selbst, immer wieder darauf hingewiesen haben, daß wir an einer Ausweitung des Handels mit dem Osten sowie überhaupt an einer Ausweitung unserer Handelsbeziehungen mit jedermann in der Welt größtes Interesse haben. Ich darf darauf hinweisen, daß ich bei der Eröffnung der Herbstmesse in Wien 1957 ganz besonders auf dieses Problem zu sprechen gekommen bin. Ich darf ferner darauf verweisen, daß das Handelsministerium und die Experten, die sonst an diesen Sitzungen und Verhandlungen teilgenommen haben, bei allen Handelsvertragsverhandlungen mit den Oststaaten eifrigst bestrebt gewesen sind, das Volumen der gegenseitigen Handelsbeziehungen mit den Oststaaten zu fördern und zu vergrößern.

Hohes Haus! Handelsbeziehungen ausweiten kann doch nicht heißen, daß nur wir Waren liefern, die man uns nicht bezahlt. Handelsbeziehungen bestehen eben in der Lieferung von Waren gegen Waren oder von Waren gegen Geld. Nun haben wir die bedauerliche Schwierigkeit mit den Oststaaten, daß wir mit diesen im Gegensatz zu unserem Handel mit den Weststaaten nicht über Hartdevisen abrechnen können, sondern praktisch auf einen Warenkompensationsverkehr angewiesen sind. Meine Damen und Herren! Denken sie einmal daran: Das heißt doch nichts anderes, als daß wir von Österreich praktisch nach allen Oststaaten einschließlich Rußland und China und so weiter nicht mehr liefern können, als was unser kleiner Staat von allen diesen Staaten aufnehmen kann. Damit ist das Volumen natürlich in der Aufnahmefähigkeit jener Produkte begrenzt, die uns diese Staaten anzubieten in der Lage sind. Und das ist die Ursache dafür, daß die Ausweitung unserer Handelsbeziehungen mit den Oststaaten leider weit hinter den von uns ausdrücklich erklärten Wünschen zurückbleibt. Niemand würde mehr als der Handelsminister wünschen, daß wir das Handelsvolumen mit den Oststaaten, allerdings auf guter, harter Währungsbasis, ausdehnen könnten. Ich glaube, wir Österreicher sind als gute Vertragspartner in der ganzen Welt bekannt. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist daher geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Damit ist die Aussprache über die Gruppe IX beendet.

Spezialdebatte

Gruppe X

Kapitel 24: Verkehr und Elektrizitätswirtschaft

Kapitel 28 Titel 1: Post- und Telegraphenanstalt

Kapitel 29: Eisenbahnen

Präsident: Wir kommen nunmehr zur Spezialdebatte über die Gruppe X.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Rom. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Rom:** Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Die Kapitel 24, 28 Titel 1 und Kapitel 29, die heute zur Verhandlung stehen, wurden am 17. November 1958 im Finanz- und Budgetausschuß eingehend besprochen. Die Regierungsvorlage 520 der Beilagen und die Erläuterungen hiezu waren die Grundlage für die Berichterstattung und die nachfolgende Debatte. Deshalb kann ich es mir versagen, die hier zu behandelnden Kapitel noch einmal eingehend zu umschreiben. Ich will nur die wichtigsten finanziellen Ansätze noch einmal herausheben.

Im Kapitel 24 Titel 1, Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, stehen 82,6 Millionen Schilling Ausgaben rund 900.000 S Einnahmen gegenüber.

Im Titel 2 desselben Kapitels, Schifffahrt, sind 4,2 Millionen Ausgaben und 3,8 Millionen Einnahmen präliminiert. Hier finden wir 19,3 Millionen in der außerordentlichen Gebarung, die der Ausgestaltung der Häfen Wien, Linz, Krems beziehungsweise der Reparatur und dem Neubau von bundeseigenen Schiffen zugemittelt werden sollen.

Im Titel 3, ziviler Luftverkehr, sind 12,6 Millionen persönliche und 45,8 Millionen sachliche Ausgaben, zusammen also 58,4 Millionen ausgewiesen beziehungsweise präliminiert.

Im Titel 4 dieses Kapitels, Allgemeiner Verkehr und Verkehrsförderung, werden 5,3 Millionen aufgewendet, die ausschließlich den Förderungs- und Werbemaßnahmen dienen.

Im Kapitel 28 Titel 1, Post und Telegraphenanstalt, sind 2781,9 Millionen präliminiert, wovon 1895,1 Millionen persönliche und 886,8 Millionen Schilling sachliche Ausgaben sind. 2666,3 Millionen Einnahmen stehen diesen Ausgaben gegenüber. In der außerordentlichen Gebarung sind 321,6 Millionen vorgesehen.

Im Kapitel 29 Titel 1, Eisenbahnen, stehen 6611,4 Millionen Ausgaben 5118,4 Millionen Schilling Einnahmen gegenüber. Von den Ausgaben sind 4459,2 Millionen persönlicher und 2152,2 Millionen sachlicher Art. Die außerordentliche Gebarung sieht hier 1096 Millionen vor.

Im Titel 2, Südbahn, sind 113.000 S vorgesehen, die lediglich eine Bevorschussung für einen besonderen Teil des Personalaufwandes der Donau-Save-Adria-Eisenbahngesellschaft bedeuten.

Im Titel 3, Lokalbahnen, sind 9.650.000 S eingesetzt. Hier eine Berichtigung: In dem gedruckten Spezialbericht ist diese Summe unrichtig wiedergegeben. Sie soll richtig lauten: 9.650.000 S. Dieser Kredit dient der Erfüllung einer Verpflichtung gegenüber der Sulmtalbahn-Aktiengesellschaft auf Grund eines Vertrages vom März 1930 und der Unterstützung von Privatbahnen.

Wie ich bereits eingangs erwähnt habe, hat der Finanz- und Budgetausschuß diese Kapitel ausführlich beraten und besprochen. Die Debatte wurde von den Abgeordneten Dr. Zechmann, Dr. Hetzenauer, Singer, Doktor Walther Weißmann, Herke, Dr. Geißler, Sebing, Aigner, Wallner, Populorum, Dipl.-Ing. Pius Fink, Lackner, Mittendorfer, Glaser, Voithofer, Dr. Schwer, Freund, Bandion, Dipl.-Ing. Dr. Weiß und Suchanek bestritten. Die vielseitigen in dieser Debatte gestellten Fragen wurden vom Minister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft Dipl.-Ing. Waldbrunner eingehend beantwortet.

Bei der Abstimmung am 19. November 1958 im Finanz- und Budgetausschuß wurden die zu dieser Gruppe gehörenden Kapitel unverändert angenommen. Eine Entschließung von den Abgeordneten Sebing, Wimberger und Genossen, den Ausbau der Mühlkreisbahn beziehungsweise ihre Verlängerung betreffend, wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 24: Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, dem Kapitel 28 Titel 1: Post- und Telegraphenanstalt samt dem dazugehörigen Geldvoranschlag (Anlage III/1), und dem Kapitel 29: Eisenbahnen samt dem zu diesem Kapitel gehörigen Geldvoranschlag (Anlage III/10), des Bundesvoranschlages für das Jahr 1959 (520 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die dem Ausschußbericht begedruckte Entschließung wird angenommen.

Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Der Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft wird ersucht zu prüfen, ob der Ausbau der Mühlkreisbahn beziehungsweise ihre Verlängerung von Aigen im Mühlkreis über Ullrichsberg—Schwarzenberg zur österreichisch-deutschen Grenze durchgeführt werden kann.

Ich bitte, nun in die Debatte selbst einzugehen.

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Zum Wort hat sich als erster Redner, und zwar als Gegenredner, der Herr Abgeordnete Dr. Zechmann gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Zechmann:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Kapitel Eisenbahn—Post und die ganze Gruppe Verkehr und Elektrizitätswirtschaft ist mit einem beachtlich hohen Betrag in diesem Budget verankert. Diese Tatsache hat ja auch bereits einen Abgeordneten veranlaßt, der Meinung Ausdruck zu verleihen, daß diese große Gabe des Finanzministers Leistungen erfordere, die sich sehen lassen können. Ich glaube, es wäre nicht richtig, wenn man die Leistungen, die in dieser Gruppe liegen, verschweigen würde.

Es kann nicht geleugnet werden, daß sowohl im Postsektor als auch auf dem Gebiete der Bundesbahnen wie der Elektrizitätswirtschaft beachtliche Leistungen zu verzeichnen sind. Und aus diesen Leistungen kommt ja eigentlich diese große Gabe des Finanzministers. Allerdings ist da eine kleine Spanne bei der Post, eine etwas größere Spanne bei den Bundesbahnen. Und diese Spanne bei den Bundesbahnen, dieses bekannte Defizit der österreichischen Bundesbahnen, das ja schon in die Geschichte der österreichischen Haushalte als markantes Merkmal eingegangen ist, ist immer wieder Gegenstand heftigster Diskussionen.

Es ist nicht zu leugnen, daß dieses Defizit auch eine nützliche Seite hat. Diese nützliche Seite allerdings tritt nur sporadisch in Erscheinung, wenn es Unzeiten der Koalition gibt, Wahlzeiten zum Beispiel. Aber auch sonst debattiert man sehr heftig über das Defizit. Man spricht nur nicht gerne über die Entstehungsursachen dieses Defizits und auch nicht darüber, mit welchen Mitteln man es entfernen könnte. Und gerade das wäre heute umso wichtiger, als wir ja an der Schwelle einer neuen Wirtschaftsepoche stehen, als die man wohl den Eintritt in die kommende europäische Freihandelszone bezeichnen kann.

Der Vergleich der Österreichischen Bundesbahnen mit den Bahnen anderer Staaten wird jeden objektiven Beobachter einer etwaigen Hoffnung berauben, daß sich in einem solchen Vergleich besondere Wahlschlager präsentieren könnten. Es ist eine Tatsache, daß fast alle europäischen Bahnen mit einem Defizit behaftet sind. Ist eine Bahn damit behaftet, die andere aber schon, dann liegt das auch in einem jederzeit nachweisbaren Unterschied in der gesamten Formung der betreffenden Betriebsverwaltung beziehungsweise in anderen Dingen.

Zum Beispiel ist ganz klar, daß ein Betrieb, der vollelektrifiziert ist, wesentlich billiger als ein Dampfbetrieb sein muß. Es ist aber auch selbstverständlich, daß ein Verkehr in der Ebene mit möglichst geraden Strecken wesentlich billiger geführt werden kann und wesentlich einfacher ist als ein Verkehr in einem Gebirgsland, wie es Österreich ist, und noch dazu auf Strecken mit außerordentlich kleinen Bogen. Es ist aber auch ein sehr beachtlicher Unterschied zu machen zwischen Eisenbahnen, die mit bestimmten außerbetrieblichen, sagen wir einmal mit Soziallasten behaftet sind, und solchen, die vollständig frei sind von solchen Lasten.

Daher ergibt sich aus dem schon, daß bei der Untersuchung der Frage: Was soll bei den Österreichischen Bundesbahnen eigentlich alles reformiert werden, was fehlt den Österreichischen Bundesbahnen? wohl die Frage damit zu verbinden ist oder gar vorausgeht: Was fehlt den Bahnen Europas überhaupt?

Alle Bahnen Europas, und zwar auch die, die keine Defizite haben, leiden unter einer Krankheit, die man als generelles Eisenbahnleiden bezeichnen kann. Man kann sie vielleicht unter der Vorstellung zusammenfassen, daß alle diese Bahnen, behaftet mit den Monopolflossen des 19. Jahrhunderts, auf die europäische Aschenbahn des 20. Jahrhunderts zu gehen im Begriffe sind, ohne genau zu wissen, wie man nun diese Flossen in Laufschuhe verwandeln könnte. Darin liegt nun eigentlich das Problem.

Die Integration, die heute ja immerhin vor der Tür steht, ganz gleich, ob sie in Form der EWG oder der Freihandelszone erfolgt, erfaßt nun einmal auch den Verkehr. Es ist ja immerhin auch feststellbar, daß der Verkehr mit dieser Integration eigentlich schon lange begonnen hat. Daraus könnte man schließen, daß auf dem Verkehrssektor die Integration eine etwas leichtere wäre, als sie in der übrigen Wirtschaft ist. Das genaue Gegenteil ist der Fall! Gerade auf dem Sektor aller Verkehrsbetriebe wird die Integration ungemein schwierig werden, und deshalb ist die Schau in die Zukunft sehr umschattet von Problemen, die auf keinem Sektor irgendeines Betriebes geklärt sind.

Österreich wird dabei noch zusätzlich belastet durch seine geographische Randlage. Die Hauptschwierigkeit liegt ja zweifellos darin, daß man bisher in Europa keineswegs eine einheitliche Auffassung darüber zustandegebracht hat, wie man die verschiedenen Verkehrsträger so koordinieren könnte, daß sie nebeneinander bei bester Rentabilität leben können. Die Startbedingungen sind keineswegs festgestellt, die Wege dazu sind absolut noch verwachsen und dunkel.

Es fehlt nicht an zahllosen wissenschaftlichen Abhandlungen und Behandlungen dieses Problems, und zwar gehen die Meinungen vom äußersten Extrem eines völlig freien Wettbewerbs bis zum anderen äußersten Extrem einer totalen Monopolisierung. Beide haben ihre Fürsprecher. Aber beide haben auch ihre ebenso heftigen Gegner, die ebenfalls in den Kreisen der besten Fachleute zu suchen sind. Die einen lehnen den völlig freien Wettbewerb unter Hinweis darauf ab, daß er zu einem Verkehrschaos führen müßte. Die anderen lehnen mit derselben Berechtigung die Monopolisierung ab, weil sie nicht in einen freien europäischen Markt hineinpaßt und weil ja jedes Monopol die Eigenschaft hat, persönliche Initiative zu lähmen, wenn nicht gar totzuschlagen.

Es ist daher das Verhältnis zwischen der Eisenbahn und anderen Verkehrsträgern zunächst einmal auf eine gesunde Basis zu bringen, und das ist schon die erste, scheinbar ganz unübersteigbare Schwierigkeit. Es ist aber auch die Aufgabe, von der aus alle anderen Reformen dann beim Eintritt in eine gemeinsame europäische Wirtschaftskonzeption unbedingt gelöst werden müssen. Es sind schon einmal die Transportwege und damit aber auch die Kosten dieser Wege bei der Eisenbahn ganz anders als zum Beispiel bei der Straße; und beide im Verhältnis zu Luft und Wasser wieder ganz anders, weil es in der Luft und im Wasser eigentlich keine Wegekosten gibt.

Aber dazu kommt natürlich noch, daß sich heute die gesamte Transportstruktur geradezu rapid ändert, von Jahr zu Jahr weit schneller ändert, als das früher einmal in der Vergangenheit der Fall war. Und es zeigt sich diese Änderung hauptsächlich darin, daß die Eisenbahn ihre einstmalige Monopolstellung völlig verloren hat.

Besonders sichtbar wird diese Tatsache im Personenverkehr. Der Personenverkehr ist zu einem Großteil auf andere Transportmittel übergegangen. Das ist nicht nur bei uns so, sondern das ist überall der Fall, bei uns vielleicht in einem Ausmaß, das noch weit hinter dem anderer Länder liegt. In Amerika zum Beispiel ist dieser Übergang so stark, daß vom gesamten amerikanischen Personenverkehr nur mehr 3 Prozent von der Bahn bewältigt werden. Alles andere ist auf andere Transportmittel übergegangen, und zwar zu 90 Prozent auf die Straße. Und daher denkt man in Amerika heute schon allen Ernstes daran, die schönen Wagen im Reiseverkehr, die großen Vierachser, die Luxuswagen, die Pullmannwagen, die vielleicht noch ganz neu sind, in die Ecke zu stellen

und auf den Personenverkehr mit der Eisenbahn überhaupt zu verzichten. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gorbach.*)

Damit kommt man dann zu dem Schluß, daß auch alle die sogenannten Kommerzialisierungsbestrebungen heute von der gesamteuropäischen Schau betrachtet werden müssen. Die Vertreter des Kommerzialisierungsgedankens denken dabei an eine Anpassung an die Verhältnisse und Methoden der Privatindustrie, und es wird meistens auch und sehr gern auf Gottés eigenes Kommerzialland Amerika verwiesen, wo ja tatsächlich alles kommerzialisiert ist, vom Zeitungsboy angefangen über den Schlager singenden Pfarrer bis zur Großindustrie. Alles ist dort kommerzialisiert.

Man sollte daher meinen, daß man hier in Amerika ein Vorbild für die volle Kommerzialisierung finden kann. Das ist nun aber ein Irrtum. Gerade die Vereinigten Staaten liefern uns die handfestesten Beweise dafür, daß es nicht so ist. In Amerika gibt es eine sogenannte Koordinierungs-Act; das ist ein Gesetz, das alle Verkehrsbetriebe koordiniert. Dieses Gesetz schränkt bei den Eisenbahnen die Kommerzialisierung immer mehr und mehr ein. Und der Schrei nach weiterer Lösung dieser Bande wird vom amerikanischen Verkehrsamt mit aller Entschiedenheit und mit aller Härte zurückgewiesen, und zwar unter dem Hinweis, daß eine solche volle Kommerzialisierung der Eisenbahnen geradezu zu Verkehrs- und Wettbewerbsexzessen führen müßte.

Wenn man die Stellung der amerikanischen Eisenbahngesellschaften, die ja kommerzialisierte Gesellschaften sind, in der übrigen amerikanischen Wirtschaft betrachtet, dann ergibt sich auch ein sehr interessantes Bild. Vor 30 Jahren waren unter den 18 größten und kapitalkräftigsten Privatbetrieben auch vier Eisenbahngesellschaften enthalten, und die standen an der 6., 8., 9. und 14. Stelle. Heute ist keine einzige mehr unter diesen 18 kräftigen kommerzialisierten Unternehmen. Heute steht die größte, die damals an der 6. Stelle stand, an der 54. Stelle, und die anderen stehen noch viel weiter hinten.

Man sieht also, daß noch ein gewaltiger Unterschied zwischen normalen Unternehmen und dem Verkehrsunternehmen Eisenbahn ist, und es ist daher doch wichtig, die Anpassung der Eisenbahn an die allgemeine Wirtschaftsstruktur ins Auge zu fassen. Die Schwierigkeiten liegen schon einmal darin, daß für die Eisenbahn ganz andere Gesetze des Handelns gelten als etwa für eine Maschinenfabrik. Schon in den Anlagen der Eisenbahn liegt ein ungeheurer Unterschied

zu den Anlagen anderer Unternehmungen. Dann ist ein sehr beachtlicher Unterschied in der technischen und wirtschaftlichen Lebensfähigkeit beziehungsweise Lebensdauer der Eisenbahnanlagen. Nun sind aber gerade die Anlagenwerte bei der Eisenbahn das weitaus Überwiegende. Man sieht den Unterschied, wenn man bedenkt, daß die Anlagenwerte bei der Eisenbahn 80 bis 90 Prozent betragen, während sie im Durchschnitt der sonstigen industriellen Unternehmungen etwa bei 40 und 50 Prozent liegen. Aber dazu kommt ja noch ein Weiteres: Die technische Lebensfähigkeit der Eisenbahnanlagen liegt zwischen 50 und 100 Jahren, während die mittlere Lebensdauer der Anlagen in fast allen anderen Unternehmungen zwischen 5 und 20 Jahren liegt. Das ist schon ein eminenter Unterschied. Aus dem ergibt sich aber auch, um wieviel anders und schwerer eine Rentabilitätsberechnung und vor allem eine Berechnung der Wegekosten bei den Eisenbahnen ist und um wieviel leichter sie in einem anderen Betrieb, etwa in einer Maschinenfabrik, ist.

Die Selbstkostenermittlung ist ja wesentlich schwieriger, als man allgemein annimmt. Tatsache ist, daß man in den ersten Jahrzehnten nach Einführung des Eisenbahnbetriebes überhaupt keine Selbstkostenberechnung gebraucht hat, weil ja der Eisenbahnverkehr monopolartig vor sich gegangen ist. Aber immerhin, seit Jahrzehnten versuchen es alle Eisenbahnunternehmen, und zwar unter Zuhilfenahme aller technischen und empirischen Erfahrungen, und trotzdem ist es bis heute nicht gelungen, in Europa eine Möglichkeit zu finden, von der alle Eisenbahnverwaltungen sagen würden: Das ist die praktische Grundlage für die Berechnung der Wegekosten!

Es kommt aber noch ein Weiteres dazu: Wenn Krisen kommen, so kann sich eine Fabrik noch damit helfen, daß sie auf Lager, auf Vorrat arbeitet. Das ist bei der Eisenbahn unmöglich, sie kann nicht auf Vorrat fahren, sie muß dann eben den Betrieb einstellen oder einschränken und hat dann einen beachtlichen Personalüberschuß, den sie nicht abstoßen kann. Denn das sind ja Leute, die jahrelang geschult werden müssen und bei denen man nicht riskieren kann, daß sie nach einem halben Jahr nicht mehr zu haben sind; da kann man nicht den arbeitslosen Schuster oder Schneider oder Holzknecht nehmen und sagen: So, du bist jetzt Fahrdienstleiter oder Weichensteller oder Lokomotivführer! Das sind Schwierigkeiten, mit denen man rechnen muß. Es zeigt sich aber aus dem Ganzen auch, daß das Verlangen nach Kommerzialisierung eigentlich in eine falsche Richtung

geht. Man sollte besser von einer Ökonomisierung sprechen, das würde zutreffender sein.

Der Ausdruck Kommerzialisierung hat noch einen weiteren Nachteil. Er ist nämlich gerade beim Eisenbahnpersonal mit recht unangenehmen Erinnerungen verbunden. Der Ausdruck erinnert an die Zeit, wo betriebsfremde Leute, die vielleicht sonst ganz tüchtig gewesen sein mögen, wie zum Beispiel ein General, sich bei den Österreichischen Bundesbahnen mit Sanierungsproblemen gespielt haben. Wenn man heute an die Kommerzialisierung denken würde, so wäre das doch nichts anderes als eine Annäherung an die Verhältnisse bei der verstaatlichten Industrie in Österreich. Das würde mit anderen Worten heißen, es wäre ein Doppelgleisbau mit Koalitionsschienen und Proporzschwellen, mit zwei Generaldirektoren — das gehört dazu —, einem roten und einem schwarzen, und wahrscheinlich auch zwei Präsidenten in jeder Direktion. Und da wäre auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß eines Tages bei den kommerzialisierten Bundesbahnen als Meistermanager der Herr Haselgruber aufkreuzt.

Das sind nun Dinge, die man absolut im Auge behalten muß. Was wir brauchen, ist eben, wie gesagt, die Ökonomisierung. Was wir weiter brauchen, ist die Schaffung einer gesunden Koordinationsgrundlage. Was weiter notwendig ist, ist eine klare Kontenabgrenzung. Schließlich brauchen wir eine vorzügliche Basis für die Selbstkostenberechnung und ebenso ein gesundes Tarifsysteem.

Bei allen Budgetverhandlungen — man könnte beinahe sagen: „Alle Jahre wieder“ — kommt mit Rücksicht darauf, daß die Personal- und Verwaltungskosten in allen Ressorts ungemein hoch sind, der Schrei nach Verwaltungsreform. Dieser Schrei ist so alt wie die erste und die zweite österreichische Republik zusammen. (*Abg. E. Fischer: Viel älter! Schon zur Zeit Maria Theresias!*) Man hätte diesen Schrei ohne weiteres auch in die 40 Jahr-Feier einbeziehen können. Aber es ist beim Schrei geblieben. Man hat nie etwas wirklich Wirkungsvolles unternommen oder unternehmen können.

Und das hatte immer zwei Grundursachen: Jede Reform hat Personalmaßnahmen entweder zur Voraussetzung oder zur Folge. Zweitens, alle Personalmaßnahmen sind ein heißes Eisen, weil sie sofort in das Fahrwasser der Politik kommen. Daher ist es noch nie zu einer Maßnahme im Sinne dieses Schreies nach Verwaltungsreform gekommen. (*Präsident Böh m übernimmt den Vorsitz.*)

Es ist aber auch hier ein beträchtlicher Unterschied zwischen den Bundesbahnen — überhaupt also den Eisenbahnen —

und allen anderen Verwaltungen. Man darf nicht vergessen, daß ungefähr 40.000 Personen des Eisenbahnpersonals unmittelbar und 25.000 mittelbar mit der Durchführung des Fahrplanes beschäftigt sind, und die Erstellung des Fahrplanes ist keineswegs im Ermessen der Bahnverwaltung gelegen. Wenn man von der wirklichen Verwaltung schlechthin spricht — und das tut ja jeder, der außerhalb der Verwaltung ist —, dann erkennt man sofort, daß dieser Sektor der Verwaltung bei den Eisenbahnen eigentlich verhältnismäßig klein ist.

Was wir an Reformen brauchen, das sind technische Reformen. Technische Reformen bieten allerdings die Möglichkeit, gewaltige Ersparungen herbeizuführen; ich denke da nur an die Elektrifizierung, die wohl heute die wichtigste technische Reform ist. Aber es gibt noch eine ganze Reihe anderer, die freilich auch wieder beträchtliche Investitionen erfordern.

Das sogenannte Allheilmittel „Zentralisierung“ kann man keineswegs als jenes Mittel bezeichnen, das große Verwaltungsreformen ermöglicht und große Erfolge zeitigt. Es ist eine nicht unbekannte Tatsache, daß Schreibtische die Eigentümlichkeit haben, Junge zu bekommen, und wenn sich nun an einer Stelle allzuviel Schreibtische sammeln, dann vermehren sie sich auch entsprechend. Was aber aus einer zu weitgehenden Zentralisierung herauskommen kann, mag ein kleines Beispiel beweisen, ein Beispiel aus der tatsächlichen Praxis:

Vollständig zentralisiert ist bei den Österreichischen Bundesbahnen zum Beispiel der gesamte Beschaffungsdienst. Das ist kein unglücklicher Gedanke. Unglücklich dabei erscheint mir nur, daß das so weit geht, daß draußen der Bahnmeister jedes Stück Holz erst anfordern muß. Da fordert nun so ein Bahnmeister zum Beispiel in Kärnten zwei Kubikmeter Holz an, die er braucht, um eine Anlage zu verbessern. Er gibt seine Anforderung an die zuständige Bundesbahndirektion weiter. Bei dieser Bundesbahndirektion sitzt ein Beamter von der Beschaffungsdirektion in Wien, denn dafür ist nur die Beschaffungsdirektion zuständig; dieser Beamte bei der Direktion untersteht daher auch nicht der Direktion, aber er sitzt dort. Die Direktion gibt nur an diesen Beamten diese Anforderung, und dieser schickt die Anforderung an die Beschaffungsdirektion. Die Beschaffungsdirektion kauft nun irgendwo dieses Holz; das kann in Oberösterreich, im Burgenland oder in Vorarlberg sein. Von dort wird es zum Zentralmateriallager irgendwo im Mürztal geführt, und von dort werden die

zwei Kubikmeter der Direktion Villach zugewiesen. Und erst von dort bekommt sie dann der notleidende Bahnmeister. Inzwischen aber sind Wochen und Monate vergangen, inzwischen waren zahllose Telefonanrufe nötig. Das ist ein Beispiel, das die Folgen einer zu weitgehenden Zentralisierung zeigt.

Aber es gibt noch andere Dinge, die gegen eine zu weitgehende Zentralisierung sprechen. Jede Zentralisierung erfordert Personalmaßnahmen, und zwar Versetzungen. Versetzungen nach Wien haben zur Folge, daß einer in Wien seine Dienststelle hat und irgendwo in Tirol oder Kärnten wohnen muß; denn er bekommt ja in Wien keine Wohnung. Er fährt also ständig hin und her. Das allein ist eine sehr unangenehme Begleiterscheinung.

Aber was noch wesentlich unangenehmer ist, ist die Tatsache, daß durch eine volle Zentralisierung draußen beim Personal eine Demoralisierung eintritt, die darin liegt, daß draußen kein Mensch mehr Befugnisse hat. Es kann einer mit etwas zum Vorstand kommen, aber dieser weiß keine Antwort; er kann auch keine wissen, denn er muß erst bei der Direktion anfragen, und wenn es noch so kleine Dinge sind. Die Direktion muß erst bei der Generaldirektion anfragen, und handele es sich um noch so unbedeutende Dinge. Das hat zur Folge, daß draußen beim ganzen Personal der Eindruck entsteht: Wozu haben wir die ganze Direktion, wozu haben wir das, wozu haben wir jenes? Und das, was gerade bei einem Betrieb, wie es die Eisenbahnen sind, besonders notwendig ist, eine gewisse freiwillige innere Disziplin, schwindet dann allmählich dahin.

Unter den vielen Reformen, die immer wieder vorgeschlagen worden sind, befindet sich eine, die wir Freiheitlichen mit allem Nachdruck ablehnen. Das ist jene Reform, die damit anfängt, man müsse soundso viele tausende Beamte hinausschmeißen, und die damit auch beendet ist. Das sind keine Reformvorschläge, und derartige Vorschläge sind daher abzulehnen.

Aber im Zusammenhang mit dieser weitgehenden Zentralisierung schleicht sich etwas ein, und das möchte ich jetzt ebenfalls noch kurz streifen, nämlich eine gewisse Vernachlässigung des technischen Personals. Das ist heute eine Sünde wider den Geist und in einer Epoche der rapiden Technisierung des ganzen Verkehrs nicht mehr zu verantworten. Die Sicherheit und die Rentabilität des Verkehrs hängt heute und noch mehr in Zukunft ausschließlich von den Menschen ab, die im Verkehr stehen. Da sind einmal die Fahrdienstleiter, die Weichensteller, das ganze Zugper-

sonal, das Lokpersonal, aber darüber hinaus ist es das Beamtenkorps des technischen Dienstes, das mit der Zunahme der Technisierung mehr und mehr Verantwortung zu übernehmen hat. Wenn man aber heute jemandem Verantwortung aufbürdet, dann hat er ein Recht darauf, auch Befugnisse zu haben. Und da liegt meistens eine Diskrepanz. Zentralisierungen, wohl auch nicht ganz unbeeinflusst von politischen Maßnahmen, führen immer wieder dazu, daß weniger versierte Beamte aus der Zentrale hochqualifizierten Technikern draußen Weisungen zu geben haben. Man kann von einer Direktion zur andern wandern, überall tritt einem eine Erscheinung entgegen, die einem vor allem bei den Technikern besonders ins Auge springt, weil diese ja Reißbretter, Zeichenmaschinen und so weiter brauchen. Aber da kommt man in winzig kleine Kammern, wo ausgezeichnete, erfahrene alte Ingenieure geradezu aufeinander sitzen und in einem unheimlichen Papierkram zu ersticken drohen. Das sind Folgen einer allzu weitgehenden Zentralisierung.

In diesem Zusammenhang darf aber auch darauf verwiesen werden, daß hinsichtlich der Wertung der ganzen Gruppe der Meister eine Änderung eingetreten ist, die keineswegs als glücklich bezeichnet werden darf. Nach dem Jahre 1945 sind, so wie es leider bei jedem anderen Systemwechsel noch der Fall war, bei Hinaufreibungen und Postenbesetzungen sehr viele solche zum Zuge gekommen, deren Fähigkeiten diesen Posten nicht entsprachen. Das war auch bei der Meistergruppe der Fall. Man hat nun aber diesem Zustand, den man sehr wohl erkannt hat, dadurch Rechnung getragen, daß man die ganze Gruppe einfach hinuntergereiht und daß man die ganze Gruppe ihres Charakters als Dienststellenleiter, als Vorstände entkleidet hat.

Nun sind wir aber zur Überzeugung gekommen, daß die Prüfungen, die einer abzugeben hat, bevor er Meister wird, wieder auf den Stand gekommen sind, wo sie hingehören. Diese Prüfungen sind außerordentlich streng, müssen streng gehandhabt werden. Aber es ist diesen strengen Prüfungen nicht jene Notwendigkeit gefolgt, die die Tatsache erfordert hätte, daß alle guten Meister, weil einige schlechte dabei waren, heruntergereiht wurden: also eine entsprechende Reihung beziehungsweise eventuell eine Wiederzuerkennung des Charakters eines Dienststellenleiters.

Wir Freiheitlichen vertreten die Auffassung, daß mit der zunehmenden Technisierung gerade die Gruppe der Meister jene Gruppe ist, die im lebendigen technischen Dienst draußen Spartenführer, die Verantwortungsträger sind. Deshalb sind ja die Prüfungen so streng, weil

die Menschen etwas können müssen, weil die Menschen ja direkt am Hebel des ganzen technischen Werkes sitzen. Die Bitte an den Herrn Verkehrsminister, vielleicht doch diesem Kapitel sein besonderes Augenmerk zuzuwenden, ist daher wohl berechtigt.

Zu fordern ist aber vor allem eine gesunde Personalpolitik im allgemeinen. Wir meinen damit die Sicherstellung der Rechte eines Eisenbahners in allen Beziehungen, nicht bloß hinsichtlich der Sicherung seines Lohnes, seiner Altersversorgung, seiner Krankenversicherung, sondern auch auf einem anderen Sektor, und der erscheint uns als der allerwichtigste. Zu den Rechten des Personals gehört der Anspruch auf eine untadelige Menschenwertung, die lediglich davon ausgeht, was der Betreffende kann, was er für Erfahrungen hat, welches Wissen er hat und über welchen Charakter er verfügt. Und nach denselben Grundsätzen müßten daher auch alle Postenbesetzungen erfolgen. Wir sind überzeugt, das gesamte Eisenbahnpersonal steht genau auf demselben Standpunkt, und wir hegen eine leise Hoffnung, daß sich auch die Personalvertretung diesem Standpunkt nicht verschließen wird.

Nun etwas zum Kapitel Autoverkehr im staatlichen Dienst. Da haben wir zwei staatliche Autounternehmen, die mit 4400 Bussen in Österreich herumfahren. Davon gehören 3600 der Post, und 800 gehören der Eisenbahn. Ein normaler, durchschnittlicher Staatsbürger kann das nicht ganz verstehen. Er meint, daß bei diesen zwei Betrieben ja dann auch zwei Verwaltungen vorhanden sein müßten.

Nun hat gerade der Rechnungshof, dem man auf diesem Sektor nicht zum normalen Staatsbürger rechnen kann, sondern zu einem absolut wissenden, auch erkannt, daß hier doch etwas vorliegt, was seiner Meinung nach nicht ganz rentabel sein kann, wenn da zum Beispiel in jedem größeren Ort zwei Großgaragen, zwei Werkstätten, zwei Ersatzteillager, zwei Treibstofflager, zwei Betriebsleitungen sitzen. Daher hat der Rechnungshof gemeint, man könne das abändern, indem man diese beiden Betriebe zu einem staatlichen Kraftfahrbetrieb im Rahmen der Bundesbahn oder im Rahmen der Post zusammenschließt.

Das ist allerdings geprüft worden, aber, wie ich gehört habe, kann das nicht gemacht werden, weil beide Betriebe ihre Automobile beziehungsweise ihren Kraftfahrbetrieb brauchen. Das ist etwas Unverständliches; den hätten sie ja auch, wenn sie zusammengelegt wären. Ich fürchte, daß dahinter doch einige Dinge liegen, die mit dem Koalitionsverhältnis zusammenhängen; ich lasse mich aber gerne eines Besseren belehren.

Weil ich aber schon bei der Post bin, muß ich wohl auch noch einiges von der Post sagen, mit dem wir nicht einverstanden sind. Hier liegt eine ausgesprochene Diskrepanz, denn man kann auf der einen Seite nicht leugnen, daß die Post sehr fortschrittlich ist, sehr beachtliche Erfolge auf einer ganzen Reihe von Gebieten aufzuweisen hat. Ja, sie hat auch eine neue Postordnung gemacht, aber die neue Postordnung ist uns schon etwas zu fortschrittlich: Sie schreitet nämlich souverän über alle Wünsche und berechtigten Forderungen der Bevölkerung hinweg.

Eine strenge Postordnung läßt sich vorstellen. Aber nicht vorstellen kann ich mir, daß man am Sonntag keinen Expresbrief bekommen kann, am Sonntag kein Telegramm bekommen kann. Ich schicke einen Expresbrief ja deshalb, damit er möglichst schnell ans Ziel kommt. Und wenn mir dieser Weg zu langsam ist, dann schicke ich ja deshalb ein Telegramm, damit der Betreffende noch im letzten Augenblick — man weiß ja nie, was damit verknüpft ist — eine Nachricht erhalten kann, aber doch nicht deshalb, damit es sich dann zwei oder gar drei Feiertage irgendwo sanft bei einem Postamt ausruht.

Da könnte die Meinung entstehen, daß dieser Trieb zur Neuerung und zum Fortschritt bei der Post falsch aufgefaßt wird, daß man dort meint, die Hauptsache sei: Wir automatisieren, wir schaffen etwas Neues! Nein, die Hauptsache jeder Automatisierung, jeder Reform, jeder technischen Neuerung ist letzten Endes immer wieder beim Menschen gelegen. Das Leben des Menschen soll durch all diese Dinge erleichtert und verschönt werden. Das ist der Sinn aller Modernisierungen. Daher geht meine Bitte ebenfalls an den Herrn Minister sowie auch an den Herrn Generaldirektor Schaginger, doch von dieser Warte aus diese Probleme zu prüfen.

Wir Freiheitlichen haben mit Schmerzen zur Kenntnis genommen, daß die so notwendige Elektrifizierung der Bundesbahnen nun immer wieder gehemmt wird. Es ist heute eine Zeit, wo sich alle technischen Neuerungen schon so rapid ändern, daß eine die andere erschlägt. Der Erfolg der Neuerung liegt heute einzig und allein darin, daß sie, einmal angefangen, so rasch als möglich zu Ende geführt wird. Das ist besonders bei der Elektrifizierung der Fall, denn es ist unbestreitbar, daß sie Milliardenwerte an teurer Kohle erspart. Daher erscheint es uns als kurzfristig, daß man hier schon wieder gekürzt hat. Ich muß da schon an die heutigen Ausführungen meines Parteifreundes Kandutsch anknüpfen, der zur Überlegung gekommen ist, daß eine sinnvolle

Erstellung des Budgets eigentlich fehlt. Wir haben den Eindruck, daß nicht der Mut zu einer Rangordnung im Budget besteht, daß die Koalitionsschwierigkeiten so groß sind, daß man zu ihrer Überwindung kein anderes Mittel mehr hat als das der Vernachlässigung der allerwichtigsten Dinge im Staat. Wir können daher zu dem Budget nicht unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Böhm**: Als nächster Redner gelangt der Herr Abgeordnete Suchanek zu Wort. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Suchanek**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Alljährlich im Herbst, lange schon, ehe das Budget der Österreichischen Bundesbahnen in diesem Hohen Hause oder im Finanz- und Budgetausschuß in Behandlung genommen wird, beginnt es im österreichischen Blätterwald ob des Defizits dieses Betriebes zu rauschen. Dieses Rauschen könnte zur wohlvertrauten Melodie werden, würde nicht die Eintönigkeit der Wiederholungen dazu führen, daß denen, die um die wahren Zusammenhänge wissen, das kalte Grausen ob so vieler Böswilligkeit, aber auch so vieler Unwissenheit über diesen größten österreichischen Betrieb kommen müßte.

Auch das Echo, das die Übergabe des Bundesbahnbudgetentwurfes 1959 in der Öffentlichkeit auslöste, war nicht anders als in den vergangenen Jahren. Warum auch? Der präliminierte Abgang der Betriebsausgaben und der außerordentlichen Gebarung für das Jahr 1959 beträgt noch immer 2589 Millionen Schilling und ist um 113 Millionen Schilling höher, als er für das Jahr 1958 veranschlagt war, wobei die Gesamtausgaben von 7,7 Milliarden Schilling nahezu ein Fünftel der Gesamtbudgetsumme darstellen. Und nicht zuletzt: Waldbrunner ist ja nach wie vor der Ressortchef dieses Betriebes.

Die destruktive Kritik an diesem größten österreichischen Betrieb ist nicht nur für diesen, sondern für die gesamte österreichische Wirtschaft und damit letzten Endes für das ganze österreichische Volk von größtem Nachteil. Welcher private Betrieb könnte noch existieren, wollte man den Versuch unternehmen, ihn in der öffentlichen Meinung mit solcher Unsachlichkeit, aber auch mit solcher Hartnäckigkeit Tag für Tag herabzusetzen? Jeder, an dem man gleich handeln würde, müßte zugrunde gehen. Das Vertrauen ist im Wirtschaftsleben ein Faktor, der ebenso wichtig ist wie saubere Kalkulation und prompte Erfüllung aller eingegangenen Verpflichtungen.

Ich möchte auf die Unsinnigkeit verschiedener derartiger Behauptungen, Betrachtungen

und Folgerungen nicht im Detail eingehen, ich möchte aber die heutige Beratung über das Kapitel Eisenbahnen in diesem Hohen Hause zum Anlaß nehmen, darüber zu sprechen, wie ich und meine Partei, in deren Namen zu sprechen ich die Ehre habe, die wirklichen Verhältnisse bei den Österreichischen Bundesbahnen sehen und wie wir uns eine Bereinigung des Fragenkomplexes Österreichische Bundesbahnen vorstellen.

Daß eine Bereinigung verschiedener grundsätzlicher Fragen notwendig ist, steht außer Zweifel, von Fragen, die dazu führen würden, die Österreichischen Bundesbahnen jenen Kritikern, von denen ich schon sprach, in einem völlig anderen Lichte zu präsentieren. Man wird dabei aber vorerst eine grundsätzliche Frage klären müssen, nämlich die, wieweit die ÖVP überhaupt bereit und daran interessiert ist, dieses völlig andere Licht über den Österreichischen Bundesbahnen leuchten zu lassen. Es ist doch derzeit so bequem und so praktisch, einen Zustand aufrechterhalten zu wissen, der es ihr jederzeit ermöglicht, wann immer es in ihr politisches Konzept paßt, unter Hinweis auf die Österreichischen Bundesbahnen die Öffentlichkeit glauben zu machen, daß dort, wo Sozialisten verwalten, das berühmte „Faß ohne Boden“ stünde, in das die Mittel der Steuerzahler fließen, ohne es jemals zu füllen. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, bereit sind, dieses Faustpfand der politischen Agitation preiszugeben, dann — davon bin ich überzeugt — werden sich Wege finden lassen, die Probleme der Österreichischen Bundesbahnen aus dem politischen Meinungsstreit herauszuheben, sie auf die Basis einer Diskussion zu heben, die es ermöglicht, die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Österreichischen Bundesbahnen auch in der Zukunft erhalten zu können.

Schon der verstorbene Humorist Armin Berg hat in den zwanziger Jahren ein Couplet geschrieben, in dem er schilderte, wie er mit der Straßenbahn den Südbahnhof erreichen wollte, und auf diesem Weg sind ihm verschiedene Mißgeschicke passiert, sodaß er letzten Endes gar nicht zum Südbahnhof gekommen ist und seine beabsichtigte Reise nach Graz gar nicht antreten konnte. Und er sagt zum Schluß dann: „Ich fahr nimmer weg, was immer auch geschieht, und sehen S', so entsteht bei der Bundesbahn's Defizit.“

Ich möchte damit sagen, daß die Frage des Defizits der Österreichischen Bundesbahnen damals schon immer wieder in der öffentlichen Meinung entsprechend behandelt worden ist und daß man damals schon so wie heute nur das Defizit feststellte, ohne die Ursachen dieses Defizits überhaupt zu untersuchen.

Ich glaube, daß es daher notwendig ist, die einzelnen Ausgabenposten des Budgets der Österreichischen Bundesbahnen etwas näher zu erläutern.

Es ist da vor allem die höchste Ausgabenpost von 4459 Millionen für den Personalaufwand. Sie ist annähernd um 40 Millionen niedriger veranschlagt, als es für das Jahr 1958 der Fall war. Es ist trotzdem ein gewiß sehr hoher Betrag. Aber schon bei näherer Untersuchung kann man feststellen, daß von dieser Summe nur 2576 Millionen, das sind also 58 Prozent, für die aktiven Bediensteten vorgesehen sind, während der Rest von 1882 Millionen, das sind 42 Prozent, zur Bestreitung der Pensionslasten erforderlich sein werden.

Mit dem Betrag von 2576 Millionen sollen im kommenden Jahr 78.804 Bedienstete bezahlt werden. Um die Höhe dieser Personalstandesziffer richtig beurteilen zu können, ist es notwendig, ein Verhältnis zu den Leistungen der Österreichischen Bundesbahnen herzustellen. Es ist aber auch nicht uninteressant, feststellen zu können, daß der für die Aktivitätsbezüge veranschlagte Betrag nur etwas mehr als 33 Prozent des Voranschlages der Österreichischen Bundesbahnen beziehungsweise 39 Prozent der Betriebsausgaben beträgt. Jeder Kenner der Transportwirtschaft wird wissen, daß die Lohnkosten im Transportwesen eine ganz besondere Rolle spielen. Die Transportwirtschaft zählt zu den sogenannten lohnintensiven Wirtschaftszweigen, wobei man dann von einem lohnintensiven Wirtschaftszweig spricht, wenn die Lohnkosten 50 Prozent oder mehr der Gesamtkosten betragen.

In diesem verhältnismäßig geringen Prozentsatz von nur 33 Prozent spiegeln sich zwei Tatsachen: erstens einmal die hohe Leistung der Österreichischen Bundesbahnen, umgerechnet auf den Kopf des Personalstandes, aber zweitens auch die Tatsache, daß trotz Verbesserung der Bezüge der Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen diese keinesfalls jene Steigerung erfahren haben wie die Posten des Sachaufwandes.

Für die hohen Leistungen des Personals will ich Ihnen, meine Damen und Herren, einige Beispiele geben. Im Jahre 1937, einem Jahr, in welchem die Österreichischen Bundesbahnen keinen Gebärungsabgang hatten, waren bei den Österreichischen Bundesbahnen 56.903 Bedienstete beschäftigt. Ich nehme das Jahr 1937 nicht deswegen zum Vergleiche, weil sich das Personal etwa besonders gern an dieses Jahr erinnern würde. Im Gegenteil! Es war dies eine Zeit, die den Eisenbahnern in unangenehmster Erinnerung ist, weil sie, aller Vertretungsrechte beraubt, in einer Art und

Weise ausgenützt wurden, die an die Grenze der Leistungsfähigkeit des einzelnen reichte. Ich nenne das Jahr 1937 als Vergleich, weil es gebarungsmäßig ein Idealjahr war und von jenen, die an den Österreichischen Bundesbahnen in ihrer jetzigen Verwaltungsform Kritik üben, immer gerne zitiert wird.

In diesem Jahr 1937 bewältigten also diese 56.903 Bahnbediensteten unter teilweiser Hintansetzung ihrer sozialen Rechte, wie Urlaube und dergleichen, bei wesentlicher Vernachlässigung der 48 Stunden-Woche 15.127 Millionen Bruttotonnenkilometer beziehungsweise 1625 Millionen Wagenachskilometer. Mit anderen Worten: Je Million Bruttotonnenkilometer waren 3,8 Bedienstete, je Million Wagenachskilometer 35 Bedienstete erforderlich. Diese Leistung wurde in den letzten Jahren so weit gesteigert, daß wir im Jahre 1957 zu einer Leistung kamen, die wesentlich höher war als die des Jahres 1937, und zwar wurden 24.817 Millionen Bruttotonnenkilometer und 2525 Millionen Wagenachskilometer geleistet, wobei zu der Bewältigung einer Million Bruttotonnenkilometer nicht mehr 3,8 Bedienstete, sondern nur mehr 3,1 Bedienstete notwendig waren. Sie können daraus ersehen, daß trotz der ungeheuren Wiederaufbauleistungen die Produktivität der Transportleistungen um 20 Prozent gesteigert wurde.

Die Ursache des Gebärungsabganges liegt also nicht in der ungenügenden Leistung des Personals und damit in der Personallast der Österreichischen Bundesbahnen. Gerade diese Tatsache verdient besonders hervorgehoben zu werden, weil in der Unsachlichkeit der Kritik an den Österreichischen Bundesbahnen immer wieder versucht wird, gerade dieser Ausgabenpost den Hauptanteil am Gebärungsabgang zuzuschreiben. Daß bei der dauernden Wiederholung einer solchen Behauptung eine expansive Gehalts- und Lohnpolitik der zur Vertretung der Eisenbahnerinteressen berufenen Organisationen äußerst erschwert wird, steht außer Zweifel.

Wir erleben es auch immer wieder, daß in der Öffentlichkeit, aber leider auch bei Verhandlungen mit der Bundesregierung, bei Anmeldung von Lohn-, Gehalts- oder Zulagenforderungen Hinweise auf den angeblich zu hohen Personalstand laut werden.

Ich möchte hier, meine Damen und Herren, eindeutig feststellen: Die Eisenbahnbediensteten sind gewohnt, ihren schweren Dienst ohne viel Aufhebens zu versehen. Je weniger sie gezwungen sind, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, desto lieber ist es ihnen. Man möge ihnen aber endlich einmal ob ihrer Leistungen, die sie nicht nur während der schweren Zeit des Wiederaufbaues, sondern täglich voll-

bringen, Gerechtigkeit widerfahren lassen. Man möge die Ursachen des Gebarungsabganges ihres Betriebes, an dem sie mit Liebe und Hingabe hängen, nicht bei ihnen, sondern dort suchen, wo sie zu suchen und bei objektiver Betrachtung auch zu finden sein werden.

Wenn ich von den hohen Leistungen des Eisenbahnpersonals spreche, kann ich aber an einer bedeutsamen Frage, die gerade in der letzten Zeit an Aktualität besonders zugenommen hat, nicht vorübergehen. Ich meine die Frage der Erhöhung der Sonderzahlungen, die Frage des sogenannten 14. Monatsbezuges. Die Eisenbahner haben diese Forderung bereits im Jahre 1955 erhoben, ihre Durchsetzung jedoch aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt mit Rücksicht auf die ständig angespannte Budgetlage, Jahre hindurch zurückgestellt.

Als sie im Einvernehmen mit den übrigen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes diese Forderung im Frühjahr 1958 neuerlich der Bundesregierung überreichten, war es ihnen klar, daß die Verhandlungen sehr schwierig sein würden. Sie wußten aber auch, daß es bisher immer möglich war, im Wege von Verhandlungen zu Lösungen zu kommen, die zwar nicht immer alle Beteiligten restlos befriedigten, aber letzten Endes doch dazu beitrugen, ihre finanzielle Lage zu verbessern und den sozialen Frieden zu bewahren. So haben sie auch die Aufforderung des Herrn Finanzministers anlässlich der Verhandlungen über die Erhöhung der Sonderzahlungen zur Unterbreitung von Vorschlägen hinsichtlich der Bedeckung aufgefaßt, und aus diesem Geiste heraus haben die Vertreter des Verhandlungsausschusses auch die Ihnen ja bekannten Bedeckungsvorschläge überreicht.

Die Haltung des Herrn Bundeskanzlers im gegenwärtigen Zeitpunkte der Verhandlungen unterscheidet sich jedoch wesentlich von den bisherigen Gepflogenheiten. Abgesehen davon, daß der Herr Bundeskanzler allen Vorschlägen der Gewerkschaft ausgesprochen ablehnend gegenübersteht, scheute er sich nicht, in seiner vorletzten Rundfunkansprache den Versuch zu unternehmen, unter Hinweis auf die angebliche Gefährdung der Währungsstabilität diese Forderung in der breitesten Öffentlichkeit unpopulär zu machen. Ich muß schon sagen: Es war ein sehr merkwürdiges und eigenartiges Beginnen, daß sich der Herr Bundeskanzler in diesem Moment an die Öffentlichkeit gewendet hat, in einem Zeitpunkt, als die Verhandlungen mit der Gewerkschaft noch in vollem Umfange geführt worden sind.

Es wird niemand ernst nehmen können, wenn der Herr Bundeskanzler die Behauptung aufstellt, daß eine zusätzliche Anforderung an

das Budget von 400 Millionen Schilling — und das wäre der Betrag, der auf Grund des letzten Kompromißvorschlages des Verhandlungsausschusses nötig wäre — die Stabilität gefährden würde. Es zeigt sich nur, daß alle Forderungen der Beamtenschaft nach der Meinung des Herrn Bundeskanzlers an der Stabilität rütteln, während die immensen Einnahmenverzichte der Steuersenkung bei gleichbleibenden Staatsausgaben oder Ausgaben für andere Zwecke diese Stabilität nicht berühren! (*Abg. Dr. Hofeneder: Auch bei gleichbleibenden Staatseinnahmen!*) Die Einnahmen hätte man eben in entsprechender Höhe halten können! Der erforderliche Betrag stellt ungefähr ein Prozent der Gesamtbudgetsumme dar. Ich überlasse es wirklich Ihren eigenen Überlegungen, meine Damen und Herren, wieweit eine solche Ausgabe in Wahrheit geeignet sein könnte, die Stabilität der Währung zu gefährden.

Ebenso ist die Tatsache, daß im Budget keine Bedeckung vorgesehen ist, kein ausreichender Grund, die Verhandlungen rundweg abzulehnen. Noch nie war vor Abschluß derartiger Vereinbarungen zwischen Bundesregierung und Gewerkschaften eine budgetäre Bedeckung gegeben. In allen Fällen mußte die Bedeckung für solche Zugeständnisse erst im Laufe des Budgetjahres gefunden werden, und wie wir wissen, wurde sie auch immer gefunden.

Das absolute Nein des Herrn Bundeskanzlers zu allen Vorschlägen zwingt uns daher den Verdacht auf, daß der Herr Bundeskanzler beabsichtigt, die für uns rein gewerkschaftliche Frage zu einer politischen Frage zu machen! (*Abg. Krippner: Das habt ihr gemacht!*)

In diesen Tagen herrscht unter den Eisenbahnern ob dieser Haltung des Herrn Bundeskanzlers eine ungeheure Erregung, eine Erregung, die begreiflich ist, wenn man die historische Entwicklung der Frage des 14. Monatsbezuges kennt.

Die Gewerkschaftsorganisationen haben bisher die Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel in der Annahme vermieden, daß es auch in dieser Frage eine friedliche Lösung geben muß. Sie haben damit ein Maß an Verantwortungsbewußtsein an den Tag gelegt, das beispielhaft ist. Man möge aber den Bogen nicht überspannen. Der Herr Bundeskanzler möge die Frage der Erhöhung der Sonderzahlungen aus der Sphäre der politischen Erörterungen auf die Ebene zurückführen, auf die sie wirklich hingehört: auf die Ebene der sachlichen Erörterungen. Wenn das geschieht, dann wird es möglich sein, den Eisenbahnern und mit ihnen den übrigen öffentlichen Bediensteten das zu geben, was ihnen schon lange gebührt.

Ich möchte mich nun der zweiten Ausgabenpost im Kapitel Personalaufwand, dem Pensionsaufwand zuwenden. Sie finden hier einen ebenfalls sehr respektablen Betrag von 1882 Millionen Schilling, einen Betrag, der, wie gesagt, rund 42 Prozent der Personalausgaben darstellt. Es ist notwendig, sich auch mit diesen Ausgaben etwas näher zu befassen. Mit diesem Betrag von 1882 Millionen Schilling müssen die Ruhegenüsse von 49.021 Ruhestandsbediensteten, die ordentlichen Versorgungsgenüsse von 37.464 Angehörigen nach Bediensteten und 817 außerordentliche Versorgungsgenüsse bestritten werden. Außerdem sind damit noch die Dienstgeberbeiträge in Höhe von rund 51 Millionen zu leisten. Bei einem Vergleich des Standes an Aktivbediensteten von 78.695 mit dem Stand an Ruhe- und Versorgungsgenüßempfängern von 87.302 fällt die Diskrepanz natürlich sofort ins Auge, stellt doch diese Zahl rund 110 Prozent des Aktivstandes dar.

Oberflächliche Kritiker an den Österreichischen Bundesbahnen meinen hiezu, daß eben das Besoldungs- und Pensionsrecht der Eisenbahn zu günstig sei und man darangehen müsse, dieses einer Revision zu unterziehen und es zumindest an das Pensionsrecht der übrigen Bundesangestellten anzugleichen. Gewiß, ich gebe zu, daß die Eisenbahner die Möglichkeit haben, früher in den Ruhestand zu treten als andere öffentlich Bedienstete, aber ist dieses Recht, so frage ich, denn willkürlich? Keinesfalls! Der schwere, gefährvolle Dienst der Eisenbahner, der zum Großteil auch nachts geleistet werden muß, bringt einen Kräfteverschleiß mit sich, der wesentlich höher als der eines sonstigen Beamten ist. Im Interesse der Sicherheit des Eisenbahnverkehrs müssen an die Eisenbahner Tauglichkeitserfordernisse gestellt werden, die zu erfüllen sie in einem höheren Lebensalter nicht mehr in der Lage wären. Die derzeitigen pensionsrechtlichen Bestimmungen sind auf in Jahrzehnten erworbene Erfahrungswerte aufgebaut und entsprechen durchaus den Bedürfnissen der Verwaltung des Betriebes sowie des Personals. Ich kann heute schon hier erklären, daß jeder Versuch, sie zu verschlechtern, auf den Widerstand meiner Partei und, ich kann es ruhig sagen, der gesamten Eisenbahnerschaft stoßen würde.

Bei objektiver Beurteilung wird man sehr leicht feststellen können, daß die Ursachen für die hohe Pensionslast gar nicht in einem überzüchteten Pensionsrecht liegen, sondern ganz anderer und mannigfaltigerer Natur sind.

Als im Jahre 1918 die große österreichisch-ungarische Monarchie auseinanderfiel, als sich aus den verschiedenen Kronländern selb-

ständige Nationalstaaten bildeten, strömten aus diesen Tausende von Eisenbahnern in das Gebiet der derzeitigen Republik Österreich zurück, weil sie sich ganz einfach nicht zu einer anderen Staatsbürgerschaft bekennen wollten und konnten. Sie wurden vorerst in Dienst gestellt und bildeten bis zum 1. Oktober 1923, das ist der Termin der Schaffung des Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesbahnen“, einen Stand von 94.957 Aktiven und 52.262 Pensionisten. Um diesen Aktivstand zu vermindern, griff man zu dem Mittel der Zwangspensionierung. Tausende von Eisenbahnern, die eine Dienstzeit von mindestens 24 Jahren, 6 Monaten und 1 Tag erreicht hatten, wurden in den Ruhestand versetzt. Sie können mir glauben, daß die wenigsten von ihnen mit dieser Maßnahme einverstanden waren. Die meisten wären noch in der Lage gewesen, eine Reihe von Jahren Dienst zu versehen; viele von ihnen erwarteten sich noch eine Weiterentwicklung ihrer Laufbahn, wie Beförderungen, weitere Vorrückungen und dergleichen mehr.

Die Jahre 1933 bis 1938 brachten weitere Zwangspensionierungen. Nun waren es allerdings nicht mehr staatspolitische, sondern parteipolitische Ursachen, die eine neue Welle von Ruhestandsversetzungen auslösten. Man bediente sich eines ganz eigenartigen Mittels: der Quieszierung auf Grund minderwertiger Dienstbeschreibungen. Wenn heute hier schon Andeutungen auf eine Wiedereinführung der Dienstbeschreibung für die Beamten der Österreichischen Bundesbahnen gemacht worden sind und der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß die Personalvertretungen bereit sein könnten, dabei mitzugehen, so möchte ich Ihnen heute hier schon sagen, meine Damen und Herren: Gerade weil diese Quieszierungen der dreißiger Jahre noch so lebhaft in der Erinnerung unseres Personals weiterleben, wird kaum eine Möglichkeit geboten sein, in nächster Zeit hier wirklich eine Lösung zu finden, die einigermaßen alle befriedigen könnte.

Mit dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaftsbewegung erschienen damals viele Bedienstete der Österreichischen Bundesbahnen, insbesondere aber die Vertrauensmänner der Freien Gewerkschaftsbewegung nicht opportun, und man versuchte also, in dieser Art und Weise durch zwangsläufig herbeigeführte minderwertige Dienstbeschreibungen die Bediensteten nach der Dienstordnung, wie es so schön heißt: weil das Interesse des Betriebes es erheischte, in den Ruhestand zu versetzen.

Als im Jahre 1938 nach der Okkupation Österreichs die berühmte Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbe-

amentums, wie diese Verordnung so schön hieß, in Kraft trat, setzte eine neuerliche Pensionierungswelle ein. Die Zahl der Pensionisten stieg weiter an.

Schließlich zwangen die Bestimmungen des Beamten-Überleitungsgesetzes und die NS-Gesetzgebung die Bahnverwaltungen zu weiteren Ruhestandsversetzungen, sodaß wir heute bei einem Stand von 87.560 Ruhe- und Versorgungsgenüßempfängern stehen.

Wenn man sich diese Tatsache vor Augen hält, wird man zu dem Schluß kommen, daß die im Budget der Österreichischen Bundesbahnen vorgesehenen Ausgaben zur Bestreitung des Pensionsaufwandes nur zum geringsten Teil von den Österreichischen Bundesbahnen zu vertreten sind.

Wir Sozialisten vertreten daher den Standpunkt, daß jene Ruhestandsversetzungen, deren Ursachen in dem wechselvollen politischen Schicksal unseres Staates wurzeln, nicht Gegenstand der Betriebsausgaben der Österreichischen Bundesbahnen sein können. Diese von mir geschilderte Fremdlast einschließlich jener Mehrbelastungen, die die Österreichischen Bundesbahnen gegenüber anderen Betrieben zu tragen haben, deren Bedienstete den Bestimmungen des ASVG. unterliegen, betragen nach Berechnungen der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen derzeit rund 1,3 Milliarden. Könnte man sich auch anderenorts zu dieser Budgetwahrheit entschließen, würde das Budgetkapitel Personalaufwand bereits ein völlig anderes Bild ergeben.

Und nun zum Sachaufwand: Die für das Gesamtbudget 1959 charakteristische Tatsache, nämlich die Verlagerung von Ausgaben des ordentlichen in den außerordentlichen Haushalt, finden wir beim Sachaufwand der Österreichischen Bundesbahnen ebenso wie bei anderen Gruppen und Kapiteln des Budgets. Der für das Jahr 1959 präliminierte Sachaufwand der Betriebsausgaben in der Höhe von 2152,2 Millionen ist um 482,7 Millionen geringer als im Voranschlag 1958. Dafür finden wir in der außerordentlichen Gebarung eine Erhöhung der Ausgaben um 368 Millionen, die durch Kreditoperationen ihre Deckung werden finden müssen.

Es ist dabei besonders bedauerlich, daß der Sachaufwand für die Erhaltung und Erneuerung der baulichen Anlagen gegenüber 1958 um 145 Millionen gekürzt wurde. Wenn man bedenkt, daß die österreichischen Bahnanlagen rund hundert Jahre alt sind und daß sich durch jahrzehntelange Vernachlässigung gerade bei der Erhaltung des Oberbaues ein ungeheurer Nachholbedarf angestaut hat, so ist die Kürzung dieser Post besonders bedenklich.

Die zur Verfügung stehenden Kredite werden kaum dazu ausreichen, die laufenden Erhaltungsarbeiten zu bewältigen. Ein Aufholen von Rückständen wird unmöglich sein. Es ist erfreulich, daß aus den zur Verfügung stehenden Mitteln der Ausbau der Wiener Schnellbahn, die Fortführung des Baues des Wiener Südbahnhofes, der zweigeleisige Ausbau der Strecke Bregenz—Lauterach, der Neubau eines vierten Bahnsteiges in Innsbruck Hauptbahnhof und andere Bauvorhaben möglich sein werden.

Die Fortsetzung eines der wichtigsten Investitionsvorhaben der Österreichischen Bundesbahnen jedoch, der Elektrifizierung, wird nach dem vorliegenden Budgetentwurf leider wieder eine weitere Verzögerung erfahren. Der für das Jahr 1959 vorgesehene Betrag von 250 Millionen wird gerade ausreichen, um die bereits begonnene Elektrifizierung der Strecken Gloggnitz—Mürzzuschlag und Schladming—Selzthal vollenden zu können, wobei die so sehnlich erwartete Fortsetzung der Südbahn-Elektrifizierung von Sankt Veit an der Glan nach Norden wiederum verschoben werden muß, obwohl gerade die Elektrifizierung dieses Teilstückes wegen des großen Kohlenverbrauches über den Neumarkter Sattel besonders wirtschaftlich erscheinen würde.

Ebenso wird die Kürzung der Elektrifizierungskredite dazu führen, daß in Aussicht genommene Bestellungen von Elektrolokomotiven und anderer elektrisch betriebener Fahrbetriebsmittel unterbleiben, beziehungsweise das Bautempo dieser Fahrbetriebsmittel wird verlangsamt werden müssen. Dies ist nicht nur für die Österreichischen Bundesbahnen und die Bahnbenützer, sondern auch für die Erzeugerfirmen höchst unangenehm. Insbesondere aber bedeutet diese Kreditdrosselung für die in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten eine ganz empfindliche Bedrohung ihrer Existenz.

Den Ausgaben von 7707,4 Millionen stehen veranschlagte Einnahmen in der Höhe von 5118,3 Millionen gegenüber, die man gerne übersieht, wenn man die Ausgaben in eine Relation zum Budget bringt. Den gegenüber 1958 um 119 Millionen verminderten Ausgaben stehen um 231 Millionen verminderte Einnahmen gegenüber, wodurch sich das Defizit, wie bereits gesagt, um weitere 113 Millionen auf 2589 Millionen erhöht. Gestatten Sie mir daher, daß ich mich etwas eingehender mit diesem Gebarungsabgang, vor allem aber mit seinen Ursachen, beschäftige.

Man kann im allgemeinen feststellen, daß die wirtschaftliche Lage der meisten europäischen Bahnverwaltungen sehr ähnlich ist. Besonders die Frage des Betriebsdefizits ist fast allen dieser

Bahnverwaltungen gemeinsam, wobei zugegeben sein mag, daß dieser Betriebsabgang in den verschiedenen Staaten in der Relation zum Gesamtbudget — sofern die Betriebsausgaben überhaupt Gegenstand eines solchen Budgets sind — variiert. Wenn ich schon nachzuweisen versucht habe, daß die Personallast nur zum Teil — nämlich nur zu dem Teil, der die fremden Pensionslasten betrifft — die Ursache ist, so gibt es noch eine Reihe weiterer Probleme, die diesen Gebärungsabgang noch unechter erscheinen lassen.

Da ist vor allem die Gestaltung der Tarife. Es sei vorweggenommen, daß die Österreichischen Bundesbahnen keine Tarifhoheit besitzen und die Tarife grundsätzlich nur durch eine Verordnung mit Zustimmung des Hauptausschusses dieses Hohen Hauses abgeändert werden können. Wenn man die Indizes der verschiedenen Tarife der Österreichischen Bundesbahnen mit dem allgemeinen Handelsindex vergleicht, so wird man feststellen müssen, daß zum Beispiel im Oktober 1958 der Index der Kleinhandelspreise 857,4, der Index der Großhandelspreise 865, der Index der Industriestoffe 1017 betrug, während die Indizes der Tarife der Österreichischen Bundesbahnen, bezogen auf 1938, folgendermaßen aussehen: Personentarife 288, Gütertarife im Durchschnitt 443.

Diese Tatsache ergibt die groteske Erscheinung, daß die Österreichischen Bundesbahnen bei stetig steigender Leistung wohl stetig steigende Einnahmen, aber auch ein stetig steigendes Defizit aufzuweisen haben. So stiegen in der Zeit von 1953 bis 1957 die Leistungen der Österreichischen Bundesbahnen von 19 auf 24,8 Milliarden Bruttotonnenkilometer, also um 30 Prozent, die Einnahmen von 3256 auf 4567 Millionen Schilling, also um 40 Prozent, die Ausgaben von 4431 auf 6620 Millionen Schilling, also um 50 Prozent. Das Defizit stieg hiebei von 1175 Millionen Schilling auf 2053 Millionen Schilling im Jahre 1957. Die Ursachen liegen in der Untervalorisierung der Tarife und in der den Österreichischen Bundesbahnen noch immer auferlegten Beförderungs- und Betriebspflicht. Es rächt sich heute, daß man im Zusammenhang mit verschiedenen Währungsoperationen — ich meine hier die verschiedenen Lohn- und Preisabkommen — die Tarife der Österreichischen Bundesbahnen nicht miterhöht hat. Mir sind die Schwierigkeiten, die zu diesem Zeitpunkt gegen ein Mitziehen der Eisenbahntarife gesprochen haben, bekannt. Ebenso bekannt müßten diese Gründe jedoch auch den Kritikern an den Österreichischen Bundesbahnen sein.

Wenn ich von einer Untervalorisierung der Tarife spreche, ist mir vollkommen klar, daß

die Österreichischen Bundesbahnen immer, auch bei einer Regulierung der Tarife, gewisse gemeinwirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben werden, für die sie keine volle tarifliche Abgeltung werden finden können. Man wird sich daher einmal entscheiden müssen, ob man in den Österreichischen Bundesbahnen ein Wirtschaftsunternehmen sehen will, dessen Betriebserfolg durch eine kaufmännisch erstellte Bilanz zum Ausdruck gebracht wird und welches in einem solchen Falle nach strengen kaufmännischen Gesichtspunkten zu führen und daher von allen gemeinwirtschaftlichen Lasten zu befreien wäre, oder aber ob man anerkennt, daß die Österreichischen Bundesbahnen ob ihrer Wirtschaftlichkeit im Hinblick auf die gemeinwirtschaftlichen Aufgaben mit anderen Maßstäben zu messen sind. Wir Sozialisten bekennen uns zu der letzteren, also zur gemeinwirtschaftlichen Funktion. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, es auch tun, dann müssen wir Sie bitten, die Defizitlüge endlich zu Grabe zu tragen.

Die Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen hat wie bei den fremden Pensionslasten auch hinsichtlich der sozialen Subventionstarife Berechnungen angestellt und kommt hiebei zu folgenden Ergebnissen: Von den im Jahre 1957 beförderten 149 Millionen Reisenden zahlten nur 27 Millionen, das sind 18,2 Prozent den vollen Fahrpreis. 49 Millionen, das sind 32,6 Prozent der Reisenden, wurden zu den ermäßigten Tarifen für Arbeiter und Angestellte befördert, während 17,5 Millionen, das sind 11,7 Prozent der Reisenden, zu den ermäßigten Fahrpreisen für Schüler und 56 Millionen Reisende, das sind 37,5 Prozent, zu Fahrpreisen mit sonstigen Ermäßigungen befördert wurden. Der gewährte Einnahmeverzicht beträgt — wobei die Ermäßigungen keinesfalls in eine Relation zum Normaltarif gebracht wurden — bei diesen Sozialtarifen gering gerechnet allein 100 Millionen Schilling.

Ganz ähnlich, aber mit einem noch viel fühlbareren Einnahmeausfall, sieht es bei den Gütertarifen aus. Die Berechnungen, die die Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen angestellt hat, ergeben, daß diese Subventionstarife — ohne sie in ein Verhältnis zu der höchsten Tarifklasse zu setzen — allein einen Einnahmeverzicht von weiteren 200 Millionen ausmachen. Es handelt sich hiebei vor allem um die Tarifiermäßigungen, die der Landwirtschaft für ihre Produkte, wie Milch, Getreide, Holz, aber auch der Industrie und dem Gewerbe eingeräumt werden, also gerade jenen Kreisen, die stets am heftigsten und am unsachlichsten gegen das Defizit der Österreichischen Bundesbahnen polemisieren.

Ich will auch hier, um nicht mißverstanden zu werden, betonen, daß die Subventionierung verschiedener Tarife notwendig ist. Es ist heute nicht der Anlaß und nicht die Stunde, um sich eingehend mit der Regelung der Tarife zu befassen. Was ich aber zum Ausdruck bringen will, ist die Tatsache, daß solche Subventionen über den Weg des Eisenbahntarifes im Interesse der verschiedensten Zweige der Volkswirtschaft tatsächlich erfolgen.

Was ich weiter zum Ausdruck bringen möchte, ist, daß man diese Einnahmenverzichtes, die neben der Untervalorisierung der Tarife noch bestehen, bei der Beurteilung des Abganges der Österreichischen Bundesbahnen mit in Rechnung stellen muß.

1300 Millionen fremde Pensionslasten plus 300 Millionen Einnahmeausfälle durch Sozial- und Subventionstarife ergeben eine Fremdlast von 1600 Millionen. Wenn Sie diesen Betrag mit dem für 1959 präliminierten kassenmäßigen Betriebsabgang von 1493 Millionen Schilling vergleichen, werden Sie sehr leicht zu der Feststellung kommen, daß das Betriebsdefizit der Österreichischen Bundesbahnen keinesfalls ein echtes ist.

Die finanzielle Lage der Österreichischen Bundesbahnen würde sich aber noch weitgehend verbessern, wenn man sie von den rechnerisch nur schwer erfaßbaren Belastungen der Betriebs- und Beförderungspflicht befreien würde. Diese Verpflichtung stammt noch aus einer Zeit, in der die Eisenbahnen als ein Äquivalent für diese Pflichten ein ungeschriebenes Verkehrsmonopol besaßen. Das Verkehrsmonopol ist längst verloren, was geblieben ist, sind die Pflichten. Ein privater Linienkonzessionsträger des Straßenverkehrs wird Verkehrslinien, die ihm nicht rentabel erscheinen, einstellen. Er wird die Übernahme von Gütern zur Beförderung, die zufolge ihrer Menge oder ihrer Beschaffenheit die Kapazität seiner Transporteinrichtungen übersteigen oder die zufolge ihres geringen Wertes eine Belastung mit einer hohen Transportrate nicht ertragen, ganz einfach ablehnen. Die Eisenbahn darf beides nicht. Sie ist durch die Betriebs- und Beförderungspflicht zu diesen Transporten gezwungen. Dies führt in der weiteren Folge dazu, daß gerade diese Güter der Eisenbahn verbleiben, während hochtarifierende Güter, die oftmals nur geringen Frachtraum beanspruchen, vom privaten Straßenverkehr befördert werden.

Es geht daher das Problem des Betriebsabganges mit dem Problem der Koordinierung des Schienen- und Straßenverkehrs Hand in Hand. Wenn man die Defizitfrage der Österreichischen Bundesbahnen lösen will, wenn man nicht will, daß die Österreichischen Bun-

desbahnen ein ständiges Zuschußgebiet von öffentlichen Mitteln bleiben sollen, wird man die Augen vor der Notwendigkeit der Koordinierung der beiden Verkehrsträger nicht verschließen können.

Ich erkenne neidlos an, wie ich schon gesagt habe, daß die Zeit des Verkehrsmonopols der Eisenbahn vorüber ist. Eine moderne Wirtschaft wird ohne den Straßenverkehr nicht auskommen können und wird auch für seine Abwicklung die nötigen Voraussetzungen schaffen müssen. Wenn man aber die beiden Verkehrsträger — wir haben, das möchte ich dazu sagen, in Österreich das Glück, daß die beiden anderen, der Binnenschiffsverkehr und die Luftfahrt, noch eine untergeordnete Rolle spielen — in einen freien Wettbewerb treten lassen will, dann wird man beiden auch die gleichen Startbedingungen einräumen müssen. (*Abg. Freund: Sehr richtig!*) Hievon sind wir in Österreich leider noch sehr weit entfernt.

Die Lösung wird auch durch die historische Entwicklung im Verkehrswesen erschwert, sodaß heute in den meisten europäischen Ländern der Schienenverkehr vom Staate, der Straßenverkehr von privaten Unternehmern betrieben und verwaltet wird. Das ist auch mit einer der Gründe, warum die Eisenbahn, also der öffentliche Verkehrsträger, einer Kritik unterzogen wird, hinter der sich häufig die Tendenz verbirgt, dem Privatinteresse auf Kosten der Allgemeinheit Vorteile zu verschaffen. Es ist daher notwendig, aus dem Bedürfnis nach Gerechtigkeit heraus ein Ereignis der Vergessenheit zu entreißen:

Als in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts, also in einer Zeit der freiesten Unternehmerinitiative, die Großaufgabe der Errichtung von Schienenwegen durch Europa zur Lösung stand, hat sich diese freie Unternehmerinitiative dieser Aufgabe im Hinblick auf die Ungleichheit der Risiken und den drohenden Rentabilitätsmangel entzogen. Damals fiel dem wirtschaftlich so unfähigen Nachwächterstaat des Liberalismus die Aufgabe zu, Eisenbahnen zu bauen und zu betreiben. Nur dort, wo der öffentliche Kredit versagte, kam es gelegentlich zur Errichtung und zum Betrieb von Privatbahnen. Seit dieser Zeit erscheint es in der öffentlichen Meinung als eine Selbstverständlichkeit, daß sämtliche Erfordernisse des Schienenverkehrs von der Eisenbahn selbst zu tragen sind.

Dem entgegen steht aber die Entwicklung im Straßenverkehr. Dieser hat sich bis vor kurzer Zeit nicht mit der gleichen Dramatik entwickelt. In den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts nahm die Motorisierung — und erst ab dieser Zeit kann man von einem

Verkehrsträger „Straßenverkehr“ im Sinne des Wortes sprechen — nur äußerst langsam zu. Die Straßen wurden vom Staat, von den Ländern, von den Gemeinden, also aus öffentlichen Mitteln, den steigenden Verkehrsbedürfnissen des motorisierten Straßenverkehrs sukzessive angepaßt. Erst zu einem verhältnismäßig späten Zeitpunkt wurde der Straßenverkehr durch Einhebung zweckgebundener Abgaben dazu verhalten, zu diesem Ausbau seines Verkehrsweges einen, wenn auch bescheidenen Beitrag zu leisten. Es soll in diesem Zusammenhange unbestritten bleiben, daß die dem Straßenverkehr zufallenden Fahrwegkosten nur schwer zu ermitteln sind, da die Straße ja den verschiedensten Zwecken dient. So ist es nicht einmal feststellbar, wie weit durch den Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer der private Kraftfahrzeugverkehr den gewerblichen Straßenverkehr und den Werkverkehr subventioniert. Da aus diesen Gründen eine Angleichung der Lasten der Fahrwegherstellung und der Fahrweghaltung nicht möglich ist, müßte man versuchen, die gleichen Startbedingungen der beiden Verkehrsträger dadurch herzustellen, daß man, wie es in einigen europäischen Ländern schon geschehen ist, die Fahrwegkosten der Eisenbahnen nicht zu einer Post ihrer Betriebsausgaben macht.

Es sind aber noch einige andere Faktoren, die wesentlich dazu beitragen, die tatsächlichen Wettbewerbsverhältnisse zu verfälschen. Es ist vor allem in diesem Zusammenhang der Werkverkehr zu nennen, der bereits Formen anzunehmen beginnt, die nicht nur die Eisenbahnen schwerstens konkurrenzieren, sondern auch den gewerblichen Straßenverkehr schwerstens in seiner Existenz gefährden.

Viele industrielle und gewerbliche Unternehmen haben von der Möglichkeit, die für den Ankauf von Lastkraftwagen verwendeten Gewinne wie andere Investitionen abzuschreiben, in einem Ausmaß Gebrauch gemacht, das im Widerspruch zu jedem gesamtwirtschaftlichen Denken steht. Nicht nur daß es sich hierbei vielfach um Fehlinvestitionen handelt, weil der zur Verfügung stehende Transportraum oftmals nicht ausgenützt wird, führt diese Tatsache zu der Erscheinung, daß unsere dem übrigen Verkehr ohnedies kaum mehr entsprechenden Straßen von einer Unmenge von Lastkraftwagen des Werkverkehrs befahren werden, die dabei den übrigen Straßenverkehr ungebührlich behindern. Wer als Autofahrer Gelegenheit hat, zu beobachten, wie eine Reihe von Massengütern mit Fahrzeugen, deren Abmessungen weit über die Aufnahmefähigkeit unserer Straßen hinausgehen, die Straßen verstopfen oder im Werkverkehr oder vom gewerblichen Straßenverkehr als Ferntransporte

befördert werden, muß sich wirklich die Frage vorlegen, ob wir uns den Luxus gestatten können, einerseits unsere Straßen auf diese Kapazität auszubauen und andererseits ein leistungsfähiges Schienennetz zu erhalten, das zum Transport dieser Güter prädestiniert wäre, ohne dabei entsprechend rentabel genutzt zu werden.

Im Rahmen einer vernünftigen Koordinierung wird man früher oder später dazu kommen müssen, bestimmte Transporte, welche dem öffentlichen Verkehr übergeben werden können, das sind vor allem Ferntransporte mit schweren Lastkraftwagen, entweder zu untersagen oder einer besonderen Besteuerung zu unterwerfen.

Eine Frage, die wesentlich zur Koordinierung der beiden Verkehrsträger beitragen würde, ist aber auch die Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen der bei den verschiedenen Verkehrsträgern beschäftigten Arbeiter. Die Einhaltung der Arbeitsgesetzgebung ist derzeit sehr verschieden. So genau die Arbeitsgesetzgebung bei der Eisenbahn eingehalten wird, wie zum Beispiel Beschränkung der Dauer der Arbeitsschicht, Personalablöse bei Überschreitung der Höchstdauer der Arbeitsschicht, ausreichende Ruhezeiten zwischen den Dienstsichten oder in den Umkehrstationen, ebenso ist es eine Tatsache, daß diese Arbeitsgesetzgebung für den Straßentransport nur in der Theorie besteht. Sowohl im Interesse der Verkehrskoordination als auch aus sozialen und aus Gründen der Sicherheit des Straßenverkehrs ist eine scharfe Handhabung dieser Arbeitsgesetzgebung dringender denn je. Ich kenne aus eigener Erfahrung Fälle, in denen Lastkraftwagenfahrer mit 20 Tonnen-Lastzügen die Strecke Villach—Wien von 360 Kilometer nachts durchfahren, nach Ankunft in Wien bei der Löschung der Ladung beziehungsweise bei der Wiederbeladung mitarbeiten, sich wieder hinter das Lenkrad setzen, um die gleiche Strecke ohne Ruhepause zurückzufahren.

Sie können sich, meine Damen und Herren, die Frage, wie weit bei einer solchen Beanspruchung noch die Verkehrssicherheit nicht nur für den Betroffenen selbst und sein Fahrzeug, sondern auch für andere Verkehrsteilnehmer gegeben ist, selbst beantworten. In der Presse erscheint dann eine kurze unscheinbare Notiz, nach welcher der Kraftwagenlenker N der Firma X beim Straßenkilometer soundso über die Straßenböschung oder gegen einen Alleebaum fuhr. Es wird — so heißt es dann lakonisch — angenommen, daß der Fahrer durch Übermüdung eingeschlafen ist. Seelenruhig geht man zur Tagesordnung über. Wenn der besagte Kraftwagenlenker das Glück hatte, noch einmal mit dem Leben davonge-

kommen zu sein, wird er sich hüten, falls er nicht seinen Arbeitsplatz verlieren will, den erhebenden Exekutivorganen die Dauer seiner tatsächlichen Arbeitszeit mitzuteilen.

Man möge also endlich einmal den Arbeitern des Straßentransportes geben, was ihnen arbeitsrechtlich zusteht. Der Kostenvergleich mit dem Eisenbahntransport wird dann wesentlich anders sein. Man wird auf die Dauer eine Konkurrenzierung der Österreichischen Bundesbahnen nicht durch Raubbau an den Kräften der Transportarbeiter aufrechterhalten können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wie groß auch die Schwierigkeiten einer vernünftigen Verkehrskoordination sein mögen, es wird notwendig sein, sie ehestens in Angriff zu nehmen. Nicht, wie schon gesagt, um durch Zwangsmaßnahmen die überholte Monopolstellung der Eisenbahn wiederherzustellen, sondern um die österreichischen Steuerzahler und die österreichischen Konsumenten vor unnötigen Belastungen zu bewahren.

Eine Lösung dieser Probleme ist leider nicht auf eine so einfache Formel zu bringen, wie es sich manche vorstellen, die da glauben, man brauche nur einen selbständigen Wirtschaftskörper schaffen und alles würde sich von selbst regeln, und die nur den Sozialisten die Schuld geben, daß dieses Ei des Kolumbus noch nicht auf dem Tische stehe. Für uns Sozialisten ist die rechtliche Form der Verwaltung der Österreichischen Bundesbahnen nicht das Entscheidende. Entscheidend für die Zukunft der Österreichischen Bundesbahnen wird, ob Wirtschaftskörper oder nicht, die Bereinigung der verschiedenen von mir aufgezeigten Probleme sein.

Ich muß auch der Auffassung mancher meiner Eisenbahnerkollegen widersprechen, die befürchten, daß mit der Schaffung eines Wirtschaftskörpers Österreichische Bundesbahnen ihre Arbeitsplätze, ihre soziale oder besoldungsrechtliche Sicherheit gefährdet seien. Ich weiß ihr berechtigtes Mißtrauen zu würdigen und weiß, daß in ihrer Erinnerung die Sanierungsmaßnahmen der Ära Strafella—Schöpfer in der Zeit der Ersten Republik noch nicht vergessen sind. Aber ich glaube, daß sie hier vielfach, wie es im Leben oft vorkommt, Ursache und Wirkung verwechseln. Nicht die Schaffung des Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesbahnen“ am 1. Oktober 1923 war es, die die Eisenbahner um so viele wohlverworbenen Rechte gebracht hat. Gerade in dieser Zeit erlebten sie einen wirtschaftlichen Aufstieg wie nie zuvor. Man muß aber auch feststellen, daß sie in der Ära des gleichen Wirtschaftskörpers in der Zeit von 1933 bis 1938 wieder alles verloren. Es kann also nicht der Wirtschaftskörper „Österreichische

Bundesbahnen“ gewesen sein, der einmal Aufstieg und einmal Niedergang gebracht hat.

Es war, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch nicht der Wirtschaftskörper, es war die Zerschlagung der Sozialdemokratischen Partei, es war das Verbot der freien Gewerkschaftsbewegung, die den Weg zur Entrechtung der Eisenbahner freigemacht hat. Wir können den Eisenbahnern versichern, daß es dazu nicht mehr kommen wird. Und wenn der Herr Abgeordnete Glaser anlässlich der Behandlung des Kapitels Verkehr im Finanz- und Budgetausschuß seiner Verärgerung über den sozialistischen Wahlerfolg bei den Personalvertretungswahlen der Österreichischen Bundesbahnen Ausdruck verliehen hat und meinte, dieses Wahlergebnis von 80 Prozent näherte sich bedenklich einem Prozentsatz, der sonst nur in den Volksdemokratien üblich sei, so kann ich den Herrn Abgeordneten Glaser beruhigen. Nicht volksdemokratische Methoden waren es, die den Sozialisten bei den Eisenbahnern ein solches Maß an Vertrauen gebracht haben, sondern die Eisenbahner wissen teilweise noch aus eigenem Erleben, teilweise aus einer Überlieferung, die die Alten uns Jungen auf den Wege gegeben haben: Solange eine starke Sozialistische Partei dasteht, solange eine starke freie Gewerkschaftsbewegung bestanden hat, gab es trotz des schweren Dienstes ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und waren die erworbenen Rechte unantastbar. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Weiß hat bei einer Versammlung in Klagenfurt anlässlich der Personalvertretungswahlen gemeint, daß von dem Geiste, der die Eisenbahner beim Wiederaufbau der zerstörten Bahnanlagen beseelt habe, nicht mehr viel übriggeblieben sei. Ich kann nicht annehmen, daß der Herr Kollege damit sagen wollte, daß die Eisenbahner weniger fleißig seien, ich könnte mir sonst seine letzte Dankadresse im Amtsblatt der Direktion Villach, die er noch als Präsident dieser Bundesbahndirektion an das Personal gerichtet hatte, nicht erklären. Wenn er aber bei seiner Wahlrede gemeint hat, der Wirtschaftskörper müsse geschaffen werden, um den Einfluß der Sozialisten bei den Österreichischen Bundesbahnen zu brechen, dann hat er in einer wirklich lobenswerten Offenheit ausgesprochen, um was es ihm und seinen Parteifreunden dabei geht. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich habe den Herrn Abgeordneten Dr. Weiß bis dorthin immer, trotz unserer gegenteiligen politischen Einstellung, als einen Fachmann auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens angesehen. Ich muß aber sagen, daß diese seine Motive für den Wirtschaftskörper für mich eine große Enttäuschung sind. Eine

Enttäuschung werden aber auch Sie, Herr Abgeordneter Dr. Weiß, erleben. Wenn es einmal zu einem solchen Wirtschaftskörper kommen sollte, wird sich das Personal der Österreichischen Bundesbahnen genau so oder vielleicht noch stärker zur SPÖ bekennen; besonders dann, wenn in einer der Leitungskörperschaften Sie, Herr Abgeordneter Dr. Weiß, eine Rolle spielen sollten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir Sozialisten glauben, daß man die Frage der Schaffung des Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesbahnen“ aus dem Parteienstreit herausheben sollte und sie ohne parteipolitische Hintergedanken prüfen müßte. Herausheben deswegen, weil es sich bei dieser Frage vor allem um die Klärung fachlicher Probleme handelt.

Wir sind daher etwas überrascht gewesen, als in der letzten Zeit da und dort die Meinung auftrat, daß die Klärung dieser Frage unmittelbar bevorstünde. Verschiedene Zeitungen, aber auch verschiedene Herren Abgeordnete dieses Hohen Hauses der ÖVP-Seite scheinen der Meinung zu sein, daß der Realisierung dieser Absicht nicht mehr allzu viele Hindernisse im Wege stünden. Ich muß schon sagen, wir sind da anderer Meinung. Abgesehen davon, daß die von mir ziemlich ausführlich behandelten Fragen der Kontenbereinigung und der Koordinierung geklärt werden müssen, wird man noch für eine Reihe anderer Fragen die Lösung suchen müssen, will man die Österreichischen Bundesbahnen nicht in ihrer Leistungsfähigkeit hoffnungslos beschneiden.

Da ist vor allem einmal die Frage der Zusage einer kontinuierlichen Staatshilfe, die so lange fortgesetzt werden müßte, bis die Mittel zur Modernisierung und Rationalisierung sowie für den Nachholbedarf aus dem eigenen Betrieb zur Verfügung stehen werden. Ich habe schon gesagt, daß heute nicht die Zeit und der Anlaß ist, um über die Frage der Regulierung der Tarife zu sprechen, aber einem selbständigen Wirtschaftskörper wird man die Möglichkeit einer ökonomischen Tarifgestaltung nicht versagen können. Meines Wissens besteht in diesen Fragen absolut noch keine Übereinstimmung der Meinungen.

Wir sind auch der Auffassung, daß im Falle der Schaffung eines solchen Wirtschaftskörpers diesem ein bestimmtes Betriebskapital mit auf den Weg gegeben werden muß, um die laufenden Betriebsausgaben bestreiten zu können. Sie sehen, meine Damen und Herren: Fragen über Fragen, die zu bereinigten Voraussetzung ist, um zu einer Lösung zu kommen.

Wir Sozialisten haben hierbei aber noch eine besondere Forderung, die ebenso unabdingbar ist. In all den schweren Jahren der Ver-

gangenheit haben sich die Eisenbahner durch ihre Personalvertretung ein Mitspracherecht gesichert, das sich zum Wohle beider Teile, der Verwaltung der Österreichischen Bundesbahnen und der Bedienstetenschaft, ausgewirkt hat. Die Eisenbahner wissen, daß der, der mitsprechen will, auch mitverantworten muß. Sie scheuen diese Verantwortung nicht. Die Personalvertretung stellte sie in kritischen Situationen immer wieder unter Beweis. Wir glauben daher mit Recht verlangen zu können, daß in einem eventuell zu schaffenden Wirtschaftskörper dieses Mitspracherecht nicht nur nicht geschmälert, ja im Gegenteil, daß es weiter ausgebaut werden muß.

Unter diesen Gesichtspunkten werden Sie uns Sozialisten zur Beratung über die Probleme der Österreichischen Bundesbahnen bereit finden, im Interesse dieses größten geschlossenen Betriebes und seines Personals und im Interesse der österreichischen Wirtschaft.

Im übrigen bin ich ermächtigt, namens meiner Fraktion dem Voranschlag über das Kapitel Eisenbahnen des Budgets 1959 die Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Böhm: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Koplenig.

Abgeordneter Koplenig: Meine Damen und Herren! Es gibt wohl kaum einen anderen Betrieb, in dem der Leistung des einzelnen eine so große Bedeutung zukommt wie bei den Bundesbahnen, wo dem einzelnen Eisenbahner oft hunderte Menschenleben und riesige materielle Werte anvertraut sind. Bei Tag und bei Nacht, am Sonntag wie am Wochentag, bei jedem Wetter machen die Eisenbahner, die Streckenarbeiter und das Fahrpersonal, die Verschieber und Fahrdienstleiter sowie das gesamte übrige Personal ihren Dienst. Es ist daher die vordringlichste Pflicht des Nationalrates, bei der Behandlung dieses Budgetkapitels den wirtschaftlichen Erfordernissen der Eisenbahner seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Hier möchte ich zunächst etwas erwähnen, was vielleicht manchem nur eine Kleinigkeit erscheint. Die Polizei und die Gendarmerie, die Postler und die Grenztruppe haben Sommeruniformen. Die Eisenbahner aber müssen auch im Sommer in ihren dicken Tuchjacken mit hochgeschlossenem Kragen Dienst machen. *(Zwischenruf bei der ÖVP: Weil es auf der Bahn zieht!)* Sie demonstrieren so den leicht bekleideten Fahrgästen, wie wenig sich der Staat um die Eisenbahner kümmert.

Als vor einigen Wochen Personalvertretungswahlen bei den Eisenbahnern und bei den Postlern stattfanden, da wurde die Wahlagitation

von den beiden Koalitionsparteien vor allem damit bestritten, daß den Eisenbahnern und den Postlern eingeredet wurde, die Stimme für ihre Kandidaten würde den 14. Monatsgehalt im nächsten Jahr und schon in diesem Jahr bereits einen halben Vierzehnten bringen. Aber zum Zeitpunkt der Wahl war es den Mitgliedern dieses Hauses und auch den Nationalräten Freund und Holzfeind bereits bekannt, daß das Budget schon unter Dach und Fach ist, und der Koalitionsausschuß hat nicht einmal daran gedacht, diese Forderung der Eisenbahner und der Postler bei den Budgetberatungen zu berücksichtigen und entsprechende Maßnahmen zu treffen, um diese Forderungen auch zu befriedigen. Das wurde den Eisenbahnern und den Postlern vor den Wahlen geflissentlich verschwiegen.

Es wurde heute schon darauf hingewiesen, daß die Frage des 14. Monatsgehaltes, die für alle öffentlich Bediensteten von Bedeutung ist, in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten — insbesondere auch vom Herrn Bundeskanzler Raab — in einer Form behandelt wurde, als ob diese Forderung ein Dolchstoß gegen das Budget, ja ein Dochstoß gegen die Stabilität der Währung darstellen würde.

Es scheint uns daher notwendig, der Öffentlichkeit gegenüber klarzustellen, daß diese Forderung nicht nur berechtigt ist, sondern daß diese Forderung auch keine Angelegenheit darstellt, die unerwartet gekommen ist und daher bei den Vorbereitungen des Budgets nicht behandelt werden konnte.

Als die öffentlich Bediensteten auf Anraten der Führung ihrer Gewerkschaften auf die Vollvalorisierung ihrer Gehälter bei der Durchführung des Gehaltsgesetzes vor zwei Jahren verzichteten, war es bereits klar, daß die Valorisierung der Bezüge auf das ungefähr Sechsfache der Vorkriegsbezüge in der Weise durchgeführt werden soll, daß den öffentlich Bediensteten durch den 14. Monatsbezug die Vollvalorisierung gewissermaßen ersetzt wird. Die öffentlich Bediensteten wurden also um die Vollvalorisierung gebracht, ohne bisher den 14. Monatsbezug erhalten zu haben.

Gerade für die Eisenbahner bedeutet die Verweigerung des 14. Monatsbezuges eine große Härte. Die Leistungen der Eisenbahner sind doch gerade in den letzten Jahren gewaltig gestiegen, worauf schon mein Vordr. hingewiesen hat.

Auch der Betriebsdirektor Dr. Kepnik hat in einem Vortrag am 3. Dezember eindrucksvolle Ziffern darüber angeführt, die ich hier in Erinnerung rufen möchte. Im Jahre 1937 entfiel auf einen Bahnhofsbediensteten pro Jahr eine Leistung von rund 837.000 Tonnen-

kilometern brutto und 3300 Reisenden. 20 Jahre später, im Jahre 1957, entfielen auf einen Bundesbahnbediensteten 7.200 Reisende, also 117 Prozent mehr, und über eine Million Tonnenkilometer, ein Mehr von 42 Prozent. Das sind gewaltige Mehrleistungen, die das Personal bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit beanspruchen.

Ich möchte hier ein praktisches Beispiel dafür anführen, wie heute das Leben der Eisenbahner aussieht, die die gesteigerten Leistungen erbringen müssen. Im Bereich der Bundesbahndirektion Linz gibt es Dienstpläne für Zugsbegleiter, die in 32 Tagen 16 volle Nachtdienstleistungen vorsehen. Ein solcher Dienstplan schreibt vor, daß zum Beispiel in 61 Tagen der Zugsbegleiter 769 Stunden auswärts und nur 695 Stunden zu Hause verbringt. Er ist also genötigt, mehr außerhalb als zu Hause zu sein.

Und wie er da untergebracht wird, ist oft geradezu unbeschreiblich. Aus Briefen, die ich von Eisenbahnern erhalten habe, geht hervor, daß es Unterkünfte gibt, die sich in einem beschämenden Zustand befinden. In Summerau sind die sanitären Anlagen vollständig vernachlässigt, die Unterkünfte für die Zugsbegleiter sind eine schwere Zumutung an die Eisenbahner. In Garsten sind die Unterkünfte feucht und muffig, sie müssen erst von dem ankommenden Personal geheizt werden, und bis es wirklich warm ist, ist es wieder Zeit zum Abfahren. Aber auch an der Hauptstrecke, in Passau, ist die Unterbringung keineswegs besser.

Diese wenigen Tatsachen allein genügen, um zu zeigen, wie berechtigt die Forderung der öffentlich Bediensteten nach dem 14. Monatsgehalt ist. Was die Bedeckungsfrage betrifft, so wurde von meinen Parteifreunden schon bei den anderen Budgetkapiteln auf verschiedene Möglichkeiten hingewiesen, zum Beispiel auf die Eintreibung der Steuerschulden der Großunternehmer und Großverdiener, auf die Möglichkeit der Herabsetzung der Ausgaben für das Bundesheer und anderes mehr.

Im übrigen scheint uns die Meinung der öffentlich Bediensteten nicht unrichtig zu sein, wenn sie sagen, daß man nur die Beamten des Finanzministeriums ihrer Schweigepflicht entbinden müßte, und der Weg, wo die Mittel hergenommen werden könnten, würde sofort gefunden werden.

Wir Kommunisten unterstützen daher voll und ganz die Forderung der Eisenbahner (*Abg. Dr. Hofeneder: Des Beamtenbundes!*), daß noch in diesem Jahr 50 Prozent des 14. Monatsbezuges ausbezahlt werden und das volle 14. Gehalt im Laufe des Jahres 1959 folgt. Wir unterstützen ebenso die Forderung der

Postler nach Auszahlung einer Leistungsprämie für das Jahr 1958, was umso berechtigter ist, als, wie allgemein bekannt ist, die Leistungen der Post- und Telegraphenangestellten gewaltig gesteigert wurden. Für die Erfüllung dieser Forderungen besteht kein unüberwindliches Hindernis. Wenn der Wille vorhanden ist, dann wird sich auch der Weg finden, wie diese Forderungen noch in diesem Jahr erfüllt werden könnten.

Neben der Hauptforderung der Eisenbahner und aller anderen öffentlich Bediensteten nach dem 14. Monatsbezug steht vor einem großen Teil der Eisenbahner auch die Frage der Nachziehung der Nebengebühren, eine Forderung, die wir schon im vorigen Jahr bei der Behandlung dieses Budgetkapitels hier erhoben haben. Damals haben mir die Abgeordneten Freund und Holzfeind erwidert, daß alle diese Forderungen nicht neu seien, daß sie ja immer schon von den Gewerkschaften erhoben worden seien. Das stimmt, aber es ist wieder ein Jahr vergangen, ohne daß die Gewerkschaften, die Führungen der Gewerkschaften alles getan hätten, damit diese Forderungen durchgesetzt werden.

Ich glaube, daß gerade die Abgeordneten Freund und Holzfeind, die verantwortliche Funktionäre ihrer Gewerkschaften sind, die besser über die Dinge informiert sind als wir, auch größere Verpflichtungen haben und vor allem — das ergibt sich aus dieser Verpflichtung —, daß sie nicht nur hier im Hause reden sollen, sondern daß sie gerade die Budgetdebatte benützen müssen, um entsprechende Anträge zu stellen, damit die berechtigten Forderungen der Eisenbahner und der Postler, auch die Forderung auf Auszahlung des 14. Monatsgehaltes erfüllt werden. Wir werden sie bei diesem Antrag voll und ganz unterstützen.

1937 betrug die Verschubprämie 30 S pro Monat. Dafür konnte sich der Arbeiter ein anständiges Paar feste Schuhe kaufen. Heute beträgt die Verschubprämie 60 S, obwohl die Leistung, wie Betriebsdirektor Dr. Kepnik zugeben mußte, gewaltig gestiegen ist und der Dienst heute keineswegs weniger gefährlich ist als 1937.

Nicht anders steht es mit anderen Nebengebühren, die seit fünf Jahren unverändert geblieben sind. Seit Jahren fordern die Lokführer, Zugsführer und Kraftfahrer in Anbetracht ihrer erhöhten Leistungen eine bescheidene Höherreihung. Im Budget ist jedoch kein Groschen dafür vorgesehen, obwohl die Arbeitsbedingungen sich so wesentlich verändert haben.

Dabei ist aus Plänen, die in die Öffentlichkeit dringen, deutlich zu ersehen, daß die Belastung des Personals noch weiter steigen

wird. Wenn zum Beispiel der Verschubdienst vom Samstag abend bis zum Sonntag abend eingestellt wird, bedeutet dies für das Personal, daß die Frachten, die bisher an sieben Tagen verarbeitet wurden, nun in Zukunft in sechs Tagen bewältigt werden müssen: also ohne zusätzliche Entlohnung eine Mehrleistung des einzelnen Bediensteten.

Diese zusätzliche Arbeit wird mit notwendigen Einsparungen begründet, vielleicht als Verwaltungsreform dargestellt; es sollen nämlich 500 Bedienstete weniger beschäftigt werden. Wir halten eine Vereinfachung der Verwaltung an vielen Stellen für durchaus möglich, aber nicht auf dem Rücken der Eisenbahner, die bei jedem Wetter und unter den schwersten Bedingungen ihren verantwortungsvollen Dienst versehen! Bisher ist aus all dem Gerede über eine Verwaltungsreform nichts Positives herausgekommen. Soweit Maßnahmen auf diesem Gebiet ergriffen wurden, laufen sie auf nichts anderes hinaus als auf eine verschärfte Antreiberei. Und daher besteht gegenwärtig beim Personal der Bundesbahnen und übrigens auch bei den anderen öffentlich Bediensteten die berechtigte Befürchtung, daß das ganze Gerede über eine Verwaltungsreform fürs erste nichts anderes bedeutet als einen Vorwand, um ihre berechtigten Forderungen weiter zu verschleppen.

Das vorliegende Budget sieht eine beträchtliche Kürzung der Mittel für die Elektrifizierung der Bundesbahnen im Vergleich zum ablaufenden Budgetjahr vor. Das ist unserer Meinung nach Sparsamkeit am falschen Platz! Denn je rascher die Elektrifizierung vorwärtsschreitet, umso wirtschaftlicher und umso wirksamer ist sie. Auf der wichtigsten Strecke nach dem Süden klappt noch immer die Riesensücke zwischen Payerbach-Reichenau beziehungsweise im nächsten Jahr Mürzzuschlag—St. Veit a. d. Glan.

Angesichts des immer mehr zunehmenden Verkehrs nach Italien, nach Kärnten und Osttirol ist die Verzögerung der Schließung dieser Lücke ein ernstliches Hemmnis der vollen Ausnützung der Möglichkeiten, die sich hier für die Bundesbahnen bieten.

Die Drosselung der Investitionen bei den Bundesbahnen bedeutet aber auch ernstliche Schwierigkeiten für eine Reihe von Betrieben, für die die Aufträge der Bundesbahnen lebenswichtig sind. Ich denke hier zum Beispiel an die Floridsdorfer Lokomotivfabrik, an die Betriebe des Simmering-Graz-Pauker-Konzerns, die in hohem Maße von den Aufträgen der Bundesbahnen abhängen. Auch für die Alpine-Betriebe hat die Auftragserteilung der Bundesbahnen große Bedeutung, wobei man sich

allerdings fragen muß, warum es eigentlich notwendig ist, daß die Bundesbahnen ihren Bedarf nicht direkt beim Alpine-Konzern einkaufen, sondern dabei einen ehemaligen Alpine-Direktor Dutzende Millionen verdienen lassen, der mit seiner Privatfirma Waldmann & Bruder einen mühelosen Profit aus dem Geschäft Alpine—Bundesbahn zieht, ohne etwas anderes als Schreibarbeiten in seinem auf dem Gelände der Bundesbahnen gelegenen Büro durchzuführen.

Ich möchte mich nun einigen Fragen der Elektrizitätswirtschaft zuwenden. Die österreichische Elektrizitätswirtschaft hat seit dem Ende des zweiten Weltkrieges eine erfreuliche Entwicklung durchgemacht, vor allem dank der hingebungsvollen Arbeit der an den Baustellen, den Kraftwerken und Verteilungsanlagen tätigen Arbeiter und Ingenieure. Der Gesamtverbrauch in Österreich hat im Jahre 1957 über 11 Milliarden Kilowattstunden betragen und wird in diesem Jahr voraussichtlich 12 Milliarden erreichen, einschließlich des Exports mehr als 13 Milliarden, das ist dreimal so viel wie die gesamte Stromerzeugung des Jahres 1947. Dennoch hat der Stromverbrauch pro Kopf der Bevölkerung in Österreich erst die Hälfte des Stromverbrauches pro Kopf der Bevölkerung in der Schweiz und Schwedens erreicht, also von Ländern, die ihrer wirtschaftlichen Struktur nach jener Österreichs sehr ähnlich sind. Es besteht daher für Österreich eine unbedingte Notwendigkeit, danach zu trachten, daß der Stromverbrauch auch in Zukunft weiter ansteigt.

Allerdings wird die Erfüllung dieses Wunsches in den Wintern 1960/61 und 1961/62 auf Schwierigkeiten stoßen, weil in den letzten drei Jahren keine neuen Großbauten von Wasserkraftwerken in Angriff genommen wurden. Wohl wurde für das kommende Jahr vom Verkehrsministerium der Bau einiger neuer Kraftwerke in Aussicht gestellt, so von Aschach an der Donau, von Edling an der Drau und von Schärding am Inn. Aber woran es in der Vergangenheit mangelte und was wir auch heute vermissen, ist ein zusammenfassendes einheitliches Konzept für die systematische Entwicklung der österreichischen Elektrizitätswirtschaft.

Österreich besitzt 40 Milliarden Kilowattstunden wirtschaftlich ausbaufähiger Wasserkraft an der Donau, die durch dichtbevölkerte Teile Österreichs fließt und deren Nutzung der österreichischen Bevölkerung nicht nur den billigsten Strom liefern, sondern die durch die großzügige Umgestaltung des Stromes auch zu einer Intensivierung des Donauverkehrsweges führen würde. Aber einen wirk-

lichen Ausbauplan gibt es nicht. Es gibt wohl eine Reihe von Plänen für einzelne Anlagen und Werksgruppen, aber eine verbindliche Richtlinie für die Gesamtentwicklung liegt bis heute der Öffentlichkeit nicht vor.

Zur fehlenden Planung kommt noch ein anderes wichtiges Hindernis dazu: Der Verkehrsminister Waldbrunner und seine Partei klagen immer wieder darüber, daß der Finanzminister den Kraftwerksbau stiefmütterlich behandelt. Es wird mit Recht Beschwerde darüber geführt, daß die verstaatlichten Banken Mittel zum Ausbau der Energiewirtschaft nur zu untragbar hohen Zinssätzen zur Verfügung stellen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier ein ganz klares Ziel verfolgt wird, das Ziel, durch die hohen Zinsen, die die Banken im Inland fordern, zu erreichen, daß sich die österreichische Energiewirtschaft der Kontrolle des Auslandes unterwirft. Wir wissen ja bereits aus der Erfahrung mit einer Weltbankanleihe für den Kraftwerksbau, daß eine der Bedingungen der Anleihe war, das weitere Ausbauprogramm für die österreichische Elektrizitätswirtschaft von der Zustimmung der Weltbank abhängig zu machen. Das Ergebnis war, daß in den letzten Jahren nichts mehr gebaut wurde.

Wir haben also folgenden Zustand: Dem ausländischen Finanzkapital werden die Ausbaupläne unterbreitet, der österreichischen Bevölkerung und selbst dem Parlament aber ist ein solcher zusammenhängender Ausbauplan bisher nicht vorgelegt worden.

In diesem Jahr hat sich die Elektrizitätswirtschaft mit der Strompreiserhöhung sicher nicht populär gemacht. Diese Maßnahme trifft ja gerade die ärmsten Schichten der Bevölkerung, vor allem die Rentner, die jeden Groschen dreimal umdrehen müssen, sehr hart. Dabei muß gesagt werden, daß die Strompreiserhöhung durch die enorme Zinsenbelastung ausgelöst wird, die auf den Geldern liegt, die die Elektrizitätswirtschaft in den letzten Jahren für den Ausbau aufnehmen mußte, und daß der unmittelbare Anstoß zur Strompreiserhöhung im Diktat der Weltbank lag, die an die Anleihegewährung auch die Bedingung knüpfte, daß die Strompreise erhöht werden.

Niemand kann bestreiten, daß in Österreich Geld für den Ausbau der österreichischen Elektrizitätswirtschaft zu einem niedrigen Zinssatz in genügender Menge verfügbar wäre, wenn der weitaus größte Stromabnehmer, nämlich die Industrie, die die Hälfte des in Österreich erzeugten Stromes verbraucht, dazu verhalten würde, einen Teil ihrer Gewinne zu einem vernünftigen Zinssatz der Elektrizitätswirtschaft zur Verfügung zu stellen. Die Rückzahlung dieser Kredite könnte durch

Stromlieferungen erfolgen. Auf diesem Weg der Kapitalsaufbringung könnte eine entsprechende Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft sichergestellt werden.

In diesem Zusammenhang muß auch noch auf ein besonderes Versäumnis der Elektrizitätswirtschaft aufmerksam gemacht werden. Während in anderen Großstädten, sowohl im Westen wie im Osten Europas, große Fernheizanlagen bereits errichtet sind und weitere von der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft ausgebaut werden, besitzt Wien noch immer keine derartige Anlage. Dabei werden seit vielen Jahren mit gutem Erfolg in Klagenfurt und auch in Salzburg solche Fernheizkraftwerke betrieben. Dieses Verhalten ist umso unverständlicher, als Österreich ein Land mit strukturellem Brennstoffmangel ist und es daher zu den Pflichten der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft gehören würde, in möglichst sparsamer Weise den Strom aus Brennstoffen zu erzeugen, was gerade in Fernheizkraftwerken möglich ist. Aber Wien hat nicht nur kein öffentliches Fernheizkraftwerk, ja nicht einmal Pläne für ein solches, sondern es hat auch das am meisten überalterte Kabelnetz von allen Großstädten Europas, und es hat überdies die große Möglichkeit, für eine billige Versorgung mit elektrischer Energie durch die Nutzung der Donauwasserkraft im Weichbild der Stadt noch nicht zur Aufgabe einer umfassenden Planung gemacht. Dabei würde die Errichtung eines Donaukraftwerkes in Wien auch der Verbesserung des Hochwasserschutzes und dem Ausbau der Hafenanlagen dienen.

Meine Damen und Herren! Die Wasserkräfte gehören neben dem Erdöl zu den größten Reichtümern und zu den größten volkswirtschaftlichen Kraftquellen unseres Landes. Ihr planmäßiger Ausbau und ihre Befreiung von den hemmenden Einflüssen des in- und ausländischen privaten Kapitals würde sich segensreich für die gesamte Bevölkerung unseres Landes auswirken. Aber gerade daran fehlt es. Und wie bei den anderen Teilen der verstaatlichten Wirtschaft sehen wir auch auf diesem Gebiet, daß sich die Proporzwirtschaft, der ständige Streit zwischen den Landesgesellschaften und dem Verbundkonzern, insbesondere auch der zunehmende Druck des ausländischen Kapitals, schädlich auswirken.

Da das vorliegende Budgetkapitel den dringenden Erfordernissen von Verkehr und Elektrizitätswirtschaft nur unzureichend Rechnung trägt und auch die berechtigten Forderungen der Eisenbahner und Postler unerfüllt geblieben sind, stimmen wir Kommunisten gegen dieses Budgetkapitel.

Präsident **Böhm**: Zum Wort gelangt als nächster Redner der Herr Abgeordnete Doktor Weiß.

Abgeordneter Dr. Dipl.-Ing. **Weiß**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wer sich dauernd und mit Interesse den Problemen des Verkehrs widmet, weiß, daß es keine sehr dankbare Aufgabe ist, sich mit den Verkehrsproblemen zu beschäftigen und über Verkehrsprobleme und ganz besonders über die Fragen der Eisenbahnen zu sprechen. Jedesmal, wenn man auf Verkehrsprobleme zu sprechen kommt, entsteht in der Öffentlichkeit eine gewisse Unruhe, denn an nichts ist man heute in der Welt so sehr interessiert wie an einer raschen Ortsveränderung. Besonders schwierig ist es aber, über Probleme zu sprechen, die mit der Eisenbahn zusammenhängen; denn niemand kann heute sagen, wie sich die technischen Verhältnisse in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiterentwickeln werden.

Der moderne und ruhelose Mensch, dem die Besinnlichkeit fehlt, der von Verhandlung zu Verhandlung und von Konferenz zu Konferenz gejagt wird, will die Möglichkeit einer raschen Ortsveränderung haben. Dem sind nun viele der heutigen modernen Verkehrsmittel nicht mehr gewachsen.

Besonders schwierig wird die Frage aber dann, wenn man sich in einem Gebiet wie Österreich befindet, also in einem Alpengebiet, wo die Berge jedem Verkehrsmittel, auch der Luftfahrt, wesentlich größere Schwierigkeiten entgegensetzen, als dies im ebenen Gelände oder im Mittelgebirge der Fall ist. Der Autofahrer will moderne Straßen, die riesige Beträge erfordern. Gleichzeitig wollen die Menschen eine Aktivierung des Luftverkehrs, und ebenso wollen die Leute auch gute Eisenbahnverbindungen haben. Diese Verkehrsmittel liegen miteinander in Konkurrenz, und es ist heute bereits von mehreren Rednern auf diese Dinge hingewiesen worden. Vor allem der Herr Kollege Zechmann hat gemeint, man müßte doch, bevor man die Frage der Bundesbahnen überhaupt anschneidet, eine Verkehrskoordinierung zustandebringen, man müßte die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln regeln. Etwas Ähnliches hat auch der Kollege Suchanek gesagt.

Meine Damen und Herren! Ich bin folgender Auffassung: Ich glaube nicht, daß es möglich ist, im gegenwärtigen Zeitpunkt eine dauernde und befriedigende Koordinierung dieser Verkehrsmittel zustandezubringen. Jede solche Regelung wird nur eine vorübergehende sein; denn die technische Entwicklung ist stürmisch, und wir können in 10 oder 20 Jahren vor ganz anderen Verhältnissen stehen. Ich glaube, die Verkehrskoordinierung muß gelenkt, aber nicht

geregelt werden, wobei eine gewisse Elastizität in dieser Lenkung unter allen Umständen erforderlich ist.

Die Sache ist bestimmt besonders schwierig, wenn es um die Eisenbahn geht. Sie ist deshalb besonders schwierig, weil die Eisenbahn ein Verkehrsmittel ist, dessen Anlagen heute bereits veraltet sind. Es ist der Oberbau alt, zum Teil gewiß sehr schön modernisiert und erneuert, aber noch nicht im ausreichenden Maße, es sind die Fahrbetriebsmittel noch nicht so, wie wir sie alle wünschen, es mangelt vor allem in ganz bedeutendem Maße an den Sicherungsanlagen. Es ist zum Beispiel unvorstellbar, daß wir in Österreich heute noch auf zweigleisigen Strecken das Zugmeldeverfahren haben und daß es dort bis heute noch nicht möglich war, ein wirklich ausreichendes Blockverfahren einzuführen. Es gibt eine ganze Reihe von Problemen, die schwer zu lösen sind, die natürlich einen großen Geldaufwand erfordern.

Ja es gibt, wenn ich von dieser Rückständigkeit der Anlagen rede, sogar manche Kuriositäten. Ich denke an eine Kärntner Kuriosität. Es ist jetzt in St. Veit an der Glan der Bahnhof umgebaut worden, er hat neue Weichen bekommen. Und nun werden diese Weichen mit der Hand gestellt. Der Bahnhof St. Veit an der Glan hat noch nie etwas anderes als handgestellte Weichen gehabt, und das ist so entstanden, weil im Jahr 1913, als die zweigleisige Strecke von St. Michael nach St. Veit gebaut wurde, das Geld ausgegangen ist. Man hat dort ein Provisorium gemacht, man hat handgestellte Weichen eingeführt, dann ist der Weltkrieg gekommen, und seit dem Jahre 1913, seit 45 Jahren haben wir dort also ein richtiges österreichisches Provisorium, das sich wunderbar bewährt hat, das nur sehr viel Personal erfordert. Ich erwähne das nur, um zu zeigen, was hier eigentlich noch notwendig ist und was wirklich noch zu tun wäre, um aus diesen Eisenbahnen ein vollkommen modernes Verkehrsmittel zu machen.

Der Straßen- und der Luftverkehr haben es wesentlich leichter, die kommen ganz neu. Straßen werden vollkommen neu trassiert, die Luftfahrt kommt vollkommen neu, sie ist nicht an das Alte, was heute nun da ist, gebunden. Es geht also den Österreichischen Bundesbahnen ungefähr so wie dem Herrn Finanzminister: Es werden bei den Österreichischen Bundesbahnen einerseits der hohe Aufwand und andererseits die Rückständigkeit bekrittelt, genauso wie es ja, glaube ich, der Herr Abgeordnete Olah beim Herrn Finanzminister gemacht hat: Es wird einerseits bekrittelt, daß er so viele Schulden macht, und es wird andererseits bekrittelt, daß zuwenig Geld da ist

und daß also soundso viele Dinge in Österreich nicht in zufriedenstellender Weise gelöst werden können. Es ist also, wie ich schon sagte, sehr schwierig, ein richtiges Verständnis für die wirklichen Verkehrsverhältnisse zu finden.

Dazu kommt nun bei den Österreichischen Bundesbahnen noch etwas anderes. Meine Damen und Herren! Ich muß Ihnen ganz aufrichtig sagen, daß ich heute nicht die Absicht gehabt habe, hier in einer Weise politische Polemik zu betreiben, ich habe eine vollkommen sachliche Rede, die sich mit den Problemen der Österreichischen Bundesbahnen beschäftigt, vorgehabt. Und ich bedaure daher, daß der Herr Abgeordnete Suchanek in seiner Jungfernrede, die er heute hier gehalten hat, sofort das Politische in das Gespräch gebracht hat. (*Abg. Freund: Das hat er Ihnen nachgemacht, bei Ihrer Jungfernrede war es genauso!*) Bei meiner! Herr Kollege, passen Sie auf! In zwei Jahren wird auch er wesentlich ruhiger und sachlicher reden. (*Heiterkeit.*) Nun, meine Damen und Herren, er hat also sofort die Frage der Politik ins Gespräch gebracht und hat der ÖVP Vorwürfe gemacht, daß die ÖVP so schrecklich gegen die Eisenbahner ist und daß infolgedessen die Eisenbahner irgendwie verteidigt werden müssen.

Ich bedaure, daß die Wahlpropaganda, wie sie sich anläßlich der Wahlen zu den Personalvertretungen abgewickelt hat, nun hier in das Hohe Haus getragen wurde. Ich glaube, daß das ziemlich überflüssig ist, aber ich glaube, ich muß dazu doch etwas sagen. Ich muß dazu vor allem das eine sagen: Es ist richtig, ich habe in Klagenfurt — der Beobachter, den der Herr Kollege Suchanek hingeschickt hat, hat das richtig gehört ... (*Abg. Suchanek: Ihre Zeitung hat das geschrieben!*) Meine Zeitung hat das geschrieben? Ich bitte um Entschuldigung! Macht gar nichts, meine Herren! (*Abg. Suchanek: Sie müssen die eigenen Zeitungen lesen!*) Wir lesen unsere nicht, wir lesen nur die Ihren! Er hat also gehört, daß ich dort die Äußerung gemacht habe, daß der Geist des Jahres 1945 bei den Eisenbahnern nicht mehr vorhanden ist. Ich bestreite diese Äußerung gar nicht, meine Damen und Herren, denn der Geist des Jahres 1945 bei den Eisenbahnern war ein kameradschaftlicher, kollegialer, restlos unpolitischer Geist. Damals haben die Eisenbahner wirklich nur ein Interesse gehabt: das Interesse, die zerstörten Anlagen wieder aufzubauen, damit sie wieder zu ihrem Brot kommen. Das haben alle, die damals gearbeitet haben, wirklich gewußt. Ich bin selbst mitten drinnen gestanden in dieser Arbeit, und ich kann das bestätigen. Es ist aber nun so, daß es ein politischer Geist ist, der heute bei den Bundesbahnen herrscht. Es ist

nun einmal so, daß heute bei jeder Scheuerfrau zuerst gefragt wird, wohin sie gehört. Nichts anderes als das wollte ich feststellen und sagen: Wenn wir aus den Bundesbahnen etwas machen wollen, dann ist eben wieder ein kameradschaftlicher, kollegialer Geist notwendig, frei von Parteipolitik. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Suchanek: So wie im Finanzministerium!)*

Der Herr Kollege Suchanek hat auch gesagt, daß ich irgendwie über die Kommerzialisierung — ich habe das Wort allerdings ausdrücklich abgelehnt, ich komme darauf noch zurück —, daß ich über den selbständigen Wirtschaftskörper gesprochen und damit die Absicht kundgetan hätte, damit die Herrschaft der Sozialistischen Partei bei den Österreichischen Bundesbahnen zu brechen. Ja, fürchten Sie, daß die gebrochen wird? Also Sie geben zu, daß es eine Herrschaft der SPÖ bei den Bundesbahnen gibt? *(Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Suchanek: So wie Ihre Herrschaft im Finanzministerium!)* Wenn Sie damit sagen wollen, Sie wollen sich die Herrschaft bei den Österreichischen Bundesbahnen nicht nehmen lassen, meine Herren, dann geben Sie ja zu, daß ich recht gehabt habe. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Präsident Dr. Gorbach übernimmt den Vorsitz.)*

Meine Damen und Herren! Es ist aber gar nicht um das gegangen. Ich freue mich, ganz positiv freue ich mich darüber, daß der Herr Kollege Suchanek hier eine klare Aufklärung darüber gegeben hat, daß die Kommerzialisierung der Bundesbahnen seinerzeit nicht schuld war an der Schlechterstellung des Personals, daß er sich sogar für diesen selbständigen Wirtschaftskörper ausgesprochen hat, und besonders möchte ich mich bei Ihnen dafür bedanken, daß Sie mir in diesem Wirtschaftskörper einen Posten angetragen haben. *(Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Freund: Das kommt darauf an, wie lange Sie auf dem Posten sein werden! — Ruf bei der ÖVP: Als Personalreferent!)* Wollen Sie mich gleich abbauen, oder wie ist das? *(Abg. Freund: Ich möchte Sie nur aufmerksam machen! Freuen Sie sich nicht zu früh!)* Nun, meine Damen und Herren, es ist nun leider Gottes so ... *(Abg. Sebingner, auf Abg. Freundweisend: Er will selber den Posten haben! — Heiterkeit.)*

Meine Damen und Herren! Ich bedaure also, daß diese ganzen Österreichischen Bundesbahnen nun mit einem gewissen politischen Komplex verbunden sind, und Sie sind daran sehr viel schuld, meine Herren, denn jedesmal, wenn etwas über die Bundesbahnen gesagt wird, fühlt sich sofort die SPÖ angegriffen.

(Zustimmung bei der ÖVP.) Meine Herren! Das muß noch lange nicht der Fall sein, daß wir die SPÖ meinen, wenn ein Kollege irgendeinen kleinen Mangel bei der Österreichischen Bundesbahn feststellt. Aber wenn einer nur etwas von einer Verspätung spricht oder von einem ungeheizten Wartesaal, dann sind die Herren der Sozialistischen Partei schon aufgeregt, als ob es um die Existenz ihrer Partei ginge. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Freund: Sie regen sich ja darüber auf! Wir tun nichts, daß es dort kalt ist im Wartesaal!)*

Nun, meine Damen und Herren, ich bin halt der Meinung, daß diese Verpolitisierung, die wir im Denken um das Verkehrswesen haben, nicht zum Vorteil der Eisenbahner gereicht, und wir sind ja vollkommen einig, der Herr Kollege Suchanek und ich, wenn wir also nun wirklich darangehen, daß dieser Wirtschaftskörper geschaffen wird, vollkommen sachlich, ordnungsgemäß und frei von Parteipolitik diese ganze Frage zur Behandlung zu bringen. *(Abg. Dengler: Tu den Suchanek nicht zuviel loben, sonst kriegt er eine auf den Hut! — Heiterkeit. — Abg. Hillegeist: Die Kärntner Solidarität!)* Die ist absolut da.

Meine Damen und Herren! Es ist schwierig, über die Eisenbahn heute zu sprechen. Es ist schwierig, das ganz sachliche, das richtige Verhältnis zu den österreichischen Eisenbahnen zu bekommen. Ich gebe das ohne weiteres zu. Sie können ganz beruhigt sein, ich habe es nämlich viel schwieriger als Sie, meine verehrten Eisenbahnerkollegen von der Sozialistischen Partei, denn ich muß sehr häufig auch meine eigenen Kollegen von den wirklichen Verhältnissen überzeugen. Sie sehen es auch ein, was man ihnen sagt, sie sehen es nämlich dann ein, wenn man sie von den politischen Komplexen befreit. Das tun Sie leider Gottes nicht. *(Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Freund: Haben Sie politische Komplexe?)*

Meine Herren! Es ist um die Eisenbahn eine eigene Tragik, denn die Eisenbahn ist letzten Endes ein altes Verkehrsmittel, das durch Jahrzehnte nicht nur der hervorragende Träger des Verkehrs war, sondern das Jahrzehnte hindurch eigentlich die Grundlage der Wirtschaft und die Grundlage der gesamten technischen Entwicklung der Welt war. Dieses Eisenbahnwesen oder dieses Verkehrsmittel Eisenbahn scheint also nun im Laufe der Zeit überholt zu sein. Es ist allerdings in Österreich noch nicht in allen Verkehrsbeziehungen überholt. Dort, wo es nicht überholt ist, nämlich im Reiseverkehr auf weiten Strecken, im Massengüterverkehr, bei allen diesen Verkehrsarten ist es also not-

wendig, daß die Eisenbahn modernisiert und rationalisiert wird. Die Eisenbahn ist ein Verkehrsmittel, das um seine Existenz kämpft. Es muß die höchsten Anstrengungen machen, um mitzukommen und den Anforderungen wirklich gerecht zu werden. Aber ich sehe, wie ich schon gesagt habe, keine Aussicht auf eine baldige Lösung, meine Damen und Herren, auf eine baldige Lösung der Koordinierung oder eine baldige Lösung der Änderung dieser Konkurrenz oder eine Regelung der Konkurrenz.

Es ist schon der Fall Amerika angezogen worden vom Herrn Abgeordneten Dr. Zechmann. Von Amerika wissen wir sehr wohl, daß wahrscheinlich im Jahre 1970 kein Personenzug mehr verkehren wird, sondern die Personen alle auf die Straße beziehungsweise zum Flugzeug übergegangen sein werden. Aber auch hier bei uns gibt es eine ständige Änderung und einen ständigen Wechsel in den Verkehrsbereichen. Ich denke zum Beispiel daran, daß wir jetzt — meine Herren, Sie wissen es sehr genau — daran sind, am Sonntag den Güterverkehr einzustellen. Das ist eine echte Rationalisierung, die sich aus der Fünftageswoche in den verschiedenen Werken ergibt und die für die Eisenbahn sehr bedeutungsvoll ist und wahrscheinlich echte Ersparnisse bringen wird.

Bei der Eisenbahn muß das, was da ist, genützt werden, und es muß hier also möglichst viel herausgeholt werden.

Was die Verkehrsbeziehungen betrifft, so möchte ich nur sagen, ich habe den Eindruck, daß man manchmal zuwenig Rücksicht auf den Inlandverkehr nimmt. Die Koppelung der Inlandzüge, der Städtezüge vor allem, mit dem internationalen Verkehr ist keineswegs immer sehr günstig. Es kommen dadurch die Züge zu sehr ungünstigen Zeiten in Wien an und fahren zu sehr ungünstigen Zeiten ab. Eine stärkere Trennung zwischen diesem internationalen Verkehr und dem innerösterreichischen Städteverkehr wäre daher sehr zweckmäßig.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich nun etwas auf einzelne spezielle Fragen eingehe. Ich möchte zuerst kurz einen Fehler aufzeigen, der in der Vergangenheit gemacht wurde. Das betrifft die Kreuzungen zwischen der Schiene und der Straße. Wir haben bekanntlich drei Gattungen von solchen schienengleichen Kreuzungen: einmal mit Schranken, dann mit Warnlichtanlagen und das dritte sind ungesicherte Wegübersetzungen, das heißt solche, die nur ein einfaches Warnkreuz besitzen. Die zwei ersten Gattungen, Schranken und Warnlichtanlagen, sind dann unangenehm, wenn der Straßen-

verkehr sehr stark ist, wenn sich die Autos bei den Übergängen stauen und wenn sich die Benutzer der Autos darüber aufregen, daß sie dort so lange warten müssen. In diesen Fällen, wo sich große Schlangen vor den Schranken oder Warnlichtanlagen bilden, ist es erforderlich, daß Über- oder Unterführungen gebaut werden.

Aber der dritte Fall, der Fall der unabgeschränkten Wegübersetzungen, die nur mit einem Warnkreuz gesichert sind, ist eine ausgesprochene österreichische Spezialität. Es gibt diese ungesicherten Wegübersetzungen in anderen Staaten nur bei Lokalbahnen oder auf Hauptbahnen nur für Fußwege. In Österreich dagegen ist man im Jahre 1923 den Weg der Einsparungen gegangen. Es hat damals kleine Feldwege draußen gegeben, vielleicht zwei oder drei Fuhrwerke haben am Tag die betreffende Stelle passiert, und doch war ein Schrankenposten dort, der entweder einen 16/24-, wie wir es damals gehabt haben, oder einen 8/16-Turnus gehabt hat, sodaß praktisch drei Leute notwendig waren. Dieser Schrankenposten hat eigentlich den ganzen Tag nicht viel zu tun gehabt. Das war eine unrationelle Einrichtung, und man ist dann darangegangen, diese Schrankenposten aufzulassen und durch einfache Warnkreuze zu ersetzen.

Es sind das jetzt etwas mehr als 30 Jahre her. Leider Gottes ist gerade diese Einsparung zu einem Zeitpunkt erfolgt, und ich muß das schon als eine gewisse Kurzsichtigkeit bezeichnen, als sich der Autoverkehr erst zu entwickeln begann.

Es ist also nun etwas über 30 Jahre her, seit man diesen Weg beschritten hat, und es liest sich heute wie ein Roman, wenn wir daran denken, daß in dieser Verordnung noch eine Bestimmung drinnen war: Dort, wo die Sicht nicht ausreicht, ist eine Tafel anzubringen: Gespanne kurz am Zügel führen! Der Fuhrwerker mußte also heruntersteigen, das Pferd am Halfter nehmen und es über die Bahnübersetzung führen.

Das sind Dinge, die wir heute nicht mehr verstehen können, und infolgedessen ist es notwendig, daß hier Änderungen getroffen werden.

Es ist auch nach dem Krieg eine neue Verordnung geschaffen worden, aber sie ist nie richtig zum Tragen gekommen, weil sich durch die Entwicklung des Verkehrswesens immer wieder neue Änderungen als notwendig erwiesen haben.

Nun kommt aber noch hinzu, daß durch die Vergrößerung der Städte die Siedlungen, die außerhalb der Städte entstanden sind, neue Verkehrswege in die Stadt brauchen.

An vielen Orten, wo es bisher nur Feldwege und einfache Wirtschaftswege gegeben hat, bringt das nun das Erfordernis mit sich, daß dort auch mit Autos, mit Traktoren, mit Fahrrädern und so weiter gefahren wird.

Die Österreichischen Bundesbahnen stehen nun heute selbstverständlich auf dem Standpunkt: sie werden für die Änderung nichts beitragen, denn nach den Verordnungen ist diese betreffende Wegübersetzung ja gesichert.

Ich habe da einen ganz bestimmten Fall bei Lienz im Auge. Dort führt ein kleiner Weg über die Bahn, die Sichten sind vollkommen ausreichend, es ist eine schöne Sicht auf einer vollkommen geraden Strecke. Und doch haben wir dort schon zwei außerordentlich schwere, tödliche Verkehrsunfälle gehabt, weil eben nicht nur die Sichtweiten allein maßgebend sind, sondern weil man auch psychologische Momente beim Fahrer berücksichtigen muß. Die Straße geht dort eine kurze Zeit parallel zur Eisenbahn, sodaß zwar die Sicht dadurch vielleicht nicht behindert wird, der Fahrer aber, der geradeaus sieht, nimmt sich nicht die Mühe, sich nach rückwärts umzudrehen und so weiter. Das bringt große Schwierigkeiten mit sich. Nun verlangt die Gemeinde Lienz, daß dort eine Über- oder Unterführung gebaut wird. Es ist selbstverständlich, daß die Bundesbahn sagt: Wir können nichts beitragen, denn nach der Verordnung ist unsere Wegübersetzung ja gesichert.

Ich glaube aber, man müßte hier doch an folgendes denken, was wir schon immer wieder sagen: Die Verwaltung der Österreichischen Bundesbahnen und das Bundesministerium für Verkehr sind zwei verschiedene Dinge. Es sind zwar dieselben Personen, aber diese beiden Körperschaften haben verschiedene Aufgaben. Es ist leider so, daß sich unsere Kollegen in der Generaldirektion der Bundesbahnen mehr als Betriebsführer der Bundesbahn und fast überhaupt nicht als Vertreter des Verkehrsministeriums fühlen. Ich glaube, es ist erforderlich und es ist eine Aufgabe des Verkehrsministeriums, sich im allgemeinen für die Verkehrsfragen zu interessieren, um dort einzugreifen, wo derartige Schwierigkeiten auftreten und wo die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung gefährdet ist.

Wie das gemacht werden soll, ist eine zweite Sache. Es ist klar, daß die Bundesbahnen hier nicht belastet werden können. Aber ich begrüße es, daß zum Beispiel im Eisenbahngesetz, das wir im vorigen Jahr beschlossen haben, eine Bestimmung enthalten ist, wie derartige Wegübersetzungen

in Über- oder Unterführungen verwandelt werden können, daß dafür eine Kommission vorgesehen ist. Ich glaube aber, daß sich das im wesentlichen nur für die Bundesstraßen wirklich zweckmäßig durchführen lassen wird und daß es besonders für die Gemeinden doch erforderlich ist, daß wir zu irgendeinem Kreuzungsbautenförderungsgesetz kommen, ob es nun ein Fonds wird oder nicht, ist dabei gleichgültig, aber wir müssen eine gesetzliche Lösung finden, um im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung diese ärgsten und gefährlichsten Wegübersetzungen zu beseitigen.

Ich habe gesagt, daß damals ein gewisser Weitblick gefehlt hat und daß man damals in diese Auffassung der Schrankenanlagen zu einem sehr ungünstigen Zeitpunkt eingetreten ist. Aber, meine Damen und Herren, darf ich noch auf ein Problem hinweisen, wo es ebenfalls an Weitblick gefehlt hat. Sie werden vielleicht überrascht sein, daß ich diese Frage anschneide. Es ist dies das Problem der Wiener Stadtbahn und der nun damit im Zusammenhang stehenden und im Bau begriffenen Wiener Schnellbahn. Ich muß schon sagen, daß unsere Großväter, die das Eisenbahnnetz in Österreich gebaut haben, hervorragend weitschauende Leute gewesen sind. Das ergibt sich, wenn man die Geschichte des Eisenbahnwesens studiert, aus den Leistungen, die sie vollbracht haben, also zum Beispiel der Zweigleisigkeit der Semmeringstrecke, dann den verhältnismäßig günstigen Anlageverhältnissen, wie wir sie bei den Bergbahnen haben, insbesondere bei der Tauernbahn, ich denke aber auch daran, daß unsere Großväter ein Netz von Verbindungsbahnen hier in Wien geschaffen haben, ein Netz, das die verschiedenen Bahnhöfe miteinander verbindet, das aber nicht nur dieser Verbindung gedient hat, sondern das gleichzeitig auch dem Stadtverkehr Wiens gedient hat. Es ist eine Stadtbahn am Gürtel angelegt worden, zu der man von allen Seiten gelangen konnte und von der aus man dann die Möglichkeit hatte, mit der Straßenbahn oder mit dem Stellwagen, der damals noch existiert hat, nach den verschiedensten Richtungen zu kommen. Es ist also auch dieses Netz der Verbindungsbahn eine durchaus vorbildliche Anlage.

Im Jahre 1925 jedoch hat man einen Rückschritt getan. Im Jahre 1925 hat man die Stadtbahn von dem Netz der österreichischen Eisenbahnen getrennt, man hat eine Schleife in Hütteldorf gebaut, man hat eine Schleife in Heiligenstadt gebaut und hat aus der Stadtbahn ein tramwayähnliches Unternehmen gemacht und hat es der Gemeinde Wien, den Wiener Städtischen Verkehrs-

betrieben übergeben. Es ist aus der Stadtbahn hier eine bessere Straßenbahn geworden, und die Möglichkeit, nunmehr von außen bis in das Zentrum der Stadt zu kommen, war nun nicht mehr gegeben. Das war also im Jahre 1925, es ist noch nicht sehr lange her.

Diese Stadtbahn ist heute veraltet. In Paris, in Madrid, in Barcelona hat man Untergrundbahnen, und diese Untergrundbahnen sind heute noch modern, und sie sind älter als die Wiener Stadtbahn. Die Wiener Stadtbahn ist veraltet, und man sieht keine andere Möglichkeit einer Modernisierung, als Wagen der alten Type wieder anzuschaffen.

Nun kommt die Österreichische Bundesbahn mit einem neuen Gedanken, das heißt, er ist nun bereits einige Jahre alt, mit einem neuen Gedanken, eine Schnellbahn zu bauen, die also die äußeren Bezirke näher an das Stadtzentrum heranzieht. Diese Schnellbahn ist an sich ein erfreulicher Gedanke. Ich weiß nur nicht, warum die Generaldirektion der Bundesbahnen so schamhaft mit der Schnellbahn umgeht. Durch zwei Jahre wurde nämlich fast nicht gesprochen von der Schnellbahn in der Generaldirektion, man hat den Eindruck gehabt, wenn man das Wort Schnellbahn ausgesprochen hat, wie wenn man im Hause des Gehenkten vom Strick reden würde. Aber ich sehe gar keinen Grund dazu. Ich weiß auch nicht, warum man hier so zurückhaltend war.

Man hat nun zwei Bauleitungen, die andere Namen getragen haben, endlich umgetauft und nennt sie Bauleitung Schnellbahn I und Schnellbahn II, womit nun gewissermaßen die Schnellbahn ihre Geburt auch in der Öffentlichkeit gefeiert hat. Diese Schnellbahn ist vor zirka drei Jahren im langfristigen Investitionsprogramm der österreichischen Bundesregierung aufgeschienen, allerdings damals mit einem Betrag von 100 Millionen Schilling. Diese Schnellbahn ist also auf Grund eines Ministerratsbeschlusses, der dieses Investitionsprogramm genehmigt hat, nun ebenfalls in Österreich eine Tatsache, und sie wird auf Grund des Ministerratsbeschlusses gebaut.

Etwas unangenehm ist dabei natürlich schon die Tatsache, daß sich das ganze Projekt im Laufe der Zeit ausgeweitet hat. Es wurde anscheinend seinerzeit an die Fahrbetriebsmittel nicht gedacht, man hat inzwischen die Elektrifizierung von Stockerau über Floridsdorf nach Meidling dazugenommen, man hat die Elektrifizierung von Anschlußstrecken nach Gänserndorf und zur Preßburger Bahn dazugegeben, sodaß heute leider Gottes diese 100 Millionen Schilling sich bereits auf das Zwölfwache, auf 1,2 Milliarden, erhöht haben.

Nun muß man schon fragen: Was ist eigentlich diese Schnellbahn? Die Wiener machen sich keinen rechten Begriff davon. Die Wiener sind der Auffassung, sie kriegen jetzt eine Untergrundbahn, die vom Praterstern über den Stephansplatz zum Westbahnhof führt. Das ist natürlich nicht der Fall, sondern was die Schnellbahn will, ist eine Aktivierung und eine Modernisierung des Bestehenden. Die Bahn beginnt in Floridsdorf. In Floridsdorf wird bekanntlich der Bahnhof neu gebaut, er wird weiter an die Donau herangeschoben. Es ist die Nordbahnbrücke neu gebaut worden, es ist eine neue Brücke über die Alte Donau gebaut worden, es sind sehr schöne, tadellose Brücken über die verschiedenen Straßen in der Brigittenau gebaut worden. Es wird ein neuer Nordbahnhof gebaut, diesmal im ersten Stock über dem Praterstern. Es geht dann diese Bahnlinie weiter auf der alten Verbindungsbahn bis zum Landstraßer Gürtel, vom Landstraßer Gürtel bis zum Südbahnhof wird die Strecke auf einer Länge von etwa 1,4 Kilometer umgelegt, geht dann parallel zur Südbahn, es kommt also direkt unter dem Südbahnhof auch für diese Schnellbahn eine Haltestelle. Ich möchte feststellen, daß, baulich gesehen, diese Schnellbahn, soweit man die Sache heute bereits überblicken kann, sowohl im Projekt als auch in der bisherigen Ausführung durchaus eine technische Leistung darstellt.

Nicht so uneingeschränkt jedoch, meine Damen und Herren, kann ich mich dazu äußern, wenn ich vom Zeitpunkt des Baues dieser Schnellbahn und wenn ich von der Wirtschaftlichkeit dieser Schnellbahn spreche. Im Finanz- und Budgetausschuß hat der Herr Abgeordnete Freund sein Bedauern ausgesprochen, daß es 130 Millionen Schilling bei der Elektrifizierung weniger gibt. Dieses Bedauern hat heute der Herr Abgeordnete Suchanek erneuert. Dasselbe Bedauern wurde vom Herrn Abgeordneten Zechmann (*Abg. Freund: Nur Sie begrüßen es!*) und auch vom Herrn Kollegen der Kommunistischen Partei ausgedrückt. Auch ich bedaure aus ganzem Herzen, daß diese 130 Millionen Schilling für die Elektrifizierung gestrichen werden mußten. Ich bedaure es schon vor allem deshalb, weil damit gerade jene Linie betroffen ist, die mein Heimatland betrifft, nämlich die Linie von St. Veit über den Neumarkter Sattel hinunter in die Steiermark, und gerade der Herr Abgeordnete Freund hatte darauf hingewiesen, daß das so außerordentlich wichtig gewesen wäre, weil man dort den Dampfbetrieb durch den elektrischen Betrieb ersetzen könnte und weil dann wirkliche, echte Einsparungen für die Österreichischen Bundesbahnen zustande gekommen wären.

Nun ist es also schon notwendig, dieses Budget der Österreichischen Bundesbahnen einmal ganz klar anzuschauen. Wenn Sie also das Budget ansehen, so werden Sie sehen, daß insgesamt — außerordentlicher und ordentlicher Aufwand zusammen — auf der Ausgaben-seite um zirka 100 Millionen Schilling weniger vorgesehen sind als im Vorjahr. Allerdings muß man auch die Berichte dazu lesen und muß auch die Bemerkungen lesen, die ja auch aus dem Verkehrsministerium stammen. Sie werden dann sehen, daß 210,4 Millionen Schilling echte Einsparungen sind. Es sind also 210 Millionen Schilling echte Einsparungen, die zurückzuführen sind auf die Elektrifizierung, auf die Verdieselung und auf billigere Kohlenpreise. Infolgedessen ist die Bundesbahn im gesamten sogar um 110 Millionen Schilling bessergestellt als im Vorjahr. Auf das möchte ich ganz besonders hinweisen.

Es ist bereits erwähnt worden, daß im ordentlichen Budget weniger Mittel vorgesehen sind, das außerordentliche Budget jedoch bei den Sonstigen Investitionen einen wesentlich höheren Betrag vorsieht, nämlich 846 Millionen gegenüber 352 Millionen des vorigen Jahres. Meine Damen und Herren! Was steckt also in diesen 846 Millionen? Da stecken einmal drin: 221 Millionen für langfristige Investitionen auf Grund des Ministerprogramms, 380 Millionen Schilling für die Anlagen, also um das zu ersetzen, was im ordentlichen Budget nicht untergebracht werden konnte, und 245 Millionen für die Wiener Schnellbahn. Die 130 Millionen Schilling der Elektrifizierung werden also bei weitem durch die 245 Millionen Schilling für die Wiener Schnellbahn aufgehoben, meine Damen und Herren! Man muß natürlich schon fragen: Vielleicht wäre es doch möglich gewesen, nicht alle 245 Millionen für die Schnellbahn zu verwenden, sondern nur die Hälfte zu verwenden, und dann wäre es auch möglich gewesen, die von uns allen so außerordentlich gewünschte und wirtschaftlich so sehr gepriesene Elektrifizierung weiterzuführen. Aber bitte, das liegt in der Verantwortung des Bundesministeriums für Verkehr. Das Bundesministerium für Verkehr muß wissen, ob die Schnellbahn wichtiger, und vor allem, ob die Schnellbahn wirtschaftlicher ist als die Elektrifizierung.

Meine Damen und Herren! Da heute doch auch etwas Demagogie betrieben wurde, gestatten Sie auch mir eine ganz kleine demagogische Bemerkung. (*Abg. Freund: Das sind wir gewohnt bei Ihnen, da brauchen Sie sich nicht zu entschuldigen! Das wissen wir ohnedies!*) Ich danke, daß Sie das zur Kenntnis nehmen, Herr Kollege! 245 Millionen Schilling sind also für das Jahr 1959 für die Wiener

Schnellbahn vorgesehen. Das ist ungefähr der gleiche Betrag, den die Eisenbahner für den 14. Monatsgehalt benötigen würden.

Nun, meine Damen und Herren, es wird dem Verschiedenes entgegengehalten, und zwar mit Recht. Es wird einmal gesagt: Ja, die Wiener Schnellbahn, die baut eigentlich die Gemeinde Wien, und der Herr Finanzreferent der Stadt Wien Slavik hat vor kurzem vor sozialistischen Vertrauensmännern eine Rede gehalten, in der er erklärt hat, die Gemeinde Wien stellt 680 Millionen Schilling den Österreichischen Bundesbahnen für den Bau der Schnellbahn zur Verfügung. Man hat, wenn man das liest, den Eindruck, die Gemeinde Wien schenkt den Österreichischen Bundesbahnen 680 Millionen Schilling. (*Abg. Freund: Das hat kein Mensch behauptet!*) Davon ist aber gar keine Rede, sondern die 680 Millionen hat die Gemeinde Wien an Kredit vermittelt und zahlt die Hälfte der Zinsen, die andere Hälfte zahlen die Bundesbahnen, und sie müssen selbstverständlich in einigen Jahren diese ganzen Beträge zurückzahlen. Also nicht die Gemeinde Wien baut diese Schnellbahn, sondern die Schnellbahn wird ebenfalls vom Bund gebaut. Und man muß sich wohl die Frage vorlegen, ob es Sache des Bundes ist, in Wien Verkehrsmittel zu bauen und in Wien diese Schnellbahn zu installieren. Die Wiener bekommen auf jeden Fall auf diese Art und Weise eine kostenlose Schnellbahn durch den Bund, also eine Subvention auf einem Umweg, und der Herr Kollege Slavik hat es dann natürlich sehr leicht, den Gemeindebediensteten den 14. Monatsgehalt zu versprechen. (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. — Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Das ist die noch größere Demagogie!*)

Meine Damen und Herren! Nun kommt aber noch etwas dazu: Die Gemeinde Wien war also in der Lage, den Bundesbahnen diesen Kredit zu vermitteln, und darum kann wohl die Schnellbahn gebaut, aber nicht die Elektrifizierung fortgesetzt werden. Ich glaube, daß die Kärntner Landesregierung genau gleich gute Beziehungen zu den Kreditinstituten hat, wie sie die Gemeinde Wien für diese Finanzierung gebraucht hat, und vielleicht auch 130 Millionen den Österreichischen Bundesbahnen hätte zur Verfügung stellen können, damit in Kärnten die Elektrifizierung weitergeführt worden wäre. (*Abg. Kysela: Sie hätten das bei der Jauntalbahn machen können! — Abg. Hillegeist: Das gehört auch noch zur Demagogie!*) Das habe ich ja gesagt.

Meine Damen und Herren! Ein zweiter Grund, und dieser Grund ist richtig und den erkenne ich an: Man hat diese Schnellbahn gebaut, weil man die Rezession befürchtet hat

und weil es notwendig war, mit größeren öffentlichen Investitionen auch in Wien hervorzutreten. Das ist richtig, das unterstreiche ich und das gebe ich zu. Ich möchte nur sagen: Genau dasselbe wäre selbstverständlich auch in Kärnten der Fall.

Das zweite ist die Frage der Wirtschaftlichkeit. Hier gestatten Sie ebenfalls einige Bemerkungen: Die Kärntner haben bekanntlich einen großen Wunsch, den Bau der Jauntalbahn. Es ist erfreulich, daß diese Jauntalbahn im heurigen Budget bereits aufscheint. Die Österreichischen Bundesbahnen haben, als dieser Antrag gestellt wurde, eine äußerst genaue wirtschaftliche Überprüfung dieser Bahnlinie durchgeführt. Sie haben die Trassen geprüft und auch die Wirtschaftlichkeit dieser Linie. Ich freue mich über diese eingehende Prüfung ganz besonders, die ergeben hat, daß ein gewisses Defizit — ich glaube, es sind maximal 9 Millionen Schilling im Jahr — bei dieser Jauntalbahn auftreten wird, und man hat erklärt, daß dieses Defizit selbstverständlich das Finanzministerium übernehmen müßte. Meine Damen und Herren! Es wäre sehr erfreulich, wenn wir auch etwas davon hören würden, was die genaue wirtschaftliche Überprüfung der Wiener Schnellbahn eigentlich ergeben hat. Aber ich weiß nicht, ob eine solche Überprüfung jemals durchgeführt wurde, ich weiß nicht, wie groß das Defizit ist, aber daß hier ein Defizitbetrieb sein wird, ist für uns vollkommen klar, meine Damen und Herren. Und daß dieses Defizit nicht der Bund allein zu tragen hat, sondern daß hier auch die Gemeinde Wien herangezogen werden soll, weil es sich ja um einen innerstädtischen Verkehr handelt, das, glaube ich, ist auch eine Selbstverständlichkeit.

Meine Damen und Herren! Mit dieser Zubringerlinie übernehmen die Österreichischen Bundesbahnen neue Aufgaben, die sie bisher nicht gehabt haben. Ich habe nichts gegen diese neuen Aufgaben einzuwenden. Aber ich meine nur, daß sie in einer Verkehrs- und Tarifgemeinschaft mit den städtischen Verkehrsbetrieben vor sich zu gehen haben. Ich finde es unverständlich, daß man sich nicht bereits vor Beginn des Baues der Schnellbahn, die ich — ich sage es noch einmal — technisch und auch verkehrstechnisch bejahe, über die Tarifffrage mit der Gemeinde Wien geeinigt hat. Denn die Leute, die zwei verschiedene Karten lösen müssen, die also zum Hauptzollamt fahren und dort umsteigen müssen und dort wieder eine Karte brauchen, um auf der Stadtbahn zu fahren, werden mit diesem Verkehrsmittel keine Freude haben, wenn es nicht möglich ist, gemeinsame Tarife zustandezubringen. Ich sage also: Eine Tarif- und Ver-

kehrsgemeinschaft mit der Gemeinde Wien wird hier unbedingt erforderlich sein.

Nun, meine Damen und Herren, zum Schluß einige kurze Bemerkungen zu Fragen, die das Personal betreffen und die schon wiederholt angeschnitten wurden. Ich möchte nur nochmals mit Bedauern feststellen, daß man die Frage des Personals immer wieder so darstellt, als ob die Österreichische Volkspartei nur daran ein Interesse hätte, das Personal in irgendeiner Art zu schädigen. Ich weiß nicht, warum der Herr Abgeordnete Suchanek heute so furchtbar wild darauf losgezogen ist und immer wieder erklärt hat, das Personal dürfe in seinen Bezügen nicht geschmälert werden, seine Rechte dürften nicht geschmälert werden und so weiter. Ja, wer hat denn davon überhaupt geredet? (*Abg. Suchanek: Die Bundeswirtschaftskammer, Herr Abgeordneter Weiß! Lesen Sie die Zeitungen!*) Wollen Sie das Personal unruhig machen, wenn Sie immer davon reden, daß dem Personal etwas weggenommen werden soll? Davon ist in diesem Haus noch nicht ein einziges Mal gesprochen worden, und ich verwahre mich dagegen, daß man mich als Eisenbahnbediensteten, der gut mit dem Personal ausgekommen ist, vielleicht auch dafür haftbar macht, daß einzelne Abgeordnete der Sozialistischen Partei das Personal mit diesen Dingen beunruhigen wollen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Freund: So bedeutend sind Sie nicht für uns!*)

Meine Herren! Es ist nach meiner Meinung unbedingt erforderlich, daß die Personalvertretung gesetzlich verankert wird. Ich habe das im Ausschuß schon gesagt, und ich sage es heute wieder. Ich glaube, es ist im Interesse des gesamten Personals und im Interesse aller öffentlichen Bediensteten gelegen, daß hier klare und eindeutige Rechtsverhältnisse geschaffen werden. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich weiß nicht, warum man das nicht machen will. Vielleicht weil in einem provisorischen Zustand angenehmer zu arbeiten ist? Das kann vielleicht sein!

Meine Damen und Herren! Das zweite ist die Frage — und ich schneide sie neuerlich an, obwohl der Herr Abgeordnete Suchanek sie schon abgelehnt hat — einer gerechten Dienstbeschreibung. (*Abg. Suchanek: Einer „gerechten“!*) Einer gerechten! (*Abg. Freund: Eure haben wir schon einmal kennengelernt!*) Meine Damen und Herren, Sie haben von den Quieszierungen im Jahre 1930 gesprochen. Ich gebe es ohneweiters zu: Dort hat es politische Dienstbeschreibungen gegeben. Aber um diese geht es nicht, es geht um die sachlichen Dienstbeschreibungen; denn die politische Dienstbeschreibung ist ja ohnedies vorhanden, nur befindet sich diese nicht in der Verwaltung,

sondern in den Parteisekretariaten. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Hartl: Sehr gut!*)

Meine Damen und Herren! Ich habe mich im Vorjahr eingehend mit dem selbständigen Wirtschaftskörper beschäftigt und habe heute nicht die Absicht, mich mit dieser Frage neuerlich zu beschäftigen. Ich freue mich, daß der Herr Abgeordnete Suchanek erklärt hat, daß der Steuerzahler vor unnötigen Belastungen bewahrt bleiben muß im Hinblick auf die Konkurrenz zwischen Schiene und Straße. Ich freue mich darüber, und ich glaube, der Steuerzahler wird vor unnötigen Belastungen auf keine Weise besser geschützt werden als dadurch, daß endlich ein Wirtschaftskörper der Bundesbahn geschaffen wird, ein Wirtschaftskörper, der eine überblickbare Bilanz, eine überblickbare Gebarung und eine überblickbare Kontrolle hat.

Meine Damen und Herren! Wollen wir doch aus diesem provisorischen Zustand herauskommen! Eine gesetzliche Verankerung ist heute weder für die Personalvertretung noch für die derzeitige Organisation der österreichischen Bundesbahnen vorhanden. Machen wir es nicht so wie mit der Sicherungsanlage in St. Veit an der Glan! Ich bin der Auffassung, daß ein moderner Staat auch eine moderne Organisationsform braucht und daß nur eine solche moderne Organisationsform auch dem Personal eine entsprechende Sicherheit bringen wird.

Meine Damen und Herren! Als Kärntner möchte ich nur noch eine kleine Sache anfügen. Ich bin etwas darüber beunruhigt, daß man in letzter Zeit so wenig von dem Kraftwerk Edling hört. Man hört wohl vom Donaukraftwerk Klosterneuburg, man hört vom Kraftwerk an der Donau in Aschach, aber man hört nichts mehr von dem Kraftwerk in Edling. Man hört auch sehr wenig davon, wann eigentlich mit dem Bau der Jauntalbahn begonnen werden soll.

Somit möchte ich als Kärntner schon mit einer gewissen Beunruhigung das Fazit aus dem Budget ziehen: keine Sicherungsanlage in St. Veit, keine Elektrifizierung von St. Veit nach Neumarkt, noch kein Beginn der Jauntalbahn, noch kein Bau des Kraftwerkes Edling! Ich bin hier mit der „Neuen Zeit“, der sozialistischen Kärntner Zeitung, vollkommen einig, die sich darüber beklagt hat, daß der Bund in Kärnten so wenig Bauvorhaben im Jahre 1959 hat. Deshalb blicken wir Kärntner natürlich mit einem gewissen Neid auf die Wiener Schnellbahn, die wir ansonsten den Wienern gönnen. Lassen Sie auch den Kärntnern einen Platz an der Sonne, ich meine einen Platz an

der wirtschaftlichen Sonne Österreichs! (*Abg. Kysela: Ihr habt in Kärnten mehr Sonne als wir!*)

Trotzdem aber, meine Damen und Herren, trotz dieser Einschränkungen können Sie vollkommen beruhigt sein: auch meine Fraktion wird diesem Kapitel die Zustimmung nicht versagen. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Gorbach: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Freund. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Freund: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich hätte mich eigentlich heute gar nicht zum Wort gemeldet, aber nach den Ausführungen des Herrn Bundesbahnpräsidenten von Villach, Herrn Dr. Weiß, muß ich mich doch zum Wort melden und Ihnen einiges sagen. Aber ich möchte zuerst noch etwas vorausschicken.

Schon bei der Beratung im Finanz- und Budgetausschuß, als wir das Kapitel Verkehr beraten haben, haben wir unser Bedauern darüber ausgesprochen, daß man in diesem Budget für 1959 wieder eine Reihe von Kürzungen vornimmt, die es unmöglich machen, die Modernisierung, die Rationalisierung, die Elektrifizierung und so weiter bei den österreichischen Bundesbahnen rascher fortzusetzen. Dies wurde noch dadurch unterstrichen, daß im Finanz- und Budgetausschuß eine Unzahl von Wünschen von den einzelnen Abgeordneten aus allen Wahlkreisen und aus allen Parteien geäußert wurde: was der Minister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft noch alles schaffen sollte, was noch alles fehlt und was dort und da noch wünschenswert wäre, durchzuführen. Und das Ganze ist mit einem einzigen Satz widerlegt worden: Wünsche? — Selbstverständlich, da haben wir nichts dagegen. Erfüllen? — Da haben wir auch nichts dagegen, aber nur das Geld müssen Sie uns dazu geben. Denn was hilft denn das, wir haben ja auch einen gewissen Überblick und wissen, daß es nicht einfach ist, mit den Budgetmitteln, wie sie heute für das Jahr 1959 festgelegt werden sollen, das alles zu erfüllen, was wir wünschen. Aber wir müssen ausdrücklich darauf aufmerksam machen: Es wird auf die Dauer nicht möglich sein, nur immer alles zu kritisieren, was nicht gemacht worden ist, ohne dabei auch zu erwähnen, was an Positivem gerade im vergangenen Jahr geleistet wurde. (*Abg. R. Graf: Wie überall! — Abg. Weikhart: Herr Weiß sieht nur schwarz!*) Sie werden uns wahrscheinlich viel erzählen können, was geleistet wurde. — Nein, wir verstehen uns schon, der Abgeordnete Weiß und ich. Er weiß schon, was ich will, genauso wie ich gewußt habe, was er will, als er zum Rednerpult gegangen ist.

Meine Damen und Herren! Es ist eine Reihe von Problemen, die uns — jetzt ernstlich gesprochen — immer wieder beschäftigen. Man hat uns bei den Verhandlungen über das Budget schon mitgeteilt, daß keine Mittel vorhanden sind, um die Wünsche des Personals erfüllen zu können. Ich möchte jetzt kurz nur die Sache schildern, wie sie sich abgespielt hat, weil ich damit gleichzeitig auch dem Herrn Abgeordneten Koplenig eine Antwort auf die Bemerkung geben möchte, wo er meinen Namen zitiert und behauptet hat, daß wir das Personal nicht unterrichtet und daß wir etwas geheimgehalten hätten. Nein, Kollege Koplenig, so ist das nicht! Ich werde Ihnen jetzt sagen, wie es in Wirklichkeit steht.

Die Gewerkschaft der Eisenbahner hat zusammen mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Jänner 1955 eine große Dienstrechtsenquete abgehalten. Aber bei dieser Dienstrechtsenquete waren nicht vielleicht nur die sozialistischen Gewerkschaftsvertreter anwesend, sondern es sind die Vertreter aller Fraktionen dabeigewesen; bei dieser Konferenz waren außer den Gewerkschaftsvertretern auch noch die obersten Vertreter des Finanzministeriums und des Bundeskanzleramtes anwesend in der Person von einigen Sektionschefs und Ministerialräten. Also ein Forum, von dem man wohl sagen kann, daß es doch eine Beachtung finden mußte, wenn vor diesem Forum Fragen des Personals behandelt werden. Und damals wurde ein Programm aufgestellt, in dem wir zuerst ein neues Gehaltsgesetz und eine neue Besoldungsordnung verlangt haben. Wir haben als zweiten Punkt eine Verbesserung der Sonderzulagen gefordert. Im Jänner 1955 haben wir diese Forderung gestellt. Wir haben weiter eine Änderung und eine Regulierung der noch offenen Frage der Nebenbezüge verlangt, und schließlich eine Kürzung der Arbeitszeit. Das war das Programm, das wir im Verhandlungsausschuß im Beisein der Vertreter des Bundeskanzleramtes und des Finanzministeriums in ausführlicher, mehrtägiger Diskussion durchgearbeitet haben.

Die Besoldungsordnung und das Gehaltsgesetz ist nach schwierigen und sehr oft dramatischen Verhandlungen der Erfüllung zugeführt worden, allerdings zuerst nur mit 85 Prozent der Neuberechneten Bezüge mit 1. Februar 1956. Erst nach weiteren schweren Auseinandersetzungen konnten wir die hundertprozentige Erfüllung des Gehaltsgesetzes und der Besoldungsordnung mit 1. Jänner 1957 durchsetzen. Und jetzt sage ich als Gewerkschafter ganz offen und ehrlich: Wir haben damals zu prüfen gehabt, wir sind vor eine Alternative gestellt worden: Was

ist wichtiger: das Gehaltsgesetz und die Besoldungsordnung oder die Erhöhung der Sonderzulagen oder die Nebenbezüge und so weiter? Wir sind einmütig zu der Auffassung gekommen, also nicht etwa nur die Sozialisten, sondern alle Gewerkschaftsvertreter sind einmütig zu der Ansicht gekommen, daß in erster Linie das Gesetz über die Gehaltsfrage und die Besoldungsordnung durchgesetzt werden muß. Das war auch der Grund, warum wir seinerzeit auf die Erhöhung der Sonderzulagen nicht so sehr gedrängt haben und nicht drängen konnten, weil wir in erster Linie interessiert waren, das Gehaltsgesetz und die Besoldungsordnung durchzusetzen.

Nun ist wieder eine Zeit ins Land gegangen, aber auf unsere Anträge in dieser Enquete hat sich nichts gerührt. Wir haben daher neuerlich, und zwar heuer im Frühjahr, an die Bundesregierung das Ersuchen gestellt, nun doch endlich wegen der Erhöhung der Sonderzulagen die Verhandlungen aufzunehmen. Wir waren der Meinung, nun wäre es Zeit, daß man über diese Probleme spricht, umsomehr als wir schließlich einiges erdulden und einiges auf uns nehmen mußten im Zusammenhang mit der Rationalisierung und der Reorganisation des Betriebes. Wir waren der Meinung, daß es nun Zeit wäre, daß man darüber verhandelt. Man hat es wochenlang nicht der Mühe wert gefunden, uns überhaupt eine Antwort zu geben. Warum haben wir denn schon im Mai das verlangt? Um vorzusorgen, daß im Budget für diesen Bezug, für die Erhöhung der Sonderzulagen irgendwelche Vorkehrungen getroffen werden. Das hat man nicht getan, und wir mußten erst mit einer sehr scharfen Resolution auf den Plan treten, damit man überhaupt die Verhandlungen fortgesetzt hat und es nicht zum Abbruch der Verhandlungen gekommen ist.

Es ist hier in der Auseinandersetzung davon gesprochen worden, daß man diese Fragen immer mit der Politik verknüpft. Ich bin nicht interessiert daran, eine solche Verquickung herbeizuführen. Aber wenn wir dreimal an das Bundeskanzleramt schreiben und keinmal eine Antwort darauf bekommen, dann muß ich mich fragen: Was sind da für Absichten dahinter?

Und dann ist es uns ja ganz klar gesagt worden: „Nix kriegt's, wir hab'n ka Geld, und wenn ihr das nicht zur Kenntnis nehmt's, dann setzt's euch her als Gewerkschafter und übernehmt's die Regierung!“ Ja, ist das unpolitisch, was uns da gesagt worden ist? Ich glaube, deutlicher hat man nicht aufzeigen können, wie man eine rein gewerkschaftliche Frage, die sich nicht nur auf Zehntausende bei der Eisenbahn, sondern

auf Hunderttausende im öffentlichen Dienst bezieht, behandeln will, daß man einfach sagt: Es ist nichts da, ihr habt keinen Anspruch darauf, und wenn ihr das fordert, gehe ich hinaus und werde der Öffentlichkeit sagen, daß die öffentlich Bediensteten es sind, die die Stabilität und den Schilling gefährden.

Ja, um Himmels willen, ich muß schon sagen: Ein bißchen was bin ich schon gewöhnt, ich kenne den Herrn Bundeskanzler ja auch schon einige Jahre und habe manchen Strauß mit ihm ausgefochten. Aber ich habe es im Verhandlungsausschuß ausgesprochen: Ich habe es tief bedauert, daß man vom Volk gewählte Nationalräte bei der Auseinandersetzung im Bundeskanzleramt in einer Art und Weise behandelt, wie es sich niemand auch von Ihnen, meine Herren, hätte gefallen lassen können.

Und jetzt steht man auf dem Standpunkt: Wenn wir auf der Forderung beharren, dann wird der Schilling gefährdet. Es ist heute schon erwähnt worden: 2,5 Milliarden Steuerrückstände sind ausständig. Na, mein Gott, so treibt man wenigstens 500 Millionen ein, und der 14. Monatsbezug für die öffentlich Angestellten ist erfüllt. (*Abg. Dengler: Die Hälfte!*) Dort ist es keine Gefahr, daß der Schilling gefährdet wird? Wenn wir aber den halben Monatsbezug für das nächste Jahr fordern, dann ist es auf einmal eine Gefährdung der Stabilität und eine Gefährdung des Schillings?

Ich möchte hier in aller Deutlichkeit sagen: Es sind gerade die Gewerkschaften gewesen, die dafür gesorgt haben, daß sich die Wirtschaft in Österreich ruhig entwickeln konnte. Schauen Sie sich um, wie es in anderen Ländern aussieht, wo alle 14 Tage ein Streik stattfindet. Wir haben das als Gewerkschafter verhindert, nicht mit Gewalt, sondern mit der Überzeugung unserer Mitglieder, die nicht mehr so dumm sind wie vielleicht vor 40, 50 Jahren. Heute haben die Menschen schon selber auch ein Urteilsvermögen.

Bei den Verhandlungen ist uns gesagt worden: Na ja, wenn ihr Einsparungen bringt, dann kann man darüber reden. Was eingespart wird, kann man den öffentlich Angestellten dann als Teil des 14. Monatsbezuges oder als Verbesserung der Sonderzulage geben. Ja, was will man denn von uns noch alles? Wir haben ohne die Herren im Bundeskanzleramt an Rationalisierungen auf den Österreichischen Bundesbahnen schon genügend mitgemacht, und wir haben uns nicht dagegen verschlossen, weil wir ja nicht dumm sind, sondern weil wir wissen, daß wir den technischen Fortschritt nicht aufhalten können,

obwohl wir wissen, daß die Elektrifizierung allein uns hunderte überzählige Bedienstete gebracht hat, weil doch der ganze Heizhausdienst wegfällt. Aber wer kann das aufhalten, die Elektrifizierung, die Modernisierung? Wenn wir das nicht wollten, dann müßten wir halt wieder mit dem Landauer fahren, wenn wir wohin fahren wollen, statt mit der elektrisch betriebenen Eisenbahn. Das wäre ja auch nicht gerade das Angenehmste.

Wir haben im Zuge der Reorganisationsmaßnahmen das oft kritisierte System der Bahnhofssperre, der Perronsperre aufgehoben. Das war ein ständiger Zankapfel. Wenn die Menschen angekommen sind mit den Zügen, sind sie zu der Sperre gekommen, und jetzt hat einer die Fahrkarte nicht gefunden, hat seine Koffer niedergestellt, hat in allen Taschen herumgesucht, bis er eine Karte gefunden hat. Und hinter ihm sind die Menschen gestanden und haben geschimpft. Nicht deswegen haben sie geschimpft, weil sie stehen haben müssen, weil der eine die Karte nicht gefunden hat, sondern sie haben geschimpft, weil die Eisenbahner dortstehen! Warum steht der denn da? Ob er den Pappendeckel, die Fahrkarte hat oder nicht! — Aber wir haben dem Wunsch des reisenden Publikums Rechnung getragen. (*Abg. Haunschmidt: Das hat sehr lange gebraucht!*) Bitte? (*Abg. Haunschmidt: Das hat sehr lange gebraucht!*) Heute haben Sie das in anderen Ländern noch (*Abg. Suchanek: Es ist in Deutschland jetzt noch!* — *Abg. Weikhart: In vielen Ländern noch!*), nur in Österreich haben wir es aufgehoben, weil wir so viel Einsehen gehabt haben, weil wir ein Land des Fremdenverkehrs sind und alles mögliche tun, um dem reisenden Publikum das Reisen etwas bequemer und angenehmer zu machen. (*Abg. Rödhammer: Das hat doch nicht die Gewerkschaft gemacht!*) Schauen Sie, Herr, das verstehen Sie doch nicht. (*Abg. Weikhart: Das ist für den Herrn Lehrer zu schwer!*) Sind Sie ein Gewerkschafter? (*Abg. Uhlir: Der Obergescheite!*) Wahrscheinlich nicht. (*Abg. Rödhammer: Ich bin Gewerkschafter!*) Sie sind vielleicht ein Mitglied in einer Gewerkschaft. (*Abg. Rödhammer: Ich bin Gewerkschaftsfunktionär!*) So, ein Funktionär sind Sie sogar! Dann wundert es mich, daß Sie so etwas reden, wenn Sie das nicht kennen und die Verhältnisse nicht unterscheiden können. (*Abg. Dengler: Du bist ja kein Schulmeister, daß du ihn belehren kannst!*)

Freilich hat es die Verwaltung angeordnet, selbstverständlich. Wir sind als Gewerkschafter nicht dazu da, solche Anordnungen zu treffen. Aber wir haben das Recht, als Gewerk-

schafter zu prüfen, ob diese Maßnahme unbedingt notwendig ist, wenn es darum geht, einige hundert Bedienstete brotlos oder existenzlos zu machen. Um das geht es, sehr geehrter Kollege Gewerkschafter! (*Heiterkeit und Beifall bei den Sozialisten. — Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dengler.*) Nein, Sie können beruhigt sein, ich rede nicht, um Applaus zu bekommen, ich kann so viel Applaus haben, als ich will. Aber bei Ihnen lege ich nicht einmal Wert darauf. Aber wir haben schon ganz andere ... (*Abg. Dengler: Sei doch nicht so wehleidig!*) Geh, Dengler, red' du nicht von wehleidig!

Aber wir haben schon ganz andere Maßnahmen einstecken müssen. Ich weiß nicht, wie vielen Herren von Ihrer Seite bekannt ist, daß wir heute Güterzüge führen mit 120 Achsen ohne Zugbegleiter. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, warum das der Fall ist. Wir haben früher bei jedem Güterzug mit ein paar hundert Tonnen fünf, sechs Zugbegleiter haben müssen. Seit zwei Jahren haben wir eine technische Einrichtung: die Züge werden durchgehend automatisch gebremst, und die Zugbegleiter sind überflüssig geworden. (*Abg. Bandion: Das haben Sie aber in anderen Ländern auch!*) Schauen Sie, Herr, das wissen wir ja eh. Aber wir reden doch über das Budget von Österreich und nicht über das von China oder von Indien. Wir müssen über das reden, was sich bei uns in Österreich ereignet. (*Abg. Bandion: Wir wissen, daß es schon lange automatische Bremsen gibt!*) Mir als Eisenbahner wollen Sie das erzählen? (*Neuerlicher Zwischenruf bei der ÖVP.*) Weil Sie es nicht wissen, sage ich es Ihnen. (*Abg. Dengler: Sei froh, daß du es weißt!*) Ich muß es ja wissen, Dengler, denn wenn ich es nicht weiß, kann ich dich doch auch nicht aufklären. (*Heiterkeit.*) Ich muß es also wissen.

Warum sage ich denn das? Ich sage es nur deswegen, damit man in aller Öffentlichkeit einmal Gelegenheit hat, darüber zu reden, daß die Forderungen der Eisenbahner und der öffentlich Angestellten nicht unberechtigt sind. Und wenn man in der Zeitung schreibt: Es ist unverständlich von den öffentlich Angestellten, daß sie solche Forderungen stellen, die in die Milliarden gehen, dann muß ich sagen: Das sind Menschen, die schreiben eine Zeitung und schreiben so etwas seelenruhig hinein, ohne zu wissen, ob es wahr ist. Wenn es nur draußen Unruhe hervorruft, das genügt den Herrschaften vollständig.

In Wirklichkeit ist es doch ganz anders. Wir haben gar nicht von Milliarden gesprochen, sondern wir wurden bei den Ver-

handlungen vom Herrn Bundeskanzler und vom Herrn Finanzminister aufgefordert, wir sollen ihm Bedeckungsvorschläge machen. Natürlich, wenn wir Forderungen stellen, so kann ich es als Abgeordneter verstehen, daß ich mir auch Sorge machen muß über die Bedeckung, und so haben wir von der Bahn und von der Post Bedeckungsvorschläge gemacht. (*Abg. Haunschmidt: Tarifierhöhungen!*) Aber nicht die Roten allein haben das gemacht, sondern die gesamte Gewerkschaft, gemeinsam haben wir es gemacht.

Und jetzt werden wir auch über die Tarife reden, denn von uns ist die Tarifrfrage nicht ausgegangen, sondern wir haben uns nur auf die Aussendung der Bundeswirtschaftskammer berufen, die geschrieben hat, daß eine Regulierung der Tarife eine unbedingte und unvermeidliche Notwendigkeit wird. (*Abg. Glaser: Zum Abbau des Defizits!*) Jetzt haben wir uns gesagt: Wenn einmal die Bundeswirtschaftskammer selber das anerkennt — und die Bundeswirtschaftskammer anerkennt es —, dann kann ich doch nicht sagen ... (*Abg. Rödhammer: Wer redet denn dauernd von Tarifierhöhungen? Doch nicht wir!*) Bei Ihnen ist es schwer, überhaupt etwas zu reden, denn was wir sagen, wird Ihnen nie passen, und wenn wir noch so offen und ehrlich unsere Meinung sagen, werden Sie bestimmt behaupten, wir tragen Politik hinein. Darum lasse ich mich nicht in solche Dispute ein. Ich sage, was wirklich wahr ist, und das kann ich jederzeit bestätigen. (*Abg. Glaser: Freund, was „wirklich wahr“ ist: Wer hat vor der Bundeswirtschaftskammer von Tarifierhöhungen gesprochen?*) Das weiß ich nicht. (*Abg. Kostroun: Die Bundeswirtschaftskammer hat Tarifierhöhungen für angemessen erklärt!*) Ich weiß nur, daß ihr mit uns konform geht bei den Forderungen und daß ihr genauso hinausgeschmissen worden seid beim Bundeskanzler wie wir. (*Abg. Glaser: Ich habe gefragt, wer vorher davon gesprochen hat!*) Die Bundeswirtschaftskammer! Dann erst sind wir mit den Verhandlungen und zu den Vorschlägen gekommen. (*Abg. Glaser: Frag den Minister, der wird euch aufklären!*) Kollege Glaser, wenn du es nicht weißt, dann frage deinen Freund Holzfeind; der wird dir das bestätigen. (*Abg. Glaser: Du hast erklärt, du sagst nur die Wahrheit, und jetzt hast du etwas vergessen!*) Nein, ich vergesse nichts, todsicher nicht.

Ich möchte daher sagen: Man möge in der Öffentlichkeit die Sache verunglimpfen wie immer: Die Forderung nach dem 14. Monatsbezug bei den öffentlich Angestellten wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden! (*Abg. Haunschmidt: Was ist mit den*

Pensionisten, mit den Rentnern?) Die werden ihn auch bekommen, weil wir auch Pensionisten haben, für die wir zu sorgen haben. Wir wissen das ganz genau, und wir wissen auch, daß die Möglichkeit besteht, wenn man nur schaut, daß die Gelder hereinkommen, die unnötig draußen sind. (*Abg. Haunschmidt: Das ist kein Geschenk, das wird realisiert!*)

Nun möchte ich noch eine Frage behandeln, die der Herr Abgeordnete Weiß angeführt hat. Er ist leider schon weggegangen. (*Abg. Dr. Schwer: Er kommt wieder!*) Kommt er wieder? So lange werd' ich nicht warten können, denn ich glaube, er wird erst später kommen. (*Präsident Dr. Gorbach: Morgen!*) Er hat die Dienstbeschreibung angeführt. Über die Dienstbeschreibung werden wir uns wohl noch auseinandersetzen. Man hat gesagt, die Dienstbeschreibungen werden politisch durchgeführt. Bei uns nicht. Wir lehnen die Dienstbeschreibung deswegen ab, damit man kein politisches Spiel damit treiben kann. Auf dem Gewerkschaftstag 1946 haben wir uns sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt, und die Dienstbeschreibung wurde dort mit erdrückender Mehrheit abgelehnt. Wollen Sie sagen, daß ein Diktat vorhanden ist, wenn ein Gewerkschaftstag als oberste Instanz eine solche Entscheidung trifft? Wir haben auch nichts gegen Dienstbeschreibungen, wenn wir das Gefühl haben, daß die Dienstbeschreibungen objektiv durchgeführt werden. Aber nicht so, wie es schon einmal war. Ein altes Sprichwort sagt: Ein gebranntes Kind fürchtet das Feuer! Und wir haben an Dienstbeschreibungen traurige Dinge genug mitgemacht in den dreißiger Jahren bis 1938, sodaß wir von der Zeit bis daher genug haben von den Dienstbeschreibungen! (*Abg. Glaser: Das wissen wir alle schon zu gut! — Abg. Suchanek: Das hat ja der Kollege Weiß zugeben müssen!*) Wir wissen, daß man nicht objektiv damit vorgeht. (*Abg. Franz Mayr: Jetzt ist es umgekehrt! — Abg. Pölzer: Wer schmeißt denn wen raus?*) Jetzt verlangt ihr sie nicht, wir auch nicht. Geschieht schon nichts, brauchst keine Angst zu haben. Die Leute, die mit Dienstbeschreibungen nichts zu tun haben, können leicht darüber reden, aber man muß mit denen reden, die betroffen sind davon, wenn man zu einem Urteil kommen will.

Noch ein Problem wurde angeschnitten, das ich nicht unbesprochen lassen möchte, es war das die Frage der Schnellbahn und der Gelder der Gemeinde Wien. Der Herr Abgeordnete Weiß hat gemeint, wenn man die Hälfte von dem Geld für die Elektrifizierung am Neumarkter Sattel verwendet

hätte, wäre noch immer etwas übriggeblieben für den 14. Monatsbezug. Aber der Herr Abgeordnete Weiß vergißt nur, daß das Geld zum Ausbau der Schnellbahn nicht vom Bund gegeben wurde, sondern daß die Gemeinde den Millionenbetrag beigestellt hat! Aber nicht aus Liebe zu der Eisenbahn, kann ich Ihnen auch sagen, sondern weil die Gemeinde Wien genauso interessiert ist wie wir alle zusammen, daß wir halbwegs mit dem Verkehrschaos in Wien auf gleich kommen. Und wir sind überzeugt: Wenn im Zusammenhang mit der Wiener Straßenbahn und der Stadtbahn die Schnellbahn ausgebaut werden wird, daß das eine bedeutende Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in unserer Heimatstadt Wien bringen wird. Dabei werden wahrscheinlich die Verkehrsteilnehmer gar nicht so sehr daran interessiert sein, ob das Geld vom Bund oder von der Gemeinde gegeben wurde, aber wir wollen nur nicht den Glauben aufkommen lassen, daß das der Bund gegeben hat. Das ist ein Kredit, den die Gemeinde Wien gegeben hat, und wir sind als Wiener der Gemeinde Wien dafür dankbar, weil wir mit dem Bau der Schnellbahn jedenfalls einen Schritt weiter auf dem Weg zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse kommen.

Ich möchte daher zum Schlusse sagen: Wir haben keine Ursache, politisch etwas zu sagen. Man hat von der Wahl gesprochen, und mein Freund Glaser von der Post hat schon im Budgetausschuß gesagt: Unser Wahlergebnis grenzt schon an die Wahlergebnisse im Osten. (*Abg. Glaser: Stimmt das nicht? 10 Prozent ist noch Unterschied!*) Vielleicht werden wir bei der nächsten Wahl um weitere 10 Prozent mehr haben, und ihr werdet den letzten Rest bei der nächsten Wahl auch noch verlieren. (*Abg. Weikhardt zur ÖVP: Er kann nichts dafür, daß ihr nichts seid!*) Ich habe damals dem Kollegen Glaser gesagt und sage es jetzt wieder: Wir arbeiten ... (*Abg. Grete Rehor: Das sind wirklich tolerante Äußerungen!*) Nicht böse sein, aber einer Frau will ich nicht grob antworten. Wenn das ein Mann gesagt hätte, hätte ich ihm eine entsprechende Antwort gegeben. (*Abg. Grete Rehor: Sie brauchen sich nicht zu beherrschen!*) Wir sind tolerant genug (*Widerspruch bei der ÖVP*), wir sind so tolerant, daß wir in der Gewerkschaft trotz der verschwindenden Minderheit der christlichen Eisenbahner trotzdem gemeinsam mit ihnen zusammenarbeiten. (*Abg. Grete Rehor: Was heißt „trotzdem“?*) Alles machen wir, aber ich habe schon einmal gesagt (*Abg. Grete Rehor: Haben wir einen Gewerkschaftsbund oder haben wir keinen?*), Mitglieder können wir euch nicht bringen, die müßt ihr euch

selber werben. Aber wir haben das größere Vertrauen bei den Leuten. Freilich sind wir im Gewerkschaftsbund, natürlich, und wir sind auch stets dafür eingetreten. (*Abg. Grete Rehor: Da ist der eine so bedeutungsvoll wie der andere, die Minderheit ebenso wie die Mehrheit!*) Das ist sehr schön gesprochen, aber hören Sie einmal Ihre Parteifreunde in der Gewerkschaft an, was sie draußen in den Versammlungen über uns reden. Sie würden wahrscheinlich bald zu der Erkenntnis kommen, daß es nicht unsere Schuld ist, sondern daß die Unzufriedenheit, die gefördert wird, von Ihnen ausgeht. (*Abg. Grete Rehor: Von einem Gewerkschafter sind solche Worte unangebracht!*) Wir können nichts dafür. Wir können euch keine Mitglieder bringen, die müßt ihr euch selber werben, ihr müßt euch das Vertrauen der Leute erwerben, wie wir es uns durch unsere aufrichtige Arbeit in der Gewerkschaft erworben haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Gorbach: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Nedwal. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Nedwal: Hohes Haus! Es ist schade, daß nur so wenige Mitglieder dieses Hohen Hauses des Vergnügens teilhaftig werden konnten, einem Duell unter Gewerkschaftlern beiwohnen zu dürfen. Es freut mich, daß gerade die Spitzenfunktionäre des Gewerkschaftsbundes heute eine so feine, ich möchte sagen, eine Kavaliersklinge geführt haben. (*Abg. Rosa Jochmann: Wieso denn?*) Ich bin von dieser Gefechtsart angenehm überrascht. (*Abg. Freund: Da haben Sie wieder einiges mehr an Erfahrungen gesammelt, nicht?*) Für mich sind diese Erfahrungen nicht notwendig, ich kann Ihnen versichern, Herr Kollege Freund, ich gehöre einer Berufsgruppe an, in der es auch eine Gewerkschaftsbewegung gibt, nur in einem anderen Sinne, und wo die Solidarität — ohne Solidaritätsversicherung! — groß, und zwar zweimal groß, geschrieben ist, nämlich den Bauernbund. (*Abg. Rosa Jochmann: Bei uns auch!*)

Meine sehr Verehrten! Ich möchte nicht bezichtigt werden, daß ich jedes Jahr beim Kapitel Verkehr ein Klagelied anstimme. Aber gestatten Sie, daß ich trotz des Umstandes, daß ich gezwungen bin, heute vor leeren Sesseln zu sprechen, das Wort ergreife. Ich habe gestern beim Kapitel Landwirtschaft eben mit Rücksicht auf diesen Umstand auf das Wort verzichtet, in der Hoffnung, daß es heute beim Kapitel Verkehr anders sein wird, und ich muß jetzt feststellen, daß die Situation heute noch weit ungünstiger ist als gestern. (*Abg. Freund: Ärger als beim Bauernbund!*) Ich weiß nicht, was die Wähler dazu

sagen würden, wenn sie sich vom großen Interesse ihrer gewählten Vertreter bei den Budgetberatungen durch eigenen Augenschein überzeugen könnten. (*Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ.*) Ich mache keine Ausnahme, ich habe hier keine Partei genannt, ich stelle das allgemein fest. (*Zwischenrufe.*)

Worüber ich heute sprechen möchte und was mich besonders veranlaßt hat, auf meiner Wortmeldung zu bestehen, ist eine Ungerechtigkeit. Ich möchte hier an das Hohe Haus appellieren, damit es vielleicht doch möglich wird, diese Ungerechtigkeit in der allernächsten Zeit aus der Welt zu schaffen. Diese Ungerechtigkeit besteht in der sogenannten Verkehrssteuer.

Wir im südlichen Burgenland und insbesondere die drei südlichsten Bezirke des Burgenlandes, Güssing, Oberwart und Jennersdorf, haben keinen Radius. Wir können mit unseren Autobussen und Autos nur in zwei Richtungen fahren. Und es ist ja bekannt, daß gerade der Bezirk Güssing keine Eisenbahn hat und sich daher der gesamte Güterverkehr auf der Straße abwickelt.

Jetzt können Sie sich vorstellen: Wenn ein Autobesitzer von Güssing in Richtung Graz wegfährt, muß er, bevor er noch die Peripherie von Graz erreicht, schon die berühmten 35 S pro Tonne an Verkehrssteuer entrichten, und umgekehrt. Wenn ein Autobesitzer, sagen wir, in Wiener Neustadt mit derselben Fracht ausfährt, so hat er die Möglichkeit, in vier Richtungen ohne Verkehrssteuer die Fracht durchführen zu können, was bei uns nicht der Fall ist. Dazu kommt noch, daß auch der Treibstoff in gewisse Zonen eingeteilt ist und die Treibstoffpreise zonenmäßig gestaffelt sind.

Wie sich das auf die Gesamtwirtschaft auswirkt, damit möchte ich Sie heute nicht aufhalten. Ich könnte hier mit Ziffern aufwarten, mit denen ich es erhärten könnte, daß dadurch dem Bezirk alljährlich ein in die Millionen gehender Schaden zugefügt wird.

Ich möchte nur eine Angelegenheit hier herausgreifen, das ist die heurige Obsternte. Die Agrarstruktur, die Besitzverhältnisse im Bezirk sind äußerst ungünstig. Unsere Klein- und Kleinstbetriebe haben sich hauptsächlich auf die Viehzucht und auf den Obstbau spezialisiert und spezialisieren müssen. Sie sind aber nicht in der Lage, ihr Obst um einen halbwegs entsprechenden Preis an den Mann zu bringen, weil ja die Fracht von dort bis in die verschiedenen Verkehrszentren so hoch ist, daß für die Erzeuger fast nichts übrigbleibt. (*Abg. E. Fischer: Aber leider interessiert sich Ihre eigene Partei nicht dafür! Zwölf Abgeordnete Ihrer Partei sind da!*) Perzentuell schneidet Ihre Partei, Herr Kollege Fischer, besser ab. Denn

mehr als 50 Prozent Ihrer Abgeordneten sind anwesend. (*Abg. E. Fischer: Ihre Leute müßten sich doch interessieren dafür, wenn Sie reden!*) Ich rede nicht für meine Partei, denn meiner Partei sind meine Schmerzen wohl bekannt. Außerdem gehört ja der zuständige Ressortminister auch nicht meiner Partei an. (*Ruf bei der SPÖ: Er hört aber zu!*)

Ich komme in diesem Zusammenhang wieder auf meinen alten Wunschzettel zurück, nämlich auf den Umstand, daß der Bezirk keine Eisenbahn hat. Wir hören hier von Millionen- und sogar von Milliardenprojekten. Wir haben heute gehört, daß die Wiener Schnellbahn Milliardenbeträge kosten wird. Wir haben auch gehört, daß das Defizit dieser zu bauenden Schnellbahn bereits irgendwie abgeschätzt ist und auch in die Millionen gehen wird. Da ist es natürlich sehr schwer, unserer Bevölkerung begreiflich zu machen, daß man eben aus Rentabilitätsgründen nicht daran denken kann, daß der Bezirk Güssing jemals einen Bahnanschluß erhalten wird.

Ich habe voriges Jahr hier von dieser Stelle aus erklärt, daß wir von der sogenannten Notstandserklärung so gut wie gar nichts haben, weil ja, wie uns die Erfahrung gelehrt hat, in den letzten Monaten verschiedene Bemühungen angestellt wurden und teilweise auch zum Erfolg geführt hätten in der Richtung, daß sich verschiedene Leute aus dem In- und Ausland für das Burgenland interessiert haben und geneigt gewesen wären, da und dort Industriebetriebe ins Leben zu rufen. Aber daran, daß keine Bahnverbindung vorhanden ist und auch keine Aussicht besteht, daß in absehbarer Zeit eine solche vorhanden sein wird, sind alle diese Bemühungen gescheitert.

Es ist hier in diesem Hause — ich glaube, es war beim Kapitel Soziale Verwaltung — mein Bezirk zitiert worden. Da ist hier gesagt worden, daß die Gemeinde Stegersbach, die zu meinem Bezirk gehört, soundso viele Arbeitslose hat. Das ist richtig und bedauerlich. Wir haben — und das habe ich wiederholt auch hier schon gesagt — eine sehr große Anzahl von Wanderarbeitern. Wir könnten und sollten diesen Leuten eine Arbeitsmöglichkeit in der Heimat oder zumindest in der Nähe der Heimat geben. Das könnte aber nur durch Gründung einer Industrie geschehen, und diese Gründung scheitert immer wieder an dieser Sachlage.

Nun möchte ich kurz nur noch ein paar Worte sagen: Der Herr Kollege Freund hat hier in diesem Hause vor einigen Jahren beim Kapitel Verkehr einmal davon gesprochen, daß die Eisenbahner, ich weiß nicht, wie viele hunderttausend unbezahlte Überstunden geleistet haben. Er hat damit unter Beweis gestellt, wie

tolerant, wie großzügig und wie entgegenkommend die Eisenbahner sind. Ich bin der letzte, der den Eisenbahnern irgendwie nahe treten will. Ich habe, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie viele meiner Kollegen hier in diesem Hause, die Gelegenheit und die Möglichkeit, die Tätigkeit der Eisenbahner praktisch zu studieren. Ich weiß, daß es auch bei der Eisenbahn kein Honiglecken ist. Aber ich verstehe in dem Zusammenhang eines nicht: Wenn es den Eisenbahnern wirklich so schlecht geht, wieso kommt es dann, daß Zehntausende von Bauernsöhnen — Bauernsöhne ist vielleicht etwas zuviel gesagt, man müßte sagen, Keuschlersöhne — das Bestreben haben — teilweise mit Erfolg, teilweise ohne Erfolg —, zur Eisenbahn zu kommen? (*Abg. Suchanek: Ohne sozialistisches Parteibuch!*) Sehr verehrte Damen und Herren! Darüber könnte man reden. Das möchte ich aber heute nicht. Ich kann Ihnen aber eines sagen, weil Sie mich jetzt herausgefordert haben; ich wollte es aber nicht. Ich glaube, ich habe, seitdem ich diesem Haus angehöre — und das ist jetzt schon fast zehn Jahre —, noch niemals hier von dieser Stelle aus irgendwie Demagogie oder Parteipolitik betrieben. (*Abg. Dipl.-Ing. Hartmann: Sehr richtig!*) Aber wenn Sie mich herausfordern, meine Herren, dann sage ich Ihnen eines: Wir stellen fest, daß all diese jungen Menschen, deren Großväter und Väter immer bürgerlich waren, sobald sie zur Bahn kommen, Sozialisten geworden sind. Warum? Weil sie bei der Bahn ohne sozialistisches Parteibuch einfach nicht existieren können. Ich danke, meine Herren! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Freund: Wollen Sie uns einen Fall beweisen? — Abg. Rosa Jochmann: Das sollen Sie nicht sagen! Das stimmt nicht! Schade!*)

Präsident Dr. Gorbach: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Holzfeind. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Holzfeind: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nach den großen Debatten, die heute über den größten Betrieb Österreichs, über die Bundesbahnen, geführt wurden, ist es wohl notwendig, auch dem zweitgrößten Betrieb Österreichs, der Post- und Telegraphenverwaltung, einmal unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Es unterliegt, meine Damen und Herren, wohl keinem Zweifel, daß Post, Telegraph und Telefon für das Gemeinschaftsleben der Menschen von ganz entscheidender Bedeutung sind. Nicht nur wirtschaftlich, auch kulturell sind die PTT-Betriebe — ich gebrauche hier einen internationalen Ausdruck — unentbehrliche Einrichtungen geworden, auch kulturell, denn es werden nicht nur Waren,

es wird nicht nur Geld befördert, es werden Gedanken, Meinungen, Wünsche und Anschauungen weitergeleitet. Die Arbeit der Post- und Telegraphenbediensteten rund um die Welt hat wahrlich internationale Wirkung, denn ihre Arbeit ist völkerverbindend. Die Zivilisation eines Volkes wird in der letzten Zeit schon nicht mehr nach dem Verbrauch von Seife, sondern vielmehr darnach beurteilt, wie viele Telephonapparate ein Volk benützt.

Die Post- und Telegraphenanstalt Österreichs stellt mit rund 2300 Dienststellen und rund 40.000 Bediensteten den zweitgrößten Betrieb Österreichs dar. Ich möchte mich, meine Damen und Herren, vor allem einmal mit den Leistungen der Post- und Telegraphenanstalt, mit den Leistungen des Personals der Post- und Telegraphenanstalt beschäftigen.

Ein kurzer Rückblick auf die Verhältnisse nach 1945: Alles ist damals in Schutt und Asche gelegen, und man hat monatelang, ich möchte fast sagen, jahrelang warten müssen, bis man auf dem normalen Markt etwas zu kaufen bekommen hat. Aber schon in den ersten Tagen des April 1945 hat die Post und, soweit nicht Kriegszerstörungen vorhanden gewesen sind, das Telephon funktioniert. Meine Damen und Herren! Diese Leistungen sind nicht nur im Aufbau nachzuweisen, sie sind im besonderen nachzuweisen in den letzten Jahren und sind glücklicherweise, möchte ich fast sagen, besonders im Post- und Telegraphendienst rein ziffernmäßig nachzuweisen.

Die Verkehrsleistungen sind seit 1952 in allen Sektoren innerhalb des Post- und Telegraphenbetriebes unerhört angestiegen. Erlauben Sie mir hier einige Ziffern: Die Verkehrsleistungen der Post von 1952 bis 1957 weisen in Prozenten folgende Steigerungen auf: Der Briefverkehr ist um 16,7 Prozent, der Drucksachenverkehr dagegen schon um 130 Prozent gestiegen, der Paketverkehr um 45 Prozent, der Zeitungsverkehr um 10 Prozent, der Geldverkehr, der Erlagscheinverkehr, um 61 Prozent, der Zahlungsanweisungsverkehr um 17 Prozent. Das ist der Inlandsverkehr. Vergleicht man den Auslandsverkehr, so ist der Briefverkehr um 136 Prozent, der Drucksachenverkehr um 219 Prozent, der Paketverkehr um 760 Prozent seit dem Jahre 1952 angestiegen. Dasselbe gilt für den Flugpostverkehr, wo der Briefverkehr um 170 Prozent gestiegen ist. Auch im Ausland ist der Paketverkehr bedeutend gestiegen, um rund 700 Prozent.

Entsprechend diesen Verkehrsleistungen sind natürlich auch die Einnahmen der Post- und Telegraphenanstalt gestiegen, und zwar

in allen Sektoren, zum Beispiel auf dem Postsektor allein um 37 Prozent, auf dem Telegramm- und Fernschreibsektor um 66 Prozent, auf dem Fernsprechsektor um 32 Prozent, auf dem Postautosektor um rund 40 Prozent. Insgesamt können wir bei den reinen Einnahmen von 1952 bis zum Jahre 1957 eine Vermehrung um 40,2 Prozent feststellen.

Und nun das Jahr 1958. Die ersten zehn Monate des Jahres 1958 bringen, verglichen mit den ersten zehn Monaten des Jahres 1957, bereits eine Mehreinnahme von 122 Millionen Schilling. (*Abg. Weinmayer: Alles ein Erfolg des Raab-Kamitz-Kurses!*) Geh, hör auf! (*Abg. Pölzer: In Österreich hat niemand anderer etwas gearbeitet?*) Die Postler haben das nicht erarbeitet?

Man kann also ruhig annehmen, daß die rein geldmäßigen Einnahmen vom Jahre 1952 bis zum Jahre 1958 um ungefähr 50 Prozent ansteigen werden.

Meine Damen und Herren! Während diese Einnahmen um rund — genau habe ich es gestern errechnet: 48 Prozent, der November und Dezember ist noch ausständig, es werden wahrscheinlich 50 Prozent werden — 50 Prozent seit 1952 gestiegen sind, ist der Personalstand — ich habe hier die genauen Zahlen — von 38.491 im Jahre 1952 auf 41.602, das ist sage und schreibe um 8 Prozent, erhöht worden. Und dabei muß man feststellen, daß die Post- und Telegraphenanstalt ein stark personalbedingter Verkehrsbetrieb ist. Aber diese Verhältnisse: auf der einen Seite ein rapid ansteigender Verkehr, auf der anderen Seite eine unwesentliche Personalvermehrung, führen zu personellen Zuständen, die auf die Dauer unhaltbar geworden sind, sie führen zu einer Belastung des Personals, die das erträgliche Ausmaß bereits überschritten hat und die dringend einer Änderung bedarf. Denn die Folgen sind: erhöhter Krankheitsanfall, vorzeitige Pensionierungen, ja sogar Todesfälle. Eine halbwegs geregelte Urlaubsabwicklung ist namentlich im Zustelldienst fast schon unmöglich. Aber auch der Staatsbetrieb hat doch die Verpflichtung, die sozialen Gesetze, die im Staat bestehen, für seine Bediensteten einzuhalten. Viele Bedienstete der Verwendungsgruppe E, D und C können überhaupt nicht in einem Zug auf Urlaub gehen, sie müssen die Urlaube oft nur tageweise abwickeln. Und deshalb verlangen wir — besonders die Gewerkschaften verlangen es —, daß bei der Urlaubsabwicklung zumindest die Hälfte des Urlaubs in einem Zug gegeben werden soll.

Es ist auch selbstverständlich, meine Damen und Herren, daß das Personal in dem Augenblick, wo eine klare Produktivitätssteigerung

von über 40 Prozent vorliegt, einen Anteil an dieser Produktivitätssteigerung verlangt. Die Gewerkschaft der Post- und Telegraphenbediensteten hatte gestern und vorgestern eine sehr, sehr, sehr lange Vorstandskonferenz gehabt und hat sich mit diesen Problemen sehr eingehend beschäftigt. Und der einstimmige Beschluß, der dort gefaßt wurde, war: wir treten nun neuerlich an die Bundesregierung heran, wir werden diese Verhältnisse, wenn sie nicht bekannt sind, klar und eindeutig aufzeigen. Wir verlangen nichts anderes, als daß diese Produktivitätssteigerung dem Personal in Form einer Leistungsprämie abgegolten werden soll.

Meine Damen und Herren! Das ist natürlich keine dauernde Lösung, das möchte ich klar und eindeutig festhalten. Ich muß sagen: Bei den ganzen Budgetverhandlungen wollte uns das Finanzministerium von den bestehenden Personalständen noch etwas abstreichen, und es ist unserem Herrn Bundesminister für Verkehr zu danken, daß es ihm gelungen ist, zumindest den Personalstand aufrechtzuerhalten, den wir bisher haben. Ich muß aber heute schon an das Bundesministerium für Finanzen appellieren, daß es die Möglichkeiten ausnützt, die das Bundesfinanzgesetz gibt, nämlich aus diesen Mehreinnahmen auch für eine Personalvermehrung Sorge zu tragen. Das ist aber nicht einmal so einfach. Wir haben zum Beispiel im Postdirektionsbezirk Innsbruck 65 Dienstposten unter dem Stand. Die Postdirektion Innsbruck kann gar keinen Antrag stellen, das Personal um die 65 Leute zu vermehren, weil sie diese 65 Leute nicht bekommt! Da muß ich also sagen, und ich muß besonders an das Bundeskanzleramt den Appell richten: Wir müssen uns zusammensetzen und darüber reden, wie es mit den Anfangsbezügen im öffentlichen Dienst steht, denn zu diesen Anfangsbezügen wird man auf die Dauer ein qualifiziertes und gutes Personal nicht bekommen.

Was aber jetzt die Forderung nach einer Leistungsprämie anlangt, so bitte ich alle Parteien des Hauses, bitte ich alle Abgeordneten des Hohen Hauses, die Post- und Telegraphenbediensteten in diesem ihrem gerechten Verlangen zu unterstützen. Ich bitte heute schon die Bundesregierung, den bescheidenen Wünschen des Post- und Telegraphenpersonals die Zustimmung nicht zu verweigern, sie bald zu geben, denn wer schnell gibt, gibt doppelt.

Und nun, meine Damen und Herren, obwohl wir also eine ständige, unerhörte Aufwärtsentwicklung, nicht nur verkehrsmäßig, sondern auch einnahmemäßig nachweisen können,

stehen wir immer vor der Tatsache, daß die Post- und Telegraphenanstalt mit einem Defizit abschließt.

Wir müssen uns jetzt die Frage stellen und tiefer schürfen: Wie kommt man denn eigentlich immer und immer wieder zur Defizitwirtschaft? Ich habe absichtlich und mit gutem Grund als Vergleichsbasis 1952 herangezogen, weil die heute geltenden Post- und Telegraphengebühren im Jahre 1951 beschlossen wurden und seit dem Jahre 1952 unverändert in Geltung stehen, was daher den besten Vergleich in den Einnahmen zuläßt. Meine Damen und Herren! In fast allen Ländern der Welt — leider ist das nicht nur bei uns der Fall, sondern in fast allen Ländern der Welt — werden die Postgebühren entweder von der Regierung oder vom Parlament beschlossen, vom Parlament festgesetzt; in Österreich bekanntlich nach der Bundesverfassung über Vorschlag der Bundesregierung mit Zustimmung des Hauptausschusses.

Und wenn man finanzwissenschaftliche Abhandlungen liest, so kommt immer und immer wieder dabei zum Ausdruck, daß öffentlich geführte Betriebe so geführt werden sollen, daß die Einnahmen die Selbstkosten decken sollen. Das ist immer auf dem Papier schön geschrieben. Wenn aber jetzt für diese Einnahmen nicht mehr betriebliche, betriebswirtschaftliche oder betriebswissenschaftliche Gründe entscheidend sind, sondern wenn diese — ich wiederhole: auf der ganzen Welt fast — von einem politischen Forum entschieden werden, so kann man den Betrieb für dieses Defizit bei Gott doch nicht verantwortlich machen. Im wesentlichen ist also die Betriebswissenschaft, die Finanzwissenschaft der Meinung, daß die Selbstkosten gedeckt werden sollen, daß kleinere Überschüsse oder kleinere Abgänge hiebei keine Rolle spielen. Aber zweifellos kann dieser Grundsatz nur eingehalten werden, wenn nicht nur für die Ausgaben, sondern auch für die Einnahmen betriebliche, betriebswissenschaftliche Grundsätze angewendet werden sollen.

Wenn man so die Postverhältnisse rund um die ganze Welt untersucht, so wird man feststellen, daß alle Postanstalten bis auf eine Ausnahme, die englische, Defizite haben. Besonders stark trifft das auf Amerika zu, wo bekanntlich die Post ein reiner Staatsbetrieb ist und das Telephon von Privaten betrieben wird. Diese Defizite schwanken dort zwischen 500 und 700 Millionen Dollar. Man stelle sich das vor, was das bedeutet, wenn wir einmal diesen Betrag, den die Amerikaner bei der Post allein als Defizit

haben, zur Verfügung hätten. 500 bis 700 Millionen Dollar macht das aus. Aber auch bei allen anderen Postverwaltungen der Welt werden wir feststellen können, daß die Post ein Defizit hat, auch zum Beispiel in der Schweiz, wo der Fernsprecher einen Überschuß von ungefähr 100 Millionen Franken hat, die Post einen Abgang von ungefähr 50 Millionen, sodaß immerhin noch 50 Millionen Überschuß an die Eidgenössische Kasse abgeliefert werden können.

In Amerika ist unter anderem die Hauptschuld an diesem Defizit, daß die Gebühren ganz genau auf der Höhe sind, die 1938 oder 1939, glaube ich, bestanden hat, zumindest vor dem Kriege, und daß bekanntlich doch der Dollar um 90 bis 100 Prozent an Kaufkraft verloren hat, während dort diese Einnahmen gleichgeblieben sind. Was sich aber Amerika leisten kann, sage ich, nämlich daß der Staat ständig durch Subventionstarife Leistungen verschenkt, das kann man auf die Dauer gesehen Österreich meiner Meinung nach nicht zubilligen. In Österreich ist die Situation so, daß es dort, wo ein Regal besteht, wo ein Vorbehalt besteht, also zum Beispiel bei Briefen oder beim Fernsprecher, wo relativ vernünftige Tarife vorhanden sind — beim Fernsprecher ist es genau das Fünffache des Jahres 1938 —, sogar nicht unbedeutende Überschüsse gibt. Anders verhält es sich aber bei uns bei jenen Tarifen für Leistungen, die nicht unter den Selbstvorbehalt, nicht unter das Regal fallen, für die, weil sie nicht unter das Regal fallen, keine Pflicht zur Leistung besteht.

Und nun haben Fachleute innerhalb meiner Organisation berechnet, daß die Postanstalt bei folgenden Dienstleistungen folgende Abgänge hat: Im Zeitungsverkehr jährlich 160 Millionen Schilling, im Verkehr für Massendrucksaachen 113 Millionen Schilling, im Paketverkehr 284 Millionen Schilling. Das bedeutet einen Abgang von jährlich 557 Millionen Schilling. In der Tat bedeuten diese Abgänge Subventionen an die Versender von Zeitungen, von Massendrucksaachen und von Paketen, und zwar Subventionen, die unsichtbar sind, weil sie ja direkt nirgends ausgewiesen werden.

Ich komme wieder auf das Problem zurück, über das auch Kollege Freund schon gesprochen hat. Da hat am Sitz der Bundesregierung ein hoher Funktionär gesagt: Fangen Sie sich doch keinen Krieg mit den Zeitungen an! Ich will mir bei Gott mit den Zeitungen keinen Krieg anfangen. Ich schätze und würdige die Bedeutung der Zeitungen, die Bedeutung der Propaganda in staatspolitischer und kultureller Beziehung.

In der Schweiz ist gerade dieses Problem der indirekten Subventionierungen der Zeitungen sogar einmal bei einem Referendum, nämlich einem Referendum, ob man erhöhte Postgebühren dafür verlangen soll oder nicht, öffentlich zur Diskussion gestellt worden, und die Öffentlichkeit und die ganze politische Öffentlichkeit hat sich auf den Standpunkt gestellt: Bei uns in einer Referendum-Demokratie, wo fast jeden Monat irgendwo in einem Kanton oder in der Eidgenossenschaft über irgend etwas abgestimmt wird, sind die Zeitungen zur politischen Aufklärung unbedingt notwendig, und daher soll man sie, weil sie staatspolitisch notwendig sind, unterstützen.

Ich muß sagen, es ist gar nichts gegen eine solche Auffassung einzuwenden. Zweifellos: Wenn man Zeitungen subventionieren will und wenn sich der Bund, der Staat entschließt, das zu tun, dann soll man es nicht indirekt tun, dann soll man es öffentlich ausweisen.

Ich bin dafür, daß kulturell und wissenschaftlich wertvolle Zeitschriften unterstützt, subventioniert werden sollen. Aber, meine Damen und Herren, wir subventionieren bei dieser Form, wie wir das jetzt machen, Krethi und Plethi! Wir subventionieren ja minderwertige Druckschriften, wir subventionieren minderwertige Romanzeitungen, wir subventionieren ja gleichzeitig damit auch Schmutz und Schund. Der Herr Abgeordnete Rödhammer hat vor einigen Tagen, ich glaube, beim Kapitel Unterricht, eine Statistik über 12 illustrierte Unterhaltungsblätter vorgelesen und hat dabei festgestellt — Sie können es im Protokoll nachlesen —, wie viele bedenkliche Artikel, bedenkliche Bilder, Inserate diese 12 illustrierten Zeitungen bringen, über wie viele Morde, Rohheitsakte, Ehebrüche, Skandale und so weiter sie in Wort und Bild berichten. Das wird alles bei der Form der Subvention indirekt mitsubventioniert. Subventionen — meinetwegen. Aber vor allem eines nicht: nicht dauernd auf Kosten des Postpersonals, nicht verhüllt, sondern öffentlich dort, wo sie notwendig sind, jedenfalls nicht auch indirekt für Schmutz und Schund.

Meine Damen und Herren! Was die Subventionspolitik beim Massendruck anbelangt, so haben wir hier ähnliche Zustände. Seit 1952 hat der Massendruck, also diese Postwurfsendungen und dergleichen, um nicht weniger als 130 Prozent zugenommen. Wir sehen darin eine einseitige Subvention für Großunternehmen, denn wenn man sich den Tarif anschaut, so wird man draufkommen: bei einer Aufgabe von mehr als hunderttausend Stücksendungen mit einem Gewicht von 20 Gramm kostet das von der Aufgabe

über die Beförderung bis zur Zustellung in den sechsten Stock oder ins kleinste Dorf hinein sage und schreibe 9 Groschen.

Nun muß man feststellen: Wer gibt denn in der Regel solche Massendrucksendungen auf, die über hunderttausend Stück ausmachen? Kein kleiner Geschäftsmann kann sich das erlauben, und natürlich Arbeiter und Angestellte schon gar nicht, weil das gar nicht in ihren Arbeitskreis fällt. In Wirklichkeit stellt das zweifellos eine Subventionierung der Großunternehmungen dar.

Was kommt dabei heraus? Die Postämter ersticken im Papier, der Briefträger wird zu einem Lastträger, und das Defizit der Postanstalt wächst ständig an, weil ja das praktisch gar nichts kostet.

Und nun zum dritten großen Defizitträger, zum Paketverkehr. Wir haben festgestellt, daß der Abgang bei dieser Dienstleistung 284 Millionen Schilling beträgt. Ich möchte Ihnen einen Vergleich bringen, was für einen Paket-tarif man bei uns hat und was man in anderen Staaten Europas zahlt. Bei uns wird für ein Fünfkilogramm-Paket im Inlandtarif je nach der Entfernung 2,30 bis 2,90 S bezahlt. In Belgien — in diesem Lande gibt es keinen Entfernungstarif, sondern nur einen Tarif für das ganze Land — zahlt man 11,50 S, in Deutschland 3,80 bis 6,90 S, in Frankreich 14,30 bis 26,90 S, in Großbritannien 11,90 S, in Italien 10,10 S und in der Schweiz 5,40 S.

Aber das ist noch nicht alles. Bei diesen niedrigsten Tarifen, die wir hier haben, wird, wenn eine Massenaufgabe erfolgt, je nach der Höhe, ob es jetzt 10.000 S oder 20.000, 30.000 bis 500.000 S sind, dem Massenaufgeber noch eine Refaktie, eine Rückvergütung bis zu 30 Prozent gewährt! Auch hier — darüber kommen wir doch nicht hinweg! — eine Subvention für die großen Versandhäuser, eine Subvention, die, auf die Dauer gesehen, wirtschaftlich ungesund ist.

Bei einer dieser Diskussionen wurde einmal ein Vergleich gebracht: Wenn ich am Westbahnhof ankomme und gebe einem Gepäcksträger einen Koffer, so muß ich 2 oder 3 S zahlen; bei der Post schickt man es aber nach Salzburg, und der Briefträger muß es in das letzte Dorf tragen und muß es noch in den siebenten Stock hinauftragen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß eine solche Subventionspolitik wirtschaftlich ungesund ist, daß sie abgebaut gehört.

Noch etwas wird subventioniert, was sich allerdings im Gesamtbudget nicht defizitär auswirkt, und zwar sind das die Leistungen, die die Post- und Telegraphenanstalt für einen

anderen Staatsbetrieb erbringen muß: für die Postsparkasse. Seit ich mit diesen Dingen zu tun habe — das ist seit dem Jahre 1919 —, ist der ewige Krieg zwischen der Postanstalt auf der einen Seite und dem Finanzministerium auf der anderen Seite über die Vergütungen, die das Postsparkassenamt an die Postanstalt zu leisten hat. Und ich muß sagen, mir ist vor kurzem ein neues Übereinkommen über die Bemessung dieser Vergütungen zugekommen. Bedenken Sie: Über 2000 Dienststellen mit ihren vielen Schaltern sind ja praktisch die Filiale des Postsparkassenamtes, und für diesen ganzen Geldverkehr, der dort beginnt und beim Postsparkassenamt endet, wird trotz der neuen Bestimmungen eine Vergütung von sage und schreibe 70 Millionen Schilling geleistet, in diesem Jahr soll sie 77 Millionen Schilling betragen. Es hat doch keinen Sinn, daß die Postsparkasse nur deswegen, damit sie ja kein Defizit aufweist, Leistungen von uns verlangt und sie nicht in der Form vergütet, wie sie unserer Auffassung nach vergütet gehören, sodaß die Postanstalt auch hier ein Defizitträger wird.

Meine Damen und Herren! Diese Subventionspolitik muß meiner Ansicht nach ein Ende finden. Denn wer muß diese Defizite decken? Innerhalb der Post ist es so, daß das Hauptdefizit, das durch diese drei großen Defizitträger, also die Zeitungssendungen, die Massendrucksaachen, Pakete und so weiter, herbeigeführt wird, in erster Linie von den zwei großen Zweigen des Postbetriebes, den Briefsendungen und dem Telephonverkehr getragen wird. Das heißt also, der Briefschreiber subventioniert denjenigen, der eine Massendrucksaache oder ein Paket aufgibt, ebenso wie derjenige, der telephoniert. Aber darüber hinaus leistet auch der Steuerzahler eine Subvention, selbst der kleinste Steuerzahler, der solche Subventionstarife gar nicht beanspruchen kann, und weiter im besonderen auch das Personal, das trotz dieser enormen Leistungen nicht in der Form entschädigt werden kann und entschädigt wird, wie es unserer Ansicht nach notwendig ist.

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren — ich muß es aufrichtig sagen —, habe ich es begrüßt, als im Oktober in einem sehr sachlichen Artikel von der Bundeswirtschaftskammer festgestellt wurde, daß sie — ich glaube, daß ich mich richtig erinnere — für eine gemäßigte Tarifierhöhung eintritt. Aber diese Meinung ist nicht nur bald verstummt, sondern man ist hinausgegangen und hat gesagt: Da habt ihr die bösen Leute, die wollen Tarife erhöhen, die wollen unser ganzes Wirtschaftsleben auf den Kopf stellen; die Inflation kommt, und dergleichen mehr. Das,

was wir wollten, ist, daß man sich zusammensetzt und über diese Vorschläge — ich habe sie Ihnen heute erläutert — sachlich verhandelt, und aus solchen gemeinsam erarbeiteten Vorschlägen — das wollen wir festhalten — soll man kein Politikum machen!

Deshalb möchte ich wirklich an Sie appellieren, meine Herren: Setzen wir uns zusammen, nur machen wir diesem Subventionswesen ein Ende im Interesse der Wirtschaft selbst, im Interesse der gesamten Öffentlichkeit, im Interesse eines gesunden Postbetriebes und schließlich im Interesse des gesamten österreichischen Volkes, dem die österreichische Postanstalt, dem das Personal der Postanstalt mit ganzem Herzen dient! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Gorbach: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Bandion. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Bandion**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich werde mich sehr kurz halten — die Zeit ist fortgeschritten — und daher einen Großteil der beabsichtigten Ausführungen zurückstellen.

Ganz kurz über den Geschäftsbericht der Österreichischen Bundesbahnen für das Jahr 1957: In ihm wird ein Defizit in der ordentlichen Gebarung mit 1656 Millionen Schilling angegeben. Seit der Stabilisierung unserer Währung erreichten die Betriebsabgänge für die Jahre 1953 bis 1957 insgesamt 6 Milliarden Schilling. Dazu kommt der Abgang in der außerordentlichen Gebarung, Investitionen für dieselben Jahre von insgesamt 2,7 Milliarden, zusammen also rund 9 Milliarden Schilling — ohne die Zahlen aus dem Jahr 1958. Dies bedeutet eine schwere Belastung unseres Budgets. Zweifellos halten die Betriebe der Österreichischen Bundesbahnen Vergleiche mit den anderen europäischen Bahnen aus. Aber trotzdem müssen wir uns fragen, wo die Gründe dieser von Jahr zu Jahr steigenden Defizite zu suchen sind.

Einer der Hauptgründe und eine der Hauptursachen ist zweifellos die hohe Anzahl der Pensionisten bei den Bundesbahnen. Die Österreichischen Bundesbahnen haben derzeit einen Stand von 79.500 Aktivbeamten. Diesen stehen aber rund 88.000 Pensionisten gegenüber. Wenn man bedenkt, daß es derzeit nur rund 63.000 pragmatisierte Bundesbeamte gibt, so kommen auf je 10 Aktivbeamte 14 Ruheständler. Vergleichen wir mit anderen Bundesverwaltungen, so finden wir, daß bei diesen auf 10 pragmatisierte Beamte durchschnittlich 6 Ruheständler kommen. Bei der Postverwaltung sind es $7\frac{1}{2}$. Die Schweizer Bundesbahnen haben auch 6 Pensionisten auf 10 Aktivbedienstete. Der Stand der

Pensionisten der Österreichischen Bundesbahnen Ende 1957 setzt sich aus folgenden Arten von Pensionisten zusammen: Altpensionisten bis zum Jahre 1923 8500, das sind 9 Prozent; Pensionisten aus der Zeit zwischen 1923 und 1938 34.000, das sind 39 Prozent; Reichsbahnpensionisten aus der Zeit von 1938 bis 1945 7000 oder 8 Prozent; Neupensionisten aus der Zeit von 1948 bis 1957 38.000 oder 44 Prozent.

Meine Damen und Herren! Allein im Jahre 1957 wurden 4000 Beamte der Bundesbahnen in den Ruhestand versetzt. Bei einem Stand von 62.000 aktiven Beamten kommen auf 100 aktive Beamte 62 nach dem Jahre 1945 pensionierte Bundesbahnbeamte. Wir haben in allen Zweigen nach 1945 eine Anzahl von Pensionierungen aus politischen Gründen zu verzeichnen, aber in keiner Verwaltung auch nur annähernd einen solchen Prozentsatz erreicht. Die Mehrzahl der politischen Pensionierungen wurde im Interesse einer gesunden Verwaltung fast überall im Laufe der Jahre bis 1949 oder 1950 zurückgenommen. Bei den Bundesbahnen aber sind die Pensionierungen bestehen geblieben.

Rund 22.000 Bundesbahnbeamte, die bis zum Jahre 1938 bereits zehn oder mehr Dienstjahre hatten und pragmatisiert waren, sind, obwohl sie durchaus kleine Bahnarbeiter, Bahnwerkmeister, Weichensteller, Facharbeiter in den Werkstätten waren, pensioniert worden und sind damit rücksichtslos mit einem sehr kleinen Einkommen auf die Straße gesetzt worden. Und sie alle hängen heute noch an ihrem Beruf, den sie erlernt haben und wo für die Ausbildung die Bahn viele Millionen Schilling ausgegeben hat; sie alle möchten gerne wieder zur Bundesbahn zurück.

Von den 22.000 aus politischen Gründen Pensionierten wurden im Laufe der Jahre einige tausend wieder eingestellt, aber rund 15.000 Beamte sind weiter im vorzeitigen Ruhestand verblieben. Diese 15.000 Beamten und Pensionisten hätten noch ohneweiters 15 bis 25 Jahre dienen können. Sie kosten der Bundesbahn jährlich rund 20 Millionen an Pensionen, ein Betrag, der höher ist, als im Jahre 1959 für die Elektrifizierung ausgegeben wird. Das sind Milliardenbeträge, die in den letzten zehn Jahren ungenutzt von den Bundesbahnen geleistet werden mußten und dabei noch zur Folge hatten, daß statt dieser gelernten Arbeitern, Angestellten und Beamten neue eingestellt und neue ausgebildet werden mußten.

Zahllose dieser Personen wollen noch immer eingestellt werden. Man könnte durch eine Einstellung solcher Pensionisten, die noch nicht so alt und noch arbeitsfähig sind,

viel Geld ersparen, und, meine Damen und Herren, daß das möglich ist, beweist ein Fall, den ich hier anführen will.

Ein Bundesbahnassistent wurde im Jahre 1945 pensioniert. Er war damals 45 Jahre alt. Es ist ihm jahrelang nicht gelungen, wieder eingestellt zu werden. Der Mann war nämlich politisch farbenblind. Er hat es auf allen Seiten versucht, nur nicht bei der Sozialistischen Partei. Im Jahre 1957, als er bereits 57 Jahre alt war, da hat er endlich die richtige Farbe gefunden, das rote Parteibüchel, und siehe da, er wurde wieder eingestellt. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Sie sehen also, daß die Bundesbahn auch mit 57jährigen Beamten arbeiten kann und daß diese vorzeitigen Pensionierungen ohne weiteres zu einem großen Teil wieder rückgängig gemacht werden könnten. *(Zwischenruf des Abg. Holzfeind.)* Aber die sind alle wieder eingestellt worden. *(Abg. Weikhart: Sie verwechseln das mit Ihrer eigenen Person!)* Ich bin ja auch eingestellt worden. Aber auch sonst ist es bei den Bundesbahnen üblich, meine Damen und Herren, arbeitsfähige Beamte lange vor der Erreichung des 60. oder 65. Lebensjahres in den Ruhestand zu versetzen, obwohl die meisten noch gerne arbeiten wollten. Aber das tut man deswegen, um wieder neue Kräfte einstellen zu können. Eine solche Personalpolitik belastet natürlich die Bundesbahnen finanziell sehr schwer.

Man hört immer wieder die Forderung, der Bund soll die Bundesbahnpensionisten übernehmen, dann wäre das jährliche Bundesbahndefizit stark entlastet. Bekanntlich kosten die Pensionisten 1,9 Milliarden Schilling. Ich bin der Ansicht, daß jedes verstaatlichte Unternehmen für seine Ruhebeamten nach dem Gesetz selbst zu sorgen hat. Aber wenn der Bund die Bundesbahnpensionisten übernehmen würde, dann, glaube ich, würden bei den Österreichischen Bundesbahnen jährlich nicht 3000 und 4000 Beamte pensioniert werden, sondern wahrscheinlich noch viel mehr, und wir würden schließlich in 10 oder 15 Jahren so weit sein, daß in Österreich jeder zweite ein Bundesbahnpensionist ist, und die Personalvertretung *(Abg. Eibegger: Sie verstehen davon nichts! — Abg. Weikhart: Das entschuldigen wir Ihnen nur, weil es schon 9 Uhr abend ist! — Abg. Eibegger: So ein Stumpfsinn, was Sie zusammenreden!)* der Bundesbahnen könnte neue Leute einstellen und neue Parteibüchel ausgeben. *(Erneute lebhaftes Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Meine Herren! Das ist ja das Ziel der Bundesbahnpersonalvertretung, immer wieder neue Leute aufzunehmen, die sie dann dazu zwingt,

sich das rote Parteibüchel anzueignen. *(Abg. Freund: So ein Unsinn! — Abg. Dr. Gorbach: Toleranz! — Abg. Weikhart: Das ist Toleranz? Na, ich danke schön! Das ist eine Dummheit!)* Meine Herren, das ist so.

Wenn man in den Ländern Westeuropas herumblickt, kann man feststellen, daß die Bahnen überall dort, wo sie nicht von einer staatlichen Verwaltung geführt werden, sondern einem eigenen selbständigen, für die Gebarung verantwortlichen Gremium überantwortet sind, eine aktive Gebarung haben. *(Abg. Suchanek: Schauen Sie in die Schweiz!)* Die Schweiz, die Niederlande, Schweden sind hochaktiv *(Abg. Freund: Kennen Sie das Defizit der Schweizer Bundesbahnen?)* — ja, ich kenne es ganz genau, per Schilling kenne ich es *(Abg. Weikhart: Da hört sich alles auf!)* —, wobei sie nicht nur eine ausgeglichene Betriebsrechnung haben, sondern auch jährlich die üblichen Wertabschreibungen vornehmen, darüber hinaus sämtliche Investitionen *(Abg. Weikhart: Sie kriegen zum Christkindl eine Eisenbahn! — Heiterkeit)*, also Erhaltungen, Ausbau, Erneuerungen von veralteten Anlagen, Neuanlagen und den gesamten Kapaldiens, also Verzinsungen und Tilgungen von getätigten Anleihen ohne staatliche Zuschüsse bestreiten. *(Abg. Eibegger: Herr Präsident Gorbach, schämen Sie sich nicht eines solchen Mitgliedes?)* Sie sind aber auch genauso wie alle Bahnen Europas mit den üblichen Soziallasten belastet. *(Abg. Weikhart: Da ist die Weiche schlecht gestellt! — Heiterkeit. — Abg. Dr. Gorbach: Wenn wir einmal Ihre Redner so qualifizieren, ich weiß nicht, ob es Ihnen angenehm wäre!)*

Sie gewähren aus geschäftlichen Gründen, um der großen Konkurrenz der Straße zu begegnen, weitgehende Begünstigungen. Das ist überall so wegen der Straßenkonkurrenz. Sie können es sich allerdings nicht leisten, ihre Bahnlinien durch eigene Autobuslinien zu konkurrenzieren oder eine Personalpolitik zu betreiben, die jedes Unternehmen wirtschaftlich aus dem Gleichgewicht bringen muß. *(Abg. Freund: Wer hat Ihnen denn das aufgesetzt? — Abg. Dr. Gorbach: Der Holzfeind!)* Alle Bahnen der Welt sind Verkehrs- und Transporteinrichtungen und keine Sozialinstitute. *(Abg. Dr. Gorbach: Der Holzfeind hätte es ihm aufsetzen sollen!)*

Wenn die Bahn durch ein Transportgesetz vor der Straße geschützt werden will, so kann man doch nicht gleichzeitig behaupten, daß sie die Wirtschaft subventioniert, weil sie für gewisse Güter Sondertarife gewährt. *(Abg. Dr. Gorbach zu Abg. Freund: Sie sind voreingenommen gegen ihn!)* Würde sie sie nicht gewähren, dann würden auch diese

Güter über die Straße befördert werden. Man kann nicht auf der einen Seite durch alle möglichen Fahrpreisbegünstigungen um die Reisenden werben und auf der anderen Seite über soziale Leistungen klagen, weil man Arbeiterwochenkarten und Schülermonatskarten gewährt, Begünstigungen, die im selben Ausmaß und im selben Umfang auch von jenen Bahnverwaltungen gewährt werden, deren Gebarung aktiv oder nur im geringen Ausmaß passiv ist.

Wir alle glauben an das Werden einer europäischen Wirtschaftseinheit. Diese Wirtschaftseinheit wird aber auch eine Verkehrseinheit erfordern. Dafür müssen sich unsere Bundesbahnen rüsten, wenn sie nicht weiterhin enorme Steuerzuschüsse (*Abg. Freund: Sie werden uns dabei helfen!*) für die Erhaltung und Führung dieses größten österreichischen Unternehmens anfordern wollen. (*Abg. Dr. Gorbach: Wenn Sie „freundlich“ sind, wird er Ihnen helfen! — Heiterkeit.*)

Ich glaube daher, daß auch die Österreichischen Bundesbahnen ihr wirtschaftliches Gleichgewicht finden werden (*Abg. Freund: Der taugt nicht einmal als Schlußlicht! — Heiterkeit*), wenn sie als selbständiges Unternehmen des Staates genötigt sein werden, wirtschaftlich zu arbeiten, und als solches einer ordentlichen Kontrolle unterliegen, wenn sie eine Personalpolitik betreiben, wie sie den gültigen wirtschaftlichen Gesetzen und gesetzlichen Grundsätzen entspricht, und nicht aus parteipolitischen Gründen Massenpensionierungen von Bediensteten vornehmen, obwohl diese noch arbeitsfähig sind und auch arbeiten wollen.

Meine Fraktion stimmt der Budgetvorlage zu. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Der nächste vorgemerkte Redner ist der Herr Abgeordnete Pölzer. Ich erteile ihm das Wort. (*Abg. Dr. Gorbach: Jetzt tritt das Schwergewicht in den Ring! — Abg. Pölzer: Seien Sie freundlich! — Abg. Doktor Gorbach: Sie sind mir das liebste Schlußlicht! — Heiterkeit.*)

Abgeordneter Pölzer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich will gewiß die knappsten Formulierungen wählen, und ich kann das versprechen, weil ich frei rede und mich kein Konzept zwingt, herunterzulesen. Ich werde mir dann nur erlauben, den Herrn Präsidenten zu bitten, daß er mich einige Zahlen verlesen läßt.

Ich will über die Elektrizitätswirtschaft sprechen. Strom ist bekanntlich, wenn ich es bildlich ausdrücken will, der Pulsschlag des Lebens der Volkswirtschaft.

Zum Unterschied vom Herrn Abgeordneten Koplenig, der gesagt hat, die Leistungen in Österreich wären unbefriedigend, muß ich feststellen: Die Kollegen von der Kommunistischen Partei vergessen immer wieder, wenn sie Vergleiche wählen, daß man Vergleiche wählen soll, die nicht schon von vornherein hinken. Dürfen wir uns erlauben, in der Energiewirtschaft einen Vergleich mit der Schweiz oder mit Schweden anzustellen? Wir haben doch ganz andere Startbedingungen gehabt. Erinnern wir uns doch daran, wie wir im Jahre 1945 begonnen haben! Ich muß sagen, wir haben seit 1945 wirklich Ordentliches geleistet.

Wenn ich mich zum Wort gemeldet habe, so darum, um Ihnen offenbar zu machen, daß wir jetzt vor einem Wendepunkt stehen und daß wir befürchten müssen, daß wir die Zuwachsraten, die wir so notwendig brauchen, nicht halten können. Hierin sehe ich eine große Gefahr für unsere Volkswirtschaft.

Lassen Sie mich zunächst einmal — ich kann Ihnen das nicht ersparen — doch die Entwicklung zeichnen, wie wir sie vor uns sehen. Der Herr Präsident wird mir gestatten, diese Statistik vorzulesen. Ich werde nur die Endziffern, nicht den ganzen Aufbau bringen. Die Daten des Jahres 1945 stammen aus dem Elektrizitätswirtschaftsplan des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, jene ab 1946 aus der Statistik des Bundeslastverteilers.

Wir haben im Jahre 1945 einen Gesamtverbrauch einschließlich Verluste von 2792 Millionen gehabt, im Jahre 1946 3059 Millionen, also eine Steigerung um 9,6 Prozent, im Jahre 1957 3505 Millionen, eine Steigerung um 14,6 Prozent. So geht es weiter — ich will Ihnen das alles ersparen —, bis wir im Jahre 1951 die höchste Steigerungsquote von 16,1 Prozent haben. Wir sehen aber 1956 einen Abfall der Steigerungsrate auf 8,3 Prozent, im Jahre 1957 auf 6,8 Prozent.

Wie kommt denn das? Wieso haben wir die so notwendige Zuwachsraten nicht halten können? Ich muß Ihnen dazu sagen: es gibt zwei Wege. Der eine Weg ist der, daß man bei den Kraftwerksbauten den Versuch unternimmt, sich Geld zu beschaffen, das nicht mit einem so hohen Zinsfuß belastet ist. Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen auch vorlese, wie die Tarife in den einzelnen Ländern stehen.

Ich habe hier eine Statistik der OEEC, die die Daten für 1956 bringt. Bis 1956 geht die Statistik, ab da kann ich nur die Abänderungen zur Verlesung bringen. Rechnet man die US-Cents dieser Statistik in Groschen um, so sieht die Situation so aus: In Belgien

beträgt der Strompreis je Kilowattstunde 78 Groschen, in Westdeutschland 59,8 Groschen, in Frankreich 57,2 Groschen, in Holland 57,2 Groschen, in Italien 44,2 Groschen, in England 44,2 Groschen, in Österreich 40,82 Groschen, in der Schweiz 39 Groschen, in Schweden 15,6 Groschen. In der Zwischenzeit wurden sowohl die Strompreise in der Schweiz als auch in Österreich erhöht. Die durchschnittliche Erhöhung der österreichischen Strompreise beträgt 12 Prozent, sodaß sich die in der Tabelle angegebenen Werte von 40,82 auf 45,82 erhöhen. Die in der Schweiz vorgenommene Erhöhung beträgt 20 Prozent, sodaß die Strompreise in der Schweiz und in Österreich etwa gleich hoch sein dürften. Es muß aber erwähnt werden, daß die schweizerischen Preise im Vergleich zu den österreichischen wesentlich höher wären, wenn die schweizerischen Elektrizitätswerke das Baukapital ebenso hoch verzinsen müßten wie die österreichischen. Hier liegt also das Problem.

Heute wurde schon vom Herrn Abgeordneten Kostroun für die Industrie und für das Gewerbe verlangt, daß man den Zinsfuß senken soll. Sagen Sie uns nicht, wir seien immerwährend aus Bequemlichkeitsgründen für Tarifierhöhungen. Das dürfen Sie nicht sagen, wenn Sie die Indexzahlen der Strompreise kennen. Wenn ich das Jahr 1937 mit 100 annehme, so ist der allgemeine Index, der Index für sämtliche Abnehmer, im Jahre 1945 61, 1946 62, 1947 94, 1948 120 und schließlich 1958 nach der Erhöhung 246. Der Index des Haushaltstarifs aber, wenn ich wieder 1937 mit 100 annehme, betrug im Jahre 1945 25, 1946 25, 1947 43, steigt dann 1952 auf 136 und fällt 1958 nach der Erhöhung auf 74. Im Haushaltstarif muß man also eine negative Wandlung feststellen. Sehen Sie sich nun die Indextabellen an, so werden Sie finden: Ganz oben ist der Großhandelsindex, in der Mitte der Lebenshaltungskostenindex, das nächste ist der Gaspreis, und ganz unten, gemessen am Großhandelsindex, der 1017 ist, kommt mit 230 die Indexkurve für die Elektrizität.

Nun haben alle Redner recht, die für die Jahre 1960 und 1961 Schwierigkeiten für unsere Energieversorgung voraussehen. Was wir verlangen müssen — ich will Sie nicht quälen mit einer langen Rede —, ist, daß wir diesen Sektor nicht vernachlässigen! Besser wäre es, man könnte die Banken irgendwie dazu veranlassen oder zwingen, wenn Sie wollen, der Energiewirtschaft, der Elektrizitätswirtschaft billigeres Geld zu geben. (*Abg. Doktor Schwer: Gehen Sie zur Arbeiterbank!*) Die Arbeiterbank ist eine Bank wie jede andere. Ich bin nicht der Vertreter der Arbeiterbank, und das kommt bei mir an die falsche Adresse.

Ich würde Ihnen auch nicht sagen, Sie sollen zu einer Bauernbank gehen. (*Abg. Dipl.-Ing. Hartmann: Haben wir keine!*) Aber das wird es auch geben. Die Bauern waren da viel klüger. Es hat schon Raiffeisenkassen gegeben, Herr Ingenieur, da waren die anderen noch nicht auf der Welt. Die Bauern in Österreich waren auf dem Gebiet sehr fortschrittlich, das muß ich neidlos zugeben. (*Abg. Dipl.-Ing. Hartmann: Aber leider haben wir nicht so viel Geld, daß wir aushelfen könnten!*) Ein bißchen was, mir würde es genügen. (*Heiterkeit. — Abg. Dipl.-Ing. Hartmann: Es kommt darauf an, was Sie unter „ein bißchen“ verstehen! — Neuerliche Heiterkeit.*)

Was ich damit unter Beweis stellen will, ist, daß man das alte Sprichwort: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist!“, abwandeln soll in: Gebt der Energiewirtschaft das, was sie zu ihrer weiteren Ausgestaltung und Weiterentwicklung so notwendig braucht! Damit glaube ich, Ihnen bewiesen zu haben, daß ich aus diesen Dingen kein Politikum mache. Wer immer regieren wird in Österreich: diese Frage neben anderen Fragen wird zu lösen sein. Glauben Sie nicht, daß man darüber hinwegsehen kann!

Nun einige Bemerkungen. Es hat dem Herrn Abgeordneten Präsident Weiß gefallen, zu sagen, der Stadtrat Slavik hätte den Wiener Gemeindebediensteten eine Sonderzahlung für 1958 schon gewährt, obwohl wir das schon seit 1954 immer haben, und er hätte es sehr leicht gehabt, weil sich Wien von Verpflichtungen drückt. Ich muß Ihnen sagen: Seit 1945 haben wir, alle vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, in großen Fragen des Dienst- und Gehaltsrechtes immer gemeinsame Abschlüsse gesucht. Wir selber wollten uns doch nicht differenzieren. Wir selber waren bemüht, daß es nicht so wie in der Ersten Republik zu großen Differenzen in vergleichbaren Gruppen des Bundes, der Länder und der Gemeinden kommt. Wir selber als Gewerkschafter haben uns zu dem gemeinsamen Verhandlungsausschuß bekannt.

Es tut mir sehr, sehr leid, daß dieser gemeinsame Verhandlungsausschuß in dieser Frage gesprengt wurde, aber nicht von den Gewerkschaften.

Was würden Sie sagen, wenn Ihnen das passiert wäre wie mir? Ich war immer in die Verhandlungen im Bundeskanzleramt eingeschaltet, weil ich gesagt habe: alle Fragen des Dienst- und Gehaltsrechtes für alle öffentlichen Bediensteten, die ganzen großen Fragen wurden gemeinsam gelöst. Als ich das letztmal im Bundeskanzleramt war, hat mich der Herr Bundeskanzler apostrophiert und hat

gesagt: „Sie gehen mich gar nichts an! Gehen Sie zum Jonas!“ Das ist nicht einmal passiert, das ist dreimal passiert. Der Herr Abgeordnete Freund hat Ihnen schon gesagt: So kann man sich nicht behandeln lassen. Wenn man hinausgeschmissen wird, so darf sich dann niemand wundern, wenn man die Möglichkeit hat, woanders abzuschließen, daß man diesen Versuch auch unternimmt.

Noch eine Frage, ganz kurz. Es werden uns immer Moralpauken gehalten, gestern wieder vom Herrn Abgeordneten Altenburger mit rotem Kopf und erhobenem Finger, wie er das sehr oft tut. Er hat uns gesagt, was für schlechte Kerle wir wären, und uns im Ton eines Schulmeisters belehrt, wie wir den Präsidenten Böhm plagen.

Ich muß dazu nur sagen: Was uns so trennt, das ist das, was man in einer Demokratie nicht machen soll: der Personenkultus, den Sie betreiben. Seien Sie mir nicht böse. Natürlich muß man in der Demokratie den Wert der Persönlichkeit achten und schätzen, aber der Personenkultus, wie Sie ihn treiben, wird auf die Dauer für den anderen unerträglich. (*Abg. Dengler: Für den Altenburger? — Heiterkeit.*) Nein, ach Gott, dazu ist der Altenburger auch in Ihren Augen nicht groß genug. Aber wenn man immer nur hört: Alles, was in Österreich gut gemacht wurde, stammt von Raab und von Kamitz... (*Abg. Dipl.-Ing. Hartmann: Bravo! Sehr richtig!*) Ich verehere gewiß den Präsidenten Böhm. (*Abg. Dipl.-Ing. Hartmann: Er ist ein anständiger Mensch!*) Ich würde mich nicht sagen trauen, wie Sie etwa in den Fehler verfallen und sagen, Ihr Programm heißt Julius Raab und Reinhard Kamitz: Mein Programm heißt Johann Böhm. Das ist schon eine Vergottung, die man nicht machen soll in der Demokratie. Sie kommen damit sehr in die Nähe der Diktaturen, und das sollen Sie nicht machen. Der Vatermythos in der Politik ist nun einmal etwas, was man nicht betreiben soll. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Lassen Sie mich das aussprechen, ich tu Ihnen doch nichts! Warum denn, Dengler, willst du glauben, daß du mich irritieren kannst? Das kannst du ja nicht! (*Heiterkeit.*) Ich werde doch aussprechen, was ich aussprechen will!

Wenn Sie die Vergottung auf die Spitze treiben, so muß ich sagen: Wie sich die Bilder gleichen! Man soll nicht sagen: „Mein Programm heißt Dr. Karl Lueger.“ Die Sozialistische Partei ist gewiß nicht arm an Persönlichkeiten gewesen; aber das soll man nicht sagen, schon deshalb nicht, weil wir doch alle den Parteienstaat wollen und doch

nicht den Einparteienstaat! Ich bin gewiß daran interessiert, daß die Sozialistische Partei groß und mächtig wird, aber so wie ich dieses Interesse habe, so habe ich ein großes Interesse daran, daß neben der Sozialistischen Partei andere Parteien bestehen müssen, und wenn sie nicht da wären, müßte man sie schaffen! Das ist doch nach allem, was wir erlebt haben, eine Binsenweisheit, die wir geschöpft haben, und das trennt uns.

Überlegen Sie sich, immer wieder zu sagen: „Alles, was in Österreich Gutes geschieht, haben wir getan; für das, was nicht erreicht wurde, sind diese bösen Sozi verantwortlich!“ (*Abg. Hattmannsdorfer: Das haben wir von euch gelernt!*)

Lassen Sie mich noch eines sagen: Der Herr Abgeordnete Altenburger — er ist leider nicht da — hat gesagt, die Gewerkschaftsobmänner der einzelnen Fachgewerkschaften quälen den Präsidenten Böhm. Sie ärgern ihn fortwährend, und er hat es so riesig schwer mit uns. Lassen Sie mich nur das eine aussprechen: Es ist gewiß wahr, er wird es nicht leicht haben mit uns. (*Abg. Dengler: Siehst du, der Altenburger hat es wieder mit uns nicht leicht!*) Wieso? Weil vieles in der Demokratie nicht leicht ist, und weil es sicher großer Kunst des Herrn Präsidenten Böhm bedarf, den Österreichischen Gewerkschaftsbund so zu führen, daß er in seiner Schlagkraft nach außen hin einheitlich wirkt.

Aber, und damit lassen Sie mich schließen, der größte Sargnagel des Präsidenten Böhm — seinen Namen werden Sie nie erfahren! — ist der Minister außer Dienst Erwin Altenburger! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Bevor ich die Debatte schließe, möchte ich die Frage klären beziehungsweise die Entscheidung klären, ob im Zusammenhang mit der Rede des Herrn Abgeordneten Zeillinger ein Ordnungsruf zu erteilen ist.

Die Protokolle sind durchgesehen worden, die im Hause zu diesem Zeitpunkt anwesenden Stenographen sind befragt worden. Es konnte ein Zwischenruf in der Form, wie ihn der Herr Abgeordnete Zeillinger aufgegriffen hat, nicht festgestellt werden. (*Abg. Mark: Gefallen ist er!*) Ja, ich kann jetzt nicht eine Befragung darüber veranstalten. (*Abg. Dipl.-Ing. Hartmann: Bitte, da zeigt einer auf! — Heiterkeit. — Abg. Mark: Er soll sich selber melden!*)

Nach unserer parlamentarischen Sitte und gutem Brauch wird das nach dem Protokoll festgestellt. Da nach dem Protokoll nicht festgestellt ist, daß ein Zwischenruf gefallen ist, der den Anstand und die Sitte des Parlaments

3682

Nationalrat VIII. GP. — 74. Sitzung am 11. Dezember 1958

verletzt oder einen beleidigenden Charakter gehabt hat, besteht keine Veranlassung zu einem Ordnungsruf.

Damit ist die Debatte geschlossen. Der Herr Spezialberichterstatter verzichtet, wie ich sicher weiß, auf sein Schlußwort. *(Heiterkeit.)* Damit ist die Aussprache über die Gruppe X beendet.

Ich breche die Verhandlungen ab, bitte Sie aber, noch einen Moment zu bleiben, weil ich noch zwei, drei Mitteilungen machen will.

Die nächste Sitzung findet Montag, den 15. Dezember, 10 Uhr vormittag, statt. Auf der Tagesordnung steht die Gruppe XI:

Finanzen, sowie das Bundesfinanzgesetz selbst, der Dienstpostenplan und der Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge des Bundes. Eine Ergänzung der Tagesordnung bleibt vorbehalten. Wenn es nämlich die Zeit erlaubt, könnten noch einige andere bereits von den Ausschüssen zeitgerecht verabschiedete Gesetzentwürfe in Verhandlung gezogen werden. Der Termin der Schlußabstimmung wird am Montag noch bekanntgegeben werden. Weitere Sitzungen werden dann noch Dienstag, den 16. Dezember, und Mittwoch, den 17. Dezember, stattfinden.

Und jetzt ist die Sitzung geschlossen.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr 25 Minuten